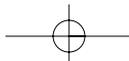
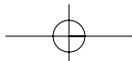


Niedersächsisches
Innenministerium

Verfassungsschutz- bericht 1997

 **Niedersachsen**





Inhaltsübersicht

| | | | |
|--|----|---|-----|
| Einleitung | 5 | | |
| Überblick in Zahlen | 9 | | |
| Rechtsextremismus | | | |
| Überblick | 20 | Neonazikreis um Ernst ZÜNDEL | 61 |
| Einführung | 21 | Der Stahlhelm e.V. | 63 |
| Neue Rechte | 24 | Rechtsextremistische Parteien | 64 |
| Neonazistische Bestrebungen | 29 | Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) | 64 |
| Rechtsextremistische Skinheads | 29 | Deutsche Volksunion (DVU) | 72 |
| Neonazistische Kameradschaften | 35 | Die Republikaner (REP) | 78 |
| Junge Nationaldemokraten (JN) | 36 | Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland | 85 |
| Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) | 41 | Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) | 87 |
| Neonazistische Aktionsfelder und Kommunikationsmittel | 42 | | |
| Aktionen anlässlich des 10. Todestages von Rudolf Heß | 42 | Linksextremismus | |
| Aktionen anlässlich des 1. Mai | 44 | Überblick | 89 |
| Informationelle Vernetzung | 45 | Einführung | 90 |
| Treffpunkt von Rechtsextremisten in Hetendorf verboten | 48 | Autonome | 93 |
| „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung ...“ | 54 | Selbstverständnis und Organisation | 93 |
| Geschichtsrevisionismus | 56 | Publikationen der Autonomen | 95 |
| Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) | 59 | Aktions- und Themenfelder | 97 |
| Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) | 60 | Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus | 99 |
| | | Kampf gegen Umstrukturierung/ Antiimperialismus am Beispiel des EXPO-Widerstandes und der Anti-Siemens-Kampagne | 101 |
| | | Aktionsfeld Internationalismus | 107 |
| | | Aktionsfeld Kampagne gegen Kernenergie und Atommülltransporte | 109 |
| | | Graswurzelbewegung | 115 |
| | | Rote Hilfe (RH) | 118 |



| | | | |
|--|-----|--|-----|
| Marxisten-Leninisten | 119 | Scientology-Organisation | 175 |
| Kommunistische Plattform der PDS (KPF) | 119 | Organisation | 177 |
| Deutsche Kommunistische Partei (DKP) | 123 | Aktionen von Angehörigen der SO Hannover | 177 |
| Linksextremistischer Terrorismus | 126 | Demonstrationen in Frankfurt/M. und Berlin | 178 |
| Antiimperialistischer Widerstand | 126 | Bundesweite Kampagnen | 179 |
| Rote Armee Fraktion (RAF) | 127 | Publikationen der SO | 179 |
| Revolutionäre Zellen (RZ) / Rote Zora | 129 | Hinweistelefon | 183 |
| Antiimperialistische Zelle (AIZ) | 130 | Spionageabwehr | 184 |
| Ausländerextremismus | | Nachrichten- und Sicherheitsdienste Rußlands | 184 |
| Überblick | 131 | Nachrichtendienste der Krisenländer | 188 |
| Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) | 134 | Sensitive Exporte in Krisenländer | 189 |
| Devrimci Sol (Dev Sol) | 147 | Proliferation | 190 |
| Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML) | 150 | „Rundumblick“ | 190 |
| Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) | 153 | Hilfe für Betroffene | 192 |
| Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) | 156 | Geheimchutz | 193 |
| Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln (ICCB) | | Der Verfassungsschutz in Niedersachsen | |
| Föderativer Islamstaat Anatolien (A.F.I.D.) | 161 | Bedienstete | 194 |
| Muslimbruderschaft (MB) | 166 | Haushalt | 194 |
| Hizb Allah (Partei Gottes) | 169 | Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS) | 194 |
| Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) | 170 | Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel | 195 |
| Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) | 171 | Auskunftersuchen von Bürgerinnen und Bürgern | 197 |
| Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) | 173 | Öffentlichkeitsarbeit | 197 |
| | | Stichwortverzeichnis | 198 |

Einleitung

Der niedersächsische Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1997 ist inhaltlich neu gestaltet worden. Stärker ist in diesem Jahr Rücksicht genommen worden auf die Darstellung der ideologischen Grundlagen und der theoretischen Hintergründe extremistischer Bestrebungen. Außerdem hat der Bericht erstmalig ein umfangreiches Stichwortverzeichnis erhalten. Besonders die Schulen und die politische Bildungsarbeit sollen von diesen Verbesserungen profitieren.

Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus steht für das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz (NLfV) nicht erst seit dem DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt im Mittelpunkt seiner Beobachtungsarbeit.

Nachdem in den vergangenen Jahren politisches Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie konsequentes Eingreifen der Sicherheitsbehörden rechtsextremistisch motivierte Gewalt zurückgedrängt hatten, trat 1997 bei solchen Straf- und Gewalttaten eine deutliche Wende ein.

Straftaten stiegen bundesweit um 34 Prozent, Gewalttaten um 27 Prozent. Von der Gesamtzahl der Straftaten (11.719) betrafen 67 Prozent die sogenannten NS-Propaganda-Delikte wie z.B. Hakenkreuzschmierereien.

Für Niedersachsen stellt sich diese Situation besser dar. Obgleich die Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Staatsschutzdelikte in Niedersachsen entsprechend dem Bundes-trend stieg, sank die Zahl der Gewalttaten in diesem Motivationsfeld im vergangenen Jahr von 138 auf 115

– ein rechnerischer Rückgang um rund 17 Prozent. Da gerade die politisch motivierten Gewalttaten einen Indikator für den Zustand einer Gesellschaft darstellen, ist der Abwärtstrend besonders positiv zu bewerten.

Diese im Bundesvergleich günstige Entwicklung ist auch das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz sowie der konsequenten Politik des Niedersächsischen Innenministers gegenüber rechtsextremistischen Bestrebungen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die niedersächsische Bundesratsinitiative zum Verbot der FAP, die Initiative, die zum Verbot der Wiking-Jugend durch das Bundesinnenministerium führte, sowie eigene Verbotsmaßnahmen des Niedersächsischen Innenministeriums, zuletzt das Verbot des Träger- sowie des Fördervereins des rechtsextremistischen Schulungszentrums „Heideheim“ in Hetendorf.

Beide Vereine verfolgten mit ihrer Tätigkeit das Ziel, die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend zu untergraben. Dafür organisierten sie Treffen und Veranstaltungen mit anderen rechtsextremistischen bzw. neonazistischen Gruppierungen. Dank der Vorarbeit des Verfassungsschutzes gehört dieser „braune Spuk“, der insbesondere alle demokratischen Parteien und Organisationen in der näheren und ferneren Umgebung des „Heideheims“ über lange Zeit beschäftigt hat, nunmehr der Vergangenheit an.

Von den rechtsextremistischen Parteien ist die Deutsche Volksunion (DVU) durch ihre Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit getreten. Der Niedersächsische und der Hessische Innenminister haben der rechtsextremistischen Organisation die Eigenschaften einer Partei abgesprochen, weil ihre innere Ordnung nicht demokratischen Grundsätzen entspricht, sie nach dem Führerprinzip strukturiert ist und aus dem Privatvermögen eines rechtsextremistischen Multimillionärs existiert. Diese Organisation wird von ihm von München aus zentralistisch und autoritär geführt. Ein innerparteiliches Leben findet kaum oder gar nicht statt. In Niedersachsen verfügt diese Organisation über 1.800 „Mitglieder“.

Eine wehrhafte Demokratie muß deshalb alle ihr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Möglichkeiten in Erwägung ziehen, um dem unerträglichen Treiben eines politischen Geschäftemachers ein Ende zu bereiten.

Zwei der führenden Produzenten von rechtsextremistischer Skinheadmusik sind die niedersächsischen Neonazis Thorsten HEISE in Northeim und Jens HESSLER in Lingen. Die Ausbreitung der immer aggressiver werdenden Skinheadmusik stellt eine Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar. Wegen der Verlagerung der Produktion in das europäische Ausland bedarf es Vereinbarungen auf europäischer Ebene, um das Herstellen solcher Musik im Ausland zu unterbinden. Die Bekämpfung würde andernfalls für den Verfassungsschutz und die Polizei ein Kampf gegen Windmühlenflügel darstellen, wenn solche Musik mit ihren antisemitischen und zu Mordtaten aufrufenden Texten im europäischen Ausland auf Dauer ungestört hergestellt und anschließend in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust werden kann.

Mit großer Sorge beobachten die Sicherheitsbehörden, daß die neonazistische Szene sich zunehmend in sogenannten Kameradschaften formiert. Durch wenig strukturierte Zusammenschlüsse wollen sich diese Neonazis für Vereinsverbote unangreifbar machen.

Im letzten Jahr hat sich die Zahl dieser sogenannten Kameradschaften in Niedersachsen auf 15 erhöht. Ihnen waren insgesamt 300 bis 350 Personen zuzurechnen.

Der Verfassungsschutz beobachtete entsprechende Aktivitäten im Bereich Wendland, Lüneburg, Tostedt, Beverstedt, Braunschweig, Hildesheim, Northeim und Goslar.

Linksextremismus

Im Mittelpunkt der Berichterstattung zum Linksextremismus stehen die militanten Linksextremisten, die sogenannten Autonomen. Die von ihnen ausgehenden gewalttätigen Bestrebungen gegen die EXPO 2000 in Hannover bedürfen der besonderen Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden und insbesondere durch den Verfassungsschutz. Militante Autonome, die 1997 mit Anschlägen in Göttingen und Hannover hohe Sachschäden anrichteten, haben den Kampf gegen die EXPO – das unterscheidet sie deutlich vom friedlichen Protest – zum Bestandteil ihres Kampfes gegen das politische System erklärt.

Militante Autonome versuchten im Berichtsjahr weiterhin auf die Anti-AKW-Bewegung Einfluß zu nehmen. Im Gegensatz zur friedlichen Protestbewegung betrachten autonome Linksextremisten Anti-Atom-Aktionen als Bestandteil eines revolutionären Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Nach dem Ende der terroristischen Bedrohung durch die RAF und die AIZ und aufgrund der Inaktivität der Revolutionären Zellen gibt es gegenwärtig keine aktuellen terroristischen Bedrohungen.

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten allerdings, daß sogenannte Antiimperialistische Widerstands-Zirkel darüber diskutieren, wie man den bewaffneten Kampf gegen die Bundesrepublik Deutschland nach RAF-Vorbild wiederbeleben kann. Ob sich daraus erneut ein Nährboden für terroristische Bedrohungen der inneren Sicherheit entwickelt, bedarf der sorgfältigen Beobachtung.

Ausländerextremismus

Für den Bereich des Ausländerextremismus läßt sich die erfreuliche Feststellung treffen, daß es auch 1997 keine terroristischen Anschläge der PKK gegeben hat. In diesem Zusammenhang hat der Niedersächsische Innenminister seine bereits im letzten Jahr geäußerte Bereitschaft erneuert, über eine Initiative zur Aufhebung des Betätigungsverbot nachzudenken, wenn die PKK

- ihre kriminelle interne Straf- und Disziplinargewalt aufgibt,
- Gewaltverzicht auch gegenüber Anhängern bei Spendengeldkampagnen sowie bei der Auseinandersetzung mit Abweichlern übt und
- aufhört, minderjährige Kinder ihren Eltern für den Kampf im Heimatland zu entziehen.

Extremistische Bestrebungen von Islamisten wie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) sind unverändert eine große Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Insbesondere junge Türken sind Ziel der Bestrebungen dieser Organisationen, die sie gesellschaftlich isolieren, um eine Integration in die pluralistische Gesellschaft zu verhindern.

Es stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, auf diese jungen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zuzugehen, sie vor dem Abgleiten in den islamistischen Extremismus zu bewahren und in die freiheitliche Demokratie zu integrieren.

Scientology-Organisation

Ein noch neues Aufgabenfeld für den Verfassungsschutz ist die Beobachtung der Scientology-Organisation. Die bisherige Arbeit hat Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen dieser Organisation bestätigt. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Organisation in Niedersachsen liegt in der Landeshauptstadt. Die Verfassungsschutzbehörden werden im Herbst 1998 der Innenministerkonferenz einen Zwischenbericht zur Frage vorlegen, ob von dieser Organisation verfassungsfeindliche Bestrebungen ausgehen.

Auf der Grundlage der Auswertungsergebnisse des Niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz für 1997 stellt das Niedersächsische Innenministerium zusammenfassend fest: Von verfassungsfeindlichen Organisationen gehen in Niedersachsen gegenwärtig keine akuten Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung aus. Das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz hat durch kontinuierliche Beobachtung und sorgfältige Analysen den maßgeblichen Beitrag dafür geleistet.

Spionageabwehr

Weiterhin aktiv sind mit ihren Spionageaktivitäten gegen die Bundesrepublik die Nachrichten- und Sicherheitsdienste Rußlands. Dabei geht es vorrangig um die Ausspähung der Wirtschaft und wissenschaftlich-technischer Bereiche. Die Spionageabwehr des niedersächsischen Verfassungsschutzes hat deswegen im Rahmen eines bundesweiten Präventivprogrammes zu Firmen in Niedersachsen Kontakt aufgenommen, die geschäftliche Beziehungen nach Rußland unterhalten. Bislang ist von den in Frage kommenden 300 Firmen etwa die Hälfte von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes aufgesucht und im Hinblick auf die Aktivitäten russischer Dienste sensibilisiert worden. Etwa 20 Prozent der Gesprächspartner in der Wirtschaft haben Hinweise auf sicherheitsrelevante bzw. nachrichtendienstlich interessante Sachverhalte gegeben.

Überblick in Zahlen

1. Rechtsextremistische Organisationen¹

Bundesrepublik Deutschland

| | 1996 | 1997 |
|---|--------|--------|
| DVU | 15.000 | 15.000 |
| REP | 15.000 | 15.500 |
| NPD | 3.500 | 4.300 |
| Militante Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistische Skinheads | 6.400 | 7.600 |
| Neonazistische Gruppierungen | 2.420 | 2.400 |
| Sonstige Gruppierungen ² | 3.700 | 4.300 |
| Summe | 46.020 | 49.100 |
| Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften | 45.300 | 48.400 |

Niedersachsen

| | 1996 | 1997 |
|---|-------|------------------|
| DVU | 1.800 | 1.800 |
| REP | 600 | 550 |
| NPD | 365 | 360 |
| DLVH | 20 | 20 |
| Militante Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistische Skinheads | 560 | 600 |
| Neonazistische Gruppierungen | 100 | 380 ³ |
| Sonstige Gruppierungen | 120 | 80 ⁴ |
| Summe ⁵ | 3.565 | 3.790 |

¹ Einschließlich Nebenorganisationen.

² In diesen Zahlen sind die Mitglieder der DLVH (1996: 800 / 1997: 800) enthalten, die früher gesondert ausgewiesen wurden.

³ U. a. Mitglieder der neonazistischen Kameradschaften und Jungen Nationaldemokraten

⁴ Mitglieder von Heideheim e.V., Stahlhelm e.V. u.a.

⁵ Mehrfachmitgliedschaften sind nur auf Bundesebene abgezogen.

2. Linksextremistische Organisationen

Bundesrepublik Deutschland

| | 1996 | 1997 |
|---|--------|--------|
| Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten ⁶ | 28.900 | 27.800 |
| Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre ⁷ | 7.000 | 7.000 |
| Summe | 35.900 | 34.800 |
| Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften | 35.200 | 34.100 |

Niedersachsen

| | 1996 | 1997 |
|--|-------|-------|
| Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten | 520 | 545 |
| Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre | 595 | 620 |
| Summe | 1.115 | 1.165 |

⁶ Einschließlich Kommunistischer Plattform (KPF) und weiterer linksextremistischer Gruppen in der PDS.

⁷ Das Mobilisierungspotential der „Szene“ umfaßt zusätzlich mehrere tausend Personen.

3. Ausländerextremistische Organisationen⁸

Bundesrepublik Deutschland

| | 1996 | 1997 |
|-------------------------------------|--------|--------|
| Islamistisch-extremistische Gruppen | 30.900 | 30.800 |
| Extrem-nationalistische Gruppen | 7.800 | 8.000 |
| Linksextremistische Gruppen | 18.600 | 19.400 |
| Summe | 57.300 | 58.200 |

Niedersachsen

| | 1996 | 1997 |
|-------------------------------------|-------|-------|
| Islamistisch-extremistische Gruppen | 2.670 | 2.850 |
| Extrem-nationalistische Gruppen | 430 | 450 |
| Linksextremistische Gruppen | 2.125 | 2.170 |
| Summe | 5.225 | 5.470 |

⁸ Einschließlich verbotener Organisationen (PKK, Devrimci Sol).

Entwicklung der Gewalt- und Straftaten (Staatsschutzkriminalität)

Diese Darstellung der Staatsschutzkriminalität verwendet und stützt sich auf den Bericht des Landeskriminalamtes Niedersachsen zur „Polizeilichen Kriminalstatistik – Staatsschutzkriminalität – Niedersachsen – 1997“ vom März 1998 sowie auf Statistiken und Bewertungen des Verfassungsschutzberichtes des Bundes für 1997⁹.

Überblick

Rechtsextremismus

1997 wurden bundesweit 11.719 Straftaten (1996: 8.730) im rechtsextremistischen Motivfeld erfaßt, davon 790 Gewalttaten (1996: 624) sowie 10.929 sonstige Straftaten (1996: 8.106).

Bundesweit stieg damit die Zahl der Straftaten insgesamt um 34 %, die Zahl der Gewalttaten um 27 %. Von der Gesamtzahl der Straftaten betrafen 67 % Propagandadelikte (1996: 65 %), wie z.B. das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Die bundesweite Steigerung in den Bereichen Brand- und Sprengstoffanschläge von 33 auf 39 zeigt, daß bei diesen Gewaltdelikten nicht von einer Entwarnung ausgegangen werden kann. Angesichts bestehender Problemfelder sind Ausländer und Asylsuchende sowie deren Unterkünfte jederzeit ein mögliches Angriffsziel fremdenfeindlich bzw. rechtsextremistisch eingestellter Täter.

In Niedersachsen wurden 1997 insgesamt 998 rechtsextremistisch motivierte Staatsschutzdelikte erfaßt. Gegenüber 1996 mit 743 Delikten bedeutet dies einen Anstieg um 34,32 %. Gleichzeitig sank die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten – entgegen dem Bundestrend – von 138 auf insgesamt 115 (- 16,66 %).

Der hohe Anstieg der Staatsschutzdelikte im Motivfeld Rechtsextremismus ist auf die starke Zunahme der Zahlen bei der Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen zurückzuführen (1996: 13 Delikte, 1997: 103 = + 692 %) und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (1996: 504 Delikte, 1997: 762 = + 51 %). Es handelt sich bei den Propagandadelikten um sog. Kontrolldelikte, die erst durch engagierte Ermittlungsarbeit (z.B. Soko „Wiking“ der PD Hannover) bekannt werden.

Linksextremismus

1997 wurden bundesweit 3.079 Straftaten (1996: 2.535) im linksextremistischen Motivfeld erfaßt, davon 833 Gewalttaten (1996: 716). Bundesweit stieg damit die Zahl der Straftaten insgesamt um 21 %, die Zahl der Gewalttaten um 16 %.

⁹ Redaktionsschluß für die Bearbeitung des LKA-Berichtes war der 18.03.1998. Da dieser Zeitpunkt vom Redaktionsschluß des BKA für die Staatsschutzstatistiken des Verfassungsschutzberichtes des Bundes abweicht, sind Bundes- und Landesangaben nur bedingt vergleichbar.

In Niedersachsen wurden 1997 insgesamt 300 linksextremistisch motivierte Staatsschutzdelikte registriert. Gegenüber 1996 mit 286 Delikten stieg die Zahl um 5 %. Gleichzeitig sank – entgegen dem Bundestrend – die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten geringfügig von 94 auf 92 (- 2 %).

Ausländerextremismus

1997 wurden bundesweit 1.608 Straftaten (1996: 1.470) im Motivfeld mit ausländerextremistischem Hintergrund erfaßt, davon 314 Gewalttaten (1996: 349).

Bundesweit stieg damit die Zahl der Straftaten insgesamt um 9 %, die Zahl der Gewalttaten sank leicht um 11 %.

In Niedersachsen wurden 1997 insgesamt 521 Staatsschutzdelikte (einschließlich Ordnungswidrigkeiten) im ausländerextremistischen Motivfeld registriert. Gegenüber 1996 mit 678 Delikten sank die Gesamtzahl um 23 %. Die Zahl der erfaßten Gewalttaten betrug in diesem Motivfeld 1997, wie im Vorjahr, 68 .

Brand- und Sprengstoffdelikte

Rechtsextremismus

Die bundesweite Steigerung in den Bereichen Brand- und Sprengstoffanschläge zeigt, daß bei diesen Gewaltdelikten nicht von einer Entwarnung

ausgegangen werden kann. Angesichts bestehender Problemfelder sind Ausländer und Asylsuchende sowie deren Unterkünfte jederzeit ein mögliches Angriffsziel rechtsextremistischer und/oder fremdenfeindlich eingestellter Täter.

Geografische Verteilung der politisch motivierten Brand- und Sprengstoffanschläge Fremdenfeindlichkeit¹⁰ / Rechtsextremismus

| | Fremdenfeindlichkeit | | sonstiger Rechtsextremismus | | Rechtsextremismus insgesamt | |
|------------------------|----------------------|-----------|-----------------------------|-----------|-----------------------------|-----------|
| | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 |
| Brandenburg | 1 | 1 | 2 | - | 3 | 1 |
| Berlin | - | 1 | - | 1 | - | 2 |
| Baden-Württemberg | 3 | 1 | - | - | 3 | 1 |
| Bayern | 5 | 3 | - | - | 5 | 3 |
| Bremen | - | - | - | - | - | - |
| Hessen | - | 3 | 1 | 2 | 1 | 5 |
| Hamburg | - | - | 1 | 2 | 1 | 2 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1 | 4 | - | - | 1 | 4 |
| Niedersachsen | 3 | 2 | 1 | 2 | 4 | 4 |
| Nordrhein-Westfalen | 4 | 3 | - | - | 4 | 3 |
| Rheinland-Pfalz | - | - | - | - | - | - |
| Schleswig-Holstein | 3 | - | - | 3 | 3 | 3 |
| Saarland | - | - | - | - | - | - |
| Sachsen | 6 | 6 | 1 | 3 | 7 | 9 |
| Sachsen-Anhalt | 1 | 1 | - | - | 1 | 1 |
| Thüringen | - | 1 | - | - | - | 1 |
| Gesamt | 27 | 26 | 6 | 13 | 33 | 39 |

¹⁰ Fremdenfeindliche Straftaten sind Delikte, die in der Zielrichtung gegen Personen begangen werden, denen Täter (aus intoleranter Haltung heraus) aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen

- Nationalität, Volkszugehörigkeit

- Rasse, Hautfarbe

- Religion, Weltanschauung

- Herkunft

- oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes

ein Bleibe- oder Aufenthaltsrecht in der Wohnumgebung oder in der gesamten Bundesrepublik bestreiten oder gegen sonstige Personen/Institutionen/Objekte/Sachen begangen werden, bei denen Täter aus fremdenfeindlichen Motiven heraus handeln.

Linksextremismus

Bei den eingegangenen Selbstbeziehungsschreiben zu linksextremistisch motivierten Brand- und Sprengstoffanschlägen wurden 1997 in Niedersachsen folgende Organisationsbezeichnungen verwandt:

- „AG heißer Abriß“
- „Bewegung Rote Sonne“
- „Autonome Göttingen“
- „Autonome Gruppen“
- „Die Feuermorcheln“
- „Revolutionäre Zelle“

Wie in den vergangenen Jahren ist davon auszugehen, daß es sich überwiegend nicht um Organisationsbezeichnungen, sondern um Aktionsnamen handelt.

**Geografische Verteilung der
 politisch motivierten Brand- und Sprengstoffanschläge
 Linksextremismus**

| | Brandanschläge | | Sprengstoffanschläge | |
|------------------------|----------------|-----------|----------------------|----------|
| | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 |
| Brandenburg | - | 3 | - | - |
| Berlin | 21 | 34 | 2 | - |
| Baden-Württemberg | 4 | 7 | - | - |
| Bayern | 3 | 2 | - | - |
| Bremen | - | 3 | - | - |
| Hessen | 8 | 3 | - | 1 |
| Hamburg | 4 | 5 | - | - |
| Mecklenburg-Vorpommern | - | - | - | - |
| Niedersachsen | 11 | 17 | 2 | - |
| Nordrhein-Westfalen | 5 | 2 | - | - |
| Rheinland-Pfalz | 2 | - | - | - |
| Schleswig-Holstein | - | - | - | - |
| Saarland | 1 | - | - | - |
| Sachsen | - | - | - | - |
| Sachsen-Anhalt | 1 | - | 1 | - |
| Thüringen | - | 1 | - | - |
| Gesamt | 60 | 77 | 5 | 1 |

Ausländerextremismus

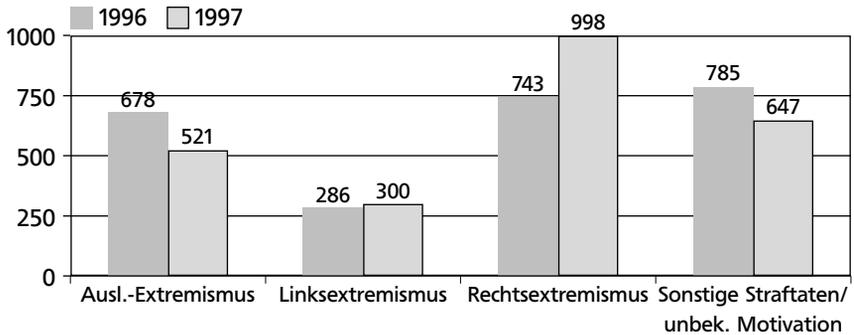
1997 kam es bundesweit im Bereich des Ausländerextremismus zu insgesamt 19 Brand- und Sprengstoffanschlägen (18 Brandanschläge und 1 Sprengstoffanschlag). Somit hat sich die Gesamtzahl gegenüber dem Vorjahr (122) um 84 % reduziert.

Im Vergleich zu den Vorjahren kann für den Berichtszeitraum eine drastische Reduzierung des Anschlagsaufkommens festgestellt werden. Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung dürfte in dem vom Generalvorsitzenden der verbotenen PKK, ÖCALAN, erklärten „Gewaltverzicht“ für Deutschland zu finden sein.

Geografische Verteilung der politisch motivierten Brand- und Sprengstoffanschläge Ausländerextremismus

| | 1996 | 1997 |
|------------------------|------------|-----------|
| Brandenburg | - | - |
| Berlin | 11 | - |
| Baden-Württemberg | 25 | 3 |
| Bayern | 5 | 3 |
| Bremen | 4 | - |
| Hessen | 8 | 7 |
| Hamburg | 9 | - |
| Mecklenburg-Vorpommern | - | - |
| Niedersachsen | 9 | 2 |
| Nordrhein-Westfalen | 44 | 1 |
| Rheinland-Pfalz | 3 | 2 |
| Schleswig-Holstein | 3 | - |
| Saarland | 1 | - |
| Sachsen | - | 1 |
| Sachsen-Anhalt | - | - |
| Thüringen | - | - |
| Gesamt | 122 | 19 |

Staatsschutzkriminalität in Niedersachsen für 1997 – nach Angaben des Landeskriminalamtes – Fallzahlen der Staatsschutzdelikte



Gesamtzahl der Delikte:

| | |
|------|-------|
| 1996 | 2.492 |
| 1997 | 2.466 |

Die Darstellung der Staatsschutzdelikte¹¹ orientiert sich an den Motivfeldern

- Rechtsextremismus
- Linksextremismus
- Ausländerextremismus.

Im Feld „Sonstige Straftaten/unbekannte Motivation“ sind alle Delikte (einschl. Ordnungswidrigkeiten) zusammengefaßt, die zuständigkeitshalber vom polizeilichen Staatsschutz bearbeitet worden sind, bei denen aber keine Zusammenhänge auf eine rechts-, links- oder ausländerextremistisch motivierte Tat hindeuten. Delikte im Zusammenhang mit der Nutzung der Kernenergie werden deshalb grundsätzlich dem Feld „Sonstiges“ zugeordnet, soweit nicht – wie z.B. bei gefährlichen Eingriffen in den Bahnverkehr (Hakenkrallenanschläge) und Brandanschlägen – eine extremistische Motiva-

tion nach den Untersuchungsergebnissen begründet ist.

Fremdenfeindliche und antisemitische Delikte wurden grundsätzlich dem Motivfeld Rechtsextremismus zugeordnet, soweit nicht im Einzelfall z.B. der Beschuldigte keine rechtsextremistischen Vorerkenntnisse hatte und/oder sich aus dem Untersuchungsergebnis keine Nähe zu rechtsextremistischen Positionen ableiten ließ.

Der Anstieg der Deliktzahlen im Motivfeld Rechtsextremismus ist im wesentlichen auf einen extrem hohen Zuwachs beim

- Verbreiten von Propagandamitteln (§ 86 StGB – Steigerung: 692 %) und
- Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86 a StGB – Steigerung: 51 %) zurückzuführen.

¹¹ Alle Deliktsangaben des LKA Niedersachsen beziehen sich auf Straftaten (einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche) und auf Ordnungswidrigkeiten.

Aus der Vielzahl der Statistiken und Diagramme des LKA-Berichtes zur Staatsschutzkriminalität Niedersachsen 1997 wird für diesen Bericht die Gesamtübersicht der Fallzahlen übernommen.

Wegen Ihrer Bedeutung für die Öffentlichkeit werden auch die Deliktstruktur der fremdenfeindlichen Straftaten sowie die politisch motivierten Gewaltdelikte dargestellt.

Staatsschutzkriminalität in Niedersachsen für 1997 Fremdenfeindliche¹³ Straftaten

| Tatbestand | Rechtsex- tremismus | | Sonstige | | Gesamt ¹⁴ | | davon Ereignisse ¹⁵ | |
|---|------------------------|------|----------|------|----------------------|------------------|-----------------------------------|------|
| | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 |
| Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen | 3 | 74 | - | - | 3 | 74 | 1 | 1 |
| Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen | 80 | 207 | 5 | 10 | 85 | 217 | 72 | 120 |
| Verunglimpfung des Bundespräsidenten | 3 | 5 | - | - | 3 | 5 | 1 | 1 |
| Schwerer Hausfriedensbruch | - | 1 | - | - | - | 1 | - | 1 |
| Landfriedensbruch | 5 | - | 2 | - | 7 | - | 7 | - |
| Besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs | - | 1 | - | - | - | 1 | - | 1 |
| Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten | 9 | 4 | 1 | 2 | 10 | 6 | 10 | 4 |
| Bildung krimineller Vereinigungen | - | 2 | - | - | - | 2 | - | 2 |
| Volksverhetzung | 80 | 174 | 4 | 23 | 84 | 197 | 61 | 169 |
| Verherrlichung von Gewalt / Aufstachelung zum Rassenhaß | 3 | 59 | - | - | 3 | 59 | 2 | 1 |
| Beleidigung | 31 | 38 | 1 | 19 | 32 | 57 ¹⁶ | 13 | 17 |
| Mord | 1 | - | - | - | 1 | - | 1 | - |
| Totschlag | 1 | - | - | - | 1 | - | 1 | - |
| Körperverletzung | 11 | 11 | 2 | 3 | 13 | 14 ¹⁷ | 2 | 4 |
| Gefährliche Körperverletzung | 9 | 7 | 2 | 2 | 11 | 9 | 8 | 4 |
| Nötigung | 7 | 10 | 2 | 5 | 9 | 15 | 6 | 6 |
| Bedrohung | 19 | 11 | 5 | 8 | 24 | 19 | 6 | 3 |
| Raub | - | 1 | - | - | - | 1 | - | 1 |
| Sachbeschädigung | 51 | 63 | 4 | 9 | 55 | 72 | 8 | 5 |
| Schwere Brandstiftung | 1 | 4 | 1 | 1 | 2 | 5 | 1 | 4 |
| Brandstiftung | 1 | - | - | - | 1 | - | 1 | - |
| Gesamtzahl | 315 | 672 | 29 | 82 | 344 | 754 | 201 | 344 |

¹³ Siehe Definition bei der 1. Tabelle der Brand- und Sprengstoffdelikte.

¹⁴ Jede Einzeltat eines Ermittlungsverfahrens wurde einzeln gezählt.

Beispiel: Wird bei einer Körperverletzung gleichzeitig das Opfer beleidigt, werden bei der Gesamtsumme beide Tatbestandsverwirklichungen statistisch berücksichtigt

¹⁵ Jede Gewalttat bzw. sonstige Gesetzesverletzung wurde nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzelstaten bestand oder von mehreren Tätern gemeinsam begangen wurde. Wurden mehrere Straftatbestände durch eine Handlung verwirklicht, so wird ausschließlich der schwerer wiegende Verstoß gezählt.
Beispiel: Durch einen versuchten Totschlag wird gleichzeitig eine Sachbeschädigung begangen. Statistisch berücksichtigt wird bei „Ereignis“ lediglich der Totschlag.

¹⁶ Davon 1 Straftat aus dem Bereich des Ausländerextremismus

¹⁷ Davon 1 Straftat aus dem Bereich des Ausländerextremismus

Staatsschutzkriminalität in Niedersachsen für 1997
Politisch motivierte Gewaltdelikte
– Motivfelder –

| Gewaltdelikte | Rechts- extremismus | | Links- extremismus | | Ausländer- extremismus | | Sonstige Gewaltdelikte | | Gesamt | |
|--|------------------------|------------|-----------------------|-----------|---------------------------|-----------|---------------------------|------------|------------|------------|
| | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 |
| Tötungsdelikte §§ 211 – 222 StGB | 3 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 4 | 3 |
| Körperverletzungen §§ 223 – 233 StGB | 57 | 48 | 26 | 28 | 10 | 15 | 44 | 54 | 137 | 145 |
| Brand- und Sprengstoffdelikte §§ 306 – 311 StGB | 4 | 7 | 8 | 12 | 9 | 3 | 13 | 7 | 34 | 29 |
| Landfriedensbrüche §§ 125/125 a StGB | 8 | 3 | 15 | 23 | 2 | 1 | 32 | 51 | 57 | 78 |
| Gefährl. Eingriffe in den • Bahn-, • Schiffs- und • Straßenverkehr §§ 315 – 315 c StGB | 1 | 3 | 33 | 15 | 0 | 1 | 116 | 51 | 150 | 70 |
| Straftaten gg. die persönliche Freiheit §§ 234 ff StGB (ohne Nötigung und Bedrohung) | 1 | 1 | 0 | 0 | 3 | 4 | 1 | 2 | 5 | 7 |
| Nötigung / Bedrohung §§ 240 und 241 StGB | 62 | 47 | 11 | 12 | 19 | 24 | 40 | 82 | 132 | 165 |
| Raub und Erpressung §§ 249 – 255 StGB | 2 | 5 | 1 | 1 | 24 | 19 | 6 | 5 | 33 | 30 |
| Gesamt | 138 | 115 | 94 | 92 | 68 | 68 | 252 | 252 | 552 | 527 |

Rechtsextremismus

Überblick

Der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland war im Jahr 1997 durch folgende Entwicklungen gekennzeichnet. Militante Neonazis – insbesondere in der Skinhead-Szene – setzten ihre fremdenfeindlichen und antisemitischen, den Nationalsozialismus verherrlichenden Aktivitäten fort. Die Vernetzung der Neonazis nahm zu, informelle Zusammenschlüsse erfolgten verstärkt über sogenannte Kameradschaften, deren Zahl in Niedersachsen auf 15 Gruppen mit 300 – 350 Mitgliedern gestiegen ist. Die Jungen Nationaldemokraten, die bereits 1996 für sich die Meinungsführerschaft im „nationalen Widerstand“ reklamierten, haben sich zu einem wichtigen Sammelbecken für Aktivisten verbotener neonazistischer Organisationen entwickelt. Trotz ihres früheren strikten Abgrenzungskurses öffnete sich auch ihre Mutterpartei NPD zunehmend neonazistischen Personenkreisen. Auf einem als „Bundeswahlkongreß“ bezeichneten Treffen in Passau am 7. Februar 1998 waren unter den 4.000 Teilnehmern rund die Hälfte Skinheads und Neonazis.

Musikveranstaltungen mit Skinbands haben 1997 stark zugenommen: 115 (1996: 68) solcher Konzerte wurden bundesweit gezählt, in Niedersachsen kam es nur zu einer größeren Veranstaltung mit rund 500 Teilnehmern. CDs mit äußerst aggressiven Liedern finden auf dem Skinhead-Musikmarkt verstärkt Absatz. Auf den im Ausland hergestellten Tonträgern wird offen zum Mord an Ausländern und insbesondere an Juden aufgerufen.

Die traditionellen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen fallen, wie in den Vorjahren, mit fremdenfeindlichen Positionen und nationalistischer Agitation gegen den europäischen Einigungsprozeß auf. 1997 sind soziale Fragen in den Mittelpunkt ihrer Programmatik gerückt. Sie hoffen dadurch, unter Arbeitslosen Wähler und Anhänger gewinnen zu können. Wahlerfolge blieben allerdings 1997 noch aus. Bündnisbemühungen werden insbesondere von der neuen Partei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ betrieben, wegen der Zerstrittenheit unter den verschiedenen Organisationen allerdings bislang ohne Erfolg.

Im „Heideheim“ in Hetendorf Nr. 13 waren zwar nach dem vom Niedersächsischen Innenminister initiierten Verbot der Wiking-Jugend die Aktivitäten zurückgegangen, dennoch blieb die Hetendorfer Tagungswoche ein bedeutendes Ereignis für alte und insbesondere junge Rechtsextremisten in Deutschland. Das Niedersächsische Innenministerium hat am 12. Februar 1998 den Heide-Heim e.V. mit Sitz in Hamburg und den Heideheim e.V. mit Sitz in Buchholz als Träger- bzw. Förderverein des Schulungszentrums in Hetendorf verboten. Die beiden Vereine verfolgten das Ziel, mit ihrer Tätigkeit die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend zu untergraben und letztendlich zu beseitigen. Die Arbeit beider Vereinigungen war dabei darauf gerichtet, Treff- und Veranstaltungsmöglichkeiten für andere rechtsextremistische bzw. neonazistische Gruppierungen bereitzustellen und selbst zu veranstalten.

Die sogenannte Neue Rechte hat weiterhin eine Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Der Begriff steht für eine intellektuelle, modernisierte Spielart eines rechten bis rechtsextremistischen Staatsverständnisses. Ein in sich gefestigter Personenzusammenschluß ist allerdings nicht erkennbar.

Einführung

Eine einheitliche Theorie über den Rechtsextremismus fehlt. Es besteht aber ein allgemeiner Konsens über die für ihn charakteristischen Ideologieelemente. Rechtsextremistisch sind Bestrebungen, die die Ausgrenzung ethnischer¹⁸ und religiöser Minderheiten (Fremdenfeindlichkeit bis hin zum offenen **Rassismus** und **Antisemitismus**) oder sozialer Randgruppen zum Ziel haben bzw. die aus realen oder nur behaupteten biologischen Unterschieden Aussagen über die Wertigkeit von Menschen, sozialen Rangordnungen und politischen Herrschaftsansprüchen ableiten (**Biologismus**). Solche ideologischen Ausgrenzungsstrategien korrespondieren mit einer Überhöhung von Volk, Nation (**Nationalismus**) und Staat.

Eine Hauptrichtung des Rechtsextremismus betrachtet das Volk als eine

homogene Einheit, als eine Unterschieden negierende völkische Gemeinschaft, in der die Einzelperson unter Aufgabe ihrer Individualrechte lediglich Funktionen wahrzunehmen hat. Als Bezeichnung für diesen antipluralistischen ideologischen Ansatz hat sich der Begriff „**völkischer Kollektivismus**“ durchgesetzt. Der Staat, den Rechtsextremisten im Gegensatz zu den undogmatischen Linksextremisten immer in einer starken Rolle sehen, ist Exekutivorgan eines vermeintlich objektiven Interesses der Volksgemeinschaft bzw. der Nation, das gegebenenfalls auch mit Waffengewalt durchgesetzt werden muß.

Kennzeichnend für den Rechtsextremismus ist weiterhin der **Militarismus**, der militärische Prinzipien, Einstellungen und Verhaltensformen auf die Gesellschaft allgemein überträgt und verabsolutiert.

Von besonderer Bedeutung für den Rechtsextremismus in Deutschland ist der historische **Nationalsozialismus**. Politische Gesinnungen und Bestrebungen der Gegenwart, die sich auf das nationalsozialistische Herrschaftssystem und seine grundlegenden Elemente – Führerstaat, Antisemitismus, Rassismus, Militarismus – berufen, werden als neo-nationalsozialistisch (= neonazistisch) bezeichnet. Der Gruppe der Neonazis zuzurechnen sind die sogenannten Revisionisten, die durch Leugnung oder Relativierung der deutschen Kriegsschuld bzw. der Massenvernichtung von Juden den Nationalsozialismus zu rehabilitieren versuchen.

Falsch wäre es, Neonazismus und Rechtsextremismus einfach gleichzusetzen. Einige rechtsextremistische Gruppierungen distanzieren sich sogar ausdrücklich vom Nationalsozialismus. Nicht jeder Rechtsextremist ist also ein Neonazi, aber jeder Neonazi ein Rechtsextremist. Wenn die Begriffe Rechtsextremismus und Neonazismus

¹⁸ *Ethnie bezeichnet (in der Völkerkunde) eine kulturell einheitliche Volksgruppe.*

bzw. Neofaschismus¹⁹ dennoch häufig als Synonyme verwendet werden, so ist dies auf ihre gemeinsamen Wurzeln in einer antiaufklärerischen Tradition zurückzuführen. Die Ideologen des Nationalsozialismus erfanden dessen Grundprinzipien nicht neu, sondern griffen bereits vorhandene, antidemokratische Denkströmungen auf, um sie zu einer neuen Herrschaftsideologie zusammenzuführen. Neonazismus und Neofaschismus waren überdies in den Ländern des ehemaligen Ostblocks ideologisch aufgeladene Termini, mit denen suggeriert werden sollte, daß rechtsextremistische Erscheinungen nur unter kapitalistischen Bedingungen entstehen können. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, war das Phänomen des Rechtsextremismus jedoch auch in den ehemaligen Ostblock-Ländern, insbesondere in der DDR, nicht unbekannt.

Auf der Ebene konkreten Handelns lassen sich rechtsextremistische Organisationen mit originär politischer Ausrichtung, also für Parlamente kandidierende Parteien, von Zusammenschlüssen im gesellschaftlichen und vorpolitischen Raum unterscheiden. Während Parteien ihre rechtsextremistischen Einstellungen kaschieren, indem sie sich in ihren Programmen vordergründig zum Grundgesetz bekennen, durch ihre Aktivitäten aber ihre Gegnerschaft zur verfassungsmäßigen Ordnung dokumentieren, bringen nicht parteimäßig

¹⁹ Faschismus im engeren Sinne bezeichnet den italienischen Faschismus, eine von Benito Mussolini in Italien zu Beginn der 20-er Jahre begründete politische Bewegung mit den charakteristischen Elementen: charismatisches Führertum, Politisierung der Massen, aggressiver Nationalismus und Imperialismus.

Demzufolge werden Organisationen, die sich in die Tradition des historischen italienischen Faschismus stellen, als neofaschistisch bezeichnet. Im Zuge einer Ausweitung des Faschismusbegriffes, insbesondere durch Linksextremisten, ist der Begriff zu einem politischen Kampfbegriff geworden. Dabei wird der als bürgerliche Demokratie bezeichnete freiheitliche Rechtsstaat als „faschistoid“ diskreditiert.

organisierte Rechtsextremisten ihre Systemgegnerschaft teilweise offen zum Ausdruck. Die Organisationen der zweiten Kategorie können unterteilt werden in aktionsorientierte Gruppierungen – Kameradschaften, Skinheads – und in Zusammenschlüsse, die sich auf ideologische Aktivitäten konzentrieren, z.B. Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) oder die die „Hetendorfer Tagungswochen“ veranstaltenden Vereine. Zwischen den verschiedenen Kategorien gibt es keine strikte Trennung, vielmehr bestehen vielfältige Wechselbeziehungen und Doppelmitgliedschaften.

Rechtsextremistische Parteien

Zur Kategorie der rechtsextremistischen Parteien gehören die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Deutsche Volksunion (DVU) und Die Republikaner (REP). Wie sich die 1997 gegründete Organisation „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ entwickeln wird, unterliegt der Beobachtung. Die Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) hat ihren Parteienstatus bereits 1996 aufgegeben. Da sich die Aktivitäten der DLVH darauf konzentrieren, Bündnisse zwischen den Parteien herbeizuführen, wird sie dieser Kategorie zugerechnet.

Innerorganisatorisch befinden sich die rechtsextremistischen Parteien in Niedersachsen in der Krise. Äußere Anzeichen sind Personalquerelen und Mitgliederverluste. Bis auf die in sich zerstrittenen REP trat keine Partei zu den niedersächsischen Landtagswahlen am 1. März 1998 an.

Die NPD verzeichnet vor allem in den neuen Bundesländern Mitgliederzuwächse, ohne daß sich dies bislang in positiven Wahlergebnissen niederschlagen hätte. Die NPD baut ihren Einfluß im rechtsextremistischen Bereich durch die Einbindung von neonazistischen Zusammenschlüssen über ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) aus.

Die programmatische Nähe zwischen den rechtsextremistischen Parteien ist offenkundig. Zwar betonen NPD und DVU stärker traditionell rechtsextremistische Positionen, die REP aber bemühen sich unter ihrem Vorsitzenden Rolf SCHLIERER um ein moderneres Image. Doch werden von allen rechtsextremistischen Parteien die gleichen Themenfelder – Ausländer- und Asylpolitik, Kriminalität, europäischer Integrationsprozeß – mit nahezu identischen Argumentationsmustern bedient. Alle rechtsextremistischen Parteien hoffen, von der hohen Arbeitslosenquote profitieren zu können. Deshalb sind soziale Fragen in den Mittelpunkt ihrer Programmatik gerückt, konzentrieren sie ihre Aktivitäten auf soziale Brennpunkte. Sachpolitische Antworten auf soziale Probleme haben sie jedoch nicht anzubieten. Die Beschäftigung mit sozialen Themen dient vielfach als Transportmittel für ihre eigentlichen fremdenfeindlichen und nationalistischen Botschaften.

Angesichts der programmatischen Übereinstimmungen sind Bündnisbestrebungen in den rechtsextremistischen Parteien ein ständiges Thema. Die Zerstrittenheit der führenden Funktionäre hat Bündnisse jedoch auch 1997 verhindert. Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft, bei der die DVU 4,97 %, die REP 1,8 % der Stimmen erreichten, machte deutlich, daß für rechtsextremistische Parteien bei für sie günstiger Konstellation ein Wählerpotential von über 5 % durchaus vorhanden ist.

Neonazis und Skinheads

Auffälligste Erscheinungen im gesellschaftlichen bzw. im vorpolitischen Raum sind die Skinhead-Szene²⁰ und die neonazistischen Zusammenschlüsse, die mit ihren Aktivitäten das Bild der Öffentlichkeit vom Rechtsextremismus wesentlich prägen. Skinheads verfügen zwar in der Regel nicht über ein festgefügtes Weltbild, aber die sie kennzeichnende aggressive Fremdenfeindlichkeit und ihre diffuse Orientierung an Ideologieelementen des Nationalsozialismus – Rassismus, Nationalismus – weisen sie als rechtsextremistisch aus. Die im Verlaufe des Jahres zerschlagene Skinhead-Szene in Beverstedt, Landkreis Cuxhaven, hat gezeigt, daß sich aus der Skinhead-Bewegung rechtsextremistische Gruppierungen mit verfestigten Strukturen herausbilden können. Skinhead-Konzerte und CDs mit Skinhead-Musik transportieren nationalistische und rassistische Botschaften und bieten jungen, häufig sozial schwachen Personen einen Einstieg in die rechtsextremistische Szene. In den Liedtexten der verbreiteten CDs wurde in einem bislang unbekanntem Maße zur Vernichtung vermeintlicher Feinde aufgerufen, insbesondere zum Mord an Juden.

Für die sogenannten autonomen Kameradschaften stellt die Skinhead-Szene ein Rekrutierungsfeld dar. Die Neonazis reagierten mit der Bildung dieser autonomen Kameradschaften auf staatliche Verbotsmaßnahmen gegen neonazistische Organisationen. 1997 ist das Netz autonomer Kameradschaften in Niedersachsen ausgebaut worden, die Zahl ihrer Mitglieder gestiegen.

²⁰ Eine Minderheit in der Skinhead-Bewegung, die im Gegensatz zur Mehrheit nicht dem Rechtsextremismus zuzurechnen ist, stellen die „antifaschistischen“ Skins dar. Sie nennen sich „Red-Skins“ (Rote Glatzen) oder „S.H.A.R.P.s“ (Skinheads against racial prejudice).

Neue Rechte

Eine intellektuelle Strömung im Schnittfeld von Konservatismus und Rechtsextremismus, die sogenannte Neue Rechte, die sich an den Ideen der Konservativen Revolution der Weimarer Republik orientiert, zielt auf Meinungsführerschaft im politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Nach ihren Vorstellungen setzt die Erlangung politischer Macht „kulturelle Hegemonie“ voraus. Führende Zeitschrift in diesem Bereich ist weiterhin die Wochenschrift Junge Freiheit.

Propagandamittel

Versuche, in die Öffentlichkeit zu wirken, gibt es über den parteigebundenen Rechtsextremismus hinaus jedoch auch von anderen Rechtsextremisten. Ein Mittel hierfür ist das immer mehr an Bedeutung gewinnende und auch von Rechtsextremisten verstärkt genutzte Internet. Zu den eher traditionellen Mitteln gehört die Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen, z.B. die Rudolf-Heß-Gedenkmärsche oder Protestaktionen gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht“. Die Aktionen gegen die Wehrmachtsausstellung, die ab November 1998 auch in Hannover zu sehen sein wird, haben einen organisationsübergreifenden Charakter. An ihnen sind rechtsextremistische Parteien ebenso beteiligt wie neonazistische Zusammenschlüsse.

Neue Rechte

Die Neue Rechte stellt keinen in sich gefestigten Personenzusammenschluß dar, sondern bezeichnet eine Erscheinungsform konservativer bis rechtsextremistischer Geisteshaltung von sich

elitär verstehenden politisch-intellektuellen Zirkeln und Kleingruppen. Der Begriff steht für eine akademisch-intellektuelle, „modernisierte“ Spielart rechten bis rechtsextremistischen Staatsverständnisses, oft auch als Begriff für eine „Intelktualisierung“ des Rechtsextremismus.

Auf die von der Neuen Rechten aktualisierten Ideologiemerkmale der „Konservativen Revolution“ beziehen sich unterschiedliche Gruppierungen des Rechtsextremismus, wie Teile der NPD, der JN, der REP, die Deutsch-Europäische Studiengesellschaft, die Gesellschaft für Freie Publizistik.

Ende der 60er Jahre, zunächst in Frankreich als geistig-ideologische Strömung entstanden, orientiert sich die Neue Rechte an der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik, einer intellektuellen Strömung antidemokratischen Denkens. Zu den wichtigsten Autoren zählen Oswald SPENGLER („Untergang des Abendlandes“, 1918/1922), der Staatsrechtler Carl SCHMITT („Der Begriff des Politischen“, 1927, „Legalität und Legitimität“, 1932), Ernst JÜNGER („Stahlgewitter“, 1920), Arthur MOELLER van den BRUCK („Das 3. Reich“, 1923), Hans ZEHRER (Herausgeber der national-konservativen Zeitschrift „Die Tat“, 1929-1933), Edgar Julius JUNG („Die Herrschaft der Minderwertigen“) sowie Hans FREYER („Theorie des objektiven Geistes“, 1923). Den drei wichtigsten Gruppierungen der „Konservativen Revolution“, „Jungkonservative“, „Nationalrevolutionäre“ und „Völkische“, gemeinsam war die Gegnerschaft zur freiheits- und gleichheitsbejahenden Verfassung der Weimarer Republik; ihr gemeinsames Ziel war, in einer vom „*Liberalismus zersetzten*

Welt Verhältnisse zu schaffen und Werte hervorzubringen, die der Bewahrung wert sind" (MOELLER van den BRUCK). Die meisten Vorstellungen der Vertreter der „Konservativen Revolution“ zielen auf die Errichtung eines autoritären Systems, ähnlich dem des italienischen Faschismus. Kennzeichnend für die „Jungkonservativen“ ist die staatsbejahende Ausrichtung (Staat statt Volk als zentrales Kriterium), die sich gegen die Grundrechte als Schutzrechte der Bürger wendet.

Vorbild für die Neue Rechte in Deutschland war die seit 1968 aktive französische *Nouvelle Droite* (Neue Rechte) um den Publizisten Alain de BENOIST. Die 1968 von BENOIST mitgegründete neurechte Denkschule G.R.E.C.E. (Groupement de recherche et d'étude pour la civilisation européenne = Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation) diskutierte ihre Programmatik in den Zeitschriften *Nouvelle École*, *Éléments* sowie *Krisis*.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter definierte die Neue Rechte als ideologischen und organisatorischen Zwischen- und Übergangsbereich im politischen Spektrum zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus im Sinne einer Scharnierfunktion.²¹ Neue Rechte soll in dieser Hinsicht verstanden werden als „eine intellektuell vergleichsweise anspruchsvolle Strömung des Rechtsextremismus, die sich am Vorbild der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik orientiert, mit einer metapolitischen Strategie in erster Linie auf die Umwertung bestehender Werte zielt.“²²

Mit dem traditionellen Rechtsextremismus, der sog. „Alten Rechten“, stimmt die „Neue Rechte“ überein in den Ideologiemerkmalen Antiliberalismus, Ideologie der Ungleichheit, Homogenitätsstreben, Staatsautoritarismus, völkischer Nationalismus sowie Freund-Feind-Politikverständnis. Trennend ist vor allem die Aktualisierung und Neuinterpretation der ideologischen Vorbilder der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik.

Ideologiemerkmale der Neuen Rechten

Ideologischer Bezugsrahmen ist die Auseinandersetzung mit den maßgeblichen Autoren der „Konservativen Revolution“ und deren politischer Analyse, der zeitgenössischen Verhaltensforschung, Eugenik und Sozialbiologie. Zentrale Bedeutung haben hierbei vor allem die völkisch-antiparlamentarischen Werke JUNGs, die nationalistisch-antiliberalen Thesen MOELLER van den BRUCKs sowie die staatsautoritären Schriften SCHMITTs. In Anlehnung an die sich als Gegenbewegung zur Französischen Revolution verstehende „Konservative Revolution“ und ihres Kampfes gegen das durch Aufklärung, Marxismus und Liberalismus hervorbrachte Gleichheitsdenken („Egalitarismus“) orientiert sich die Neue Rechte an den europäischen Werten vor 1789. Diese Voraussetzungen für Demokratie infrage stellend, postuliert sie ein Zurück hinter die Errungenschaften der französischen und amerikanischen Revolution, hinter die Etablierung der

²¹ Vgl. Wolfgang Gessenharter, *Kippt die Republik? Die „Neue Rechte“ und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*, München 1994.

²² *Metapolitische Strategie bezeichnet eine auf ideologische Durchdringung zielende, der Tagespolitik übergeordnete politische Strategie*. Vgl.: Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. I: *Literatur*, Köln 1989, S. 136.

Menschen- und Bürgerrechte. Die Betonung voraufklärerischer Werte wie Bindung an eine Volksgemeinschaft und „natürliche“ Ungleichheit der Menschen geht zurück auf die Schriften JUNGS:

„Konservative Revolution nennen wir die Wiedererrichtung aller jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch (...) keine wahre Ordnung aufbauen kann. An die Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an die Stelle der sozialen Gesinnung der gerechte Einbau in die gestufte Gesellschaft, an die Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, (...) an die Stelle des Massenglücks das Recht der Volksgemeinschaft.“

(Edgar J. Jung: Deutschland und die konservative Revolution, München 1932, S. 380.)

In der Überbetonung der Bedeutung des Volkes, seiner kulturellen Eigenarten und ethnischen Besonderheiten negiert die Neue Rechte konstitutive Elemente eines demokratischen Grundkonsenses: Individualrechte und die universalistischen Menschenrechte.

Unter Einbeziehung der Theorien vor allem SCHMITTs und JÜNGERs bildet die Neue Rechte eine politische Theorie heraus, die in Gegnerschaft zu Liberalismus und Demokratie den „starken Staat“ postuliert. Die Demokratie wird abgelehnt wegen ihres Gleichheitsgedankens und ihrer kompromißorientierten Entscheidungsfindung. Wahlen als Ausdruck politischer Legitimation und der Volkssouveränität werden abgelehnt, weil sie der Vorstellung einer homogenen Volksgemeinschaft als vorgeblich natürlicher Ordnung widersprechen. Ziel ist die Identität

von Regierung und Volk, ein autoritärer, den Volkswillen verkörpernder Staat (identitäres Demokratieverständnis). Parlamentarismus wird zugunsten eines autoritären Staates negiert. Hierin bezieht sich die Neue Rechte auf den Antiparlamentarismus SCHMITTs (*„Zur Demokratie gehört also notwendig Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“*). Die Repräsentation des Volkswillens durch Parteien gilt als undemokratisch, als *„systembedingte Schwäche des liberalen Parteienstaates“*.

Charakteristisch für das antidemokratische Grundverständnis der Neuen Rechten ist die Überhöhung der zentralen Ideologiebegriffe, wie „Gemeinschaft“, „Nation“, „Organismus“, „Natur“ und „Volk“ (Volk als ethnisch definierte „Schicksalsgemeinschaft“). Zentrale Kategorie für die Volksgemeinschaft ist der Kampf, der Kampf des Individuums als Teil der Volksgemeinschaft sowie der Konkurrenzkampf der Volksgemeinschaften untereinander (Sozialdarwinismus). Den solchermaßen theoretisch begründeten völkischen Nationalismus versucht die Neue Rechte aus dem nationalsozialistischen Kontext vermittels ihrer Konzeption des „Ethnopluralismus“²³ zu lösen, die die Forderung nach Trennung der Ethnien beinhaltet. Der Begriff „Ethnopluralismus“ wirkt unbelastet und erweckt den Eindruck, eine spezielle Variante der multikulturellen Gesellschaft zu sein (im Sinne einer friedlichen Koexistenz ethnischer Gruppen).

²³ *Ethnopluralismus bedeutet (wörtlich): Vielfalt von sprachlich-kulturell einheitlichen Volksgruppen und Völkern.*

Der rechtsextremistische Charakter der „ethnopluralistischen“ Konzeption der Neuen Rechten ergibt sich aus der Fixierung ihrer Weltanschauung auf „Ethnien“: Der Bürger existiert nicht als Individuum im Sinne des Grundgesetzes mit unveräußerlichen Menschenrechten, sondern nur als Bestandteil des Kollektivs, dem ethnisch definierten Volk als Subjekt der Geschichte. Die Neue Rechte leugnet die Gültigkeit universeller Werte wie die Menschenrechte. Sie geht von einer ethnokulturellen Bedingtheit von Werten aus. Jede Ethnie habe eigene, organisch gewachsene Wertvorstellungen, die es zu erhalten gelte.

Das Konzept einer „multikulturellen“ Gesellschaft wird abgelehnt, weil es eine Vermischung der Kulturen sowie den Verlust der eigenen kulturellen Identität bedeutet. Anhänger des Konzeptes würden die Identität der Ethnien zerstören. Sie wollten einen Einheitsmenschen im Sinne westlicher Wertvorstellungen schaffen.

In Anlehnung an Konzepte der Neuen Linken werden Ansätze einer Strategie zur „kulturellen Hegemonie“ aufgegriffen. Diese Vorstellung eines Kulturkampfes im Verständnis des italienischen Marxismus-Theoretikers Antonio GRAMSCI – Vorherrschaft über politische Leitbegriffe als Voraussetzung für politische Herrschaft – geht von der Notwendigkeit der Erlangung der Meinungsführerschaft aus. Für die Strategie der Neuen Rechten bedeutet dies den Versuch, das als liberalistisch diffamierte politische System auf ideologischer Ebene durch Umdeutung liberal-konservativer Positionen zu beeinflussen.

Zu den politischen Postulaten der Neuen Rechten gehört neben der Ablehnung der europäischen Integration, der Forderung nach dem Ende der „die politische Handlungsfähigkeit behindernden Vergangenheitsbewältigung“, der Ablehnung der angeblich durch „Umerziehung“ aufgezwungenen freiheitlichen Wertvorstellungen des „Westens“ vor allem die Errichtung eines wehrhaften deutschen Staates, der Nation und Volkswillen verkörpert und sich nach innen ethnisch, kulturell und politisch homogen, nach außen als starke Zentralmacht darstellt.

Zeitschrift Junge Freiheit²⁴

Als derzeit wohl bedeutendstes Publikationsorgan für die Neue Rechte kann die wöchentlich erscheinende Junge Freiheit genannt werden. Sie wurde 1986 von Schülern und Studenten gegründet und erscheint in einer Auflage von etwa 20.000 Exemplaren. Neben tagespolitischen und kulturellen Beiträgen enthält sie theoretische Grundsatzartikel. Zu den Autoren zählen Vertreter unterschiedlicher Strömungen der extremen Rechten sowie auch des demokratischen Konservatismus. Die Junge Freiheit versteht sich als moderne nationalkonservative Zeitung, die bestrebt ist, zunächst durch Besetzung von Themen im vopolitischen Raum und durch die angestrebte Vernetzung der „patriotischen“ Kräfte in Deutschland eine publizistische, rechtsintellektuelle Subkultur zu schaf-

²⁴ Mit Urteil vom 14.02.1997 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf die bisherige Berichterstattung des Innenministeriums NRW über die Junge Freiheit für rechtmäßig erklärt. Über einen Antrag der Jungen Freiheit auf Zulassung der Berufung hat das OVG Münster noch nicht entschieden. Rechtsextremistische Publikationen, in denen sich auch Positionen der Neuen Rechten finden, sind Nation & Europa, Europa Vorn, Staatsbriefe sowie Sleipnir.

fen, die als Basis zur längerfristigen Durchsetzung eigener politischer Zielvorstellungen dienen soll. Die Junge Freiheit ist ihrem Selbstverständnis gemäß parteipolitisch nicht gebunden, sondern möchte ein „möglichst breites Spektrum von konservativen Autoren widerspiegeln“. Die politischen Themenschwerpunkte der Jungen Freiheit spiegeln die ideologischen Merkmale der Neuen Rechten wider. Zentrale Themen sind die Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses, die Thematisierung eines „Werteverfalles“ und eines „Verlustes der nationalen Identität“, die Forderung nach einem „starken Staat“ sowie die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen.

Bedeutung und Gefahrenpotential der deutschen Neuen Rechten müssen vor dem Hintergrund einer fehlenden geschlossenen Ideologie sowie einer fehlenden einheitlichen Organisation bewertet werden. Versuche einer Institutionalisierung der Neuen Rechten wie in Form des „Thule-Seminars“ scheiterten bislang. Gefahren im Bereich der politischen Kultur können von der Neuen Rechten nur ausgehen, wenn es ihr gelingt, stärker in die Öffentlichkeit hineinzuwirken und den politischen Diskurs zu dominieren.

In der Ausgabe der Jungen Freiheit Nr. 52, 19. Dezember 1997, S. 3 verdeutlicht Alfred MECHTERSHEIMER, Leiter der „Deutschland-Bewegung“ und des „Friedenskomitees 2000“, im Zusammenhang mit der öffentlichen Auseinandersetzung über rechtsextremistische Vorfälle in der Bundeswehr seine nationalistischen Vorstellungen eines „wehrhaften Staates“:

„Nahezu alle Teile der Bundeswehr sind in militärisch unsinnige multi-

laterale Verbände eingebaut. Eine Bundesregierung ohne Selbstbewußtsein setzt die Streitkräfte ein als politisches Instrument ihrer Gefolgschaftspolitik gegenüber den westlichen Siegermächten. Soldaten reagieren auf den zur Staatsräson erhobenen Verzicht auf nationale Identität besonders allergisch.“

Im weiteren Text werden Institutionen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verunglimpft, indem es heißt:

„Die eingeleiteten gesinnungspolitischen Maßnahmen werden in den Streitkräften zu einer Solidarisierung führen und den in jüngster Zeit in wachsender Zahl entstandenen nationalen Kameradschaften Zulauf bringen. Dort weiß man, daß die Angriffe auf die Bundeswehr zu Beginn des Bundestagswahlkampfes auch dazu dienen, die Herrschaft des Bonner Parteiensystems zu stabilisieren und jede demokratische nationale Opposition zu unterdrücken.“

Bereits in der Ausgabe der Jungen Freiheit vom 25. Oktober 1996 hatte MECHTERSHEIMER in einem Interview ausgeführt:

„Wir müssen im Grunde eine Kulturrevolution vorbereiten, und dafür ist eine Partei untauglich.“

In der Ausgabe Nr. 46 vom 7. November 1997, S. 3, veröffentlicht die Junge Freiheit ein Interview mit dem Präsidenten der französischen neurechten Denkschule G.R.E.C.E., Jean-Claude JACQUARD, in dem dieser Bezug nimmt auf Autoren der „Konservativen Revolution“ sowie die Strategie von GRAMSCI zur Erlangung der „kulturellen Hegemonie“:

Entstehungsgeschichte und Richtungen

„Was wir hauptsächlich wollen, ist Einfluß zu gewinnen auf die bestehende Kultur; wir wollen die Ideen in eine bestimmte Richtung lenken, ohne selbst politisch aktiv zu werden, und zwar auf der Grundlage dessen, was wir veröffentlichen und was wir sagen.“

Neonazistische Bestrebungen

Rechtsextremistische Skinheads

Der rechtsextremistischen Skinhead-Szene sind einschließlich militanter Rechtsextremisten bundesweit 7.600 Personen zuzurechnen. In Niedersachsen gibt es ca. 600 rechtsextremistische Skinheads (1996: 500 Personen). Regionale Schwerpunkte waren die Räume Northeim, Goslar, Hildesheim, Stadthagen, Beverstedt, Buchholz, Wolfsburg, Tostedt, Lüneburg, Lüchow sowie der Landkreis Hannover.

Staatliche Sanktionen und gewachsener öffentlicher Druck haben Gewalttaten von Skinheads und den Zulauf zu Skinhead-Gruppen teilweise zurückdrängen können. Die rechtsextremistischen Skinheads blieben aber mit ihrer aggressiven Fremdenfeindlichkeit, ihren Angriffen gegen soziale Minderheiten und Attacken gegen politisch Andersdenkende eine wichtige Herausforderung für Staat und Gesellschaft.

Die Skinhead-Bewegung bildete sich als zunächst unpolitische Jugend-Subkultur Anfang der siebziger Jahre in London heraus. Getragen wurde sie hauptsächlich von männlichen Angehörigen der „Arbeiterklasse“, die durch ihr äußeres Erscheinungsbild – rasierte Köpfe, Arbeiterjacken, schwere Stiefel – und ihre Verhaltensweise ihre Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft signalisierten. Erst Mitte der siebziger Jahre gewannen die rechtsextremistischen Organisationen British Movement und National Front Einfluß auf die Skinheads.

Ende der siebziger Jahre griff die Skinhead-Bewegung, zunächst ebenfalls in unpolitischer Form, auch auf Deutschland über. Auch hier schlossen sich in erster Linie sozial benachteiligte Jugendliche den Skinheads an. Exzessiver Alkoholkonsum und betonter Männlichkeitskult dienen zur Identitätsstiftung und Stärkung des Selbstwertgefühls. Virulente aggressive Fremdenfeindlichkeit, Fixierung auf körperliche Überlegenheit, Aktionismus gegen abgelehnte gesellschaftliche Gruppen und überhöhter Nationalismus der Skinheads veranlaßten neonazistische Gruppierungen bereits Anfang der achtziger Jahre zu ersten Einbindeversuchen. Diese Versuche scheiterten jedoch an der Ablehnung fester Organisationsstrukturen durch die Skinheads. Ab Mitte der achtziger Jahre entwickelte die Skinheadbewegung aus sich heraus vermehrt rechtsextremistische Auffassungen.

Zu den politisch beeinflussten Skinheads zählen die „Hammerskins“. Diese zuerst in den USA entstandene Gruppe ist als Sammlungsbewegung von Skinheads auf ideologischer Basis zu bewerten. Sie besitzt ein elitäres, rassistisches, in Teilen nationalsozialistisches Weltbild und verfolgt das Ziel,

alle weißen Skinheads in einer Hammerskin-Nation zu vereinigen. Ihr Symbol – zwei gekreuzte Hämmer – soll die Kraft und Stärke der weißen Arbeiterbewegung demonstrieren. Hammerskins traten in Deutschland erstmals 1991 in Brandenburg in Erscheinung.

Die „Blood and Honour“-Skinheads haben ihren Ursprung in England. Das Ziel dieser rechtsextremistisch orientierten Gruppierung ist es, autonome Strukturen für die Skinhead-Szene – vorwiegend im Musikbereich – zu schaffen, um über die Musik ideologisch Einfluß zu nehmen.

Die größte, zahlenmäßig weiter wachsende Gruppierung innerhalb der Skinhead-Bewegung wird von den „Oi-Skins“ gebildet. Ihr Name ist vermutlich aus der englischen Übersetzung für die Bezeichnung der nationalsozialistischen Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ „Strength through Joy“ abgeleitet. Die Oi-Skins, die über kein geschlossenes Weltbild verfügen, verstehen sich selbst trotz latenter Ausländerfeindlichkeit nicht als politisch, sondern als in erster Linie „spaßorientiert“.

Hemmungslos praktizierte Gewalt ist das bevorzugte Mittel der von Skinheads auf der Straße ausgetragenen „politischen“ Auseinandersetzungen mit tatsächlichen und vermeintlichen Gegnern. Die Gewalttätigkeiten von Skinheads richten sich vor allem gegen Asylbewerber, Farbige, linksorientierte Deutsche (die im Skinjargon als „Zecken“ bezeichnet werden), Homosexuelle, Prostituierte und Obdachlose. Auch wenn die Skinheads über kein geschlossenes Weltbild verfügen, offenbart sich in ihren Aktionen eine unterschwellige Prägung durch die für den Nationalsozialismus grundle-

genden Ideologieelemente Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus. Die Namensgebung für Skinhead-Bands wie „Werwolf“, „Endsieg“ oder „Sturmtruppen“ ist ein weiterer Hinweis auf diese ideologische Orientierung.

Die Bedeutung des Nationalismus auch für Skinheads in anderen Ländern wird im Vorwort der Erstausgabe (Sommer 1997) des Skinhead-Magazins „Unsere Welt – Das Magazin des Rock'n Roll Widerstands“ unterstrichen:

„Wir definieren Nationalismus als Bekenntnis und Liebe zur eigenen Sprache, Kultur und Volk, verbunden mit dem Wunsch allen Schaden von ihm abzuwenden. (...) Unser Land lieben wir. (...) Wir haben, heutzutage, überall in der Welt die gleichen Probleme. Also lasst sie uns auch gemeinsam lösen. Überall wo unsere Feinde ihr hässliches Gesicht zeigen und ihren Machthunger ausleben, stehen junge Nationalrevolutionäre auf um ihnen entgegen zu treten.“
(Fehler aus dem Original übernommen)

Skin-Bands und CD-Handel

Eine wesentliche Rolle für den Zusammenhalt der Szene und den Transport rassistischer Botschaften spielen Skinhead-Bands, wie die britischen Gruppen „No Remorse“ (Keine Gnade), „Scullhead“ (Totenkopf) oder die deutschen Bands „Störkraft“, „Noie Werte“ sowie „Saccara“ und „Boots Brothers“ aus Niedersachsen. Die meisten Skinhead-Bands sind Vertreter der

sogenannten Oi-Musik, einer Punk-elemente enthaltenden Richtung der Rockmusik, die auf politische Texte verzichtet. Während die Oi-Musik in erster Linie eine identitätsstiftende Bedeutung für die Szene hat, wird über eine politisch motivierte Richtung der Skin-musik nachhaltiger rechtsextremistischer Einfluß ausgeübt. Die Liedtexte dieser Bands verherrlichen Gewalt, sind zunehmend aggressiv antisemitisch, hetzen zur Gewalt gegen Ausländer auf und glorifizieren den Nationalsozialismus.

Skinhead-Bands riefen 1997 in bisher nicht bekanntem Maße offen zur Vernichtung Andersdenkender auf. So heißt es auf der CD „Norheim Live 1“, die von dem niedersächsischen Skinhead und Neonazi Thorsten HEISE zusammengestellt und in Nordeuropa produziert worden ist, u.a.:

*Wetzt die langen Messer auf dem
Bürgersteig,
laßt die Messer flutschen in den
Judenleib*

*Refrain:
Blut muß fließen, und wir schießen
auf die Freiheit
dieser Judenrepublik.
Zerrt die Konkubine aus dem Für-
stenbett,
schmiert die Guillotine mit dem
Judenfett.*

*Refrain
In der Synagoge hängt ein schwar-
zes Schwein,
in die Parlamente schmeißt die
Handgranaten rein.*

Refrain

Auf der CD „Zillertaler Türkenjäger“ wird gegen Ausländer und Juden gehetzt. In einem Text zu der Melodie

des Schlagers „Kreuzberger Nächte sind lang“ heißt es u.a.:

*„Jetzt frag mich son Kanak, wie bist
du drauf.*

*Ich sag, hey Türke, ich räum in
Deutschland auf.*

*Da zieht er gleich sein langes Messer
raus*

*und schreit: Scheiß Deutscher, mit dir
gleich ist es aus, äh.*

*Mit dem Messer fuchtelnd geht er
auf mich los.*

*Ich frag mich nur, was will der
Scheißer bloß.*

*Ich streck ihn nieder mit einem einzi-
gen Schuß.*

*Das wars mit ihm, oh ist das ein
Genuß.*

*Kreuzberger Nächte sind lang,
Kreuzberger Nächte sind lang.*

*Erst fang' se ganz langsam an, aber
dann, sind die Alis dran.“*

Maßgeblicher Vertreter dieser CDs in der Bundesrepublik Deutschland ist der niedersächsische Neonazi Jens HESSLER. Der in Lingen beheimatete 23jährige betreibt den Vertrieb einschlägiger CDs hauptberuflich. Er ist seit Jahren damit führend in der Bundesrepublik. Gegen ihn sind mehrere Ermittlungsverfahren anhängig. So beschlagnahmte die Polizei am 10. November Kundenanschriften und etwa 1.450 CDs mit zum Teil volksverhetzenden Liedern – u.a. der Bands „Zillertaler Türkenjäger“ und „Macht & Ehre“ – bei HESSLER und einem Gesinnungsgenossen in Lingen. Die Tonträger waren in der gemeinsamen Wohnung der beiden Neonazis sowie in einem Kraftfahrzeug gelagert. Ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurde eingeleitet.

Neben HESSLER spielt der aus Mecklenburg-Vorpommern stammende Neonazi Marcel SCHILF mit seinem in Hil-



CD „Heim ins Reich“ der Skingruppe „Reichssturm“



CD „Northeim“ (Mitschnitt verschiedener Musikveranstaltungen)



CD „12 Doitsche Stimmungshits“ der Skingruppe „Die Zillertaler Türkenjäger“



CD „Unter Führers Befehl“ der Skingruppe „Arisches Blut“

lerod (Dänemark) und in Schweden ansässigen Herstellungs- und Vertriebsunternehmen NS 88/NS Records eine bedeutende Rolle nicht nur für die deutsche, sondern auch für die internationale Skinhead-Szene. SCHILF ist seit ungefähr vier Jahren in Nordeuropa aktiv. Seit Mitte 1997 bietet er die CD „Das Vermächtnis des Führers“ der Skinhead-Band „Arisches Blut“ und die CD „Deutschland erwache“ mit Liedern der Bands „Volkszorn“ und „Kruppstahl“ an. Auf den Covern der CDs sind Hakenkreuze und SS-Runen abgebildet.

Auf der CD „Deutschland erwache“ heißt es:

„Zu viele Ausländer auf unseren Straßen,
Grund für Dich, diese Leute zu hassen,
der Abschaum steht vor Deiner Tür,
geh doch besser fort von hier.“

Auf dem hart umkämpften Markt der rechtsextremistischen Skinhead-Musik wird vermehrt versucht, den Absatz durch äußerst aggressive Lieder zu steigern. Wegen der konsequenten Strafverfolgung in Deutschland wird diese Skinhead-Musik überwiegend von ausländischen Firmen produziert und ver-

breitet. Dabei nimmt NS 88/NS Records eine führende Stellung ein.

SCHILF ist weltweit der einzige Vertreter neonazistischer Propaganda, der auch ein Videomagazin – durch seine audio-visuelle Wirkung ein besonders eingängiges Propagandamittel – herausgibt. Dabei ist die Ausrichtung dieses Magazins extrem antisemitisch. Seit Ende 1997 wird von ihm die dritte Ausgabe des Videos „Kriegsberichter“ angeboten. Es enthält Interviews mit den rechtsextremistischen Skinhead-Musikgruppen „Pig Killer“ (Finnland), „Bound for Glory“ (USA) und „Brutal Attack“ (England), Konzertmitschnitte und Zeichentricksequenzen mit volksverhetzendem Inhalt. In „Die fünf Gesichter des Juden“ werden antisemitische Karikaturen mit den Untertiteln „Der religiöse Jude“, „Der kapitalistische Jude“, „Der kommunistische Jude“ und „Der verfolgte Jude“ gezeigt. Das Bild mit der Unterschrift „Der gute Jude“ zeigt ein Gesicht mit einem Einschubloch auf der Stirn. Dazu läuft die Musik einer US-amerikanischen Skinhead-Band mit dem Refrain „A good jew is only a dead jew“. Das Video „Kriegsberichter“, dessen dritte Ausgabe deutsch synchronisiert ist, erscheint unregelmäßig seit Sommer 1996 und wird von dem Inhaber des finnischen Produktionslabels „Ainaskin“ produziert. Es kann bei NS 88/NS Records auch im Abonnement bezogen werden.

Skinhead-Konzerte

Bundesweit wurden 1997 etwa 115 Musikveranstaltungen von Skinheads

registriert, hiervon sechs in Niedersachsen. Erneut wurde bei diesen Konzerten deutlich, daß vielfach Besucher, vorwiegend junge Menschen, erstmals mit der Skinhead-Szene und offenen neonazistischen Positionen in Berührung kommen. Neonazis nutzen die Konzerte auch zur Rekrutierung von Nachwuchs.

In Garbsen-Berenbostel sollte am 12. April ein Skinheadkonzert mit der Gruppe „08/15“ aus Düsseldorf stattfinden. Die Veranstaltung wurde jedoch vor Beginn durch einen größeren Polizeieinsatz verhindert. Die Polizei leitete vier Ermittlungsverfahren, u.a. wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein. Der Konzerterlös (Eintrittspreis DM 10,00) sollte laut Aushang im Veranstaltungsbereich der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) zugeführt werden.

Das größte Konzert in Niedersachsen fand vom 23. bis 25. Mai in Alfeld (Leine) mit insgesamt 500 Besuchern statt. Es spielten die Gruppen „Ruhestörung“, „Oidoxie“ und „Boots Brothers“. Es wurden CDs mit z.T. volksverhetzenden und rechtsextremistischen Inhalten zum Verkauf angeboten. Auch in diesem Fall leitete die Polizei zahlreiche Ermittlungsverfahren, u.a. wegen Körperverletzung, Verdacht der Volksverhetzung, Sachbeschädigung sowie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein.

Bedeutung der Skinhead-Szene für den organisierten Rechtsextremismus

Neonazistische Kreise knüpfen zunehmend erfolgreich Kontakte zu Skinheads bei „Szene“-Veranstaltungen und privaten Festen. Die Mehrheit der niedersächsischen Skinheads ist heute neonazistischen Zusammenschlüssen zuzurechnen. Andere pflegen zwar enge Verbindungen zum organisierten Bereich, lehnen aber eine Bindung in Form einer Mitgliedschaft und die Übernahme von Aufgaben grundsätzlich ab.

Beispielhaft für die Zusammenarbeit von Neonazis und Skinheads ist Thorsten HEISE aus Northeim, ehemaliger Landesvorsitzender der verbotenen neonazistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Seine Position als Verbindungsmann beider Bereiche wurde am 8. Mai erneut deutlich. Für diesen Tag hatte HEISE zu einer „Vatertagswanderung“ nach Northeim eingeladen. Seiner Einladung folgten ca. 40 Personen. Ein weiteres Beispiel für seine Bedeutung ist das am 28. Juni in Altenweddingen (Sachsen-Anhalt) von ihm unter dem Motto „United Skins“ organisierte Skinheadkonzert. Dem Motto entsprechend hatte HEISE Bands der verschiedenen Skinhead-Richtungen eingeladen.

Skinhead-Publikationen (Fanzines)

Als weiteres Kommunikationsmittel nutzt die Szene sog. Fanzines. Der Begriff „Fanzine“ stammt aus dem Englischen und setzt sich aus den Wörtern „Fan“ und „Magazine“ zusammen. Hiermit soll ausgedrückt werden, daß es sich bei diesen Publikationen um Informationsschriften von einem bzw. für einen bestimmten Personenkreis handelt. Anfangs wurden Fanzines vor allem genutzt, um Skinhead-

konzerte und Veranstaltungen publik zu machen. Mittlerweile werden auch Schriften herausgegeben, welche eine neonazistische Einstellung erkennen lassen.

Bundesweit sind ca. 30 Fanzines bekannt. In Niedersachsen erscheinen u.a. die Fanzines „Axtschlag“ (Hildesheim), „Moin Moin“ (Leer) und „Der Ripper“ (Braunschweig). Die rechtsextremistische Ausrichtung vieler Fanzines belegen die darin enthaltenen Feindbilder: Farbige, Juden, Asylbewerber, Ausländer, Homosexuelle, geistig und körperlich Behinderte sind die erklärten Gegner.

Skinhead-Szene Beverstedt

Bereits im Laufe des Jahres 1996 hatte sich im Raum Beverstedt/Landkreis Cuxhaven ein loser Zusammenschluß von etwa 30 gewaltbereiten Jugendlichen und Heranwachsenden aus der Skinheadszenen gebildet. Im Verlauf des Jahres 1997 bestätigte sich die Vermutung, daß sich diese Skinheadgruppe zu einer rechtsextremistischen Gruppierung mit verfestigten Strukturen entwickelt.

Den Gruppenmitgliedern diente die Wohnung ihres „Anführers“ in einem Beverstedter Mehrfamilienhaus als zentrale Anlaufstelle. Hier wurden – zumeist unter Alkoholeinfluß – die Aktionen der Gruppierung (z.B. Schlägereien auf Volksfesten) geplant. Daneben wurden spontan Straftaten begangen, deren Opfer in der Regel Ausländer und vermeintliche politische Gegner waren. Im Rahmen ihrer Ermittlungsmaßnahmen durchsuchte die Polizei Wohnungen von Gruppen-

mitgliedern. Dabei beschlagnahmte sie neben Baseballschlägern, Gaspistolen und Messern Unterlagen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) sowie revisionistische und rassistische Schriften. Bei den weiteren Ermittlungen wurden persönliche Kontakte Beverstedter Skinheads zu Mitgliedern der JN in Bremerhaven und zur NPD festgestellt.

Das Eingreifen der Sicherheitsbehörden seit Februar 1997 führte zu einem „Rückzug“ der Skinhead-Gruppe aus der Öffentlichkeit. Sie konzentrierte sich vermehrt auf gruppeninterne Aktivitäten. Bei den Ermittlungstätigkeiten wurde bei den Angehörigen der Gruppe Belege u.a. für eine militante und nationalistische Fremdenfeindlichkeit sowie eine antisemitische Grundhaltung festgestellt.

Neonazistische Kameradschaften

Die Verbote neonazistischer Vereinigungen zwangen deren Aktivisten, ihre politische Arbeit in anderer Form fortzusetzen. Insbesondere wurde auf Vereinsstrukturen verzichtet, da die Neugründung von Organisationen staatlicherseits als Fortführung verbotener Vereinigungen gewertet werden könnte.

Als Reaktion entwickelten der frühere Funktionär der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), André GOERTZ, und der ehemalige Bundesvorsitzende der verbotenen Nationalen Offensive (NO), Michael SWIERCZEK, Vernetzungsstrategien als Fortentwicklung der seit 1995 prakti-

zierten informellen Zusammenschlüsse. Demzufolge sollen örtliche Gruppen, sogenannte autonome Kameradschaften, die weder eine vereinsmäßige Struktur noch formale Mitgliedschaften aufweisen, die kleinsten Einheiten einer „nationalen Bewegung“ bilden. Dieses Konzept enthält jedoch keinen Verzicht auf Strukturen und gemeinsame Aktionen. Um die Aktionsfähigkeit zu gewährleisten, soll eine Vernetzung der Kameradschaften über den Einsatz technischer Kommunikationsmittel – Mobiltelefone, Mailboxen, Info-Telefone, Internet – erfolgen.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht die Durchführung von „Kameradschaftsabend“, die in unterschiedlichem Turnus – wöchentlich, 14tägig oder monatlich – stattfinden und zu 85 bis 90 % von Männern besucht werden. Diese Veranstaltungen dienen auch der politischen Schulung und der Verständigung über die Teilnahme bzw. Organisation von Demonstrationen, Konzerten und Aktionen.

Als Mittel zur Identitätstiftung haben die Kameradschaften eine wichtige Funktion für die neonazistische Szene. Sie führen Skinheads und Neonazis zusammen und bilden ein Auffangbecken für Neonazis, denen durch Verbotsverfügungen der organisatorische Rückhalt verlorengegangen ist, und binden diese wieder in die politische Arbeit ein. Darüber hinaus spielen die Kameradschaften eine wichtige Rolle bei der Politisierung ortsansässiger möglicher neuer Anhänger, die durch die Teilnahme an Skinhead-Konzerten erstmals mit der neonazistischen Szene in Berührung gekommen sind. Zur Attraktivität der Kameradschaftsabende für Neueinsteiger trägt bei, daß die Teilnahme mit keinerlei Kosten verbunden ist und keine Mitgliedschaft in einer Organisation voraussetzt. Das Einstiegsalter liegt bei ungefähr 16 Jahren, an den Kameradschaftsabenden

nehmen aber auch noch Personen im Alter von über 30 Jahren teil.

In Niedersachsen gab es Ende 1997 ca. 15 Kameradschaften. Einzelne Kameradschaften verfügen über bis zu 40 Mitglieder, so daß die Gesamtzahl

der Mitglieder auf 300 bis 350 Personen zu beziffern ist. Schwerpunkte der Kameradschaften waren neben Norderheim, Tostedt, Beverstedt und Hildesheim das Wendland, Lüneburg, Braunschweig und Goslar.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Sitz

Bund: Bochum (ab Dezember 1997 Dresden)

Vorsitzende

Bund: Holger APFEL

Niedersachsen: Wilhelm SUDMANN

Mitglieder

| | | |
|--|------|------|
| | 1996 | 1997 |
|--|------|------|

| | | |
|-------|-----|-----|
| Bund: | 200 | 350 |
|-------|-----|-----|

| | | |
|----------------|----|----|
| Niedersachsen: | 25 | 40 |
|----------------|----|----|

Publikationen

Bund: Einheit und Kampf – Das revolutionäre Magazin für

Nationalisten

(erscheint unregelmäßig, Auflage: 3.000)

Der Aktivist – Nationalistisches Infoblatt

(erscheint unregelmäßig, Auflage: 500)

Niedersachsen: JN-Intern (erscheint unregelmäßig, Auflage: 100)

Die 1969 als Jugendorganisation der NPD gegründeten Jungen Nationaldemokraten (JN) sind mit etwa 350 Mitgliedern (einschließlich Anwärter) die derzeit größte und aktivste Organisation jüngerer Rechtsextremisten in Deutschland. Die JN sind gemäß § 19 der Satzung der NPD „integraler Bestandteil“ der Mutterpartei, verfügen jedoch über einen eigenständigen Handlungsspielraum. Bereits 1996 wandelten sich die JN auf ihrem Bundeskongreß in Leipzig zu einer Kaderorganisation aus Mitgliedsanwärtern, Mitgliedern/Aktivisten, Kaderanwärtern und Kadern um. Die mittlere und höhere Führungsebene soll nur noch durch Kaderanwärter und Kader besetzt werden. Von einem Kader wird besondere Loyalität erwartet. Er hat

seine Interessen der Organisation unterzuordnen und muß zu „größten Opfern für sich und das Volk“ bereit sein (Der Aktivist, Nr. 2/96). Die Umwandlung der JN zur Kaderorganisation wurde durch den Bundesvorsitzenden Holger APFEL in dem „Nationalistischen Infoblatt“ des JN-Bundesvorstandes Der Aktivist, Nr. 1/97, bekräftigt:

„Arbeiten wir weiter kontinuierlich am Aufbau unserer nationalistischen Jugendbewegung. Unkonventionelle Aktionsmodelle entwickeln, Strukturen stärken, und zugleich die Zusammenarbeit mit Nationalisten und Kameradschaften suchen, Aktivisten und neue Anwärter in Schulungen die Grundlagen unseres politischen Wollens vermitteln.“

Die Schaffung einer Kaderorganisation korrespondiert zum einen mit der neonazistischen Ausrichtung der JN, zum anderen mit den personellen Maßnahmen der gegenwärtigen Bundesführung zur Festigung ihrer Macht.

Zur JN-Anhängerschaft und Führungsschicht gehört mittlerweile eine größere Anzahl kooperationsbereiter Neonazis. Seit den Verboten diverser rechtsextremistischer Organisationen stieg sowohl die Teilnehmerzahl bei Aktionen der JN als auch der Grad ihrer Radikalisierung. Beispielhaft für einen wachsenden Zuspruch sind die gemeinsam mit der NPD durchgeführten überregionalen Aktionen gegen die Wehrmachtausstellung am 1. März in München sowie zum 1. Mai in Leipzig. Diese aktionsorientierte neonazistische Ausrichtung der JN sowie die Einbindung in die NPD verdeutlichen den Charakter der JN als Nahtstelle zwischen NPD, dem neonazistischen sowie dem übrigen rechtsextremistischen Spektrum.

Auf dem 26. JN-Bundeskongreß in Roding bei Cham/Oberpfalz am 10./11. Mai wurde der bisherige Bundesvorsitzende Holger APFEL mit großer Mehrheit von den 140 Teilnehmern in seinem Amt bestätigt. Die neonazistische Ausrichtung der JN hat sich durch die Wahlen zum Bundesvorstand bestätigt. Anstelle des Kritikers der JN-Bundesführung Andreas STORR, ehemaliger JN-Bundesvorsitzender, wurde der Neonazi und ehemalige Aktivist des 1993 verbotenen Nationalen Blocks, Sascha ROSSMÜLLER als weiterer stellvertretender Bundesvorsitzender gewählt. Die Neonazis Steffen HUPKA sowie Jens PÜHSE wurden als Beisitzer wiedergewählt. STORR, der ehemalige Hamburger JN-Landesvorsitzende Jan ZOBEL sowie der Anführer der rechtsextremistischen Norddeutschen Bewegung (NDB), André GOERTZ, als sogenannte „progressive Nationalisten“

scheiterten somit endgültig mit ihrer Kritik an der neonazistischen Ausrichtung der JN und ihrem Konzept, die JN durch einen „progressiven Nationalismus“ („contra ‘nationalsozialistische’ Polemik“) zu „modernisieren“.

Als Gastredner auf dem Bundeskongreß trat neben dem Vorsitzenden der neonazistischen Organisation Die Nationalen e.V., Frank SCHWERDT, der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT auf, der in seiner Ansprache betonte, es werde keine „2. Entnazifizierung“ innerhalb der JN geben.

Das bereits 1996 vom Bundesvorsitzenden Holger APFEL vertretene Konzept der Aktionsbündnisse und der Meinungsführerschaft im „nationalen Widerstand“ behält durch die Wiederwahl APFELs seine Bedeutung und unterstreicht das Selbstverständnis der JN als Kristallisationspunkt und Bindeglied innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums.

Die „Vorfeldzeitschrift“ der JN Einheit und Kampf (EuK) – Herausgeber ist seit Oktober 1995 Holger APFEL – bietet Neonazis ein Forum für ihre Agitation, so werden als Interviews gestaltete Beiträge militanter Neonazis, wie z.B. von Markus PRIVENAU publiziert.

Seit im Oktober 1996 den beiden Kritikern des JN-Bundesvorstandes André GOERTZ und Jan ZOBEL die Verantwortung für die Herausgabe von EuK durch den Bundesvorstand entzogen worden war, gestaltete der Bremer Neonazi und JN-Funktionär Markus PRIVENAU als Mitherausgeber und Chefredakteur die Zeitschrift mit überwiegend neonazistischen Inhalten. Mit der Ausgabe Nr. 19/August 1997, die eine Reihe von neonazistisch geprägten Beiträgen, so z.B. ein Portrait von Rudolf Heß und einen Fortsetzungsartikel zur Geschichte der SA enthielt, schied auch PRIVENAU aus der Herausgeberschaft aus und erklärte seinen Austritt aus den JN.

EINHEIT UND KAMPF

DAS REVOLUTIONÄRE MAGAZIN FÜR NATIONALISTEN

ISSN 1434-8644

VERLAG
NATIONALISTEN
VERBAND
D 42699
SIEG
POSTFACH 101
50705
KÖLN



MÜNCHEN 1. MARZ 1997

DER TRIUMPH DES WILLENS!

Kreisläufe –
warum schob
Kay Diecker?

Die Währungsfrage:
Von der Reichsmark
über den Euro zum
Globaldollar

Der
Überwachungsstaat

Interview mit den
Blue Eyed Devils

Der Niedersächsische Landesverband verzeichnet unter Vorsitz von Wilhelm SUDMANN ca. 40 Mitglieder. Eine geplante JN-Kreisverbandsgründung für den Bereich Hannover durch niedersächsische Neonazis am 14. Juni in Burgdorf wurde wegen des Verdachts der Begehung von politisch motivierten Straftaten durch exekutive Maßnahmen verhindert. Abgesehen von Wahlkampfhilfe einiger niedersächsischer JN-Mitglieder für die NPD anlässlich der Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 21. September entfaltete der niedersächsische JN-Landesverband aufgrund interner Querelen auf Landesebene keine Aktivitäten.

Programmatik

In deutlicher Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung treten die JN aktiv für die Überwindung der von ihnen als „liberal-kapitalistisches System“ diffamierten verfassungsmäßigen Ordnung sowie für die Errichtung eines „neuen Reiches“ ein. Die „revolutionäre“ Ausrichtung der JN manifestiert sich in der Erklärung, Freiheit und Identität der Völker könnten nur durch eine „nationale Revolution“ erreicht werden. Dieser systemüberwindende revolutionäre Ansatz wurde formuliert in einem programmatischen Grundsatzartikel mit der Überschrift „Vorwärts zur deutschen Revolution“.

„Voraussetzung für das Beschreiten des revolutionären Weges ist ein geschärftes politisches Bewußtsein unserer Mitstreiter/innen. Das bedeutet die Erkenntnis, daß das System – bei einigen Annehmlichkeiten – prinzipiell schlecht ist. Die Kon-

sequenz daraus heißt nun logischerweise, daß man dieses System nicht reformieren kann, sondern beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden muß. Eine solche Vorgehensweise nennt man üblicherweise Revolution.“

(Der Aktivist, Nr. 2/96, S. 12)

Zentrales Merkmal der von den Jungen Nationaldemokraten angestrebten „neuen Ordnung“ ist die Ideologie der „Volksgemeinschaft“. Völkischer Kollektivismus, d.h. Überbetonung des Kollektivgedankens im Sinne einer antipluralistischen, Individualrechte negierenden Ideologie der „Volksgemeinschaft“, sowie ein völkischer Nationalismus – verbunden mit Rassismus – manifestieren sich in der Gegnerschaft der JN zum europäischen Einigungsprozeß:

„Die Vertreter der herrschenden Machtstrukturen auf unserem Kontinent vervollkommen Stück für Stück den multi-rassischen Schmelztiegel der Vereinigten Staaten von Europa. Die politische, wirtschaftliche und ethnische Versklavung sowie die daraus resultierende (gewünschte?!) Ausrottung der einst freien, weißen Kulturvölker Europas inbegriffen.

Eine Millionenschar blutloser, körperlicher und seelischer Krüppel – das ist es, was ein multi-rassischer Schmelztiegel auf europäischem Boden nach dem Willen dieser Völkermörder hervorbringen soll.“

(Einheit und Kampf, Nr. 19/97, S. 21)

Die Nähe der JN zum historischen Nationalsozialismus wird neben den Übereinstimmungen mit NS-Ideologiemerkmalen, wie übersteigertem Nationalismus, dem „Reichs-Gedanken“, völkischem Kollektivismus und Rassismus vor allem deutlich durch das offene Bekenntnis zu NS-Führungspersonen und NS-Herrschaftsstrukturen. So enthält die Ausgabe Nr. 19/97 der JN-Vor-

feldzeitschrift Einheit und Kampf (EuK)
Berichte über den Hitler-Stellvertreter
Rudolf Heß sowie die SA:

„Rudolf Hess war vielleicht der größte Idealist, den die Welt je geboren hat. Rudolf Hess ist die Verkörperung eines seiner Freiheit beraubten Volkes.“

Neben die bisherigen JN-Agitationsfelder Fremdenfeindlichkeit, völkischer Kollektivismus, Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates sowie Revisionismus treten vermehrt sozial- und wirtschaftspolitische Themen. So steht bei der von den JN gemeinsam mit der NPD durchgeführten Kampagne „Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national“ die soziale Frage im Vordergrund der Agitation. Eine im nationalen Kontext stehende Kapitalismuskritik unterstreicht die nationalrevolutionäre Ausrichtung der JN. In der JN-Kommentierung eines „deutschen Reichsverfassungsentwurfes“ des in rechtsextremistischen Zeitschriften wie Europa vorn, Sleipnir sowie Staatsbriefe publizierenden Reinhold OBERLERCHER, der neben genereller Beendigung von Ausländerbeschäftigung die Einführung eines staatlichen Arbeitsdienstes vorsieht, heißt es:

„Sicherlich ist gegen die Entfernung von Wirtschaftsflüchtlingen, Kriminellen und Sozialfällen nichts einzuwenden. Allerdings doktert man so aber nur an den Symptomen der Krankheit herum und nicht an ihrer Ursache, und diese ist im kapitalistischen System zu finden. (...) Die bisherigen Zustände mit einer profitorientierten, den Belangen des eigenen Volkes entfremdeten Unternehmerschicht, (...) sind auf Dauer nicht mehr tolerierbar.“

(Einheit und Kampf, Nr. 19/97, S. 10)

Unter der Überschrift „Der Kampf wird härter“ fordern die JN ihre Mitglieder in einem Grundsatzartikel in Der Akti-

vist, Nr. 1/1997 auf, den „Kampf auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen bedingungslos aufzunehmen“:

„In der kommenden Zeit wird unser Kampf mit Sicherheit härter und wird mehr Opfer von uns verlangen, als es im Augenblick schon notwendig ist. Der Gegner ist dabei die ‘Multikulturelle Gesellschaft’ zu verwicklichen; das bedeutet natürlich die Zerstörung unseres Volkes.“

Neben dem Ideologiemerkmal des völkischen Nationalismus, der in dem Szenario der „Zerstörung unseres Volkes“ durch eine „multikulturelle Gesellschaft“ deutlich wird, offenbaren die JN ihre eindeutig rassistische Ausrichtung, wenn Verhaltensregeln zum Umgang mit Ausländern gegeben werden:

„Kauft grundsätzlich nicht bei Ausländern und Internationalen Fast-Food-Ketten! Nehmt den Eindringlingen damit die wirtschaftliche Grundlage! Lieber Hunger als Döner-Kebab oder Big-Mac!

(...) Sucht gleichgesinnte Familien, damit eure Kinder nicht mit dem netten Türken von nebenan oder dem Negerkind von nebenan spielen müssen!

(...) Setzt Kinder in die Welt und erzieht sie zu Mitstreitern. Nicht irgendein Staat, sondern eure Kinder sind die Garanten unseres Volkes! Gebt euren Kindern deutsche bzw. germanische Namen!“
(Der Aktivist, Nr. 1/1997)

Die JN entwickeln zunehmend eine Scharnierfunktion zwischen NPD, Neonazis und anderen rechtsextremistischen Gruppierungen und Zusammenschlüssen. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der auf dem Bundeskongreß der JN am 10./11. Mai wiedergewählte JN-Bundesvorsitzende Holger APFEL.

Auf europäischer Ebene streben die JN die Zusammenarbeit mit anderen nationalistischen Organisationen in Form einer „europäischen Vernetzung“ an. An ihrem „4. Europäischen Kongreß der Jugend“ am 18. Oktober in Furth im Wald/Bayern unter dem Motto „Zerschlagt die EU-Diktatur des internationalen Großkapitals“ mit ca. 500 Teilnehmern nahmen auch Vertreter aus Österreich, den Niederlanden,

Großbritannien, Spanien, Italien, Kroatien, Rumänien und Griechenland teil. Gefordert wurde der Zusammenschluß aller Nationalisten zu einer „grenzübergreifenden nationalistischen Bewegung“, um die „Zentralisierung Europas zu einem multikulturellen Vielvölkerstaat effektiv zu verhindern“. Hierfür gelte es, „so viele Widerstandszellen wie möglich (zu) bilden“. Gastredner auf dem Kongreß waren u.a. der NPD-Vorsitzende Udo VOIGT sowie der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der REP, Otmar WALLNER.

Ein Vertreter der JN betonte in seiner Rede den Widerstandskampf gegen das „herrschende System der Großkapitalisten“ im Sinne einer „Europäischen Nationalen Einheitsfront“, die sich an den „Idealen“ der Waffen-SS orientieren müßte.

Die insgesamt neonazistische Ausrichtung der JN führt in der Mutterpartei NPD zu einer radikaleren, den Neonazismus integrierenden Linie.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

| | | |
|----------------|--|---------|
| Sitz: | Frankfurt a.M. | |
| Vorsitzende: | Ursula MÜLLER, Mainz | |
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | ca. 350 | ca. 400 |
| Niedersachsen: | ca. 25 | ca. 45 |
| Publikation: | Nachrichten der HNG (erscheinen monatlich) | |

Die 1979 gegründete HNG zählt mit rund 400 Mitgliedern (1996: 350) weiterhin zu den mitgliederstärksten neonazistischen Organisationen. Sie ist Sammelorganisation der neonazistischen Szene und zugleich Initiative zur Betreuung inhaftierter deutscher und ausländischer Neonazis.

Die HNG wird seit 1991 von Ursula MÜLLER geführt. Beisitzer sind u.a. ihr Ehemann Curt MÜLLER, der stellvertretende niedersächsische Landesvorsitzende der verbotenen FAP, Andreas MARHAUER, sowie eine ehemalige Aktivistin der verbotenen Deutschen Alternative (DA).

Neben der satzungsmäßigen Zielsetzung der „Gefangenenbetreuung“ ist die HNG vor allem bestrebt, aus der Haft entlassene Gesinnungsgenossen wieder in die neonazistische Szene einzuzugliedern. Die HNG ist Sammelbecken, Solidargemeinschaft sowie zentrale Kontaktstelle für Neonazis aus Deutschland und dem benachbarten Ausland. Ihr monatlich erscheinendes Organ Nachrichten der HNG publiziert regelmäßig eine „Gefangenenliste“ zur Kontaktvermittlung und Betreuung von inhaftierten Neonazis aus dem In- und Ausland. Daneben wird die Gefangenenliste auch im Internet veröffentlicht. Zu den von der HNG betreuten Inhaftierten gehörte auch der am 30. März aus der Haft entlassene niedersächsische Neonazi Thorsten HEISE, der sich hierfür unter der Überschrift „Kamerad Heise meldet sich zurück“ in der Ausgabe April/Ostermond 1997 der Nachrichten der HNG bedankte und u.a. ausführte:

„Da ich ca. alle zwei Jahre einige Monate in Gesinnungshaft sitze, frage ich mich langsam, ob da nicht (das!) System hintersteckt. Mit schöner Regelmäßigkeit kann ich, muß ich, privat wie politisch von vorne anfangen. Trotz alledem habe ich diesen Weg gewählt, der mein Lebensweg sein soll und nichts und niemand bringt mich davon ab!“

Herausragende Veranstaltung der HNG war die Jahreshauptversammlung, zu der sich am 8. März 150 Personen in Fuldabrück, OT Dennhausen (Hessen) trafen. Die Teilnehmer wurden – wie bei Neonazi-Veranstaltungen inzwischen bundesweit üblich – mit Mobiltelefonen zum vorher nicht bekannten Veranstaltungsort geleitet. Reden hiel-

ten u.a. der Leiter der revisionistischen Aktion Freies Deutschland, Wolfgang JUCHEM, und der ehemalige Vorsitzende der FAP, Friedhelm BUSSE.

Neonazistische Aktionsfelder und Kommunikationsmittel

Aktionen anlässlich des 10. Todestages von Rudolf Heß

Der als Kriegsverbrecher in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilte Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß (*1894) beging am 17. August 1987 in der Berliner Haftanstalt Spandau Selbstmord. Seitdem wird Heß von Rechtsextremisten als Idol und „Märtyrer für den Frieden“, als „Opfer“ der sogenannten „Siegerjustiz“ verehrt. Im Vordergrund dieses Märtyrer-Kultes steht zum einen die Funktion von Heß, der als „Stellvertreter des Führers“ der NSDAP nicht nur nach Hitler der höchste Funktionär in der NS-Parteihierarchie war, sondern der auch in der Öffentlichkeit des „Dritten Reiches“ als fanatischer Propagandist des Führerkultes hervorgetreten ist. Diesem Mythos dient weiterhin seine Stilisierung zum „Friedensbotschafter“ und „Märtyrer für den Frieden“ wegen seines Fluges als selbsternannter Friedensbotschafter nach England im Mai 1941, durch den er in alliierte Kriegsgefangenschaft geriet. Die ritualisierten Gedenkaktionen zum Todestag von Heß sind an die Stelle der früheren Aktivitäten von Rechtsextremisten zum Geburtstag Hitlers getreten.

Der Selbstmord von Heß löste zahlreiche Aktionen aus. In den ersten acht

Jahren wurden die Aufmärsche fast ausnahmslos von der neonazistischen Szene organisiert. Ihren Höhepunkt erreichte die Mobilisierung in den Jahren 1991 (Bayreuth) und 1992 (Rudolstadt), als sich jeweils etwa 2000 Personen am „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ beteiligten. 1996, aus Anlaß des 9. Todestages, engagierten sich erstmalig auch die Jungen Nationaldemokraten bei der Vorbereitung und Durchführung von Demonstrationen.



Dem 10. Todestag wurde in der neonazistischen Szene erhebliche Bedeutung beigemessen. Aufrufe zur Teilnahme an den Gedenkmärschen erfolgten u.a. über rechtsextremistische Mailboxen, das Internet, die Zeitschrift „Einheit und Kampf“, das Organ der JN, und mit der CD „Gegen das Vergessen“. Wie in den Vorjahren schlos-

sen sich führende Neonazis zu einem „Aktionskomitee Rudolf Heß 1997“ zusammen. Ziel war es, „Aktivitäten in konzentrierter Form“ in der Zeit vom 9. bis 23. August durchzuführen mit einem Aufmarsch und anschließender Kundgebung am 16. August als zentralem Ereignis. Im Gegensatz zu 1996 beteiligten sich die JN diesmal nicht an den Vorbereitungen. Maßgeblich hierfür waren zum einen, wie in einem offenen Brief des Bundesvorstandes zum Ausdruck kam, Differenzen mit den im Aktionskomitee zusammengeschlossenen Neonazis, zum anderen wurde von Teilen des JN-Bundesvorstandes die „Rückwärtsgerichtetheit“ des Themas kritisiert.

Den Veranstaltungsort für die zentrale „Rudolf-Heß-Kundgebung“ gaben die Initiatoren erst unmittelbar vor Veranstaltungsbeginn bekannt. Die ursprüngliche Absicht, die Heß-Gedenkmärsche in Thüringen oder Hessen zu veranstalten, konnte aufgrund starker Polizeipräsenz nicht realisiert werden. Die Aufmarschversuche in Wolfenbüttel, Braunschweig und Königslutter schlugen ebenso fehl. In Braunschweig verhinderte die Polizei die Durchführung einer Kundgebung. Bei einem weiteren Versuch in Königslutter kam es zu Ausschreitungen zwischen Linksextremisten und ca. 120 Neonazis sowie zu Konfrontationen mit der Polizei. Einige Aktivisten wurden festgenommen.

Kundgebungsversuche und kleinere Veranstaltungen in anderen Bundesländern wie Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg wurden durch Platzverweise und Festnahmen unterbunden. Insgesamt beteiligten sich etwa 800 Perso-

nen an den fehlgeschlagenen Aktionen des 16. August.

In Dänemark nahmen an einer von der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) angemeldeten „Heß-Kundgebung“ ca. 130 Personen teil, darunter etwa 10 Rechtsextremisten aus Deutschland sowie Neonazis aus Finnland, Schweden und Norwegen.

Aktionen anlässlich des 1. Mai

Der Versuch von NPD, JN und Neonaziszene, mit einer bundesweiten Veranstaltung am 1. Mai in Leipzig unter dem Motto „Die soziale Frage in Deutschland“ an den Erfolg einer NPD-gesteuerten Großdemonstration am 1. März in München anzuknüpfen (siehe auch Darstellung bei der NPD), scheiterte. Das OVG Sachsen bestätigte das Verbot der Veranstaltung unmittelbar vor Beginn der Kundgebung. Rechtsextremistische Organisationen hatten für die Demonstration in Leipzig umfangreich mobilisiert, die NPD selbst ging von 10.000 Teilnehmern aus. Die programmatische Verknüpfung der sozialen Frage mit dem „nationalen“ Anliegen, bei der der „nationale“ Themenbereich deutlich im Vordergrund steht, manifestierte sich in einem Flugblatt („Das Volk blutet, das System verwaltet, das Kapital kassiert“), mit dem die NPD zur „Demonstration des nationalen Widerstandes“ am 1. Mai aufgerufen hatte:

„Die liberalkapitalistischen Systemparteien in der BRD sind unfähig und offenbar auch unwillig die soziale Not in Deutschland zu beheben. Ergebnis ihrer Politik: Eine rapide zunehmende soziale Verelendung von Teilen unseres Volkes, (...). Massenarbeitslosigkeit, Massenkriminalität (...). Moralischer und kultureller Verfall sind die sicheren Anzei-

chen totalen Versagens der etablierten Politiker in Bonn. (...) Jetzt die nationale, antikapitalistische Wirtschaftsordnung schaffen!“

Etwa 300 Neonazis aus Norddeutschland und Nordrhein-Westfalen gelang eine kurzfristig anberaumte Ersatzveranstaltung in Hannoversch-Münden, die von der Polizei aufgelöst wurde. Während der Kundgebung sprach u.a. der Landesvorsitzende der verbotenen rechtsextremistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), Thorsten HEISE, der erst am 27. März aus der Haft entlassen worden war. In Burgdorf veranstaltete der ehemalige Leiter der verbotenen neonazistischen Wiking-Jugend, Gau Niedersachsen, und wegen rechtsterroristischer Aktivitäten verurteilte Manfred BÖRM eine nicht angemeldete Demonstration, die ebenfalls durch die Polizei beendet wurde.

In einer Stellungnahme der „NPD-Rechtsabteilung“ zu den Vorgängen am 1. Mai mit der Überschrift „Dem Terror Widerstand leisten, das Unrecht beim Namen nennen!“, in der das Veranstaltungsverbot als rechtswidrig („Notstandspolitik“) bezeichnet wird, zeigt sich die völkisch-kollektivistische Ausrichtung der NPD-Programmatik. In einem vermeintlichen Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird diese im Sinne des völkischen Kollektivismus uminterpretiert:

„Die freiheitlich demokratische Grundordnung ist eine verfassungsmäßige Grundlage unseres Staates. (...) Da völkische Grundlagen, Volksgemeinschaft, Wertegemeinschaft, Rechtsbewußtsein und Demokratie in einer unauflöslchen, (...) Bezie-

hung der gegenseitigen Abhängigkeit zu einander stehen, stellen wir fest, daß jene, die die Zerstörung der Nation in Kauf nehmen, zwangsläufig Feinde des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates sind, während die Verteidiger völkischer und nationaler Grundlagen ebenso zwangsläufig für die Prinzipien eines freiheitlichen, auf völkisch-kulturell begründeter Konsensfähigkeit beruhenden Staates eintreten müssen.“

Diesem Verständnis einer auf „völkischen Grundlagen“ beruhenden verfassungsmäßigen Ordnung widerspreche staatliches Handeln:

„Die heutigen politischen Machthaber der BRD maßen sich aber an, die gebotene freiheitlich demokratische Grundordnung (‘FDGO’) zu einem rechtsverachtenden, widerlichen FDGO-Fetischismus zu pervertieren, zu einer ‘staatstragenden’ Leerformel und rabulistisch daherkommenen Worthülse zu instrumentalisieren, um damit die nationale Opposition systematisch isolieren, ausgrenzen und vernichten zu können.“

Informationelle Vernetzung

Neonazis haben auf die zahlreichen Exekutivmaßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivitäten mit der Bildung organisationsunabhängiger Strukturen, sogenannter autonomer Kameradschaften, reagiert. Deren Zusammenhalt und die Koordination bundesweiter Aktionen sollen durch „informationelle Vernetzung“, also die Nutzung der Kommunikationssysteme

Nationale Info-Telefone (NIT), Mailboxen und Internet, gewährleistet werden. Während die NIT, die Informationen und Propaganda über Anrufbeantworter verbreiten, von jeder Person angewählt werden können, eröffnen die Mailbox-Netze über Zugangskontrollen in der Regel nur Benutzern aus der jeweiligen Szene Zugriff. Das Internet bietet zwar ein hohes Angebot an Informationen, hat aber den Nachteil, daß sich einzelne Nachrichten in der Fülle des Informationsmaterials verlieren. Das rechtsextremistische Angebot im Internet ist seit drei Jahren stark angestiegen. Es kann sich zum wichtigsten informationellen Bindeglied innerhalb der rechtsextremistischen Szene entwickeln.

Internet

Die Nutzung moderner Kommunikationsmedien ist wichtiger Bestandteil rechtsextremistischer Aktivitäten. Entsprechend dieser Zielsetzung ist das rechtsextremistische Angebot im Internet in jüngster Zeit stark angestiegen. Schwerpunkte bilden einschlägige Literatur, wie z.B. Hitlers „Mein Kampf“, Propagandamaterialien aus dem In- und Ausland, Informationen über rechtsextremistische Organisationen, deren Postanschriften und Telefonnummern sowie Verzeichnisse weiterer Internet-Inhalte mit rechtsextremistischen Bezügen. In Einzelfällen wurde das Internet aber auch zur Mobilisierung der rechtsextremistischen Szene eingesetzt. So wurde z.B. in der Homepage des NPD-Kreisverbandes Augsburg zur Teilnahme an einer Kundgebung zum 1. Mai in Nürnberg oder in der Homepage des Mailbox-Verbandesystems Thule zur Teilnahme an einer „Gegendemonstration des Nationalen Widerstandes!“ am 11. Oktober in Saalfeld aufgerufen.

Neben einzelnen Rechtsextremisten, die das Internet nutzen, richten immer mehr rechtsextremistische Organisationen eigene Homepages ein.

Eine Nutzung des Internet mit dem Ziel, über dieses Medium eine organisatorische und ideologische Vernetzung herbeizuführen, ist erkennbar. In erster Linie dient das Internet der Informationsbündelung für solche Rechtsextremisten, die über einen Heimcomputer verfügen bzw. Zugang zu einem solchen Medium haben. Da diese Voraussetzungen noch nicht allgemein in der Szene erfüllt sind, kann das Internet noch nicht als Bindeglied innerhalb der rechtsextremistischen Szene angesehen werden.

Bedingt durch das fast unüberschaubare Angebot an Informationen sind zudem die Möglichkeiten, mit Hilfe des Internet zu Veranstaltungen oder Aktionen zu mobilisieren, z.Z. noch beschränkt. So kann eine einzelne Nachricht, die z.B. im Bereich des World Wide Web (WWW), einem Teilbereich des weltweiten Internets, abrufbar gemacht wird, in der Fülle von Fundstellen untergehen.

Der Umstand, daß Internet-Inhalte von deutschen Rechtsextremisten zunehmend im Ausland – vor allem in den USA – in das Internet eingestellt werden, wird längerfristig dazu führen, daß in Deutschland strafrechtlich relevante bzw. verbotene Texte verfügbar bleiben. Ermittlungsverfahren und Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften laufen faktisch ins Leere. So wird beispielsweise über einen amerikanischen Server die deutschsprachige, offenkundig von Skinheads gestaltete Homepage „WolfzerkersOi-88/14“ betrieben,

über die ein „Terrorismus-Handbuch“ aufgerufen werden kann, in dem der Bau von Briefbomben, Molotow-Cocktails und Granaten beschrieben wird. Aggressive antisemitische Propaganda verbreiten „Adolf Hitler's Hass Seiten“, auf denen u.a. ein Computerspiel mit folgender Spielhandlung angeboten wird:

„Ein Sonderzug nach Auschwitz ist entgleist. Dabei sind viele Juden entkommen und haben sich bewaffnet. Ihre schwere Aufgabe ist es nun, als Einzelkämpfer der SS, die entflohenen Juden zu liquidieren. Es werden keine Gefangenen gemacht. Und wenn Sie schon mal dabei sind, erschiessen Sie auch gleich die Kinder der Juden!“

Die Vielzahl an Gestaltungsmöglichkeiten hat zu steigender Akzeptanz des Internets bei Rechtsextremisten geführt. Neben einer breiten Streuung ihres Gedankenguts eröffnet es ihnen auch die Möglichkeit einer verschlüsselten Informationsübermittlung.

Rechtsextremistische Bestrebungen propagieren im Internet u.a.:

Thule-Netz
Nordland-Netz
Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Junge Nationaldemokraten
Die Republikaner
Deutsche Volksunion
DSZ-Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH
Nationale Info-Telefone
National Journal
Nationaler Widerstand
Stormfront
NSDAP/AO
Ernst ZÜNDEL.

Darüber hinaus sind seit 1995 mit steigender Tendenz Aktivitäten von Skinheads im Internet feststellbar. Seit Mai 1997 ist die Internet-Homepage von „Hammerskins“ auch in deutscher Sprache abrufbar.

Thule-Netz

Im März 1993 gründeten Rechtsextremisten unter dem Namen Deutsches National-Netz einen Mailbox-Verbund, der später in Thule-Netz umbenannt wurde. Die Initiatoren beabsichtigten einer Selbstdarstellung zufolge über das Thule-Netz folgende Ziele zu verwirklichen:

- Schaffung einer Gegenöffentlichkeit
- Herstellung und Verfestigung der Kontakte zwischen „nationalen“ Gruppen
- Entwicklung einer Datenbank mit Informationen für „nationale“ Aktivisten
- Bereitstellung eines nicht oder nur mit erheblichem technischen Aufwand auszuspähenden Kommunikationssystems, um so den „Verfolgungsdruck durch das System“ zu mindern.

Die dem Thule-Netz angehörenden Mailboxen sind jeweils in mehrere Zugriffsebenen aufgliedert. Die Zugriffsebene, d.h. die Berechtigung, einen bestimmten Informationsbereich (sog. „Brett“) einzusehen, wird dem Benutzer vom Betreiber der Mailbox zugewiesen. Die Art der Inhalte der einzelnen Bretter reicht von rechtsextremistischen Szene-Texten, Flugblättern und Computerprogrammen bis hin zu allgemeinen Nachrichten. Ferner

nutzen die Teilnehmer das Medium zum Austausch von persönlichen Nachrichten, die immer häufiger verschlüsselt werden.

Infolge von Abspaltungen und Exekutivmaßnahmen gehören dem Thule-Netz nur noch die Mailboxen Widerstand-BBS²⁵ in Erlangen und Propaganda-BBS in Karlsruhe an. Ende des Jahres 1996 umfaßte das Netz noch zehn Mailboxen. Angesichts dieser Entwicklung erscheint der selbstgestellte Anspruch, zur „Einigung des rechten Lagers“ beizutragen, unrealistisch.

Nordland-Netz

Nach ihrem Ausschluß aus dem Thule-Netz schlossen sich Mitte Juni die Asgard-BBS (Bad Segeberg/Schleswig-Holstein); die Elias-BBS (Oftersheim/Baden-Württemberg) und die Störtebeker-BBS (Stavenhagen/Mecklenburg-Vorpommern) offiziell zum Nordland-Netz zusammen. Die Betreiber des Nordland-Netzes haben sich ebenfalls der „Einigung des rechten Lagers“ verschrieben:

„Ziel des BBS-Netzwerkes ist es, als Strukturverstärker zu dienen, damit endlich Realität wird, was schon lange Ziel ist: Die organisationsübergreifende Vernetzung autonomer Kameradschaften, Parteien, Gruppen, Einzelpersonen. ...“
(Internetseite der Asgard-BBS).

²⁵ Bulletin Board System = Datenablage und Verteilungssystem, auf denen Informationen für die Nutzer bereitgehalten und von diesen abgerufen werden können.

Nationale Infotelefone (NIT)

Bei Infotelefonen handelt es sich um Anrufbeantworter, die von jedem Telefon aus angewählt werden können und so der schnellen Informationsweitergabe dienen. Da auch der „politische Gegner“ die Inhalte überprüfen kann, sind die Betreiber bemüht, die Texte so zu formulieren, daß sie möglichst keine Angriffsfläche für eine strafrechtliche Verfolgung bieten. Für den Austausch von Interna, die außenstehenden Personen vorenthalten bleiben sollen, werden andere Kommunikationsmittel (Mobiltelefone, Mailboxen) genutzt.

Die Ansagetexte der Infotelefone betreiben Propaganda für rechtsextremistische Veranstaltungen, Verlage und Publikationen und informieren aus rechtsextremistischer Sicht über aktuelle politische Themen sowie über Aktionen der linksextremistischen Szene. Weitere Themenbereiche sind Hinweise auf möglicherweise bevorstehende staatliche Exekutivmaßnahmen und die Berichterstattung über behördliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten wie Hausdurchsuchungen und Demonstrationsverbote.

Bundesweit waren im Verlaufe des Jahres 1997 zeitweise 11 Infotelefone aktiv. In Niedersachsen sind bisher keine rechtsextremistischen Info- bzw. Nationalen Infotelefone bekanntgeworden. Propaganda mit einem direkten Bezug auf Niedersachsen werden überwiegend über die NIT Hamburg und Schleswig-Holstein, deren Ansagen in der Regel identisch sind, verbreitet.

Treffpunkt von Rechtsextremisten in Hetendorf verboten

Das Anwesen Nr. 13 in Hetendorf, Landkreis Celle, behielt auch 1997 seine Bedeutung als Zentrum für Neonazis und alte Rechtsextremisten. Zwar waren dort – durch das vom Niedersächsischen Innenminister initiierte Verbot der Wiking-Jugend – die Aktivitäten zurückgegangen, dennoch blieb insbesondere die Hetendorfer Tagungswoche eine bedeutende Veranstaltung zur Indoktrination von Rechtsextremisten in Deutschland.

Das Niedersächsische Innenministerium hat am 12. Februar 1998 den Heide-Heim e.V. mit Sitz in Hamburg und den Heideheim e.V. mit Sitz in Buchholz als Träger- bzw. Förderverein des Schulungszentrums in Hetendorf verboten.

In den Verbotsverfügungen vom 9. Februar 1998 wurde festgestellt, der *„Heide-Heim e.V. und der Heideheim e.V. richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Art. 9 Abs. 2 GG in Verbindung mit § 3 Abs. 1 VereinsG. (...) Der Heide-Heim e.V. und der Heideheim e.V. verfolgen das Ziel, mit ihrer Tätigkeit die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend zu untergraben und letztendlich zu beseitigen. Die Tätigkeit dieser Vereinigungen beinhaltet dabei zum einen die gezielte Bereitstellung von Treff- und Veranstaltungsmöglichkeiten für andere rechtsextremistische bzw. neonazistische Gruppierungen (...), zum anderen (insbesondere nach den Verboten in Hetendorf bisher tagender neonazistischer Organisationen) gegenwärtig vorrangig die Planung, Organisation und Durchführung einer rechtsextremistischen Gemeinschaftsveranstaltung, der Hetendor-*

fer Tagungswoche (...), bei der im wesentlichen rassistische Auffassungen indoktriniert, die Vernichtung der Juden im nationalsozialistischen 3. Reich geleugnet und die Überwindung der verfassungsmäßigen Ordnung auch mit „kämpferischen“ Mitteln propagiert wird. Die Vereinstätigkeit umfaßt darüber hinaus das Bekenntnis zum und die Verherrlichung des Nationalsozialismus, die in dieser Begegnungsstätte auch Jugendlichen von überzeugten Nationalsozialisten zielgerichtet vermittelt werden.(...) Grundlage für die positive Einstellung des Heide-Heim e.V. und des Heideheim e.V. zum Nationalsozialismus ist – nach ihrer tatsächlichen Aufgabenstellung und Geschäftsführung – eine rassenideologische Wesensverwandtschaft. Auch die verfassungsfeindlichen Aktivitäten und Bestrebungen des langjährigen geschäftsführenden und derzeitigen ersten Vorsitzenden, Jürgen RIEGER, sind verbotsbegründend.“

Diese zusammenfassenden Feststellungen der Verbotsbehörde wurden in den 21seitigen Verbotsverfügungen ausführlich begründet.

Die Verbotsverfügungen wurden den Vorstandsmitgliedern beider Vereine zugestellt. Unmittelbar im Anschluß wurden von der Polizei in Bayern, Hamburg, Schleswig-Holstein und an mehreren Orten in Niedersachsen Vollzugsmaßnahmen vorgenommen. Hierzu gehörten die Durchsuchung mehrerer Wohn- und Geschäftsräume, die Sicherstellung weiterer Beweismittel, die insbesondere detailliert das Geflecht der Organisationen offengelegt haben, sowie die Beschlagnahme von den Vereinen gehörenden Vermö-

genswerten. Das Vereinsgrundstück in Hetendorf Nr. 13 wurde beschlagnahmt und damit der weiteren Nutzung durch Neonazis und andere Rechtsextremisten entzogen.

Da die sofortige Vollziehung der Verbote angeordnet worden war, stellten die verbotenen Vereine Anträge auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ihrer Klagen gegen die Verbotsverfügungen. Mit zwei Beschlüssen vom 16. April 1998 lehnte das OVG Lüneburg diese Anträge u.a. mit der Begründung ab, nach dem vom Innenministerium vorgelegten Erkenntnismaterial sei bei dem Heide-Heim e.V.

„... eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus ... gegeben. (...) Die ... auf den ersten Blick harmlosen Aktivitäten sogenannter Neu Germanisch-Heidnischer-Gruppen, wie des Nordischen Ringes e.V. und der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V. (...) entpuppen sich bei näherer Betrachtung als rechtsextremistische Veranstaltungen. Diese Gruppen bildeten sich schon Ende des letzten Jahrhunderts, erhoben völkische Anschauungen zum Gegenmodell einer modernen Gesellschaft und begründeten damit auch die national-sozialistische Rassenideologie ... Kern der neu germanischen Ideologie ist bis heute eine Verachtung gegenüber Menschen, die nicht „nordisch“ sind. Sie beruht auf den drei Prinzipien einer nationalen Gesinnung, einer Rassen-theoretik und eines Blutmythos, womit sie den Führungsanspruch der „germanischen Rasse“ begründet ... Damit tragen die Neu-Germanisch-Heidnischen Gruppen zu einer rechtsextremen Ideologisierung bei. Diese Zielrichtung wird vom Antragsteller, was sich sogar aus seiner Satzung ergibt, nachhaltig unterstützt

Verbote neonazistischer Vereinigungen

| | | | | | | | | | | | | | |
|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|--|
| 1992 | <p>Nationalistische Front (NF) verboten am 27. November 1992 (Bundesministerium des Innern)</p> <p>Deutsche Alternative (DA) verboten am 10. Dezember 1992 (Bundesministerium des Innern)</p> <p>Deutscher Kameradschaftsbund (DKB) verboten am 18. Dezember 1992 (Niedersächsisches Innenministerium)</p> <p>Nationale Offensive (NO) verboten am 22. Dezember 1992 (Bundesministerium des Innern)</p> | 1993 | <p>Nationaler Block (NB) verboten am 07. Juni 1993 (Bayerisches Staatsministerium des Innern)</p> <p>Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD) verboten am 14. Juli 1993 (Innenministerium des Landes Baden-Württemberg)</p> <p>Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD) verboten am 02. September 1993 (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen)</p> | 1994 | <p>Wiking Jugend (WJ) verboten am 10. November 1994 (Bundesministerium des Innern) auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)</p> | 1995 | <p>Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) verboten am 24. Februar 1995 (Bundesministerium des Innern) auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)</p> <p>Nationale Liste (NL) verboten am 24. Februar 1995 (Hamburger Senator des Innern)</p> <p>Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF) verboten am 05. Mai 1995 (Innenministerium des Landes Brandenburg)</p> | 1996 | <p>Skinheads Allgäu (Neonazistischer Skinhead-Verein) verboten am 30. Juli 1996 (Bayerisches Staatsministerium des Innern)</p> | 1997 | <p>Kameradschaft Oberhavel verboten am 15. August 1997 (Innenministerium des Landes Brandenburg)</p> | 1998 | <p>Heide-Heim e.V. und Heideheim e.V. verboten am 12. Februar 1998 (Niedersächsisches Innenministerium)</p> |
|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|---|------|--|

und betrifft damit einen Kernbereich seiner Vereinstätigkeit. ...“

Bereits 1994 hatte das Niedersächsische Innenministerium im Hinblick auf die rechtsextremistischen Aktivitäten auf dem Gelände des Heide-Heim e.V. eine Überprüfung der Gemeinnützigkeit durch die zuständige Hamburger Finanzbehörde „angeregt“. Am 8. Dezember entschied das Finanzgericht Hamburg, die Klage des Heide-Heim e.V. auf Zuerkennung der Gemeinnützigkeit für den streitigen Zeitraum und somit auf Befreiung von der Körperschaftssteuer abzuweisen.

7. Hetendorfer Tagungswoche

Die Hetendorfer Tagungswochen finden seit 1991 auf dem Gelände des 1984 gegründeten Vereins Heide-Heim e.V. statt. Für die inhaltliche Ausprägung charakteristisch sind im wesentlichen Rassismus, die Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere die Ermordung der Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft, sowie die Verherrlichung des Nationalsozialismus.

Die 7. Hetendorfer Tagungswoche konnte vom 14. – 22. Juni auf dem Anwesen Nr. 13 durchgeführt werden, nachdem eine Verbotsvorfügung am 13. Juni durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg „aufgehoben“ worden war. Die vom Landkreis Celle am 6. Juni erlassene Verfügung war zunächst am 12. Juni vom Verwaltungsgericht Lüneburg bestätigt worden. Veranstaltet wurde die Hetendorfer Tagungswoche u.a. von den Organisationen Heide-Heim e.V., Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V., Familienwerk e.V., Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V. (GfbAEV)²⁶, Nordischer Ring e.V. (NR) und Northern

League. Maßgeblicher Organisator der Tagungswoche und Hauptakteur bei den Verwaltungsstreitverfahren war der Hamburger Rechtsanwalt und Vorsitzende der Vereine Heide-Heim e.V., Artgemeinschaft, Familienwerk e.V. und stellvertretender Vorsitzender des Nordischen Ring e.V., Jürgen RIEGER.

Auf dem Programm der Tagungswoche standen Vorträge und Mitgliederversammlungen der beteiligten Organisationen, Arbeitseinsätze und Gesprächskreise. Zum Ablauf gehörten auch „germanisch-heidnische Bräuche“ sowie die Sommersonnenwendfeier. An den einzelnen Veranstaltungen nahmen je etwa 50, an der Sommersonnenwendfeier am 20. Juni etwa 200 Personen teil. Der rechtsextremistische Liedermacher Frank RENNICKE gestaltete einen Liederabend. Auffällig war die Altersstruktur der Teilnehmer. Mehr als die Hälfte der Veranstaltungsteilnehmer war unter 30 Jahre alt.

Teilnehmende Organisationen und Referenten

Bei der Artgemeinschaft handelt es sich um eine aus Mitgliedern verschiedener deutsch- und germanischgläubiger Gruppen gegründete Vereinigung neugermanisch-heidnischer Richtung, die ebenso wie die GfbAEV unter Leitung von Jürgen RIEGER rassistische Ansichten propagiert. In einer Flugschrift der Artgemeinschaft, für die Jürgen RIEGER verantwortlich zeichnet, wird das „*Sittengesetz unserer Art*“ dargelegt. Es fordert u.a. die Anerkennung des Führertums („*Das Sittengesetz in uns gebietet Gefolgschaft dem besseren Führer, mit Recht und Pflicht zu abweichendem Rat, nach bestem Wissen und*

²⁶ Die GfbAEV ist Anfang des Jahres 1997 in Deutschland formal aufgelöst worden. Vereinstätigkeit ist sie seitdem nicht wieder in Erscheinung getreten.

Gewissen.“) sowie die Verpflichtung zur Reinheit der Rasse bzw. Art („Das Sit- tengesetz in uns gebietet gleichgearte- te Gattenwahl, die Gewähr für gleich- geartete Kinder.“).

Die GfbAEV wurde 1962 unter dem Namen Deutsche Gesellschaft für Erb- gesundheitspflege gegründet und 1972 umbenannt. Vorsitzender ist Jürgen RIEGER. Die Informationsblätter der GfbAEV sind Dokumente offenen Ras- sismus. Das Informationsblatt 4 enthält die rhetorische Frage :

„Halten Sie es für bedenklich, wenn unsere Bevölkerung bald nur noch aus dem Nachwuchs von Asozialen und einer Analphabetenmischung aus Südeuropa, dem ganzen Mittel- meerraum, Asien und Afrika besteht?“

Das Informationsblatt 5 gibt Antwor- ten auf die im Titel gestellte Frage

„Wer begeht biologischen Verrat?“:

„Jeder Mann, der sich eine Frau fremder Rasse sucht, weil er krank- heitsanfällige Kinder zeugt (die ihm zudem nicht ähneln, weil die dunk- len Rassen genetisch durchschlagen) – oder aber durch Verzicht auf Kin- der seine Lebenslinie aussterben läßt.“

Der ebenfalls an der Veranstaltung in Hetendorf beteiligte Nordische Ring e.V. (NR), ein von ehemaligen Mitglie- dern der GfbAEV gegründeter Verein, propagiert in gleicher Weise rassisti- sches Gedankengut („Erhaltung und Pflege des nordischen Bluterbes“). Das Ideal ist der „nordische Mensch“, der auszusterben drohe. Um ihn vor die- sem Schicksal zu bewahren, sei „Erb- gesundheitspflege (Rassenhygiene, Eugenik)“ nötig. In dem Vereinsorgan Nordische Zukunft schlägt sich diese ideologische Grundeinstellung in rassi- stischer und fremdenfeindlicher Hetze nieder:

„Wir glauben, daß es der Endzweck oder das Ziel einer Regierung ist, der Rasse zu dienen und sie zu erhalten (...), um sie vor der Auflösung, vom Schwund oder vor der Vernichtung durch Rassenmischung oder Ver- drängung durch andere Rassen zu schützen.“

Bei vielen Referenten der Hetendorfer Tagungswoche handelt es sich um Angehörige bestimmter neugerma- nisch-heidnischer Gruppen, deren bio- logistisches, deutschgläubiges Welt- und Menschenbild die rassistisch-ideolo- gische Grundlage für ihre rechtsex- tremistischen Bestrebungen darstellt.

Neben ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen dem Weltbild des neugerma- nischen Heidentums und dem rechtsex- tremistischer Gruppen belegt die Teil- nahme dieser Referenten an der Hetendorfer Tagungswoche auch direk- te institutionelle und personelle Ver- bindungen.

Die Mehrzahl der Referenten während der Hetendorfer Tagungswo- chen ist im „Heideheim“ bereits mehr- fach aufgetreten, z.B. Wolfgang FACH- MANN, Karl BASSLER, Wolfgang JUCHEM, Gerhard SEIFERT, Hermann THIELE, Udo WALENDY, Johannes Peter NEY, Walter DREES oder Rolf KOSIEK.

Erneut standen u.a. Vorträge von Jürgen RIEGER im Vordergrund („Das Problem des Völkertodes“ sowie „Die skandalöse und verlogene Wehrmachts- ausstellung des Reemtsma“). In einem Referat zur Einführung des EURO kriti- sierte RIEGER den „betrügerischen Bankrott“ des „BRD-Staates“ und erhoffte den Zusammenbruch der Bun- desrepublik Deutschland im Falle der Einführung des EURO.

Der Leiter der rechtsextremistischen Gruppierung Aktion Freies Deutschland (AFD) Wolfgang JUCHEM referierte zum Thema „Deutschland im Würgegriff der Eurokraten“. Ein während der Tagungswoche verteiltes Flugblatt („Volkstreue Stimme – der Euro – sicherster Weg in die Katastrophe“), für das JUCHEM verantwortlich zeichnet, dokumentiert die Verknüpfung der politischen Kritik am europäischen Einigungsprozeß mit fremdenfeindlichen Tendenzen, indem er postuliert: „... schon gar nicht brauchen wir in Europa eine andere Menschenrasse.“.

Als weiterer Referent trat der als revisionistischer Publizist bekanntgewordene Prof. em. Dr. Helmut SCHRÖCKE auf, Vorstandsmitglied des bayerischen Witikobundes, mit einem Vortrag über „Kriegsursachen – Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges“ anhand seines erst vor kurzem erschienenen Buches.²⁷ Weitere Referenten waren der ehemalige Berliner REP-Landesvorsitzende Prof. Dr. Klaus WEINSCHEK mit dem Vortrag „Warum lassen wir Deutsche uns (fast) alles gefallen?“, der ehemalige Vorsitzende der „Artgemeinschaft“ Wielant HOPFNER über Gemeinsamkeiten und Trennendes der vier großen Weltreligionen im Vergleich zu den germanischen Moral- und Ethikgesetzen („Die großen Vier

²⁷ SCHRÖCKE war Unterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifestes“ vom 17. Juni 1981, einem Grundsatzdokument für den von der Neuen Rechten propagierten „Ethnopluralismus“ („...Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften.(...) Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung [‘Germanisierung’]“). In der der Neuen Rechten zuzurechnenden Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Ausgabe Nr. 25/96, S. 20, führt SCHRÖCKE biologistische, pseudowissenschaftliche Gründe für die Reinerhaltung des deutschen Volkes an und bekennt sich durch den erneuten Abdruck des „Heidelberger Manifestes“ zu dessen rassistischem Inhalt.

und Wir – ein Religionsvergleich“) sowie Wolfgang FACHMANN, häufiger Referent in Hetendorf, der zum Thema „Jahrgang 1929“ und aus seinen Memoiren „So jung waren wir – Erinnerungen“ vortrug. In seiner im Rahmen der 6. Hetendorfer Tagungswoche 1996 verkauften Broschüre „Jahrgang 1929“ preist FACHMANN den Nationalsozialismus und verharmlost die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen.

Die ehemalige BDM-Führerin Gertrud HERR (Bund deutscher Mädel in der Hitler-Jugend) propagierte in ihrem Vortrag „Fragen, die junge Menschen von unserer Generation beantwortet haben wollen“ die von ihr zur Weltanschauung stilisierte „Bindung an das Blut der Familie und die Bindung der Familie an das Ganze“. Gertrud HERR war in den vergangenen Jahren mit NS-verherrlichenden Äußerungen und wiederholter Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere mit ihrer 1985 im neonazistischen Kritik-Verlag erschienen Schrift „Inhaltsreiche Jahre – aus dem Leben einer BDM-Führerin 1930–1945“, in Erscheinung getreten. Gertrud HERR sowie Jürgen RIEGER stehen für die Verbreitung einer der NS-Rassenideologie wesensverwandten Rassenlehre durch die Schulungsarbeit in Hetendorf.

Der Leiter des rechtsextremistischen Thule-Seminars aus Kassel Dr. Pierre KREBS hielt (unter dem Pseudonym Harald MANNHARD) einen philosophischen Vortrag über die „Abrechnung mit der Dekadenz des Okzidents“. Seine vorgetragenen Thesen wurden als Kassette „Die Strategie der europäischen Wiedergeburt“ zum Kauf dargeboten.

Rassistische Ideologiemerkmale, die als Konstante bereits die vorangegangenen Hetendorfer Tagungswochen kennzeichneten, wurden deutlich in dem verteilten Schrifttum. Neben den Veröffentlichungen des Thule-Semi-

nars, den Thule-Briefen, verbreitete ein vom Thule-Seminar herausgegebenes Flugblatt „Rasse ist Klasse“ mit Forderungen wie „für eine heterogene Welt homogener Völker“ eine als Ethnopluralismus deklarierte Fremdenfeindlichkeit. Dort ferner ausgelegte Schriften wie ein „Rassismus-Intelligenztest“, für den das revisionistische „National Journal“²⁸ verantwortlich zeichnet, mit einem perfiden rassistischen Fragespiel verdeutlicht einmal mehr die weltanschauliche Grundhaltung der die Hetendorfer Tagungswoche gestaltenden Organisationen. Rechtsextremistisches Schrifttum, wie die Publikation des Nordischen Ringes (NR), Nordische Zukunft, sowie eine Ausgabe der von dem Neonazi und JN-Funktionär Markus PRIVENAU herausgegebenen Zeitschrift „Einheit und Kampf“ belegen die Gesamtausrichtung der Hetendorfer Tagungswoche.

Teilnahme von militanten Neonazis

Angeichts der bereits im Vorfeld angekündigten Protestaktionen gegen die 7. Hetendorfer Tagungswoche hatte RIEGER eine rund 45köpfige „Schutztruppe“ engagiert, die geleitet wurde von Thomas WULFF, dem ehemaligen Vorsitzenden der 1995 verbotenen Nationalen Liste (NL) und Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) in Hamburg.

An beiden Wochenenden der Hetendorfer Tagungswoche kam es zu Gegendemonstrationen. Dem über Internet und Mailbox verbreiteten Demonstrationsaufwurf des „Bündnisses

²⁸ Das erstmals im Januar 1996 erschienene „National Journal“ ist eine Nachfolgepublikation des „Deutschland Report“, vormals „Remer Depesche“. Die Verlagsadresse und die politischen Agitationsfelder sind identisch. Hinter den sich als „Die Freunde im Ausland“ (DFiA) bezeichnenden Herausgebern der Publikation verbirgt sich ein Anhängerkreis Otto Ernst REMERS.

gegen Rechts“ gegen die Veranstaltung waren am Anreisewochenende etwa 200 Personen und zur Sommersonnenwendfeier am 20./21. Juni rund 450 Personen, darunter Autonome, gefolgt. Gewalttätige Auseinandersetzungen, wie in den vergangenen Jahren konnten verhindert werden, indem die Polizei das Gelände in Hetendorf abriegelte.

Wintersonnenwendfeier

Unter der Leitung von RIEGER veranstaltete die Artgemeinschaft am 20. Dezember in Hetendorf eine Weihnachts- und Wintersonnenwendfeier, an der ca. 120 Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum teilnahmen. Neben der 7. Hetendorfer Tagungswoche und der Wintersonnenwendfeier gab es jeweils im Mai und Oktober zwei Arbeitseinsätze von Rechtsextremisten auf dem Gelände Hetendorf Nr. 13, die dem Erhalt der renovierungsbedürftigen Gebäude dienten.

„Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung – Der Völkermord am Deutschen Volk“

Ein weiteres Beispiel für öffentlichkeitswirksame rechtsextremistische Propaganda ist ein nach Angaben der Initiatoren in einer Auflage von 110.000 Exemplaren gedruckter 26seitiger „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung – Der Völkermord am Deutschen Volk“, der seit August von Unbekannten auf dem Postweg an Privatpersonen und Dienststellen verbreitet wird. Dieses

Dokument bringt in komprimierter Form für den Rechtsextremismus typische, von den Verfassern als massenwirksam erachtete Ideologieelemente zum Ausdruck.

Die 65 aus dem gesamten Bundesgebiet stammenden Unterzeichner der Schrift rufen alle „volkstreuen Deutschen“ zur Notwehr auf gegen „den von der Staatsführung amtlich geplan-



ten und mit brutalen Methoden durchgeführten Völkermord“.

Von den 22 niedersächsischen Unterzeichnern des „Aufrufes“ sind die meisten bereits in rechtsextremistischem Zusammenhang in Erscheinung getreten, wie z.B. Udo PASTÖRS, der u.a. bei den JN als Referent aufgetreten ist, der Funktionär der rechtsextremistischen DLVH, Rigolf HENNIG, der vormalige Vorsitzende des verbotenen Heide-Heim e.V., Klaus-Christoph MARLOH sowie die langjährige NPD-Funktionärin Dr. Wilhelmine STEFFENS. Zu den Unterzeichnern gehören weiterhin der ehemalige REP-Landesvorsitzende

von Berlin, Prof. Dr. WEINSCHENK, sowie Johannes Peter NEY, Helmut SCHRÖCKE und Gerhard SEIFERT, die als Referenten bei verschiedenen Hetendorfer Tagungswochen des verbotenen Heide-Heim e.V. aufgetreten sind.

Der Bundesregierung wird die Planung des Völkermordes durch gezielte Einwanderungspolitik unterstellt. „Asyl-unrecht“, „Gastarbeiter-Unrecht“ und die vermeintlich zielgerichtete Förderung der Einwanderung nach Deutschland führe zur „unmittelbaren Zerstörung des deutschen Volkes“. Damit begehe die Regierung „Hochverrat“. Neben strafrechtlich relevanten Äußerungen enthält der „Aufruf“ deutlich ausländerfeindliche, antisemitische und dem Gedanken der Völkerverständigung widersprechende Passagen:

„Auch der 1993 geänderte Asylartikel raubt uns Deutschen die Gebietshoheit. Auch jetzt noch und jetzt erst recht verklart dieser Wahnsinnsartikel das deutsche Volk. Er setzt uns einer von niemandem vorausagbaren Flut von gigantischem Ausmaß aus, einer Menschenflut, die uns erdrücken und auslöschen wird. Dies ist wohl aber der Zweck der wahnsinnigen Übung: Gesetzlich vorgeschriebener Völkermord!“

Belege für eine antisemitische Grundhaltung der Autoren des „Aufrufs“ sowie Anklänge an nationalsozialistisches Gedankengut hinsichtlich der Idee einer homogenen „Volksgemeinschaft“ beinhalten folgende Ausführungen:

„Die Staatsführung duldet es, daß deutsche Kinder nicht mehr unter ihresgleichen unterrichtet und erzogen werden, während sie den einwandernden Juden eigene und nur für ihre Kinder wirkende Schulen stellt. Damit zerstört sie die Volksgemeinschaft.“

Der (Mit-)Verfasser des „Aufrufs“,

Johannes Peter NEY, veröffentlicht u.a. in der rechtsextremistischen Zeitschrift „Sleipnir“. Während der 3. Hetendorfer Tagungswoche warnte NEY 1993 in seinem Referat „Rasse und Staat“ vor Rassenmischungen, die den Niedergang der Menschheit bedeuten. In den Flugblättern des rechtsextremistischen Schutzbundes für das deutsche Volk veröffentlichte NEY einen programmatischen Artikel zur Ausländerpolitik (Ausländerfeindlichkeit – Tatsache oder Propagandalüge?). In einem 1993/94 im rechtsextremistischen Grabert-Verlag erschienenen Buch „Grundlagen zur Zeitgeschichte – Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts“ leugnet NEY mit anderen Autoren den Holocaust²⁹, die Echtheit des Wannsee-Protokolls sowie den deutschen Massenmord an jüdischen Sowjetbürgern in Babi-Jar/Kiew.

Der Mitunterzeichner Helmut SCHRÖCKE war auch Unterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifestes“ vom 17. Juni 1981, einem Grundsatzdokument für den von der Neuen Rechten propagierten Ethnopluralismus („... Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volks nicht möglich und führt zu den bekanntesten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften. ... Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung („Germanisierung““).

²⁹ Der Begriff bedeutet Massenvernichtung (vom griech. holocaustos = „völlig verbrannt“). Das Wort stammt (wie der offizielle Begriff des Staates Israel für die europäische Judenvernichtung – schoa = Katastrophe, Unheil) ursprünglich aus dem Alten Testament. Er bezeichnete „was ganz im Rauch aufsteigt“. Luther übersetzte den Begriff mit Brandopfer, die englische Bibelübersetzung mit holocaust. Die deutschen Herausgeber der „Enzyklopädie des Holocaust“ haben das Wort Holocaust mit großen Bedenken in ihrem Titel beibehalten, weil kein kennzeichnenderer Begriff im Deutschen verfügbar sei und der Untertitel „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden“ den begrifflichen Gegenstand genau umschreibt.

Geschichtsrevisionismus³⁰

Rechtsextremisten, die die deutsche Schuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges und insbesondere die Massenvernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Herrschaftsregime leugnen und ungeschehen machen wollen, bezeichnen sich als „Revisionisten“. Träger revisionistischen Gedankenguts waren in erster Linie Alt- und Neonazis. Inzwischen sind revisionistische Bestrebungen zu einem den deutschen sowie den internationalen Rechtsextremismus verbindenden Kampagnenthema geworden, das die Funktion einer inhaltlichen Klammer für verschiedenartige rechtsextremistische Strömungen besitzt.

Organisationen mit primär revisionistischer Ausrichtung sind z.B. Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF), die Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) und der Neonazikreis um Ernst ZÜNDEL. Im publizistischen Bereich hat der Grabert-Verlag mit Sitz in Tübingen eine besondere Bedeutung für den Revisionismus. Die Hetendorfer Tagungswochen machten die Bindegliedfunktion des Revisionismus für den rechtsextremistischen Bereich deutlich. An den ersten Tagungswochen war mit der GFP eine revisionistische Organisation maßgeblich an der

³⁰ Diese Form des Geschichtsrevisionismus ist nicht zu verwechseln mit der „Revisionismusdebatte“, dem sogenannten Historikerstreit des Jahres 1986, an dem sich neben Deutschen auch französische, britische und amerikanische Geschichtswissenschaftler beteiligten. Von ihnen wurde die Ermordung von Millionen Juden nicht in Frage gestellt. Gleichwohl bedienten sich Rechtsextremisten einiger Argumente des Historikerstreits und interpretierten sie für eigene Zwecke um. (Vgl. Walter Laqueur: Faschismus. Gestern – heute – morgen. Berlin 1997, S. 214.)

Gestaltung des Tagungsprogramms beteiligt; auch später traten immer wieder Referenten mit revisionistischen Themen in Erscheinung, so z.B. Wolfgang JUCHEM, Leiter der von ihm gegründeten revisionistischen Gruppierung Aktion Freies Deutschland (AFD).

In der Nachkriegszeit war der Revisionismus, einhergehend mit einer weltanschaulichen Bindung an den Nationalsozialismus und antisemitische Positionen, bereits von besonderer Bedeutung für den Rechtsextremismus. So veröffentlichte Peter KLEIST, ein enger Mitarbeiter des Hauptideologen des Nationalsozialismus, Alfred Rosenberg, bereits 1952 das NS-verherrlichende Buch „Auch Du warst dabei“. Zu den wichtigsten revisionistischen Veröffentlichungen zählen die Broschüre „Die Auschwitz-Lüge“ des im Februar 1997 gestorbenen Thies CHRISTOPHERSEN aus dem Jahre 1973 sowie das 1979 im Grabert-Verlag erschienene Buch „Der Auschwitz-Mythos“ von Wilhelm STÄGLICH.

Zentralen Rang für revisionistische Kampagnen der Gegenwart hat der „Leuchter-Report“, eine 132seitige Schrift, die der amerikanische Ingenieur Fred A. LEUCHTER im Auftrage des französischen Revisionisten Robert FAURISSON zugunsten von Ernst ZÜNDEL, der in Kanada wegen der Leugnung des Holocausts angeklagt war, verfaßte. LEUCHTER bestritt, daß Gaskammern in Auschwitz zur Vernichtung von Juden eingesetzt wurden. Er behauptet, das Blausäurepräparat Zyklon B sei in Auschwitz nur zum Zweck der Desinfektion und Entlausung benutzt worden, aber nicht zur Tötung von Menschen. Ähnliche Behauptungen enthielt das ebenfalls

pseudowissenschaftliche „Rudolf-Gutachten“, das Germar SCHEERER, geb. RUDOLF, für den seinerzeit angeklagten Revisionisten Otto Ernst REMER (verstorben am 4. Oktober) verfaßt hat.³¹

Die revisionistischen Bestrebungen sind nicht auf Deutschland begrenzt. Auch in den USA hat sich eine revisionistische Szene verfestigt. Anzuführen ist hier insbesondere das „Institute for Historical Review“, das die Zeitschrift *The Journal of Historical Review* herausgibt, revisionistische Literatur publiziert und internationale Kongresse veranstaltet. Bedeutend für die revisionistische Diskussion sind ferner die französischen Autoren Paul RASSINIER und Robert FAURISSON.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland ist die Verbreitung revisionistischer Propaganda in den USA und anderen Staaten nicht verboten. Aus diesem Grunde sind dort Stützpunkte aufgebaut worden, von denen aus deutsche Rechtsextremisten mit Schriften und Propagandamaterialien versorgt werden. Eine zentrale Funktion nimmt hierbei der Verlag *Vrij Historisch Onderzoek* (V.H.O.) in Belgien ein. Die von dort verbreiteten Schriften sind exemplarisch für das Denken und die Argumentationsweisen der Revisionisten. In dem Rundschreiben „Schluß mit der Auschwitz-Knechtschaft“ wird z.B. behauptet:

„Die Auschwitz-Lüge ist entlarvt und der Nachweis ist erbracht: Es hat im Dritten Reich weder Gaskammern zur Tötung von Menschen noch einen geplanten Völkermord gegeben.“

Mit den für sie typischen Begriffen „Auschwitz-Knechtschaft“ oder „Holocaust-Dogma“ verbinden die Revisioni-

³¹ Zu den Falschbehauptungen der beiden Gutachten vgl. Markus Tiedemann: „In Auschwitz wurde niemand vergast“. 60 radikale Lügen und wie man sie widerlegt, Mülheim 1996, S. 136 ff

sten die Ablehnung des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Behauptungen wie diese sollen zum Ausdruck bringen, daß das politische System aufgezwungen wurde und gegen die Interessen des Volkes verstößt:

„Das Hauptaugenmerk haben die Feinde der souveränen Völker auf das Holocaust-Dogma gelegt, weil dies als geistiges Fundament für die Herrschaft der hieran interessierten Gruppen angesehen wird.“

(Begleitschreiben zum Katalog der V.H.O.)

„Die offizielle Holocaust-Version wird noch heute täglich in politischen Debatten zur Bekämpfung von Gegnern oder zur Verteidigung eigener Privilegien benutzt. Leidtragende sind offensichtlich in erster Linie das palästinensische und das deutsche Volk. Darüber hinaus werden aber heute all jene, welche nationale Ideen verfechten oder die multikulturelle Gesellschaft als menschen- oder umweltfeindliche Utopien ablehnen, mit der Holocaust-Keule erledigt.“

(von der V.H.O. verbreitetes Flugblatt „Holocaust und Revisionismus – 33 Fragen und Antworten“, Frage 32)

Der Verlag V.H.O. verbreitet inzwischen eine revisionistische Zeitschrift mit dem Titel Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung. Zu den Autoren der Erstausgabe gehören mit dem Engländer David IRVING, Robert FAURISSON und Germar SCHEERER drei der bedeutendsten Revisionisten. Ferner zeichnet der Verlag presserechtlich verantwortlich für die Schriftenreihe Historische Tatsachen. Der Herausgeber Udo WALENDY war wegen Volksverhetzung in mehreren Ausgaben dieser Schriftenreihe am 17. Mai 1996 vom Landgericht Bielefeld zu einer 15monatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Ende 1996 hatte WALENDY die Einstellung der Schriftenreihe angekündigt. Mit der Verlegung des Druckortes nach Belgien hat er sich den deutschen Strafverfolgungsbehörden entzogen.

Als weitere vom Ausland aus verbreitete Zeitschrift ist das erstmals im Januar 1996 erschienene National Journal, eine Nachfolgepublikation des Deutschland Report, vormals Remer Depesche, anzuführen. Die Verlagsadresse und die politischen Agitationsfelder sind identisch. Hinter den sich als Die Freunde im Ausland (DFiA) bezeichnenden Herausgebern der Publikation verbirgt sich ein Anhängerkreis Otto Ernst REMERS.

Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)

| | |
|---------------|--|
| Sitz: | Kaufbeuren (Bayern) |
| Vorsitzender: | Georg-Albert BOSSE, Wolfsburg |
| Publikation: | Recht und Wahrheit (erscheint zweimonatlich in einer Auflage von ca. 2.500 Exemplaren) |

Die 1983 von dem ehemaligen Wehrmachtsgeneral und 2. Vorsitzenden der verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP), Otto Ernst REMER, gegründete DDF verherrlicht das NS-Regime und hält am Bestand des „Deutschen Reiches“ (in den Grenzen von 1937) fest.

Die Aktivitäten beschränken sich auf die zweimonatliche Herausgabe der Publikation „Recht und Wahrheit“ durch den Vorsitzenden Georg-Albert BOSSE sowie auf die ein- bis zweimal jährlich stattfindenden Lesertreffen, an denen Anhänger zahlreicher rechtsextremistischer Organisationen teilnehmen. Die Zeitschrift Recht und Wahrheit, die u.a. Artikel verschiedener rechtsextremistischer Autoren publiziert, verbreitet nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Insbesondere werden Führungspersonen des Dritten Reiches glorifiziert, NS-Verbrechen geleugnet sowie die deutsche Kriegsschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bestritten.

Lesertreffen fanden vom 18.–20. April in Illfeld/Thüringen mit ca. 70 Teilnehmern und vom 10.–12. Oktober in Neuhaus im Solling mit ca. 100 Teilnehmern statt. Das Motto der Veranstaltung in Neuhaus lautete „Deutschland über alles!“. Neben BOSSE selbst referierten u.a. Wolfgang JUCHEM und Konrad HOFFMANN. JUCHEM, Vorsitzender der von ihm 1978 gegründeten revisionistischen Gruppierung Aktion

Freies Deutschland (AFD), zählt zu den Referenten der Hetendorfer Tagungswochen. HOFFMANN steht seit 1985 als „Staatsoberrhaupt“ der ebenfalls revisionistischen Organisation Vereinigte Länder des Deutschen Ostens (VLDO – Gruppe Hoffmann) vor. Die Gruppierungen eint neben der Leugnung der deutschen Kriegsschuld die Agitation gegen die „alliierte Umerziehungspolitik“ und damit die Ablehnung der Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Der Gründer der DDF, Otto Ernst REMER, starb am 4. Oktober in Marbella/Spanien im Alter von 85 Jahren. REMER wurde 1992 in Schweinfurt wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer 22monatigen Freiheitsstrafe verurteilt, der er sich Anfang 1994 durch Flucht nach Spanien entzog. Der Nationale Gerichtshof in Madrid lehnte 1996 ein deutsches Auslieferungsersuchen ab, da das spanische Recht keine dem deutschen Delikt der Aufstachelung zum Rassenhaß und der Leugnung des Holocaust korrespondierende Norm kennt.

Hintergrund der Verurteilung REMERs war die wiederholte Leugnung der Ermordung von Juden in Gaskammern während der nationalsozialistischen Herrschaft in der von REMER in den Jahren 1991 bis 1994 herausgegebenen Schrift Remer-Depesche. Zentrales Thema der Remer-Depesche sowie deren Nachfolgepublikation Deutschland Report ist die Propagierung revisionistischen Gedankenguts sowie antisemitischer und fremd-

denfeindlicher Hetze. REMER hatte als Kommandeur des Berliner Wachregiments maßgeblichen Anteil daran, daß der Aufstand der Offiziere um Graf Stauffenberg gegen Hitler am 20. Juli 1944 niedergeschlagen wurde. Nach dem Krieg war REMER in der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) bis zu deren Verbot 1952 als Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein und stellvertretender Parteivorsitzender aktiv.

In einer in Recht und Wahrheit (Nr. 11/12, 1997) abgedruckten „Ehrenrede“ für den Verstorbenen beruft sich BOSSE auf das „politische Vermächtnis“ REMERs. Seine Ausführungen belegen die ideologische Verhaftung im völkischen Kollektivismus, der mit dem freiheitlichen Pluralismus des Grundgesetzes unvereinbar ist. Sie beinhalten ein kritikloses Bekenntnis zum „Führer“ und damit zum nationalsozialistischen Regime:

„... Es bestehen für mich heute in der Nachbetrachtung Ihres Verhaltens während des Geschehens am 20. Juli 1944 keinerlei Zweifel darüber, daß Ihr vorbildliches Verhalten, nämlich die ehrenvolle Erfüllung des Treueschwures gegenüber Führer und Nation, einer kommenden Generation junger volkstreuere Männer und Frauen nacheifernswertes Vorbild sein wird. Des deutschgesonnenen, ehemaligen Volkssoldaten Dank und Ehrerbietung dürfen sie sich schon heute sicher sein. Ich meine mit 'Volkssoldaten' jenen im Kriege zum Waffendienst einberufenen deutschen Mann, der unser 'Volksverwandter' ist.“

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Die NSDAP/AO wurde 1972 in Lincoln/Nebraska von Gary Rex LAUCK, einem 1953 geborenen US-Bürger, mit dem Ziel gegründet, ein Netz voneinander unabhängig im Untergrund operierender Stützpunkte (Zellensystem) zu bilden, um so in Deutschland und in anderen Ländern die Voraussetzungen für eine nationalsozialistische Bewegung zu schaffen. Obwohl die NSDAP/AO dieses Ziel bis heute nicht einmal im Ansatz realisieren konnte, ist sie weiterhin bedeutender Lieferant von Propagandamaterial für die deutsche Neonaziszene. Bei dem in den USA straffrei hergestellten Propagandamaterial handelt es sich insbesondere um mit Hakenkreuzen und neonazistischen Parolen versehene Aufkleber und Handzettel sowie um die antisemitische und rassistische Publikation „NS Kampfruf“. Seit Mitte 1996 ist die NSDAP/AO über einen amerikanischen Provider mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Auf Unterseiten werden Anleitungen zum Bau von Bomben u.ä. angeboten.

Ein im NS-Kampfruf (Nr. 118/August 1997) abgedrucktes „Nationalsozialistisches Strategiepapier der NSDAP/AO – Für die kämpfende Minderheit! – Teil 2: Möglichkeiten des Widerstandes!“ verdeutlicht den militanten Charakter der Organisation und ihre Ablehnung des demokratischen Rechtsstaats, wenn ausgeführt wird, daß

„... neben dem Unterwanderungsgedanken (Infiltration der legal tätigen Institutionen, Parteien pp.) auch wei-

terhin daran gearbeitet werden sollte, rechtsfreie Räume (...) zu erkämpfen (...) und auch mal einen unserer Gegner zum 'Fallen' zu bringen. (...) In allen Bereichen (...) (ist) der 'illegale' wie der 'legale' Kampf militant, radikal und kompromißlos zu führen (...). Dieses System ist illegal und somit jede Aktion gerechtfertigt!"

Neben Deutschland engagiert sich die NSDAP/AO auch in anderen Ländern. So verbreitet sie ihre Schriften unter Mitwirkung führender nationalsozialistischer Funktionäre dieser Länder in dänischer, englischer, französischer, holländischer, italienischer, portugiesischer, spanischer und ungarischer Sprache.

LAUCK wurde im März 1995 in Dänemark festgenommen und im September 1995 nach Deutschland ausgeliefert. Am 22. August 1996 verurteilte ihn das Hamburger Landgericht wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verbreitung von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren.

Nach seiner Festnahme wurde deutlich, daß LAUCK nur über eine geringe Anhängerschaft in Deutschland verfügt. Der Versand von Propagandamaterial aus den USA nahm seither stark ab. So erschien bereits die nächste Ausgabe des NS Kampfrufes erheblich verspätet. Auch 1997 konnte die ursprüngliche zweimonatliche Erscheinungsweise nicht beibehalten werden. Der NS Kampfruf, für den seit März/April 1996 ein Europa-Ausschuß der NSDAP/AO verantwortlich zeichnet, erschien 1997 insgesamt nur drei-

mal. Sowohl die unregelmäßige Erscheinungsweise als auch die relativ große Zahl der Bildbeiträge und Werbehinweise in eigener Sache deuten darauf hin, daß es an geeigneten Personen für die Erstellung aktueller und geeigneter Textbeiträge mangelt. Zum Ausgleich für die unregelmäßige und inhaltlich reduzierte Erscheinungsweise des NS Kampfrufes hat die Dänische Nationalsozialistische Bewegung, die sich als Teil der NSDAP/AO versteht, inzwischen die Erstellung einer Kartei angekündigt, um „europäische Nationalsozialisten/innen“ aktuell über Demonstrationaufrufe u.a. zu informieren.

Neonazikreis um Ernst ZÜNDEL

Bei dem Neonazikreis um Ernst ZÜNDEL handelt es sich um einen Zusammenschluß von Personen, deren Aktivitäten sich auf die finanzielle Unterstützung des in Toronto lebenden deutschen Revisionisten Ernst ZÜNDEL konzentrieren. ZÜNDEL ist Initiator und Vertreiber der beiden in der revisionistischen Propaganda als „Beweismittel“ gegen den Holocaust geltenden pseudowissenschaftlichen „Leuchter-Gutachten“ und Herausgeber der Germania-Rundbriefe, die er ebenso wie auch anderes rechtsextremistisches Propagandamaterial über seinen Samisdat Publishers Ltd-Verlag in Toronto verbreitet.

Ende 1994 übernahm ZÜNDEL von Thies CHRISTOPHERSEN³² die Herausgabe der bis dahin vierteljährlich erschei-

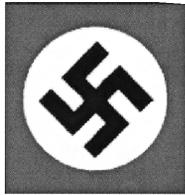
³² Der Revisionist Thies CHRISTOPHERSEN starb am 13. Februar in Kiel. ZÜNDEL würdigte ihn in einem Nachruf in seiner Homepage. Vom 26. bis 28. Oktober fand in Munkbrarup/Schleswig-Holstein ein Freundestreffen zur Würdigung CHRISTOPHERSENS statt, an dem neben dem Hamburger Neonazi Jürgen RIEGER zahlreiche bekannte Rechtsextremisten teilnahmen.



NSDAP/AO News

Page last updated on 2/3/97

Jew "Thought-Police" Battle for Global Control of Internet!



STOP
Non-White
Immigration!
NSDAP/AO: [REDACTED]
Lincoln, NE 68506 USA

NSDAP/AO Stickers!

The NSADP/AO prints stickers with several different sayings. Perfect for you to live in your area and show your beliefs. For more information on sticker or publication prices, please contact our office at the NSDAP/AO address listed on this website.



Free Gerhard Lauck!

On March 20, 1995, Gerhard Lauck was arrested in Denmark on an international arrest warrant issued by the German-Marxist treason government. For the past 20+ years the traitors in Germany have worked with international Jewry to silence the strongest voice for White Power in the world. They hoped that by orchestrating this illegal imprisonment of a single individual that they would be able to crush the White Power movement worldwide.

nenden Publikation Die Bauernschaft, stellte diese jedoch bereits ein Jahr später wegen finanzieller und organisatorischer Schwierigkeiten ein.

Seit Frühjahr 1995 hält ZÜNDEL revisionistische Texte im Internet auf einer als „ZÜNDEL-site“ bezeichneten Homepage unter dem Titel „Voice of Freedom“ abrufbar. Im Oktober 1996 wurden durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften sieben der über die „ZÜNDEL-site“ verbreiteten revisionistischen Artikel indiziert. Einer dieser Artikel enthält die Aussage:

„Die zwingenden Beweise, die sie die Wissenschaftler uns vorlegen, zeigen jedoch, daß Auschwitz kein Vernichtungszentrum war und daß die Geschichte von Massentötungen in 'Gaskammern' ein Mythos ist.“

Ungeachtet der Indizierung sind den Holocaust leugnende revisionistische Ausführungen nach wie vor auf der von ZÜNDEL betriebenen Homepage abrufbar. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim leitete deshalb im Januar 1997 ein Ermittlungsverfahren gegen ZÜNDEL wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein.

Versuche, revisionistische Propaganda auch über den Rundfunk in Europa zu verbreiten, hat ZÜNDEL bereits 1993 und im Oktober 1996 unternommen, nach kurzer Zeit jedoch wieder eingestellt. Die über Internet verbreitete Ausgabe seines Germania-Rundbriefes vom April 1997 verkündete einen weiteren Versuch:

„Ja, das Wunderbare ist geschehen – wir sind wieder im Äther, diesmal in der Hauptstadt Schwedens, im weiten Umkreis von Stockholm, in deutscher und englischer Sprache zu hören. Ein Mohamedaner und Revisionist³³ hat das ganze eingefädelt. (...) Es handelt sich bei den Program-

men durchweg um knallharte revisionistische Programme über den Zweiten Weltkrieg“.

Der Stahlhelm e.V.

Der „Stahlhelm e.V. – Bund der Frontsoldaten“ wurde im November 1918 in Magdeburg als Vereinigung von Teilnehmern des Ersten Weltkrieges gegründet. Nach vorübergehender Auflösung erfolgte 1951 die Neugründung.

Der Verein ist in Landesverbände/Gaue gegliedert. Die bis Ende 1996 bestehende Ortsgruppe Jork benannte sich Anfang des Jahres 1997 in „Landesverband Niedersachsen“ um. Der ebenfalls im Jahr 1996 eingerichtete Landesverband Schleswig-Holstein/Hamburg sowie die Ortsgruppe Harburg, die beide von Jork aus geführt wurden, sind infolge interner Streitigkeiten inzwischen aufgelöst worden. Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen und zugleich Bundesvorsitzender ist Günter DRÜCKHAMMER, sein Sohn Kai-Uwe ist Bundesjugendführer.

In der Thule-Netz-Mailbox Bollwerk.BBS definiert der Stahlhelm seine Zielsetzung wie folgt:

„Das oberste Ziel ist die Wiederherstellung des DEUTSCHEN REICHES in seinen historischen Grenzen und die Wehrhafterhaltung der deutschen Jugend. Weitere Ziele sind: Aufklärung gegen Umerziehung und Geschichtsklitterung, Erhaltung und Förderung des deutschen Soldatentums; wir sind gegen ein Mischmasch Europa der Multikultur, dagegen streben wir ein Europa der Vaterländer an.“

³³ Hierbei handelt es sich offenkundig um den in Schweden lebenden Neonazi Ahmed RAMI, der auch zahlreiche Aktivitäten im Internet entfaltet.

Die Veranstaltungen der rund 20 Mitglieder des Landesverbandes Niedersachsen bestehen hauptsächlich aus regelmäßigen Kameradschaftsabenden im vereinseigenen Heim in Jork, gelegentlichen Biwaks und Wehrsport-Aktivitäten jüngerer Mitglieder. Nennens-

werte Ereignisse für 1997 sind die nunmehr regelmäßige Herausgabe der Publikation Der Stahlhelm (vorher: Der Frontsoldat) sowie die Kontaktaufnahme zu einem neugegründeten Landesverband Flandern Anfang November in Belgien.

Rechtsextremistische Parteien

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

| | | |
|----------------|---|----------|
| Sitz | | |
| Bund: | Stuttgart | |
| Niedersachsen: | Lüneburg | |
| Vorsitzende | | |
| Bund: | Udo VOIGT | |
| Niedersachsen: | Ulrich EIGENFELD | |
| Mitglieder | | |
| | 1996 | 1997 |
| Bund: | 3.500 | ca.4.300 |
| Niedersachsen: | 365 | 360 |
| Publikationen | | |
| Bund: | Deutsche Stimme (erscheint monatlich, Auflage: 40.000) | |
| Niedersachsen: | Niedersachsen-Spiegel (erscheint vierteljährlich, Auflage: 500) | |

Der Parteivorsitzende Udo VOIGT erhebt für die NPD den Anspruch, „revolutionäre Partei des nationalen Widerstandes“ zu sein (Deutsche Stimme, 6/97). Im Gegensatz zu den anderen rechtsextremistischen Parteien DVU und REP steht bei der NPD gegenwärtig nicht der unmittelbare Wahlerfolg im Vordergrund, sondern vielmehr der Aufbau einer „nationalen Sammlungsbewegung“.

Die im November 1964 gegründete NPD ist die älteste rechtsextremistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Nach der faktischen Selbstauflösung der Deutschen Reichspartei (DRP) um Adolf v. THADDEN im Juni 1964 schlossen sich in Hannover im Novem-

ber 1964 Funktionäre der DRP mit Restgruppen anderer Rechtsparteien zur NPD unter dem Vorsitz von Fritz THIELEN und dem stellvertretenden Vorsitz von Adolf v. THADDEN zusammen. 1966 war die NPD erstmals in den Länderparlamenten von Hessen und Bayern vertreten, 1967 in Niedersachsen. Bei der Bundestagswahl 1969 errang die NPD bundesweit 4,3 % der Zweitstimmen und verfehlte knapp den Einzug in den Bundestag. Wahlergebnisse bei etwa einem Prozent der Stimmen sowie eine negative Mitgliederentwicklung von 28.000 im Jahr 1969 auf 8.500 im Jahr 1978 waren charakteristisch für die NPD in den siebziger Jahren. Zur Bundestagswahl 1980 erzielte

die NPD das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung mit 0,2 %. Erst durch die aggressive Thematisierung der Ausländerfeindlichkeit sowie anderer weniger vergangenheitsbezogener Themenfelder erregte die NPD Ende der achtziger Jahre wieder öffentliche Aufmerksamkeit.

Organisation und Mitgliederentwicklung

Bundesweit verfügt die NPD über 15 Landesverbände. In Niedersachsen sind die 360 Mitglieder in Bezirks- und Kreisverbänden organisiert. Nach Jahren desolater Finanzsituation auf Bundesebene ist eine Verbesserung der Finanzlage durch zugeflossene Erbschaften festzustellen.

Unter dem Vorsitz von Udo VOIGT, der seit März 1996 als Parteivorsitzender amtiert, hat die NPD seit Anfang 1997 eine positive Mitgliederentwicklung zu verzeichnen. Der Mitgliederstand ist durch gezielte Werbung, wie die „Aktion 1000 – Hinein in die NPD“, bundesweit angestiegen. Im Dezember reklamierte die NPD in dem monatlich erscheinenden Parteiorgan Deutsche Stimme über 1.500 Neumitglieder für das Jahr 1997 („Mitgliederzuwachs seit 01. 01. 1997: 1.516“).³⁴ In einem „Aufruf an alle aufrechten Deutschen: Hinein in die NPD“ begrüßt VOIGT „alle neuen Mitglieder in der nationalen Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft der NPD“:

„Wir brauchen nicht jeden, sondern den Menschen, der bereit ist, sich persönlich für sein Land einzusetzen.“

³⁴ Auf dem Bundesparteitag am 10./11. Januar 1998 verwies VOIGT in seinem Bericht zur Lage der Partei darauf, daß die NPD im Jahr 1997 1.640 neue Mitglieder aufgenommen und 26 neue Kreisverbände gegründet habe. Diese Angaben zugrundeliegend müßte der aktuelle Mitgliederstand nunmehr etwa 5.000 Personen betragen. Realistisch ist die Annahme von ca. 4.300 Mitgliedern Ende 1997.

Dazu muß man bereit sein, sich in unsere Schicksalsgemeinschaft einzuordnen. (...) Gefordert wird persönlicher Einsatz, und Opferbereitschaft wird erwartet.“

VOIGTs Linie einer Verbindung aus Wahlpartei und aktionistischer Bewegung wird hier bereits in der Mitgliederwerbung deutlich. Angesprochen werden jüngere Aktivisten. Der Erfolg dieser zielgruppenspezifischen Mitgliederwerbung manifestiert sich insbesondere im Mitgliederzuwachs des Landesverbandes Sachsen. Ende Januar 1998 soll dort das 1.000. Mitglied aufgenommen worden sein. 1996 hatte die sächsische NPD lediglich 300 Mitglieder. In Sachsen verfügt die NPD mittlerweile über 17 aktive Kreisverbände, in denen sich sowohl Skinheads als auch ehemalige Angehörige verbotener Organisationen engagieren. So wurde in Wurzzen bei Leipzig ein Skinhead Kreisvorsitzender der NPD. Auffällig in Sachsen ist der Zugewinn an jüngeren Mitgliedern bis zu 25 Jahren. Mehr als 60 % der Mitglieder sind unter 30 Jahre alt. Dieser Trend signalisiert eine Verlagerung des Agitationsschwerpunktes der NPD hin in die neuen Bundesländer. Indiz hierfür ist, daß die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten (JN), Jugendorganisation der NPD, sich seit Dezember in Dresden befindet. Die positive Mitgliederentwicklung in den neuen Bundesländern beruht u.a. darauf, daß sich viele Funktionäre der 1991 gegründeten neonazistischen Sammlungsbewegung Die Nationalen e.V. um Frank SCHWERDT nach deren Auflösung im November der NPD angeschlossen haben. Frank SCHWERDT kündigte die Gründung eines eigenen NPD-Landesverbandes in Brandenburg an.

Niedersächsische NPD stagniert

Der niedersächsische Landesverband hat von dem positiven bundesweiten Trend nicht profitieren können. Seine in vier Bezirksverbänden und 27 Kreisverbänden organisierten 360 Mitglieder entwickelten nur geringe Aktivitäten. Der insgesamt schlechte Zustand des Landesverbandes dokumentiert sich im Verzicht der NPD auf eine Teilnahme an der niedersächsischen Landtagswahl am 1. März 1998. Auf dem außerordentlichen Landesparteitag der NPD am 28. September in Kayhauserfeld/Bad Zwischenahn wurde diese Entscheidung mit mangelnden Erfolgsaussichten sowie mangelnder Motivation der Mitglieder begründet. Vorausgegangen war das schlechte Abschneiden bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 21. September (0,1 %) gegenüber der DVU (4,9 %) und REP (1,9 %).

Auf dem 33. ordentlichen Landesparteitag der niedersächsischen NPD am 6. Juli in Bardorf/Velpke wurde Ulrich EIGENFELD als Landesvorsitzender bestätigt.

Bundesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern

Auf dem 27. ordentlichen Parteitag der NPD in Reuterstadt-Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) am 10. und 11. Januar 1998, an dem ca. 320 Personen – darunter 170 Delegierte – teilnahmen, wurde der bisherige Vorsitzende Udo VOIGT mit 142 von 166 abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Der zu diesem Zeitpunkt inhaftierte frühere Parteivorsitzende

Günter DECKERT, der im Vorjahr bei den Wahlen zum Parteivorsitz VOIGT nur knapp unterlegen war, hatte seine Kandidatur zurückgezogen. Am 1. August wurde DECKERT vom Parteivorstand seines Amtes als stellvertretender Bundesvorsitzender enthoben, um, wie es in einer Erklärung des Vorstandes hieß, „Schaden von der NPD abzuwenden“. Niedersächsische NPD-Vertreter fanden weder bei der Wahl weiterer Mitglieder des Parteivorstandes noch bei der Wahl der Kassenprüfer und der Mitglieder des Bundesschiedsgerichts Berücksichtigung, so daß der niedersächsische Landesverband nur noch durch den Bundesgeschäftsführer Ulrich EIGENFELD in der Parteizentrale und bei den Vorstandssitzungen vertreten ist.

Programmatik

Vorrangiges politisches Ziel der NPD ist die „Neuvereinigung zu einem Deutschen Reich“ und die „Einheit von Reich und Nation“. Die im Grundgesetz garantierten Individualrechte werden ebenso wie das Mehrparteiensystem und die Volkssouveränität propagandistisch bekämpft.

Kennzeichnend für die Propagandaschriften der NPD sind neben ausländerfeindlichen und revisionistischen Positionen vor allem ein Bekenntnis zum völkischen Kollektivismus sowie aggressive Diffamierung demokratischer Organisationen und Institutionen.

So heißt es z.B. in einer Erklärung des Parteivorsitzenden VOIGT zum „Tag der nationalen Arbeit“ 1997:

„Das Bonner Versager-System zeigt einmal mehr, daß es vor seinem sicheren Ende steht. Der eigenen Unfähigkeit (...), der völligen Überschuldung der Staatshaushalte und steigender Arbeitslosigkeit setzen sie einen konstruierten polizeilichen Notstand gegenüber. Wir sind das Volk! Der nationale Widerstand repräsentiert die noch schweigende Mehrheit des deutschen Volkes.“

Das aktuelle Parteiprogramm der NPD enthält verfassungsfeindliche Zielsetzungen. Ein völkisch-kollektivistischer Ansatz wird erkennbar, indem es heißt, die „Volksherrschaft“ setze die „Volksgemeinschaft“ voraus. Die Überbetonung der Gemeinschaft ist mit einer Abwertung der Individualrechte verbunden. Die im Programm erkennbare Ideologie des völkischen Kollektivismus widerspricht Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, insbesondere der Achtung der Menschenwürde nach Artikel 1 des Grundgesetzes.

Die NPD stellt verstärkt sozial- und wirtschaftspolitische Themen in den Vordergrund ihrer Politik. Bei der Verknüpfung der sozialen Frage mit dem nationalen Anliegen stehen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus im Vordergrund. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit erfährt die NPD mit diesen Themenfeldern insbesondere in den neuen Bundesländern einen wachsenden Zuspruch. Ausschlaggebend hierfür sind neben der äußerlich sichtbaren Modernisierung der Partei nicht zuletzt zentrale Aufmärsche und spektakuläre Einzelaktionen, die den Bewegungskarakter der Partei hervorheben.

Die Themen- und Agitationsfelder der NPD sind z.T. identisch mit denen der anderen rechtsextremistischen Parteien. Im Vergleich zur Programmatik der REP ist die NPD-Position weniger theoretisch begründet. Das pamphletartig kurze Wahlprogramm der NPD für die Bundestagswahlen umfaßt lediglich sechs Punkte. Soziale Probleme und Kriminalität werden, wie auch regelmäßig in der Deutschen Stimme, mit der Ausländerpolitik in einen kausalen Zusammenhang gestellt. Das Aufgreifen sozialer Probleme stellt ein Transportmedium zur Verbreitung fremdenfeindlicher Thesen dar.

In einem auf dem niedersächsischen Landesparteitag im Juli verteilten Flugblatt „Arbeit zuerst für Deutsche“ fordert die NPD:

„Einsparungen bei Sozialleistungen für Ausländer. Unverzögliche Ausweisung aller straffällig gewordenen Ausländer! Keine Aufenthaltsgenehmigungen für Wirtschaftsflüchtlinge!“

Der Aufruf endet mit dem Bekenntnis:

„Wir Nationalisten stehen für eine totale Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft zu einer an Volk und Raum sowie am tatsächlichen Bedarf der arbeitenden Menschen orientierten nationalen Volkswirtschaft.“

Im selben Flugblatt heißt es unter der Überschrift „Untergang oder Widerstand?“:

„Die Wirtschaftspolitik des volksfeindlichen, kapitalistischen Systems bewirkt, daß (...) Millionen von Ausländern in Deutschland leben und immer mehr hinzukommen.“

Die die „Probleme an der Wurzel packenden“ Lösungsvorschläge der

NPD sind geprägt von ausländerfeindlichem und völkischem Gedankengut. Unter der Überschrift „Deutschland muß wieder deutsch werden“ werden die Beendigung der „menschenfeindlichen Integrationspolitik“ und der Erhalt der „deutschen Volkssubstanz“ sowie die ersatzlose Streichung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz gefordert. Unter der Überschrift „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ verlangt die NPD: „Ausländische Straftäter sind sofort nach der Strafverbüßung abzuschieben, ihre Angehörigen unmittelbar nach der Verurteilung des Straftäters.“ Sozialpolitik dürfe sich nur auf das eigene Volk beziehen, Ausländer seien „aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern“.

Der europäische Integrationsprozeß wird abgelehnt, da dieser zu einer Verschmelzung der europäischen Völker und zu einem „multikulturellen EU-Einheitsstaat“ führe. Programmatische Übereinstimmung zu den REP weist dieser ethnopluralistische Ansatz der NPD in einer in der Deutschen Stimme wiedergegebenen Aussage VOIGTs auf:

„Wir fordern ein Europa der Vaterländer, welches sich zu seinen Völkern und seinen Besonderheiten in Art und Kultur bekennt, welches gesund, kräftig und sozial gerecht die Identität seiner Völker wahrt.“

(Deutsche Stimme, Juni 1997, S.3)

Durch Bündnisse mit anderen, zumeist aktionistisch orientierten Zusammenschlüssen erweiterte die NPD ihren Handlungsrahmen jenseits ihres Profils als Wahlpartei. VOIGT prägte in diesem Zusammenhang das Schlagwort von der Nationalen Außerparlamentarischen Opposition „NAPO“. Neben der

Arbeit in Kommunalparlamenten sowie der Teilnahme an Landtags- und Bundestagswahlen müsse eine aktionistisch orientierte außerparlamentarische Opposition rechter Kräfte für die NPD Priorität haben:

„Doch gerade die ständigen Rechtsbrüche der Herrschenden zeigen, daß die nationale APO notwendig ist, allerdings als verlängerter Arm unserer künftigen Abgeordneten in den Parlamenten. Das Zusammenspiel beider Kräfte wird dann in der Lage sein, dieses politische System zu überwinden.“

(Deutsche Stimme, Juni 1997, S. 3.)

Die verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD wird mit dieser Aufgabenbeschreibung dokumentiert.

Die NPD intensivierte unter VOIGT insbesondere die Einbindung und Förderung ihrer Jugendorganisation JN in dem Bestreben, die NPD zur politischen Heimat für alle „nationalen Strömungen“ in Deutschland zu machen. Im NPD-Organ Deutsche Stimme, Juni 1997, betont VOIGT die Bedeutung der Jugendorganisation:

„Als die authentische nationale Partei Deutschlands muß es uns allerdings gelingen, politische Heimat für alle nationalen Strömungen in Deutschland zu werden. Die zu uns strömende nationalistische Jugend wird dabei den notwendigen revolutionären Geist in unserer Bewegung beleben. Der nationale Widerstand in Deutschland muß endlich ohne Ansehen von Personen zur Wirkung kommen, und welcher Partei, wenn nicht der NPD, käme wohl sonst diese große Aufgabe zu?“

Durch die verstärkte Einbindung der JN instrumentalisiert die Bundesführung der NPD die in den Bereich des Neonazismus hineinreichenden Kontakte der JN. Dieses bündnispolitische Konzept entspricht der politischen Orientierung der JN. Der traditionelle, eher am Profil

einer Wahlpartei orientierte Flügel der NPD lehnt den Kurs einer weitgehenden Integration von Neonazis in die Partei nach wie vor ab, verliert aber weiter an Bedeutung, ein Trend, der sich nicht zuletzt durch die Wahl mehrerer JN-Mitglieder, die vorher Funktionäre neonazistischer Organisationen waren, in den Bundesvorstand der NPD anlässlich des Bundesparteitages der NPD in Stavenhagen am 10./11. Januar 1998 verfestigte. So bietet die NPD in ihrer Doppelstrategie der Wahrung der Tradition als älteste nationalistische Partei der Bundesrepublik einerseits und der Profilierung als „Speerspitze“ der nationalistischen Bewegung durch das Zusammenspiel mit der JN andererseits ehemaligen Funktionären und Mitgliedern verbotener neonazistischer Organisationen ein Forum für gemeinsame Aktionen, z.B. gegen die sogenannte Wehrmachtausstellung sowie anlässlich der Aufmärsche zum 1. Mai.

Eine personelle Annäherung zwischen NPD und Neonazis, wie z.B. aus dem Bereich der verbotenen FAP zeigte sich beim Bundeswahlkongreß der NPD in der Passauer Nibelungenhalle am 7. Februar 1998. Neben vielen Neonazis, u.a. Thomas WULFF, Christian WORCH und Manfred ROEDER, befanden sich unter den ca. 4.000 Teilnehmern (der NPD-Vorstand sprach von 6.500 Anwesenden) – etwa die Hälfte der Teilnehmer waren Skinheads und Neonazis – mehrere militante Neonazis aus Niedersachsen, u.a. der ehemalige niedersächsische Landesvorsitzende der verbotenen FAP, Thorsten HEISE. Rechtsextremisten wie Jürgen RIEGER, der Verleger Manfred ROUHS und Wolfgang JUCHEM nahmen an der Kundgebung teil. Der JN-Bundesvorsitzende Holger APFEL betonte in seiner Eröffnungsrede, daß die NPD keine formalen Abgrenzungsbeschlüsse gegen „außenstehende Kameraden“

treffe, wohl aber eine inhaltliche Abgrenzung zu anderen rechten Gruppierungen wie den REP, der DVU sowie zum Friedenskomitee 2000 von Alfred MECHTERSHEIMER. Der verurteilte Rechtsterrorist und Neonazi Manfred ROEDER erhielt für seine die Ablehnung der verfassungsmäßigen Ordnung implizierende Diffamierung der Bundesregierung als das „Erzübel des Bonner Lumpenregimes“ Zustimmung. Bereits auf dem Bundesparteitag der NPD im Januar war ROEDER als Gastreferent aufgetreten. Er wünschte der NPD viel Glück bei den bevorstehenden Wahlen, obwohl er selbst nicht an eine Änderung der politischen Verhältnisse durch Wahlen glaube. Er setze eher auf einen politischen Umsturz durch das Volk, der seiner Meinung nach nicht ohne Opfer und Blutvergießen erfolgen könne.

Demonstrationen mit bundesweiter Bedeutung

Am 1. März fand in München eine von der NPD angemeldete Großdemonstration gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht“ statt. An der Demonstration beteiligten sich ca. 4.500 Personen, neben Anhängern der NPD und der JN auch Neonazis und Skinheads. Nach eigenen Angaben hatten NPD und JN mit über 50.000 Flugblättern (Titel: „Unsere Großväter waren keine Verbrecher“) zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Zu den neonazistischen Organisationen, die ebenfalls für die Demonstration mobilisierten, gehörten u.a. die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene

und deren Angehörige e.V. (HNG), die Nationalen e.V., die Sauerländer Aktionsfront (SAF) sowie Angehörige der verbotenen Nationalen Liste und des verbotenen Nationalen Blocks. Von der NPD wurde die Veranstaltung als „größter nationaler Aufmarsch seit über 20 Jahren“, als „Fanal von München“ bezeichnet und nicht zuletzt wegen der hohen Teilnehmerzahl und der Medienwirksamkeit als Erfolg gewertet:

„Es dauert in Deutschland zwar meist etwas länger, bis das Volk aufsteht, doch wir können es in Ruhe abwarten, denn der nationale Widerstand formiert sich! Ziehen wir die Lehre vom 01. März 1997: Nur gemeinsam sind wir stark! Nun hat der Kampf begonnen, und nur, wenn wir einig sind, können 'wir da unten' – 'die da oben' vom Thron stürzen.“

(Deutsche Stimme, März 1997)

Damit dokumentiert das NPD-Organ gleichzeitig Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der NPD gegen das Prinzip der Volkssouveränität sowie das grundgesetzliche Demokratieprinzip.

Die Aktionen zum 1. Mai waren ein weiteres Beispiel für das enge Zusammenwirken von NPD, JN und neonazistischen Gruppierungen (Vergleiche den Abschnitt „Aktionen anlässlich des 1. Mai“).

Agitationsfeld Bundeswehr

Auf einer Pressekonferenz im Anschluß an den Parteitag am 10./11. Januar 1998 in Stavenhagen erklärte VOIGT, daß die NPD die Bundeswehr

auch weiterhin als Plattform für ihre politischen Zwecke nutzen wolle. In diesem Zusammenhang kündigte er bundesweite Aktionen vor Kasernen gegen die Entlassung von NPD- und JN-Mitgliedern an.

Im Parteiprogramm der NPD wird Wehrdienst in der Bundeswehr ausdrücklich befürwortet („Die Wehrpolitik muß eine nationale Grundlage haben“) und als „Ehrendienst am deutschen Volk“ bezeichnet. Im Zusammenhang mit der Medienberichterstattung über rechtsextremistische Unterwanderungsversuche innerhalb der Bundeswehr kündigte die NPD gerichtliche Schritte zur Erzwingung der Aufnahme einiger von der Bundeswehr abgelehnter JN-Funktionäre an.

Verhältnis zu anderen rechtsextremistischen Organisationen

Die Bündnisbestrebungen der NPD gegenüber der DVU und den REP scheiterten an Abgrenzungsbeschlüssen der anderen Parteien. So erteilte der Parteivorsitzende der REP Rolf SCHLIERER auf dem REP-Bundesparteitag im Oktober einer Zusammenarbeit mit der NPD eine Absage. Trotz programmatischer Nähe der NPD zur DVU und früherer Kooperation beider Parteien verhinderten persönliche Rivalitäten der Führungsfunktionäre bislang ein gemeinsames Wirken. Zur DLVH sowie zum „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ bestehen personelle Verbindungen durch Doppelmitgliedschaften.

Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 21. September traten alle drei

Parteien als Konkurrenten an. Im Vorfeld der Hamburger Bürgerschaftswahl hatte die NPD, offenkundig aus einer Position der Schwäche, den REP und der DVU vergeblich ein Wahlbündnis angeboten. Nach dem Scheitern ihrer Bündnisinitiativen versucht die NPD, sich inhaltlich und programmatisch von den „Auch-Nationalen“ abzugrenzen:

„Da die NPD außerdem keinen politischen Kurs fährt, der dazu führt, zur Mehrheitsbeschaffung für die Unionsparteien beizutragen, werden wir unseren eigenen Weg gehen. Deutschland ist in Gefahr, und wir haben keinerlei Verständnis für die Eigensucht der 'Auch-Nationalen'. (...) Weder REP noch DVU haben in ihrer bisherigen Parlamentsarbeit gezeigt, daß sie bereit wären, sich zur Speerspitze einer nationalen Erneuerung zu machen.“

(Deutsche Stimme, Juni 1997, S. 3)

Für das Jahr 1998 kündigte VOIGT die Teilnahme der NPD an der Bundestagswahl sowie an den Landtagswahlen in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern im September 1998 an. Die Äußerungen VOIGTs zu möglichen Bündnissen sind widersprüchlich. Noch im Juni räumte VOIGT einem Wahlbündnis gute Erfolgchancen ein:

„Wir alle wissen, daß ein Wahlbündnis zur kommenden Bundestagswahl sofort Ergebnisse von 15 bis 20 Prozent möglich machen würde.“

(Deutsche Stimme, Juni 1997, S. 3)

Dagegen lehnte er auf dem Bundesparteitag im Januar 1998 ein Bündnis mit anderen Parteien ab. Die Ablehnung solcher Bündnisse mag aus dem wachsenden Zuspruch zur NPD resultieren, der sich an ihrer positiven Mitgliederentwicklung zeigt.

Deutsche Volksunion (DVU)

| | | |
|-----------------------|---|--------|
| Sitz | | |
| Bund: | München | |
| Niedersachsen: | Bremen | |
| Vorsitzende | | |
| Bund: | Dr. Gerhard FREY | |
| Niedersachsen: | Wolfram KRAUSE (Bremen) | |
| Mitglieder | | |
| | 1996 | 1997 |
| Bund: | 15.000 | 15.000 |
| Niedersachsen: | 1.800 | 1.800 |
| Publikationen: | | |
| | Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) (erscheint wöchentlich, Auflage ca. 21.000) | |
| | Deutsche Nationalzeitung (DNZ) (erscheint wöchentlich, Auflage ca. 35.000) | |

Die Deutsche Volksunion, neben den Republikanern eine der mitgliederstärksten Organisationen im deutschen Rechtsextremismus, wird weiterhin von ihrem Vorsitzenden Dr. Gerhard FREY (München) zentralistisch und autoritär geführt. Das private Vermögen FREYs, das auf einen dreistelligen Millionenbetrag geschätzt wird, ermöglicht umfangreiche Wahlkampfpropaganda, wie sich zuletzt bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt gezeigt hat. In der Agitation der DVU sind Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Relativierung des Holocaust und Angriffe gegen Institutionen und führende Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaates regelmäßig vorhanden. Verbreiter dieser Agitation sind die beiden Zeitschriften „Deutsche National Zeitung“ (DNZ) und „Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger“ (DWZ/DA). Ihre Auflage dürfte zusammen bei 55.000 Exemplaren wöchentlich liegen, zu Wahlkämpfen entsprechend höher. Die Zeitschriften sind damit die auflagenstärksten rechtsextremistischen Publikationen in Deutschland. Nach dem überraschend hohen Wahlerfolg

in Sachsen-Anhalt – die Partei errang 12,9 % der Stimmen – kündigte die DVU an, auch zur Bundestagswahl und zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern anzutreten.

Beteiligung an Wahlen

Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 21. September verfehlte die Deutsche Volksunion mit 4,97 % der Stimmen knapp den Einzug in das Landesparlament. Auf sie entfielen 40.912 Stimmen. Die DVU verfehlte damit lediglich um 238 Stimmen die 5 %-Marke. Im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl am 19.09.1993 hat die DVU 2,17 %-Punkte (= 17.294 Stimmen) hinzugewonnen. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zu den sieben Bezirksversammlungen schaffte die DVU den Einzug in vier Bezirksvertretungen und errang 13 Mandate

(1993 wurde sie nur mit zwei Mandaten in die Bezirksversammlung Bergedorf gewählt). Die DVU hat in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil und sozialen Brennpunkten einen deutlichen Zuwachs erzielt. In erheblichem Maße hat sie auch Stimmen von früheren REP-Wählern erhalten. In einer Stellungnahme wertete die Partei das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen als „Wahlbetrug“ und kündigte an, das Ergebnis anzufechten. In einem Beitrag der „Deutschen National-Zeitung“ vom 03. Oktober („Der Wahlbetrug von Hamburg – die unwiderlegbaren Dokumente der DVU“) wird der Vorwurf der „krassen Manipulation“ und des „Rechtsbruchs“ erhoben.

An der Landtagswahl in Niedersachsen am 01. März 1998 hat die DVU nicht teilgenommen. Ausschlaggebend hierfür waren vermutlich neben den hohen Kosten, die eine ähnlich intensive Werbekampagne wie in Hamburg im Flächenstaat Niedersachsen verursacht hätte, der relativ schlechte organisatorische Zustand des Landesverbandes.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 26. April 1998 erlangte die DVU mit 12,9 % der abgegebenen Stimmen 16 Abgeordneten-Mandate. Erstmals ist damit in einem Parlament der neuen Bundesländer eine rechtsextremistische Partei vertreten. Einen überproportionalen Stimmenanteil konnte die DVU bei jungen Wählern verzeichnen. Nach den Analysen von Wahlforschern votierten 27 % der Wähler unter 30 Jahren für die DVU, 23 % der Wähler im Alter von 18 bis 24 Jahre gaben der DVU ihre Stimme. Besonders erfolgreich war die DVU dabei unter männlichen Arbeitern,

Auszubildenden oder Arbeitslosen, die im Mittelpunkt ihrer Wahlwerbung gestanden hatten. Für Ihre Werbung hatte die DVU vor allem flächen-deckende Plakatierung und Postwurfsendungen eingesetzt. Die Slogans lauteten u.a. „Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze“, „Kriminelle Ausländer raus!“, „Diesmal Protest wählen!“, „Ausbildungsplätze schaffen – Politiker-Gehälter kürzen!“.

Entwicklung der DVU

Die Deutsche Volksunion wurde 1971 von FREY als „überparteiliche Sammlung freiheitsliebender und am Recht orientierter Bürger“ gegründet. Am 05. März 1987 wurde in München auf Initiative FREYs eine von der NPD unterstützte und mit ihr kooperierende „neue Rechtspartei“, die Deutsche Volksunion – Liste D gegründet. Die neue Partei ging aus einer von FREY im November 1986 initiierten Deutschen Liste hervor, die in der Folgezeit zweimal umbenannt wurde, zuerst in Deutsche Volksliste, dann in Deutsche Volksunion – Liste D. Dieser Schritt, den FREY mit dem Versagen der Bundesregierung „auf den Feldern Deutschland- und Ost-Politik, innere Sicherheit und Ausländerpolitik“ begründete, war eine Reaktion auf den Aufstieg der Partei Die Republikaner.

Noch im selben Jahr gelang es der DVU, einen Abgeordneten in die Bremer Bürgerschaft zu entsenden. In Schleswig-Holstein zog die DVU 1992 mit 6,3 % der Stimmen und sechs Abgeordneten in den Landtag ein. Nach Niederlagen bei den Landtagswahlen 1995/96 ist die DVU in beiden Bundesländern nicht mehr in den Parlamenten vertreten.

Die DVU verfügt heute über 15 Landesverbände, die wiederum in Bezirks-

Deutsche raus, Juden rein? Bonns merkwürdige Einwanderungspolitik (Seite 5)

Deutsche Wochen-Zeitung

Nr. 10/40. Jahrgang 19. Februar 1987
2.-DM / 15.-G

Wissenschafts Fälschungen
Entlarung des „Nazi-Jägers“ / S. 2

DZ-Verlag 81238 München
B 2343

FÜR NATIONALE POLITIK UND WIRTSCHAFT

Neue Hoffnung für die D-Mark?

Währungsunion auf Messers Schneide

Der Prozess gegen die Schweiz...
Die Währungsunion...
Die Schweiz...
Die Währungsunion...
Die Schweiz...
Die Währungsunion...
Die Schweiz...



Kohls Verrat an Deutschland

Bald mehr Ausländer als Deutsche? Wohin die Überfremdung führt (Seite 6)

Deutsche Wochen-Zeitung

Nr. 9/40. Jahrgang 21. Februar 1987
2.-DM / 15.-G

Zahmelster Deutschland
Wie uns die EU ausbeutet / S. 2

DZ-Verlag 81238 München
B 2343

FÜR NATIONALE POLITIK UND WIRTSCHAFT

KZ-Geheimnisse gelüftet

Was heute verheimlicht wird

Am kommenden 8. November wird...
Die KZ-Geheimnisse...
Was heute verheimlicht wird...
Die KZ-Geheimnisse...
Was heute verheimlicht wird...



Juhnke: Opfer einer Intrige?

KZ-Lügen widerlegt Was Geheimprotokolle beweisen (Seite 5)

Deutsche Wochen-Zeitung

Nr. 6/40. Jahrgang 31. Januar 1987
2.-DM / 15.-G

Versöhnungserklärung:
Was Kohl preisgibt / S. 3

DZ-Verlag 81238 München
B 2343

FÜR NATIONALE POLITIK UND WIRTSCHAFT

Jetzt kommen die Juden

Massenhafter Zustrom geplant

Die Juden kommen...
Massenhafter Zustrom geplant...
Die Juden kommen...
Massenhafter Zustrom geplant...



Maulkorb für Moik?

Propaganda

und Kreisverbände untergliedert sind. Innerparteiliche Demokratie findet kaum oder gar nicht statt. Parteiveranstaltungen, auf denen kontroverse Diskussionen über programmatische Zielsetzungen der DVU oder über die Besetzung von Kandidatenlisten für Wahlen geführt werden, sind unbekannt. Die DVU-Untergliederungen sind organisatorisch eng an die Münchener Führungszentrale angebunden, die auch darüber entscheidet, ob und in welchem Umfang die Landesverbände am Beitragsaufkommen der Parteimitglieder beteiligt werden.

Der Mitgliederstand wird bundesweit auf ca. 15.000 Personen geschätzt; in Niedersachsen hat die DVU 1.800 Mitglieder. Die DVU finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, durch den Verkauf der Publikationen Deutsche Nationalzeitung (DNZ) und Deutsche Wochenzeitung (DWZ) sowie durch Spenden und aus dem Vermögen des Vorsitzenden FREY. Im Jahre 1997 belief sich das Defizit auf 7,5 Mio. DM, es wurde von FREY kreditiert.

Zur Frage der finanziellen Abhängigkeit und Kontrolle der DVU-Organisation durch FREY erklärte dieser am 23.09.1997 in einer Pressekonferenz:

„Ich bin tatsächlich der einzige Parteivorsitzende seit Gründung der Bundesrepublik, der seine Partei finanziert.“

(Munzinger Archiv/Internat. Biograph. Archiv 3/98)

Die von FREY herausgegebenen Wochenschriften, die durchaus als Propagandaorgane der DVU zu bezeichnen sind, geben Aufschluß über Ziele, Planungen und Aktivitäten der DVU. Kennzeichnend ist ein aggressiver Nationalismus in Verbindung mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Positionen. Daneben finden sich revisionistische und militaristische Positionen, insbesondere wird die völkerrechtlich verbindlich festgelegte deutsche Ostgrenze permanent in Frage gestellt. Das Aufgreifen sozialer Probleme dient in erster Linie der Propagierung rechtsextremistischer Ideologiemerkmale. Ausländer und Juden erhalten eine Sündenbockfunktion zur Erklärung sozialer Mißstände.

Die Relativierung des Holocaust findet sich regelmäßig in den Zeitschriften. So heißt es in der Ausgabe 6/1997 der Deutschen National Zeitung, Seite 10:

„Gerade in unserer Zeit überschlagen sich Meinungsindustrie und offizielle Politik in dem Bestreben, dem deutschen Volk insbesondere einzuhämmern, die NS-Untaten an Juden seien in der Dimension unvergleichbar mit allen anderen Verbrechen der Geschichte.“

In der DNZ Nr. 16/1997 wird auf Seite 4 ausgeführt:

„Seit 1945 erduldet die Welt mehr Völkermorde, Massenmorde, Kriege, Bürgerkriege und Grauen jeder Art als irgendwann vorher in der Weltgeschichte. Die Fixierung auf deutsche Untaten aus dem zweiten Weltkrieg und ihre Vervielfachung hilft den Mördern, Vertreibern, Imperialisten, Kolonialisten und Expansionisten unserer Zeit, von ihren Untaten abzulenken.“

Den Holocaust relativierende Veröffentlichungen finden sich auch unter

den zahlreichen Titeln des Deutschen Buchdienstes von FREY, wie zum Beispiel „KZ-Lügen – Antwort auf Goldhagen“. Mit der Relativierung des Holocaust einhergehen Angriffe gegen Repräsentanten der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. So wird zum Beispiel über den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland mit den Worten „Friedmans Haßtiraden gegen das deutsche Volk“, die schon lange unerträglich seien, gehetzt (DWZ/DA, 13/1997, Seite 1). Politikern der demokratischen Parteien wird vorgeworfen, Wünsche des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, als Befehle aufzufassen.

Buchveröffentlichungen mit Titeln wie „Wer ist Wer im Judentum – Lexikon der jüdischen Prominenz“ sollen bei den Anhängern FREYs antisemitische Grundpositionen verstärken und ausbauen. Dazu dienen auch Überschriften in den Zeitschriften FREYs wie „Wie viele Juden kommen noch? Masseneinwanderung droht“. In dem dazugehörigen Artikel (DWZ/DA, 44/1997, Seite 1) heißt es u.a.:

„Während für Ostjuden und darunter eingeschlichene Betrüger das Tor nach Deutschland weit offen steht, bemühen sich auf der anderen Seite Bonner Politiker, die in aller Regel fleißigen und ehrlichen Rußlanddeutschen durch nahezu unüberwindbare bürokratische Hindernisse fernzuhalten.“

Institutionen und führende Einrichtungen und Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaates werden regelmäßig verunglimpft. So heißt es in der DNZ – Ausgabe 3/1997 auf Seite 10:

„Unser Volk muß endlich erkennen, daß die etablierten Parteien und Politiker, deren Massenmedien, sowie Gewerkschaften und leider auch große Teile der Kirchen mit ihrer Politik nicht dem deutschen Volk, sondern ihren eigenen und fremdbestimmten Interessen dienen.“

In der Ausgabe 13/1997 der DWZ/DA wird auf Seite 6 behauptet:

„Die maßlose Hetze gegen das deutsche Soldatentum geht von Nestbeschmutzern in unserem eigenen Land aus und ist hausgemacht. Dahinter stecken Kräfte, die nur deshalb ‘oben’ sind, weil das deutsche Nationalbewußtsein ‘unten’ ist. Es geht diesen Nestbeschmutzern nicht um Moral, sondern um Festigung der eigenen Macht, um Posten und Pfründe. Die Hetze soll von ihrer eigenen Sozialpolitik, von Ausplünderung des Volkes, von Korruption und moralischem Bankrott heute Herrschender ablenken.“

Veranstaltung in Passau mit 2.500 Teilnehmern

Wichtigste Veranstaltung der DVU bundesweit war, wie in den Vorjahren, die traditionelle Großkundgebung in der Passauer Nibelungenhalle, an der sich am 27. September 2.500 Personen beteiligten. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Deutsche Zukunft – unsere Chance“. FREY trat als Hauptredner auf. Er bezeichnete das Ergebnis der DVU bei der Hamburger Bürgerschaftswahl als Erfolg. Bei dieser Wahl sei zum Nachteil der DVU mani-

puliert worden. Er werde sie daher anfechten. Im weiteren Verlauf der Rede befaßte sich FREY mit seinen Standardthemen Scheinasylanten, kriminelle Ausländer, Arbeitslosigkeit, Euro, Renten- und Sozialpolitik sowie mit der Wehrmachtsausstellung.

Der DVU-Spitzenkandidat bei der Wahl in Hamburg und DVU-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Heinrich GERLACH, erneuerte im Anschluß an die Rede FREYs den Vorwurf der Wahlfälschung. Er sei der Überzeugung, daß die politische Wende kommen werde. Die DVU sei die „soziale Erneuerungsbewegung Deutschlands“.

Verhältnis zu anderen rechtsextremistischen Organisationen

Verschiedene Versuche, mit der NPD oder den REP zusammenzuarbeiten und ggf. Wahlbündnisse einzugehen, um das Wählerpotential zu bündeln, sind bislang vor allem an Rivalitäten der jeweiligen Führungspersonen gescheitert. So blieb die gemeinsame Erklärung von FREY und dem damaligen REP-Vorsitzenden SCHÖNHUBER zur Kooperation von DVU und REP vom 22. August 1994 ohne konkrete Resultate. Der derzeitige REP-Vorsitzende Rolf SCHLIERER lehnt Wahlbündnisse mit der DVU ab. Äußerungen zu möglichen Bündnisbestrebungen in der „Deutschen Nationalzeitung“ (DNZ) lassen erkennen, daß zumindest aus Sicht der DVU ein Zusammenwirken mit den REP nicht grundsätzlich ausgeschlossen wird, sondern vielmehr abhängig ist von den jeweiligen programmatischen Konditionen. Unter der

Überschrift „Wie kommt die Rechte zum Erfolg?“ werden in der DNZ vom 16. Januar 1998 Gründe für das bisherige Scheitern eines Bündnisses u.a. mit den REP aufgeführt:

„Wäre Franz SCHÖNHUBER nach seiner gemeinsamen Erklärung mit Dr. FREY zur Kooperation von DVU und Republikanern nicht von der heutigen Republikanerführung gestürzt worden und hätte dieses (...) nicht die Anbiederung an die etablierten Parteien im Sinne, so könnte und müßte man gewiß über ein Zusammenwirken reden. Da aber der neue Republikanerchef auch nach seiner Hamburger Wahlniederlage (1,8 %) die DVU nur beschimpft und unverändert um das Wohlwollen der CDU buhlt, ist jede Meditation in Richtung Einigung mit den Republikanern unter der gegenwärtigen Führung grober Unfug.“

DVU in Niedersachsen

Obwohl der DVU-Landesverband Niedersachsen, der bezeichnenderweise von einem in Bremen ansässigen DVU-Mitglied als Landesvorsitzender geführt wird, mit seinen 1.800 Mitgliedern zu den größten Verbänden auf Bundesebene gehört, befindet er sich in einem sehr schlechten organisatorischen Zustand. 1997 fanden nur zwei größere Veranstaltungen statt.

Zum Landesparteitag in Rhade/Zeven am 01. März kamen auch Vertreter der Landesverbände Bremen, Schleswig-Holstein, Hamburg und nordöstliches Nordrhein-Westfalen zusammen. Eine DVU-Veranstaltung am 30. August in Braunschweig wurde ebenfalls von den angrenzenden Landesverbänden besucht.

Die Republikaner (REP)

| | | |
|----------------------|--|--------|
| Sitz | | |
| Bund: | Berlin | |
| Niedersachsen: | Hannover | |
| Vorsitzende | | |
| Bund: | Dr. Rolf SCHLIERER | |
| Niedersachsen: | Peter LAUER | |
| Mitglieder | | |
| | 1996 | 1997 |
| Bund: | 15.000 | 15.500 |
| Niedersachsen: | 600 | 550 |
| Publikationen | | |
| Bund: | Der Republikaner (erscheint monatlich, Auflage: ca. 20.000) | |
| Niedersachsen: | Wir Republikaner in Niedersachsen (erscheint unregelmäßig, Auflage: 600) | |

Die Führung um den REP-Bundesvorsitzenden Dr. SCHLIERER bemüht sich, die Republikaner als staatstragende, rechtskonservative Organisation innerhalb des demokratischen Parteienspektrums darzustellen. Tatsächlich liegen wie bisher Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen bei den REPs vor. Der Bundesvorsitzende SCHLIERER ist bestrebt, sich gegenüber rechtskonservativen Wählern als Vertreter einer programmatischen Intellektualisierung der REP zu profilieren, die sich vom traditionellen Rechtsextremismus unterscheiden soll. Anhänger des Parteigründers SCHÖNHUBER, der die REP 1995 verlassen hatte, wirken jedoch in Opposition zur Linie des neuen Vorsitzenden in der Partei fort.

Die REP wurden am 27. November 1983 in München auf Initiative ehemaliger CSU-Mitglieder gegründet. In der Folgezeit entwickelte sie sich unter dem Parteivorsitzenden SCHÖNHUBER zu einer bei Wahlen vergleichsweise erfolgreichen rechtsextremistischen Partei in Deutschland. Dies dokumentierte sich im Jahre 1989 bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus

(7,5 %) und bei den Europawahlen (7,1 % bundesweit, 14,6 % in Bayern). Aufgrund parteiinterner personeller Querelen folgte eine Periode des Bedeutungsverlustes. Erst 1992 erreichten die REP bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, bei denen sie das Asylthema in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellten, mit 10,9 % der Stimmen wieder ein überdurchschnittliches Ergebnis. Innerparteiliche Auseinandersetzungen kulminierten in der Folgezeit im Richtungsstreit zwischen dem Parteivorsitzenden SCHÖNHUBER und seinem Stellvertreter SCHLIERER, aus dem SCHLIERER im Dezember 1994 mit der Wahl zum neuen Parteivorsitzenden als Sieger hervorging. Vor dem Hintergrund ausbleibender Wahlerfolge konsolidierte sich SCHLIERERs Position erst durch den Wiedereinzug der REP in den baden-württembergischen Landtag im Jahre 1996 (mit 9,1 % der Stimmen).

Die REP sind mit Landesverbänden in allen Bundesländern vertreten. Im Berichtsjahr verzeichneten die REP auf Bundesebene einen leichten Mitgliederzuwachs, während sie in Niedersachsen weitere Mitglieder verloren. Im Bund beläuft sich der Mitgliederstand derzeit auf ca. 15.500 Personen; in Niedersachsen gehören ca. 550 Personen den REP an. Der im August aus den REP ausgetretene frühere stellvertretende Vorsitzende Otmar WALLNER beklagte in einem Interview mit dem NPD-Organ Deutsche Stimme (11/97, S. 3) den desolaten organisatorischen Zustand der REP:

„Im Stammland Bayern, beispielsweise, arbeiten von 85 Kreisverbänden auf dem Papier tatsächlich vielleicht gerade noch 30. Auch in Mitteldeutschland ist die Lage katastrophal. Aber die REP-Führung sitzt im Elfenbeinturm und reagiert überhaupt nicht auf organisatorische Defizite.“

Kennzeichnend für die Situation des niedersächsischen Landesverbandes im Jahre 1997 waren vor dem Hintergrund einer finanziell angespannten Lage permanente persönliche Auseinandersetzungen. So trat im Dezember mehr als die Hälfte der Mitglieder aus dem Kreisverband Hannover aus. Gegen vier Mitglieder des Landesvorstandes war wegen des Verdachts der Unterschlagung, Rechtsbeugung und Urkundenfälschung Anzeige erstattet worden. Im Februar 1998 verließen sieben Man-

daträger im Regierungsbezirk Lüneburg die Partei. In der Begründung für diesen Schritt – der Landesverband folge wachsenden totalitären Grundeinstellungen, die politische Willensbildung in der Partei werde erheblich behindert – kommt zum Ausdruck, daß das Parteileben der REP den Grundsätzen einer innerparteilichen Demokratie nach wie vor nicht genügt.

Auf dem Landesparteitag der REP in Niedersachsen am 10. Juni in Salzgitter wurden im Beisein des Bundesvorsitzenden SCHLIERER der Landesvorsitzende Peter LAUER – ein ehemaliges Mitglied des NPD-Bundesvorstandes – sowie seine drei Stellvertreter in ihren Ämtern bestätigt.

Von den anderen rechtsextremistischen Parteien wie DVU oder NPD unterscheiden sich die REP durch größere Bandbreite ihrer politischen Themenfelder, eine differenziertere Programmatik und eine weniger aggressive Agitation. Dennoch ist eine nationalistische und demokratiefeindliche Grundtendenz wie bei der NPD und der DVU unübersehbar.

Fremdenfeindlichkeit als dominierendes Ideologieelement

In einer Schrift des Landesverbandes Niedersachsen „Ausländerpolitik Masenszuwanderung – Gefahr für Deutschland“ werden politische und soziale Probleme monokausal auf den Zuzug von Ausländern zurückgeführt. Es wird behauptet, daß

*„... die Grenze zur Überbesiedlung Deutschlands schon längst überschritten (ist) mit schwerwiegenden und kaum noch zu bewältigenden Folgen, die sich fortlaufend verschärfen, weil der ungebremste jährlich in die Hunderttausende gehende Zuzug unverändert anhält. (...)
Die multi-ethnische Zusammenset-*

zung der ausländischen Bevölkerungsgruppen, die aus den entlegensten Winkeln der Erde stammen, kulturell und politisch oft untereinander verfeindet sind, birgt zusätzlichen sozialen Sprengstoff, der sich schon jetzt in den Ballungszentren in bürgerkriegsähnlicher Gewalt entlädt."

Hieraus resultierende „unlösbare Probleme“ seien u.a. die „Ausplünderung unserer Sozialsysteme“, die „Gefährdung der inneren Sicherheit durch Bandenkriminalität und Mafia“, die „Gefährdung unserer Jugend durch Rauschgift und Drogenhandel“. Kriminalität wird in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Zuzug von Ausländern gebracht. Die Autoren behaupten:

- „Unser Land ist in dreifacher Gefahr:*
- Zerstörung unserer Landschaften, Natur und Heimat*
 - Zerrüttung unserer Finanzen*
 - Verlust der Identität unseres Volkes“.*

Mit Wahlkampfparolen wie „Arbeitsplätze für Deutsche“ bestreiten die REP, daß Menschen unterschiedlicher Volkzugehörigkeit gleichberechtigt in einem Staat zusammenleben können und erteilen der Allgemeingültigkeit der im Grundgesetz verankerten Individualrechte eine Absage.

Im Sinne dieses ethnopluralistischen Ansatzes führte der Parteivorsitzende SCHLIERER in seiner Rede auf dem Bundesparteitag am 18. Oktober in Dietmannsried/Allgäu in Anwesenheit von 500 Teilnehmern aus:

„Wir bekennen uns zur geschichtlichen-kulturellen Identität unseres Vaterlandes. Das heißt zugleich auch, daß wir jede Form multikultureller oder

multiethnischer Gesellschaft ablehnen. Wir wollen aus der Geschichte lernen, und Lektion Nummer eins lautet: Multikultur funktioniert nicht, sondern wird immer zum Multikonflikt. Die Zuwanderung gefährdet zunehmend unseren Staat. Die geplante oder nicht geplante Auswechslung des Staatsvolkes halte ich schlichtweg für ein Verbrechen. Die Zuwanderung untergräbt die innere Sicherheit und führt zielgerichtet zum Kollaps unseres Sozialstaates.“

Anti-Maastricht-Kampagne der REP

Die nationalistische Grundposition prägt auch die Einstellung der REP zum europäischen Integrationsprozeß. Im vom Landesverband Niedersachsen herausgegebenen Kurzprogramm der Republikaner vom April 1996 heißt es:

„Wir wollen ein Europa der Vielfalt und nicht der Brüsseler Einfalt. Wir wollen ein Europa der Nationen (...) Willkürlich am grünen Tisch zusammengefügte multinationale Gebilde sind zum Scheitern verurteilt.“

Die Verträge von Maastricht werden von den REP mit einem Ausverkauf deutscher Interessen gleichgesetzt:

„Das Ergebnis von Maastricht sieht so aus: (...) Mehr als jeder 10. Deutsche ist arbeitslos. Familien stehen vor dem Ruin. Für Kinder und Enkel ist keine Arbeit mehr da; es bleibt ihnen nur noch die Last der Renten. Die, die kaum etwas zuzusetzen haben, werden in die Hoffnungslosigkeit gestoßen, denn woher soll noch Hoffnung kommen? Im tiefsten Frieden müssen wir im engen

*Land für in Armut lebende Kinder
öffentlich Spenden sammeln.“*
(Flugblatt des Kreisverbandes Celle,
verteilt im niedersächsischen Land-
tagswahlkampf)

Zentrale Themen der politischen Agita-
tion der REP waren die Kampagne
gegen den Euro und gegen die
Maastrichter Verträge.

Ein im Rahmen ihrer „Anti-Euro-
Kampagne“ verbreiteter Aufkleber
stellt die polemische Frage: „1999 Euro:
Kommt der Soli für Sizilien?“.

Zur Beförderung ihrer politischen
Agitation starteten die REP in Nieder-
sachsen, ein Volksbegehren „Befra-
gung des Volkes in Niedersachsen zur
Einführung der europäischen Einheits-
währung EURO“. Die für die Zulassung
des Volksbegehrens erforderlichen
25.000 Unterschriften niedersächsischer
Bürger wurden jedoch nicht erreicht.

Initiatoren des Volksbegehrens
waren neun Landesfunktionäre der
REP, darunter der Landesvorsitzende
Peter LAUER.

Zusammenarbeit mit anderen Organi- sationen

Positionen der REP werden auch von
anderen rechtsextremistischen Organi-
sationen vertreten. Ausdruck hierfür
ist, daß einzelne Mitglieder und Funk-
tionäre der Partei trotz des Abgren-
zungsbeschlusses des Bundesvorstan-
des Kontakte und Bündnisse mit Ver-
tretern anderer rechtsextremistischer
Parteien anstreben bzw. sogar einge-
hen. So hat das zur niedersächsischen
Kommunalwahl 1996 in Stade gegrün-
dete „Bündnis Rechte“, ein Zusammen-

schluß von Mitgliedern der NPD und
der REP, weiterhin Bestand.

Mit der französischen Front National
wird eine engere Kooperation ange-
strebt. Das Parteiorgan Der Republika-
ner, 10/97, berichtete von einer Begeg-
nung der baden-württembergischen
Landtagsfraktion der REP unter Lei-
tung des Vorsitzenden SCHLIERER mit
dem Vorsitzenden der Front National,
Le PEN, sowie dem Vorsitzenden des
belgischen Vlaams Blok, VANHECKE.
Bei dieser Begegnung habe Le PEN die
REP dazu aufgerufen, „alles zu tun, um
bei der nächsten Europawahl im Jahre
1999 erneut in das Parlament in Straß-
burg einzuziehen“. Nur mit den REP sei
es möglich, wieder den Fraktionsstatus
im Europaparlament zu erlangen. Yvan
BLOT, Europaabgeordneter der Front
National, nahm im Oktober am Partei-
tag der REP teil und richtete ein
Grußwort an die Delegierten.

Wie gespalten die REP in der Frage
der Zusammenarbeit mit anderen
rechtsextremistischen Organisationen
sind, dokumentiert sich in einer Ausar-
beitung des inzwischen aus der Partei
ausgeschlossenen ehemaligen Vorsit-
zenden des Bundesschiedsgerichts der
REP, Hartmut KOCH, vom 8. Juni. KOCH
beklagte eine „völlig verfehltete Extre-
mismusabgrenzung“, durch die Par-
tei weithin gelähmt und gespalten sei.
Notwendig sei daher eine umfassende
Aussöhnung zwischen den internen
Fronten und mit ausgeschiedenen oder
ausgeschlossenen Parteifreunden.
Wenn heute unentgeltlich tätige Par-
teihelfer die Dunkelheit abwarteten,
um nur nicht bei der Abgabe ihrer –
auch von 'Liga-Leuten' (gemeint ist die
Deutsche Liga für Volk und Heimat)
gesammelten – Unterstützungsunter-
schriften gesehen zu werden, dann
zeige dies, in welche Schizophrenie
viele Parteifreunde durch eine unselige
und weithin programmwidrige
Abgrenzungshysterie getrieben wor-

den seien. KOCH wurde an der Teilnahme am Bundesparteitag gehindert, was bei einem Teil der Delegierten, z.B. beim bayerischen Landesvorsitzenden, auf deutliche Kritik stieß.

SCHLIERER selbst erteilte auf dem Parteitag in seiner Grundsatzrede der Zusammenarbeit mit DVU und NPD erneut eine Absage. Die REP seien die führende rechte Partei in Deutschland. Sie bräuchten nicht auf andere Parteien zuzugehen, vielmehr müßten alle diejenigen, die eine starke politische Rechte anstrebten, Mitglieder der REP werden. SCHLIERER akzeptierte jedoch die Kooperationsangebote der Deutschlandbewegung von Alfred MECHTERSHEIMER und der Deutschen Sozialen Union (DSU). MECHTERSHEIMER und Vertreter der DSU waren Gäste auf dem Bundesparteitag.

Nachrichtendienstliche Beobachtung für rechtmäßig erklärt

Am 26. Juni hat das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht im Berufungsverfahren der REP gegen das Innenministerium entschieden, daß eine Beobachtung des REP-Landesverbandes mit (bestimmten) nachrichtendienstlichen Mitteln durch den Verfassungsschutz zulässig ist. In diesem Urteil, gegen das die REP Revision eingelegt haben, stellt das Gericht heraus,

„...Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Zielsetzungen ergeben sich jedenfalls aus der ständigen Verwendung des Begriffes der „Umerziehung“ für die Wiederbegründung der deutschen Demokratie unter dem Einfluß der westalliierten Besatzungsmächte nach 1945 und die abwertenden Äußerungen über die anderen Parteien und deren Politiker in ihrer Gesamtheit. Diese Agitationen sind mit dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes unvereinbar. Sie

stehen im Widerspruch zum Mehrparteienprinzip...“

Das parlamentarische System wird von den REP „insgesamt als unfähig, korrupt, unehrlich und zudem gegen die Interessen des deutschen Volkes handelnd hin(ge)stellt.“

Nach der Rechtsauffassung des OVG liegt in diesem politischen Auftreten der REP „eine politische Zielsetzung, die jedenfalls mit den Prinzipien der Volkssouveränität und des Mehrparteiensystems nicht zu vereinbaren ist ...“

Der Landesvorsitzende der niedersächsischen Republikaner, LAUER, trat vor dem Landesparteitag am 15. November geradezu provokativ gleichartige Thesen, wie sie das Gericht festgestellt hatte. Er äußerte nicht nur fundamentale Kritik an der Politik der „Altparteien“, die auf einen Untergang des deutschen Volkes, auf Verlust seiner Staatlichkeit und Identität gerichtet sei. „Zwei Weltkriegskoalitionen mit Gewalt und Terror“ hätten das nicht erreicht. Die „Altparteien“ hätten auf Ostdeutschland verzichtet, wollten Familienstrukturen zerschlagen, um dann „Homos und Lesben auf die überlebenden Kinder loszulassen“. LAUER kritisierte auch die Politiker, die sich im Ausland zu „peinlichen Vergewaltigungsritualen“ hergaben. Die fortdauernde Erpressung des Volkes wegen historischer Geschehnisse müsse endlich zurückgewiesen werden.

Beteiligung an Wahlen

Die REP erreichten bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 1,9 % der Stimmen. Im Vergleich zur Bürgerchaftswahl 1993 verlor die Partei 2,9 %

(= 25.607 Stimmen). In den Bezirksparlamenten sind die REP, die durchgehend Verluste zu verzeichnen hatten, nicht mehr vertreten. Wahlaussagen der REP, insbesondere das im Vorfeld der Wahl veröffentlichte Wahlprogramm ließen die Absicht erkennen, sich durch bemüht sachbezogene Argumentation als demokratisch und patriotisch darzustellen und die Partei in den Augen der Wählerschaft vom Stigma des Extremismus zu befreien. Die REP verloren jedoch ihre Position als stärkste rechtsextremistische Partei in Hamburg an die den Wahlkampf mit wesentlich plakativeren Parolen führende DVU. Für die Position und die Linie des Parteivorsitzenden SCHLIERER war deshalb die Landtagswahl in Niedersachsen, für die die REP als einzige rechtsextremistische Partei kandidierten, von besonderer Bedeutung.

Bei der niedersächsischen Landtagswahl blieben die REP mit 118.730 Zweitstimmen (2,8 %) deutlich unter ihrem Ergebnis aus dem Jahre 1994 (159.026 Stimmen = 3,7 %). Ihre besten Ergebnisse erzielten die REP in den Wahlkreisen Wilhelmshaven (8,6 %), Celle (6,7 %), Celle-Land (6,3 %) und Jever (5,7 %). Überdurchschnittlich war ihr Abschneiden ferner in Braunschweig-Südwest (4,0 %), Osterode (4,3 %), Northeim (4,1 %), Bad Pyrmont (4,0 %), Hannover Nord-West (4,8 %), Lehrte (4,3 %), Langenhagen (4,1 %), Osterholz-Scharmbeck (4,1 %), Fallingb. 4,3 %).

Aus der Verteilung der Stimmen kann geschlossen werden, daß die REP zum einen in sozialen Problemzonen erfolgreich waren und zum anderen in Gemeinden, in denen die Ausländerthematik im Vordergrund des Wahlkampfes stand. Beispiel für eine soziale Problemzone ist die Stadt Wilhelmshaven, die mit 17,1 % die höchste Arbeitslosenquote in Niedersachsen aufweist. Die REP erreichten dort mit 8,6 % ihr

landesweit höchstes Resultat, im Stadtteil Bant, einem Arbeiterviertel, kamen sie sogar auf 14,5 % der Stimmen. Der Stimmenzuwachs der REP in Celle (von 5,7 auf 6,7 %) und in Celle-Land (von 5,3 auf 6,3 %) hingegen könnte darauf zurückzuführen sein, daß dort der Kauf von Immobilien durch Kurden in der entscheidenden Phase des Wahlkampfes in den Mittelpunkt der Medienberichterstattung rückte. Monokausale Erklärungen, die die Wahlerfolge der REP ausschließlich auf eine hohe Arbeitslosenquote und eine latent ausländerfeindliche Stimmung zurückführen, wären verfehlt. Unter dem Landesdurchschnitt sind die REP z.B. in Leer und Emden geblieben, bei den Städten mit einer hohen Arbeitslosenquote.

In eine Betrachtung über Wahlerfolge der REP sind regionalpolitische Spezifika, nicht zuletzt die Mobilisierungskraft und der organisatorische Zustand der jeweiligen Parteiuntergliederungen, einzubeziehen. In dieser Hinsicht befindet sich der niedersächsische Landesverband der REP in einer Krise. Der Wahlkampf der Partei wurde überlagert von permanenten persönlichen Auseinandersetzungen.

Erschwerend für die REP kam hinzu, daß typische Themenfelder rechtsextremistischer Parteien wie Kriminalität, Ausländer- und Asylpolitik im Landtagswahlkampf nicht im Vordergrund standen. Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft hatte der dortige Landesverband der DVU davon profitiert, daß sich der Wahlkampf in der entscheidenden Phase auf das Thema Kriminalität konzentrierte.

Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland

| | |
|----------------|---|
| Sitz | |
| Bund: | Berlin |
| Niedersachsen: | Bissendorf / Osnabrück |
| Vorsitzende | |
| Bund: | Dr. Helmut FLECK, Horst ZABOROWSKI (Stellvertreter) |
| Niedersachsen: | Hans-Joachim WOHLFELD |

Seit Anfang des Jahres 1997 versuchte der aus Mitgliedern und Anhängern von NPD, DVU, REP sowie Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) hervorgegangene und maßgeblich vom Bundesvorsitzenden des Bundes für Gesamtdeutschland (BGD)³⁵, Horst ZABOROWSKI, initiierte Zusammenschluß Bündnis für Deutschland in rechtsextremistischen Organisationen, Interessenten durch die Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit zu gewinnen. Auf dem Gründungstreffen des Bündnisses in Erfurt am 8. Mai, an dem ca. 100 Personen aus verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen teilnahmen, sprach u.a. Klaus WEINSCHENK, ehemaliger Landesvorsitzender der Berliner REP und Referent auf der 7. Hetendorfer Tagungswoche.

Auf einer von ZABOROWSKI geleiteten Veranstaltung am 1. Juni in Kassel mit etwa 30 Teilnehmern wurden Regelungen für eine Parteigründung unter dem Namen „Bündnis für Deutschland“ sowie für die Teilnahme an der Bundestagswahl 1998 getroffen; ein für die künftige Partei gebildeter Lenkungsausschuß verabschiedete Programm, Satzung und Geschäftsord-

³⁵ Der 1990 gegründete BGD erhebt für ein „Gesamtdeutschland“, bestehend aus Deutschland und Österreich, weitreichende Gebietsansprüche jenseits der Oder-Neiße-Linie, in Südtirol, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy sowie im Sudetenland und fordert die Revision der Friedensverträge nach den beiden Weltkriegen.

nung. Zum Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden wurden auf der Gründungsveranstaltung der Partei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ am 29. Juni in Kassel Helmut FLECK, ehemaliges Mitglied der REP, und Horst ZABOROWSKI gewählt.

An dem Treffen des Bündnisses nahmen u.a. Vertreter folgender rechtsextremistischer Organisationen teil: Bündnis Rechte (Stade), NPD, Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP), Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH), REP sowie BGD. In einem Gründungsauftrag des Bündnisses wurden „alle Kräfte des deutschen Volkes aus Gruppen (Vereinen, Interessengemeinschaften, Bürgerinitiativen usw.), Organisationen, Parteien, Teillgliederungen oder Freundeskreisen einer Partei“ zur Mitarbeit aufgefordert.

Das in Kassel beschlossene Statut der Partei sieht vor, daß die Mitglieder des Bündnisses als Vertrauenspersonen die Positionen ihrer Ursprungsorganisation in die Politik des Bündnisses einbringen. Als Parteisitz wurde Berlin gewählt. Bei den Bundestagswahlen, für die die Registrierung beim Bundeswahlleiter in Wiesbaden erfolgt ist, rechnet man mit einem Wählerpotential von 15 bis 20 %. Die Nominierung der Bundestagskandidaten soll nach der Mitgliederstärke der im Bündnis vertretenen Organisationen erfolgen.

Die Partei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ versteht sich als „national-konservativ“. Das in Kassel be-

schlossene Programm dagegen ist von nationalistischen Positionen geprägt; unter anderem bemüht es sich um eine Antwort auf die selbstgestellte Frage: „Was bewahrt das deutsche Volk vor dem Untergang ...?“. Kernforderungen sind: Rückführung der ehemaligen deutschen Ostgebiete, Rückführung von Ausländern in deren Heimatländer, zentrale Aufnahmelager für Asylbewerber sowie die Entziehung der Aufenthaltserlaubnis für ausländische Sozialhilfeempfänger.

In einer Gründungserklärung des stellvertretenden Vorsitzenden ZABOROWSKI wird die Parteigründung als „den Forderungen der BRD-Demokratie folgend“ dargestellt, da „Politik in der BRD ... im Parlament des Deutschen Bundestages und innerhalb der Bundesregierung gestaltet“ werde. Die Partei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ bilde nunmehr „den Rahmen für die Zusammenarbeit aller nationalen und patriotischen Kräfte“.

In einer programmatischen Erklärung, veröffentlicht in der Publikation des BGD „Gesamtdeutsche Zeitung für Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht“, Ausgabe Mai/Juli 1997, wird die grundsätzlich ablehnende Haltung des Bündnisses gegenüber dem als „Scheindemokratie“ diffamierten politischen System der Bundesrepublik Deutschland deutlich:

„Die ‘Geburtsstunde der Demokratie’ in Deutschland begann mit einer Mißgeburt (...). Wenn das Wort Demokratie einen Sinn behalten soll, so könne die damals gebildeten ‘Staaten’ Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik nicht als Demokratien bezeichnet werden. (...)

Eine Scheindemokratie bleibt eine Scheindemokratie. Der Unterschied zur Diktatur besteht lediglich darin, daß die Clique, die die Macht innehat, mehr Köpfe umfaßt als in der Diktatur.“

Die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz werden als durch alliierte „Umerziehungspolitik“ geprägte Fehlentwicklung beschrieben, die bestehenden Parteien werden als „Lizenzparteien“ der Alliierten bezeichnet.

Im Verlaufe des Jahres 1997 wurden fünf Landesverbände gegründet; neben den zentral am 2. August in Kassel gegründeten Landesverbänden Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen konstituierten sich die Landesverbände Rheinland-Pfalz am 28. August sowie Baden-Württemberg am 27. September. Die Gründung weiterer Landesverbände sind für Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen angekündigt. Durch die geplante Gründung von Kreisverbänden soll eine möglichst flächendeckende Organisationsstruktur als organisatorische Voraussetzung für die Teilnahme an der Bundestagswahl 1998 aufgebaut werden.

Zur Vorbereitung der Bundestagswahl trafen sich am 27. September Mitglieder des niedersächsischen Landesverbandes, der Kreisverbände in Hannover und Braunschweig umfaßt, in Lembruch am Dümmersee. Neben der Neuaufnahme von Mitgliedern fand die Wahl des Landesschiedsgerichts statt.

Maßgeblicher Organisator der Kreisverbandsgründung in Hannover war ein ehemaliges DLVH-Mitglied, der seit längerem Vortragsveranstaltungen zu diesem Thema durchführt.

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

| | | |
|----------------------|---|------|
| Sitz | | |
| Bund: | Villingen-Schwenningen | |
| Niedersachsen: | Braunschweig | |
| Vorsitzende | | |
| Bund: | Jürgen SCHÜTZINGER | |
| Niedersachsen: | Bernd Louis HEID | |
| Mitglieder | | |
| | 1996 | 1997 |
| Bund: | 800 | 800 |
| Niedersachsen: | 20 | 20 |
| Publikationen | | |
| Bund: | Nation und Europa – Deutsche Monatshefte | |
| | (erscheint monatlich und fungiert als publizistisches Sprachrohr der DLVH, Auflage: 15.000) | |
| Niedersachsen: | Die NORDLICHTER – Norddeutsche Rundschau (Informationsblatt für die norddeutschen Länder) | |

Wichtigstes Ziel der DLVH ist es, die Zersplitterung im rechtsextremistischen Organisationsspektrum zu überwinden. Bemühungen um eine solche Einigung hat es in der Vergangenheit häufig von seiten der DLVH gegeben, die sich als „Sammlungsbewegung demokratischer Patrioten“ versteht und für diesen Zweck sogenannte Runde Tische initiiert. Ihre Versuche, integrierend auf den rechtsextremistischen Bereich einzuwirken, stießen bei NPD, REP und DVU jedoch auf Ablehnung. Zu anderen rechtsextremistischen Zusammenschlüssen bestehen dennoch Verbindungen. Zu nennen ist hierbei in erster Linie die 1960 gegründete Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP), die mitgliederstärkste rechtsextremistische Kulturorganisation. Funktionäre der GFP nahmen an der 1. Bundesmitgliederversammlung der DLVH teil; eine Fusion zwischen beiden Organisationen wird diskutiert. Personelle Verbindungen bestehen zur NPD. So trat z.B. Ingo STAWITZ, einer der gleichberechtigten Bundesvorsitzenden der DLVH, in die NPD ein. Zur 1997 gegründeten, eben-

falls um Einigung der Rechten bemühten Partei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ sowie zum Bund für Gesamtdeutschland (BGD) bestehen ebenfalls personelle Kontakte. Ferner wohnten Mitglieder der REP der 1. Mitgliederversammlung der DLVH bei.

Als Partei wurde die DLVH im Oktober 1991 in Schwenningen gegründet. Sie ging aus dem Verein Deutsche Allianz/Vereinigte Rechte hervor. Die ideologische Nähe zu den REP und zur NPD dokumentierte sich darin, daß kommunale Vertreter dieser beiden Parteien in der Anfangsphase zur DLVH wechselten. In der Folgezeit gelang es der DLVH jedoch nicht, sich im rechtsextremistischen Parteienspektrum zu etablieren. Als Konsequenz aus mehreren Wahlniederlagen gab sie im Jahre 1996 ihren Parteistatus auf. Seither besteht sie in Vereinsform fort, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu eröffnen,

sich ohne Rücksicht auf Unvereinbarkeitsbeschlüsse anderen rechtsextremistischen Organisationen anschließen zu können.

Bundesweit zählt die DLVH ca. 800 Mitglieder; davon kommen 20 Personen aus Niedersachsen.

Über eine in sich geschlossene Programmatik verfügt die DLVH nicht. Ihrem Charakter als Sammlungsbewegung gemäß vereint sie in unsystematischer Form diverse Ideologeelemente des Rechtsextremismus. Die thematische Bandbreite reicht von der Forderung nach Rückgabe der Ostgebiete

über die Kritik an der vermeintlichen Unterwürfigkeit der deutschen Politik gegenüber den europäischen Nachbarstaaten bis zum Aufgreifen sozialer Probleme in Verbindung mit ausländerfeindlichen Positionen.

Im Jahre 1997 veranstaltete die DLVH einen „Deutschen Kongreß“ vom 25. bis 27. April in Gera, an dem ca. 400 Personen teilnahmen, und die 1. Bundesmitgliederversammlung am 12. Oktober in Höchststadt/Aisch mit 60 Teilnehmern, auf der Jürgen SCHÜTZINGER zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

Linksextremismus

Überblick

Auf der Basis unterschiedlicher theoretischer und ideologischer Konzeptionen verfolgen Linksextremisten das Ziel, die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Militante Linksextremisten, vor allem die zahlreichen Gruppierungen der Autonomen, befürworten Gewalt als Mittel ihrer Politik. Durch Aufgreifen von Themen, die in der demokratischen Öffentlichkeit diskutiert werden, erhoffen sie sich Zustimmung und Zulauf zu ihren Organisationen. Insbesondere der militante Kampf gegen CASTOR-Transporte in das Wendland und seit 1998 auch der Versuch der gewaltsamen Verhinderung der Transporte in das nordrhein-westfälische Ahaus bestimmen ihr Handeln. Seit 1990 ist die geplante Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover ein wichtiges Kampagnenfeld der Autonomen. Anschläge mit hohen Sachschäden in Hannover und Göttingen belegen die Militanz dieser EXPO-Gegner. Zentrales Thema aller autonomen Gruppierungen ist der militante Antifaschismus. Von ihnen als antifaschistisch gerechtfertigte Aktionen richten sich nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern auch gegen den als faschistisch diffamierten freiheitlichen Rechtsstaat. Göttinger Autonome propagierten wie in den Vorjahren: „Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System“. Der Internationalismus ist ein weiteres Kampagnenfeld, dem die Autonomen ihre Aufmerksamkeit widmen. Nicht nur durch propagandistische Aktionen werden sogenannte

Freiheitsbewegungen in mehreren Staaten unterstützt, sondern auch durch aktive Teilnahme an dortigen kriegerischen Auseinandersetzungen. Beispielhaft hierfür steht ein Braunschweiger Autonomer, der bei Kämpfen zwischen rivalisierenden Kurdenorganisationen im Nordirak schwerverletzt in Gefangenschaft geriet. Militanten Linksextremisten zuzuordnen sind die Personen, die sich unter der Bezeichnung Antiimperialistischer Widerstand an ursprünglichen Zielen der terroristischen Vereinigung Rote Armee Fraktion orientieren. Dieser Personenkreis, mit dem in Niedersachsen einzelne Gruppierungen von Autonomen zusammenarbeiten, propagiert den Aufbau illegaler Strukturen mit dem Ziel des bewaffneten Kampfes gegen den Staat Bundesrepublik Deutschland und seine Repräsentanten. Das 1992 von der RAF veröffentlichte Deeskalationskonzept wird entschieden abgelehnt.

Anarchistischen Bestrebungen zuzurechnen ist die Graswurzelbewegung, die in Oldenburg die Zeitschrift „graswurzelrevolution“ herausgibt. Gewalt gegen Sachen – beispielsweise Sabotageaktionen an Bahngleisen zur Verhinderung der CASTOR-Transporte – wird von diesen Anarchisten befürwortet, Gewalt gegen Personen abgelehnt.

Terroristische Anschläge von Mitgliedern der ehemaligen RAF, die sich in einem mit März 1998 datierten Schreiben für aufgelöst erklärten, sowie der Antiimperialistischen Zelle oder den Revolutionären Zellen/Rote Zora können zwar nicht ausgeschlossen werden, sind aber eher sehr unwahrscheinlich.

Für die marxistisch-leninistischen Organisationen Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Kommunistische Plattform der PDS (KPF) stellt das Staats- und Gesellschaftssystem der DDR nach wie vor ein vorbildhaftes Modell dar. Die Bedeutung des dogmatischen Kommunismus ging weiter zurück.

Einführung

Während rechtsextremistische Ideologien das Prinzip menschlicher Gleichheit ablehnen, stimmen linksextremistische Doktrinen mit der Idee des demokratischen Verfassungsstaates in der Betonung menschlicher Fundamentalgleichheit überein. Kommunismus und Anarchismus, die ideologischen Grundströmungen des Linksextremismus, dehnen den Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche aus. So überdeckt der weitgefaßte Gleichheitsbegriff beim Kommunismus individuelle Freiheitsrechte, so gilt im Anarchismus jede Form von Staatlichkeit als „repressiv“.

Während linksextremistische Doktrinen sich an den Errungenschaften der Aufklärung und der Emanzipation orientieren, bedeuten die vom Rechtsextremismus – insbesondere von Strömungen der „Neuen Rechten“ – propagierten Werte ein Zurück hinter die Errungenschaften der französischen und amerikanischen Revolution, hinter die Etablierung der Menschen- und Bürgerrechte. Linksextremisten reklamieren für sich Werte wie Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit; die Arbeiterklasse ist historisches Subjekt. Demgegenüber gilt den rechtsextremistischen Ideologien das Kollektiv der rassistisch oder ethnisch definierten Volksgemeinschaft als historisches Subjekt. Im Gegensatz zur internationalistischen Ausrichtung des Linksextremismus dominiert bei rechtsextremisti-

schen Doktrinen die Nation als wichtigste Bezugsgröße. Ist dem Rechtsextremismus der Liberalismus Hauptfeind, so erfüllt für den Linksextremismus der Kapitalismus diese Funktion. Dem „Antifaschismus“ als Stereotyp des Linksextremismus entspricht der „Antikommunismus“ rechtsextremistischer Ideologien.

Linksextremistische Doktrinen leiten aus dem ethischen Grundprinzip der Fundamentalgleichheit die radikale Forderung der vollkommenen Befreiung des Menschen von allen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Zwängen ab. Sie orientieren sich an der Utopie einer klassen- oder herrschaftsfreien Ordnung. Ihr Glaube an die Kraft der Vernunft, an die Unaufhaltsamkeit des Fortschritts sowie an die Möglichkeit, einen perfekten Menschen schaffen zu können, bedeutet die radikale Fortentwicklung der Ideen der Aufklärung.

Im deutschen Linksextremismus gibt es unterschiedliche ideologische Varianten. Im Bereich des dogmatischen Linksextremismus existieren neben den an den Lehren von Marx, Engels und Lenin (z.T. sogar mit stalinistischer Ausprägung) ausgerichteten Gruppierungen (**Marxisten-Leninisten**) inzwischen nahezu bedeutungslos gewordene revolutionär-marxistische Organisationen wie der Bund Westdeutscher Kommunisten und die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands sowie einige einflußlose, an den Lehren Trozki's ausgerichtete Splittergruppen (Trotzkisten). Seit Mitte der 70er Jahre steht diesem dogmatischen Linksextremismus eine undogmatische linksextremistische Bewegung gegenüber, die ideo-

logisch starre Konzepte, Hierarchien und Organisationsformen ablehnt. Hierzu zählen die Gruppierungen der **Autonomen** mit ihrem Gemisch an unterschiedlichen Aktions- und Themenfeldern sowie die verschiedenen Strömungen des **Anarchismus**, deren Ziel die Aufhebung der Herrschaft des Menschen über den Menschen zugunsten einer „herrschaftsfreien Ordnung“ ist.

Marxistisch-leninistische Gruppierungen halten bis heute an der antikapitalistischen Ideologie eines notwendigen Sturzes des Systems und der Errichtung einer **Diktatur des Proletariats** unter Führung einer selbsternannten proletarischen Avantgarde fest. Basierend auf den Lehren des **Marxismus-Leninismus** wird Geschichte im Sinne der „Überwindung kapitalistischer Klassengesellschaften“ als gesetzmäßiger, vorausschreitender Prozeß über bestimmte Stufen der bürgerlichen Entwicklung hinaus begriffen mit dem utopischen Endziel der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Gruppierungen wie die DKP und die KPF halten daran fest, daß der Diktatur des Proletariats eine Revolution der Arbeiterklasse vorausgeht. Kennzeichnend für diese beiden Organisationen ist die Zustimmung zur marxistisch-leninistischen **Imperialismustheorie**, nach der der Kapitalismus andere Staaten zur Lösung seiner Probleme durch die „Macht seines Finanzkapitals“ sowie durch „Imperialistische Kriege“ unterwerfe. Charakteristisch für DKP wie für KPF ist die weiterbestehende Verherrlichung der DDR. Hierin sowie in anderen Ideologiemustern weisen DKP und KPF in ihrer politischen Analyse identi-

sche Argumentationen auf. Von daher überrascht es nicht, daß sich beide Organisationen wechselseitig als politische Bündnispartner begreifen. Ihre Bedeutung im gesamten linksextremistischen Spektrum ist relativ gering.

Der **linksextremistische Terrorismus** entwickelte sich Ende der 60er Jahre aus der Radikalisierung von Teilen der Studentenbewegung zu terroristischen Kleingruppen. Kennzeichnend war die Stilisierung zur selbsternannten revolutionären Avantgarde. Die politischen Konzepte orientierten sich an marxistisch-leninistischen Theorien. Insbesondere die Konzeption des **antiimperialistischen Kampfes** der RAF zur Legitimation der Militanz übertrug die Imperialismustheorie auf die Situation der Bundesrepublik Deutschland, der die wirtschaftliche und politische Ausbeutung der 3. Welt vorgeworfen wurde. Das „revolutionäre Bewußtsein“ des Volkes sollte mittels einer „Propaganda der Tat“ vorangetrieben werden. In direktem Zusammenhang mit dem „Antiimperialismus“ verstand die RAF ihren **Antifaschismus** als politische und vor allem moralische Legitimation für ihre terroristischen Anschläge. Die Bundesrepublik wurde in einer ungebrochenen faschistischen Tradition des NS-Staates gesehen, dessen ökonomische und politische Strukturen erhalten geblieben und weiterentwickelt worden seien. „Faschismus“ gilt als eine kapitalistischen Systemen immanente Erscheinung, als integraler Bestandteil aller westlichen Demokratien. Diese Positionen gipfeln in der Vereinfachung der Politik auf Feind und Freund, Faschist und Antifaschist, Imperialist und Antiimperialist.

Anarchistische Ideen werden vor allem von den Gruppierungen der Graswurzelbewegung propagiert. Ziel des in zahlreichen Varianten unterscheidbaren Anarchismus ist die Errichtung einer herrschaftsfreien Ordnung,

die Aufhebung jeglicher Herrschaft des Menschen über den Menschen. An die Stelle aufzulösender staatlicher Institutionen sollen dezentralisierte, auf freiwilligem Zusammenschluß beruhende Selbstverwaltungseinheiten treten.

Ähnlich den Ausrichtungen des sogenannten Pragmatischen Anarchismus lehnt die Graswurzelbewegung menschenverletzende Gewalt ab und bekennt sich zu evolutionärer Gesellschaftsveränderung sowie zur Notwendigkeit bestimmter zentraler Organisationen. Das Ziel – die Utopie einer auf dem Wege der „sozialen Revolution“ zu erwirkenden herrschaftsfreien Gesellschaft mit einem dem Parlamentarismus widersprechendem Demokratieverständnis – ordnet die Konzeption der Graswurzelbewegung dem Extremismus zu.

Nach dem Bedeutungsverlust dogmatischer Ideologien wie des revolutionären Marxismus sowie des linksextremistischen Terrorismus Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre wurden die Ideologiemuster Antiimperialismus und Antifaschismus aufgegriffen von isolierten terroristischen Kleingruppen wie der AIZ sowie vor allem von Gruppierungen der Autonomen. Zur Analyse der politischen Verhältnisse in Entwicklungsländern greifen diese Gruppierungen auch auf maostische Ideologiefragmente zurück.

Argumentationsmuster der RAF wie auch der dogmatischen Ideologien, insbesondere die Legitimation zum Widerstand aus dem Antifaschismus, werden als Erklärungsansätze übertragen auf aktuelle Aktions- und Themenfelder. So werden Widerstand gegen Atomenergie, Gentechnik, Asylrechts-

politik und EXPO sowie die soziale Frage in den gleichen Argumentationsrahmen eingebettet.

Im Gegensatz zur Graswurzelbewegung besitzen Autonome keine geschlossene Gesellschaftskonzeption. Einigkeit besteht in der Gegnerschaft zum kapitalistischen System. Erst diese Gegnerschaft zum Kapitalismus und zum Staat ermöglicht in der autonomen Bewegung eine kollektive Identitätsstiftung. Aktionsfelder der Autonomen orientieren sich an den „Unterdrückungsmechanismen“ des Staates, denen die Menschen im kapitalistischen System ausgeliefert seien.

Die Vielfältigkeit und der Aktualitätsbezug der Themen in den teilweise militanten Aktionen sind Ausdruck eines eher **aktionsbezogenen Extremismus**, der in Verbindung mit Militanz sowie in der Betonung der vermeintlich systembedingten sozialen Ungerechtigkeit ein hohes Aktionspotential zu mobilisieren vermag. So geben die Themenfelder EXPO, Atomenergie, Gentechnologie sowie sogenannte „Innenstadt-Aktionen“ gegen „Ausgrenzung, Privatisierung und Sicherheitswahn“ gleichermaßen Anlaß zu teilweise militantem Widerstand. Kennzeichnend für diesen aktionsbezogenen Extremismus ist die Austauschbarkeit der Themenfelder sowie deren Stilisierung zum Symbol, aus der heraus die Legitimität zum Widerstand abgeleitet wird.

Parallel zum Bedeutungsverlust dogmatischer Ideologien im Linksextremismus seit Ende der 80er Jahre zeichnet sich ein Erfolg „modernisierter“ Varianten des Extremismus ab. Neben ideologisch dominierten Organisationen des

Linksextremismus treten Gruppierungen, die sich auf einzelne Themen konzentrieren. Aus diesem Ansatz heraus läßt sich die Hypothese aufstellen, daß

traditionelle, theoriegeleitete Organisationen und Parteien weniger mobilisierend wirken. DKP und KPF werden demnach eher als dogmatische Zirkel weiterbestehen, während sich Varianten des Extremismus, die nicht nur theoretisch, sondern mit militanten Aktionen beispielsweise an soziale Konflikte anknüpfen, eher Rekrutierungsfelder eröffnen.

Autonome

| | | |
|----------------|--|--|
| Anhänger | 1996 | 1997 |
| Bund: | 7.000 | 7.000 |
| Niedersachsen: | 560 | 620 |
| Publikationen | | |
| Bund: | „INTERIM“, Berlin „radikal“ | (erscheint wöchentlich) (erscheint unregelmäßig) |
| Niedersachsen: | „RAZZ“, Hannover „EinSatz!“, Göttingen „BRAST“, Göttingen „alhambra“, Oldenburg „No Respect“, Oldenburg „Revolution Inside“, Oldenburg „Fight back!“, Braunschweig | (erscheint monatlich) (erscheint monatlich) (erscheint monatlich) (erscheint monatlich) (erscheint zweimonatlich) (erscheint unregelmäßig) (erscheint monatlich) |

Selbstverständnis und Organisation

Ideologisch orientiert sich die heutige autonome Bewegung an dem anarchistischen undogmatischen Teil der studentischen Protestbewegung der 60er Jahre und deren fundamentaler Kritik an der als materialistisch, imperialistisch und faschistisch bezeichneten Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Diesen undogmatischen Teil der studentischen Protestbewegung kennzeichnete eine radikale Kritik an dem als bürokratisch dargestellten Organisationsverständnis des Marxismus-Leninismus (straffe zentralistische Partei, revolutionäre Avant-

garde). Die zentralen Begriffe Spontaneität, Autonomie der Lebensweise und Selbstorganisation der „Unterdrückten“ korrespondierten mit dem Gesellschaftsentwurf des Anarchismus: Selbstorganisation des menschlichen Zusammenlebens anstelle staatlicher Ordnung, die Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“.

Im Zuge des Bedeutungsverlustes dogmatischer Ideologien Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre entstanden mit der Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung undogmatische Gruppierungen mit autonomer Ausrichtung.

Während ein Teil dieser Bewegung Gewalt als legitimes Mittel des Protests befürwortete, lehnten andere Gewaltanwendung im Hinblick auf die notwendige Akzeptanz durch die „Massen“ ab. Zu Beginn der 80er Jahre war militantes Auftreten der Autonomen ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele; der „Häuserkampf“ stellte in der Anfangsphase ein zentrales Thema dar. Später setzten sich – parallel zu verschiedenen Organisationsansätzen – auch andere Aktionsformen durch, wie z.B. Informationsveranstaltungen und sogenannte AgitProp-Aktionen (Zusammensetzung aus Agitation und Propaganda), wodurch eine größere Öffentlichkeit erreicht werden sollte.

Die Autonomen besitzen keine gemeinsame Gesellschaftsutopie, kein einheitliches Weltbild. Vorherrschend sind neben anarchistischen („herrschaftsfreie Gesellschaft“) und anarcho-kommunistischen Ideen (Ablehnung jeden Privateigentums – „Alles gehört allen“) vor allem Kapitalismus- und Imperialismuskritik. Einigkeit besteht in der Gegnerschaft zum kapitalistischen System als angeblicher Ursache aller gesellschaftlichen Mißstände. Erst diese Gegnerschaft zum Staat und zum Kapitalismus wirkt integrierend auf die autonome Bewegung. Der Widerstand gegen die herrschenden gesellschaftlichen Normen ermöglicht eine Identitätsstiftung. Dem abgelehnten kapitalistischen System setzen die Autonomen ihre eigenen Werte Kollektivität, selbstbestimmtes Verknüpfen aller Lebensbereiche, Achtung des Individuums mit seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten entgegen. Ziel ist die Schaffung einer „menschlich solidarischen Gesellschaft“, einer „Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung“.

Aktions- und Themenfelder der Autonomen richten sich gegen die „Unterdrückungsmechanismen“ des Staates: Kampf gegen „staatliche Repression“, Kampf gegen „Umstrukturierung“, „Häuserkampf“, „Antifaschismus“, „Antiimperialismus“, „Antimilitarismus“, „Antirassismus“, Kampagne gegen Asylpraxis und Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes, Kampf gegen „Patriarchat und sexuelle Unterdrückung“, Kampf gegen Nutzung der Atomenergie, Kurdistan-Solidarität. Die Autonomen sind keine „Ein-Punkt-Bewegung“, sondern schließen sich in ihren Aktionen bereits bestehenden Protestbewegungen an. Charakteristisch ist insoweit – Indiz für ein fehlendes einheitliches Weltbild – Beliebigkeit, Willkürlichkeit und Sprunghaftigkeit der Themen- und Aktionsfelder. Die Themenvielfalt ist nicht zuletzt auch Ausdruck der unterschiedlichen politischen Herkunft der Autonomen.

Als Konsequenz ihrer Gegnerschaft zum dogmatischen Marxismus-Leninismus lehnen die Autonomen bürokratische Strukturen und Hierarchien ab. Anfang der 90er Jahre führte dies jedoch auch zu Kritik innerhalb des autonomen Spektrums an der „Unverbindlichkeit“ der Strukturen, die die Entwicklung einer kontinuierlichen Theorie und Praxis verhindere. Ausgehend von dieser Kritik entwickelte sich die „Organisierungsdebatte“. Teile des autonomen Spektrums forderten eine Organisation der Bewegung, da eine effektive und kontinuierliche Arbeit nur in verbindlichen Zusammenhängen möglich sei.

Befürworter einer solchen Vernetzung schlossen sich 1992 zu der Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation (AA/BO) zusammen, der aktuell 11 autonome Antifa-Gruppen aus 10 Städten angehören, darunter das Antifaschistische Plenum/Jugend Antifa Aktion (JAA) aus Braunschweig, die Autonome Antifa (M) (AA(M)) aus Göttingen sowie die Autonome Antifa Weser/Ems aus Oldenburg.

Weitere Mitgliedsgruppen kommen aus Bonn, Berlin, Passau, Hamburg, Heidelberg, Nürnberg und Bielefeld. Gegenüber 1996, als deutliche Abwanderungstendenzen bei der AA/BO festzustellen waren, sind 1997 Neuzugänge zu verbuchen. Die offensichtlich verstärkten Bemühungen der AA/BO um Nachwuchs zeigten sich an der Durchführung eines offenen Treffens in Berlin im Dezember 1996. Das Anliegen der AA/BO ist es – so ein Flugblatt vom Oktober/November -, alle Kräfte zu sammeln und damit einen Gegenpol zur „Zersplitterung innerhalb der Linken“ zu setzen.

Die Bemühungen der AA/BO, über die Grenzen Deutschlands hinaus Kontakte zu militanten Gruppierungen zu knüpfen, werden deutlich in einem Artikel der Autonomen-Publikation „EinSatz! – Zeitung für autonome Politik in Göttingen“ (Nr. 25, November 1997), in dem von einem „Kongreß militanter AntifaschistInnen in London“ vom 3. – 5. Oktober berichtet wird. Ziel der von der „AntiFascist Action“ aus England initiierten Konferenz mit über 20 Gruppen aus England, Irland, Deutschland, Skandinavien, Kanada und USA sei die Einrichtung eines internationalen, antifaschistischen

Netzwerkes. Erstes praktisches Resultat des Treffens sei eine internationale Computervernetzung gewesen.

Ein weiterer bundesweiter Zusammenschluß von „Antifa-Gruppen“, der sich weniger verbindlich gibt und ohne starre Konzepte auskommen will, ist das Bundesweite Antifa Treffen (BAT). Im Gegensatz zu 1996 wirkten im August anlässlich der Gegenaktivitäten zum „Rudolf-Heß-Gedenktag“ AA/BO und BAT zusammen, um angekündigte Aufmärsche von Rechtsextremisten zu verhindern.

Publikationen der Autonomen

Regional wie auch überregional gibt es eine Vielzahl von Publikationen sowohl autonomer als auch anderer linksextremistischer Gruppierungen, die für den Informationsaustausch und Diskussionsprozeß innerhalb der autonomen Bewegung von großer Bedeutung sind. Nach eigenen Aussagen soll mit den – teilweise konspirativ hergestellten und verbreiteten – Druckschriften „Gegenöffentlichkeit“ geschaffen werden. Auch Mailboxverbundsysteme, Internet und „Infoläden“ dienen in zunehmendem Maße dem Kommunikationsaustausch. Dabei erfüllen Infoläden als „Netzknoten“ vielfältige Funktionen. Sie sind Anlauf- und Kontaktstellen für Personen des autonomen Spektrums und spielen bei der Planung und Vorbereitung von Aktionen und Demonstrationen eine wichtige Rolle. In den Publikationen werden regelmäßig Taterklärungen, Diskussionspapiere, Aufrufe zu Veranstaltungen und Demonstrationen sowie – sporadisch – Bauanleitungen für Sabotagemittel veröffentlicht.

Von überregionaler Bedeutung für die autonome Bewegung ist die wöchentlich erscheinende Berliner Schrift „INTERIM“. Das Blatt „radikal“, dessen Beiträge sich 1997 lediglich auf die Dokumentation bereits früher erschienener Artikel beschränkte, hat ebenfalls überregionale Bedeutung. Die meisten Veröffentlichungen haben eine vorrangig regionale Ausrichtung und werden von den örtlichen autonomen Antifa-Gruppen herausgegeben.

So erscheint in Hannover bereits seit Ende der 80er Jahre monatlich die „RAZZ – Zeitung für ein radikales Hannover“, in jüngster Zeit mit dem thematischen Schwerpunkt „Anti-Expo-Widerstand“.

Seit Juni wird in Braunschweig die monatliche Zeitschrift „FIGHT BACK! – Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig“ mit dem redaktionellen Schwerpunkt „Antifaschismus“ herausgegeben.

In Göttingen erscheint seit Februar 1995 die Monatsschrift „EinSatz! – Zeitung für autonome Politik“ sowie seit Oktober 1996 die „BRAST“. Beide Zeitschriften bereiten in der Regel die gleichen Themen mit überwiegend regionalem Bezug auf, wobei die „BRAST“ versucht, insbesondere Jugendliche und Schüler anzusprechen.

Die in den achtziger Jahren gegründete, monatlich erscheinende Zeitschrift „alhambra“, benannt nach dem gleichnamigen Aktions- und Kommunikationszentrum in Oldenburg, wird nach eigenen Angaben von verschiedenen Gruppierungen unterstützt, darunter die Antifaschistische Aktion Oldenburg, die DKP Oldenburg und die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ). Die zunächst im Bereich Olden-

burg/Aurich verbreitete Zweimonatsschrift „WORT & TAT – Antifa Jugend Info Weser/Ems“ wurde in ihrer Bedeutung abgelöst durch die von der Antifaschistischen Aktion Oldenburg und der Antifa Jugend Front Oldenburg bisher noch unregelmäßig herausgegebene „Revolution Inside“ sowie durch die zweimonatlich erscheinende „NO RESPECT“, herausgegeben von der Autonomen Antifa Weser/Ems, der Antifa Bad Zwischenahn und der Jugendantifa Aurich.

Aktions- und Themenfelder

Zu den hauptsächlichen Aktions- und Themenfeldern der Autonomen zählen „Antifaschismus“ in Verbindung mit „Antirassismus“, „Antiimperialismus“ in Verbindung mit dem „Kampf gegen Umstrukturierung“, „Kampf gegen den Repressionsapparat“, „Kampf gegen die Großmachtrolle der Bundesrepublik Deutschland“ sowie „Internationalismus“.

Im einzelnen konzentrieren sich die Agitationen der Autonomen derzeit auf die Politikfelder Widerstand gegen Atomenergie, Gentechnologie, EXPO und Asylrechtspolitik sowie auf die soziale Frage. Kennzeichnend für autonome Aktionen sind neben Themenvielfalt und Sprunghaftigkeit die Verknüpfung unterschiedlicher Themenfelder in den Argumentationsmustern. So werden z.B. Aktionen im Zusammenhang mit der Asylthematik mit antifaschistischem Widerstand legitimiert, Aktionen gegen die EXPO dienen dem antiimperialistischen „Kampf gegen Umstrukturierung“. Eine theoretische Überhöhung erfährt diese Verknüpfung von Themenfeldern in dem sogenannten „triple oppression – Ansatz“, der Annahme einer dreifachen Unterdrückung des Menschen durch Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus.

alhambra

Selbstveröffentlichtes Aktions- und Kommunikationszentrum Zeitung und Programm Juli 97



Keinen Fußbreit den FaschistInnen!

Weg mit der NPD-Geschäftsstelle!

Kommt alle zur DEMO gegen die NPD-Geschäftsstelle

am 12. Juli um 12 Uhr am Julius-Mosen-Platz

3505 Oldenburg

Die in den Widerstandszielen der Autonomen enthaltene, von Teilen der Bevölkerung mitgetragene Gesellschafts- und Systemkritik mündet in grundsätzliche, militante Systemopposition: „*Unsere Kämpfe als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen*“; „*Sofortige Stilllegung des HERRschenden Systems*.“ Hierbei ist eine Ausrichtung auf Aktionen und Symbole, wie die Siemens AG, festzustellen, die in ihrer Bedeutung für den Kampf gegen die „herrschende Klasse“ überbewertet werden. Deutlich wird hierin das Fehlen einer geschlossenen Theorie.

Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus

Eines der wichtigsten Aktionsfelder autonomer Bestrebungen ist der Antifaschismus, wobei der Begriff innerhalb des autonomen Spektrums eine eigene Definition erfährt: Die Gesellschaft, vor allem der Staat werden in einer ungebrochenen faschistischen Tradition des NS-Staates gesehen, dessen ökonomische und politische Strukturen erhalten geblieben und weiterentwickelt worden seien. „Faschismus“ gilt als eine kapitalistischen Systemen immanente Erscheinung, als integraler Bestandteil aller westlichen Demokratien, den es zu bekämpfen gelte. Das System nutze seinen „Repressionsapparat“ in „faschistischer“ Weise zur Unterdrückung „fortschrittlicher“ Kräfte. Die AA (M) aus Göttingen äußerte hierzu in einem Flugblatt, Oktober 1995:

„Autonomer Antifaschismus begreift Neofaschismus als Bestandteil des imperialistischen Systems. (...) Das

bedeutet, Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System.“

Insbesondere im nordwestlichen Niedersachsen haben die Aktivitäten von linksextremistischen Antifaschisten zugenommen. Von überregionaler Bedeutung war die Demonstration von etwa 400 Personen – darunter ein Block Vermummter – aus dem gesamten Bundesgebiet in Aurich am 10. Mai, zu der die Autonome Antifa Weser/Ems, Mitgliedsorganisation der AA/BO, und die Jugend Antifa Aurich unter dem Motto „Die faschistischen Strukturen und deren Drahtzieher aus VS und Polizei angreifen!“ aufgerufen hatten. In Oldenburg demonstrierten am 12. Juli ca. 200 Personen, darunter auch vermummte Autonome, vor der örtlichen Geschäftsstelle der NPD mit dem Motto: „Kein Fußbreit den FaschistInnen! Weg mit der NPD-Geschäftsstelle!“. In einem Flugblatt zur Demonstration wird das System der Bundesrepublik als faschistisch diffamiert; der antifaschistische Kampf müsse sich gegen die „Wurzeln des Faschismus“ – das „kapitalistische Verwertungsprinzip“ – richten.

Wie bereits in den Vorjahren war erneut der von Neonazis anlässlich des Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß begangene Gedenktag von herausgehobener Bedeutung für die autonome Bewegung; AA/BO und BAT planten gemeinsam Gegenaktionen.

Im Vorfeld des eigentlichen Heß-Todestages (17. August) fand am 9. August eine Demonstration von ca. 400 Personen in Quedlinburg/Sachsen-Anhalt statt, zu der u.a. die Göttinger AA(M) aufgerufen hatte. Mit die-

ser Veranstaltung, so ein Flugblatt, solle deutlich gemacht werden, daß „eine antifaschistische Selbsthilfe“ notwendig sei:

„Es gilt, einen revolutionären Antifaschismus zu entwickeln, um die Zusammenhänge zwischen Staat und Nazis aufzuzeigen, die antifaschistische Gegenwehr zu organisieren und schließlich den Kapitalismus abzuschaffen! ...“

Neben Veranstaltungen in Bergisch-Gladbach, München und Nürnberg mit bis zu 800 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet initiierten die Sprengel AntiFa aus Hannover sowie die Antifa-Jugend Goslar eine Kundgebung am 16. August in Goslar mit ca. 150 Personen.

Die Göttinger AA (M) erklärte zu den Veranstaltungen:

„Die antifaschistischen Aktionen gegen die Rudolf-Heß-Aufmärsche haben erneut bewiesen, daß antifaschistische Selbsthilfe möglich und notwendig ist. Auch in Zukunft werden wir den Faschisten die Straßen niemals freiwillig überlassen. Die faschistischen Strukturen gilt es nach wie vor aufzudecken und anzugreifen.“

Antifa heißt Angriff! Für die militante antifaschistische Selbsthilfe!“
(Pressemitteilung der AA(M) vom 16.08.1997)

Der Antifaschismuskampf wird von Autonomen auch verbunden mit Aktionen gegen angebliche deutsche „Großmachtphantasien“ bzw. „Revanchismus“. So demonstrierten am 7. September ca. 200 – teilweise verummte – Personen in Göttingen gegen die dort jährlich stattfindende Gedenkfeier der Ostpreußischen Landsmannschaft. Die AA (M) bewertete die Aktion als Erfolg. Die Göttinger Publikation „Einsatz“ zitierte in ihrer Septemerausgabe folgende Einschätzung einer Sprecherin der AA (M):

**Die Vernichtung der
Wurzeln des Faschismus
bleibt unser Ziel!**



„Heute wurde bewiesen, daß der antifaschistische Widerstand sich weder einschüchtern, noch verbieten läßt. Es ist einzig und allein der SPD-Stadtverwaltung zuzuschreiben, daß auch dieses Jahr wieder revanchistisches und reaktionäres Gedankengut im Rosengarten propagiert werden konnte.“

Als besonderen Erfolg wertete die AA(M) die Ankündigung der Landsmannschaft Ostpreußen, im nächsten Jahr keine Gedenkfeier in Göttingen mehr durchführen zu wollen. Im Vorfeld der Gedenkfeier wurde das Kriegerdenkmal beschädigt, wozu sich ein „autonomes kommando deutsche taeter bleiben taeter“ bekannte.

Die seit 1991 jährlich in Hetendorf Nr. 13 durchgeführte „Hetendorfer Tagungswoche“ wurde von Autonomen als bundesweit wichtigstes „faschistisches Treffen“ bewertet und diente als Hauptangriffspunkt im „Kampf gegen faschistische Strukturen“.

Im Zusammenhang mit den Gerichtsverfahren (u.a. wegen Verdachts auf Landfriedensbruch) gegen Teilnehmer der Demonstration gegen die 6. Hetendorfer Tagungswoche 1996 veranstalteten Antifa-Gruppen aus Celle, Hildesheim, Braunschweig, Hannover, Bremen, Hamburg und Wolfsburg am 1. März eine Kundgebung in Celle mit etwa 450 Personen. In einem Aufruf zur Demonstration heißt es:

„Es reicht einfach nicht, sich politisch nur gegen die faschistischen Auswüchse dieses Systems zu richten: Widerstand muß sich gegen dieses System mit seinem ausbeuterischen, patriarchalen und rassistischen Cha-

rakter als Ganzes richten, wenn sich wirklich etwas ändern soll.“

An einer weiteren Demonstration am 14. Juni gegen die 7. Hetendorfer Tagungswoche, insbesondere gegen die „Sonnenwendfeier“ am 20. Juni, beteiligte sich auch ein aus 30 Personen bestehender „schwarzer Block“.

Die beiden Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus stehen im ideologischen und argumentativen Verständnis der Autonomen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Das wichtigste Element des Aktionsfeldes Antirassismus ist der Widerstand gegen die Asylrechtspraxis, verbunden mit der Forderung nach „Bleiberecht für alle Flüchtlinge“. Insbesondere die Novellierung des Asylrechts durch Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes führte zur Kritik der Autonomen, daß die Bundesrepublik mit Hilfe „rassistischer Sondergesetze“ eine „Abschiebemaschinerie“ betreibe. Dem als „Völkermörder BRD“ bezeichneten Staat wird ein systemimmanenter Rassismus vor-
geworfen.

Kampf gegen Umstrukturierung / Antiimperialismus am Beispiel des EXPO-Widerstandes und der Anti-Siemens-Kampagne

Seit 1990 propagiert eine „Anti-EXPO-AG an der Uni Hannover“, seit Anfang 1989 „Anti EXPO-AG“, ein dem autonomen Spektrum zuzurechnender Zusammenschluß, kontinuierlich den „Widerstand“ gegen die EXPO 2000. Das System wird als menschenfeindlich hingestellt, das kapitalistischen Verwertungsinteressen folge:

„Die Expo muß bekämpft werden, weil sie Symptom und Motor der postfordistischen Umstrukturierung (...) ist, deren Folge die bewußt in Kauf genommene soziale Verelendung der unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen ist.“

(„Tragoedia dell'Expo. Prolog“, Texte der Anti-Expo-AG an der Uni Hannover, Hannover, Oktober 1994)

Insoweit ist über den EXPO-Anlaß hinaus die Wahrnehmung vermeintlich systembedingter sozialer Ungerechtigkeit bestimmend für militante Aktionen der im EXPO-Widerstand zusammengeschlossenen Gruppierungen, nicht zuletzt in Hinblick auf die Möglichkeit, Anhänger zu mobilisieren.

Die Gruppe gibt seit 1994 in unregelmäßigen Abständen das Informationsblatt „EXPO-No“ heraus. Darin beschreibt sie ihr Ziel, „die Weltausstellung insgesamt zu verhindern“. Es gehe „nicht nur um Hannover, sondern um Weltausstellungen und vergleichbare Großveranstaltungen allgemein“. Auch in den Autonomen-Publikationen „INTERIM“ und „RAZZ“ brachte die Anti-EXPO-AG ihre Gegnerschaft gegen das Weltausstellungsprojekt zum Ausdruck. Die Legitimation des „Widerstandes“ gegen die Expo wird verknüpft mit dem „triple-oppression“-Ansatz (dreifache Unterdrückung durch Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus):

„Widerstand gegen die EXPO kann nicht allein im Interesse der Menschen in Hannover liegen, da das geplante Spektakel eine internationale Propagandashow des Kapitals und insbesondere Großdeutschlands werden soll.“

*(„INTERIM“ Nr. 369 vom 28.03.1996)
„Für uns kann die einzige Position nur die grundsätzliche Ablehnung der Weltausstellung sein, was sich in unserem Ziel 'EXPO verhindern' ausdrückt. (...) Für uns bedeutet Wider-*

stand gegen die EXPO (...) den Versuch, das herrschende System und seine Strukturen in Frage zu stellen. (...) Die Bündelung unserer Kritik böte die Gelegenheit, gemeinsam gegen Patriarchat, Rassismus, Ausbeutung, Technologiehörigkeit usw. vorzugehen und den Herrschenden klarzumachen, daß sie ihre Pläne nicht ungestört umsetzen können.“
(„RAZZ“ Nr. 93, Oktober 1996)

Ähnliche Argumentationsmuster enthalten auch Taterklärungen „autonomerer Gruppen“ zu militanten Aktionen wie dem Anschlag auf die Baustelle des Polizeineubaus in Göttingen am 30. Mai sowie den Brandanschlägen gegen EXPO-Baufahrzeuge am 20. November. Bei diesen Brandanschlägen in Hannover entstanden Sachschäden in Höhe von rund 300.000 DM. In einer Erklärung, die am 21. November bei dpa in Hannover und bei der Redaktion des „Göttinger Tageblatts“ einging, schrieben die bislang unbekanntenen Täter:

„Die 926. Nacht vor der EXPO (19./20.11.97) haben wir nicht ungenutzt vergehen lassen und an 2 Orten Sabotage betrieben. Am Kronsberg setzten wir mehrere Baustellenfahrzeuge in Brand, die z. Z. mit der Erschließung des 'EXPO-Parks-Süd' beschäftigt sind bzw. waren. An der Bemeroder Straße verwendeten wir ebenfalls Brandsätze gegen Fahrzeuge, die sich bis dahin am Bau der S-Bahn Linie D (direkte Verbindung zum EXPO/Messe-Gelände) zu schaffen machten.“

Die EXPO 2000 – so heißt es weiter – sei eine Idee der mit ihr eng verknüpften

ten Messe AG gewesen; diese bekomme dadurch eine nach ihren Interessen zugeschnittene Infrastruktur und steigere erheblich ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß. Der Aufwertung der Innenstadt als „exklusivste Konsumzone und Erlebnisshopping-Bereich“ folge die Verdrängung der Menschen. Wer sich nicht an die nach Kapitalinteressen orientierte Definition der Innenstadt halte und den von privaten Sicherheitskräften geregelten Konsum störe, werde vertrieben. Der niedersächsische Innenminister wird in diesem Zusammenhang kritisiert:

„Unverhohlen bietet er sein Sicherheitskonzept als Exponat an, in dem er den EXPO-Gästen ein Hannover präsentieren will, in dem soziale Widersprüche mit polizeistaatlichen Mitteln entsorgt werden, (...) Niedrige Eingriffsschwelle, Null Toleranz, BGS auf Streife, Kopf-ab-Justiz und die rassistische 'Ausländerkriminalitätsdebatte' (...), – das alles sind Kernpunkte einer reaktionären und rassistischen 'Sicherheitspolitik'. Einer Repressionspolitik, die die Durchsetzung eines kapitalistischen Umstrukturierungsprozesses sichern soll und jede Regelübertretung bis zu aktivem Widerstand undenkbar machen soll ...“

Die Weltausstellung, so die Verfasser, diene der Herrschaftssicherung. Konzerne und politische Eliten böten sich mit ihren „mensenverachtenden Technologien“ wie Gentechnik und Atomenergie als Löser der von ihnen selber geschaffenen Probleme an. Das „neue Großdeutschland“ wolle sich mit dem Projekt Weltausstellung als „Führungsmacht der Welterreter“ präsentieren.

Die Taterklärung endet mit der

Parole:

„Weltausstellung 2000? – Nein! Die Welt sieht anders aus.“

Umfangreich beschäftigte sich die „RAZZ“ in ihrer Dezember-Ausgabe mit der EXPO:

„Die EXPO verschärft systematisch die Wohnungsnot; soll die Standortqualitäten Hannovers verbessern, d.h. sich zurecht machen für die Begierden einer gehobenen, erlebnishungrigen und gutsituierten Mittelschicht; die Lebenshaltung wird sich verteuern ...“

(Thema „Umstrukturierung“)

„... die EXPO ist ein patriarchales Projekt, organisiert weltweit Frauenhandel und macht Hannover für fünf Monate zur Hauptstadt der Prostitution.“

(Thema „Patriarchat“)

„... sie transportiert einen Schub rassistischen

(Thema „Antirassismus“)
und völkischen

(Thema „Antifaschismus“)

Bewußtseins und will Identifikation mit einem expandierenden BRD-Kapital samt seiner imperialistischen Strategien stiften.“

(Thema „Antiimperialismus“)

Die z.T. militanten Aktionsformen des Widerstandes zielen darauf,

„mit effektiven Formen der Behinderung (...) die Kosten für das Expo-Projekt (vergleichbar den Castor-Transporten) wirksam in die Höhe zu treiben.“

Die EXPO gilt den Autonomen als „eine groß angelegte Propagandaveranstaltung zur Durchsetzung einer 'nachhaltigen' neuen Weltordnung“. Somit bietet das Themenfeld EXPO aus

dem Selbstverständnis der Autonomen Legitimation für den Widerstand gegen die „Zukunftsentwürfe der Herrschenden“ sowie gegen die bestehende „Weltordnung“.

Im Zusammenhang mit einer der Bundesrepublik Deutschland von Linksextremisten unterstellten „Großmacht-politik“ finden alljährlich Protestaktionen gegen den „Tag der Deutschen Einheit“ am 03. Oktober statt. Es zeichnet sich ab, daß militante Linksextremisten auch diese Feierlichkeiten im Jahre 1998 in Hannover zu „Protestaktionen“ gegen die EXPO nutzen werden. In einem Beitrag in der November-Ausgabe der Zeitschrift „EinSatz – Zeitung für autonome Politik – Göttingen“ wird die Zerstörung eines „KAISER'S“-Verbrauchermarktes am 3. Oktober in Berlin gelobt. Weiter heißt es drohend:

„Der nächste 3. Oktober darf also mit Spannung erwartet werden, denn der Austragungsort Hannover ist nicht nur Expo-Stadt 2000, sondern auch die Residenz des rassistischen Möchtegern-Kanzlers Gerhard Schröder.“

Als wichtiges Aktionsfeld der autonomen Bewegung erwies sich 1997 die Anti-Siemens-Kampagne, die im Hinblick auf ihren Symbolcharakter bei nahezu allen anderen autonomen Aktions- und Themenfeldern ideologisch und argumentativ eingebunden wurde. Das Unternehmen Siemens, das 1997 sein 150jähriges Bestehen feierte, steht für die Autonomen als Symbol für den von ihnen abgelehnten kapitalistischen Staat, als „einer der Hauptprotagonisten kapitalistischer Nachhaltigkeitsstrategien“ (RAZZ, Nr. 96, Dez. 1997, S.8). Zentraler Kritikpunkt ist ins-

besondere die Beschäftigung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen während der nationalsozialistischen Herrschaft.

Auch die Mitglieder der Anti-EXPO-AG engagieren sich gegen Siemens. In einem „Redebeitrag“ auf der „Anti-Siemens-Demonstration“ am 11. Oktober in Berlin, veröffentlicht in „INTERIM“, Ausgabe Nr. 437 vom 13. November, rufen sie offen zu Sabotageaktionen gegen Firmen auf, die sich an der EXPO beteiligen:

„150 Jahre Siemens sind genug. Boykottieren, sabotieren, abschalten und enteignen sowie Siemens und allen anderen EXPO-Machern die kapitalistische Propagandashow EXPO 2000 vermiesen.“

Weiterhin wird kritisiert, daß nach dem Willen der „Herrschenden“ die EXPO unter dem Motto „Mensch-Natur-Technik“ das größte nationale Prestige-Projekt seit den Olympischen Spielen 1972 werden solle. Die „Herrschenden“ wollten sich angesichts ihrer schwindenden Akzeptanz der Weltöffentlichkeit als geläutert präsentieren. Als Problemlösung böten sie „Gentechnologie, Atomkraft, Geburtenkontrolle im Trikont und (...) den Daten-Highway.“ Der Siemens-Konzern stelle menschenverachtende Technologien wie Atomkraft und Rüstungsgüter her.

Im Zusammenhang mit den Aktivitäten gewalttätiger Linksextremisten in der Anti-AKW-Bewegung ist die Siemens AG vor allem als Reaktorhersteller/-betreiber in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Für die am 8. Februar in Berlin unter Beteiligung auch niedersächsischer militanter Autonome durchgeführte „linksradikale Anti-

AKW-Demo“ unter dem Motto „Siemens abschalten!“ veröffentlichte „INTERIM“ in der Ausgabe Nr. 406 vom 30. Januar einen Mobilisierungsaufruf:

„Die Atomkraftwerke Osteuropas sind ein aktuelles Beispiel neuer 'Märkte'. Siemens steht für Modernisierung und Neubau Gewehr bei Fuß (...). Diese Allianz aus Politik und Kapital steht beispielhaft für die neue und deshalb neoliberale Version der HERRschaft von Profitinteresse über Mensch und Natur. Kampf der Politik von G 7 und Siemens!“

Die von einem Rat der Gnome im Sommer 1997 herausgegebene Druckschrift „Kampf dem Atomstaat – Dokumentation Sommer 97“ verdeutlicht den Symbolcharakter der Anti-Siemens-Kampagne:

„Siemens ist ein Symbol der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen wir leben. Eine ausbeuterische Produktionsweise verbündet sich mit einem patriarchalen Technik- und Wissenschaftsverständnis, ermöglicht die Profitraten im Energiegeschäft. Kapitalistische Verwertungsinteressen und rassistische Kolonialisierungspolitik gehen in den Uranabbaubetrieben Hand in Hand ...“

Das autonome Aktions- und Themenfeld „Kampf gegen die Umstrukturierung“ wurde deutlich in der Beteiligung autonomer Gruppen an der bundesweiten Aktionswoche gegen die „Verdrängung aus den Innenstädten“ vom 2. – 8. Juni. Die Aktionswoche beruhte auf einer Initiative von antirassistischen Initiativen aus mehreren deutschen, österreichischen und Schweizer Großstädten, die zu einem großen Teil der autonomen Szene zuzurechnen sind. Die Initiatoren wen-

den sich dagegen, daß Minderheiten aus Profitinteresse aus den Innenstädten vertrieben („Privatisierung öffentlicher Räume“) und damit Freiräume für eine Gegenkultur zerstört würden. Diese Politik der Ausgrenzung richte sich in erster Linie gegen „drogenbenutzende Menschen, MigrantInnen, Wohnungslose oder WagenburgbewohnerInnen“. An einer Veranstaltung zur Aktionswoche am 2. Juni in Hannover, zu der die Anti-EXPO-AG aufgerufen hatte, beteiligten sich ca. 30 Autonome.

In ihrer Novemberausgabe kommentierte die RAZZ die „Verdrängung aus den Innenstädten“ unter dem Stichwort „Völkischer Konsens Vertreibungspolitik“:

„(...) Abgesehen davon, daß die Passerellenordnung in nicht unerheblichen Maße Grundrechte über Bord wirft, knüpft sie an eine Tradition an, wie mit 'nutzlosen Essern' umzugehen ist. Diese Politik hat im Faschismus einen Höhepunkt erreicht.“

Ein weiteres Aktionsfeld der autonomen Bewegung bilden Aktivitäten gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. So verübten unbekannte Täter in der Nacht zum 7. November einen Brandanschlag auf das Arbeitsamt in Göttingen. Der entstandene Sachschaden betrug etwa 500.000 DM.

Bei Göttinger Journalisten gingen vierseitige Selbstbeziehungsschreiben ein. Darin werfen die Verfasser – sie nennen sich „Autonome, Göttingen“ – den Arbeitsämtern vor, sie seien weit davon entfernt, Arbeitsplatzvermittlung zu betreiben; statt dessen kontrollierten und schikanierten sie Arbeitslose. Die fortschreitende Verar-

mung erreiche immer breitere Bevölkerungsschichten, die Rotstiftpolitik werde durch die Spaltung in Arbeitende, Arbeitslose, Kranke, Behinderte, Ausländer und Flüchtlinge vorangetrieben. Derweil rieben sich kapitalstarke Unternehmen die Hände und maximierten ihre Gewinne:

„Die Arbeitsämter fungieren dabei als Instanz zur Isolierung der Arbeitssuchenden, zur Verhinderung von Selbstorganisationsansätzen und vor allem als Verwaltungsinstanz der Armut. Wir hoffen, dem Arbeitsamt Göttingen, das an all dem beteiligt ist, durch unsere Maßnahme eine Pause zum Umdenken verschafft zu haben. (...)

*Gegen das Europa der Bonzen und Reichen,
statt Teilen verbindet:
Reiche verschwindet!“*

In der Selbstbeziehung fällt die Formulierung „Pause zum Umdenken verschafft“ auf. Eine vergleichbare Wendung – „pause zum nachdenken verschaffen“ – findet sich in der Taterklärung einer Gruppe „AUTONOMES JUSTICE DEPARTMENT“ zu einem Brandanschlag auf das Gebäude des Amtsgerichts Göttingen am 15. Mai 1995.

Der Anschlag zeigt, daß sich im autonomen Spektrum Zusammenhänge etablieren, die Modelle des „Guerillakampfes“ – wie sie von den terroristischen RZ praktiziert wurden – propagieren und aus der „Legalität“ heraus militant „intervenieren“ („Feierabendterroristen“).

In Taterklärungen zu Anschlägen geben sie sich ständig wechselnde Aktionsnamen, um sich damit – wie sie formulieren – besser gegen „staatliche Repression“ zu schützen. Durch Übergriffe terroristisch operierender autonomer Gruppierungen (Brand- und Sprengstoffanschläge, Anschläge gegen Fernmelde- und Datennetze sowie Hochspannungsmasten, Anschlä-

ge mit Hakenkrallen/Wurfankern gegen Strecken der Deutschen Bahn AG) sind in den letzten Jahren bundesweit Sach- und wirtschaftliche Folgeschäden in vielfacher Millionenhöhe entstanden.

Aktionsfeld Internationalismus

Die Unterstützung des sogenannten Befreiungskampfes der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) war auch 1997 herausgehobenes Thema der Autonomen in dem Aktionsfeld „Internationalismus“. Die Hilfe für die PKK wurde vor allem durch sogenannte Kurdistan-Solidaritätsgruppen geleistet. Aber auch die peruanische MRTA (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru – Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) fand durch ihre spektakuläre Botschaftsbesetzung über vier Monate in Lima/Peru Unterstützung innerhalb des linksextremistischen Spektrums. Thematisiert wurden ebenfalls die baskische Terrororganisation ETA („Euskadi ta Azkatasuna“ – „Baskenland und Freiheit“) und die mexikanische „Zapatisten“-Bewegung (EZLN) im mexikanischen Bundesstaat Chiapas.

Seit dem 1993 ausgesprochenen Betätigungsverbot für die PKK engagieren sich deutsche Linksextremisten aus dem autonomen Spektrum und dem „Antiimperialistischen Widerstand“ in der Kurdistan-Solidarität. Ein zentrales Thema im Berichtszeitraum war dabei die propagandistische Begleitung von Strafprozessen gegen PKK-Aktivisten z.B. in Düsseldorf und Celle.

Insbesondere die Rolle der Bundesrepublik als angebliche Verbündete der Türkei im Kampf gegen das kurdische Volk wird immer wieder hervorgehoben. So heißt es in einem Flugblatt der „Kurdistan Solidarität Braunschweig“ vom September:

„Die BRD hat mit ihrer Politik einmal mehr ihre Unterstützung der Türkei beim Völkermord in Kurdistan gezeigt, zugleich macht sie damit deutlich, daß eine politische Lösung in Kurdistan ihrerseits nicht erwünscht ist.“

Man selber sehe in der Politik der kurdischen Befreiungsbewegung unter der Führung der PKK nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine Weiterentwicklung des Sozialismus und dadurch neue Hoffnungen im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung.

Neben der propagandistischen Unterstützung der Ziele der PKK gibt es seit geraumer Zeit bei deutschen Linksextremisten die Bereitschaft, aktiv für die PKK an den militärischen Aktionen im Osten der Türkei und im Nordirak teilzunehmen. Beispielhaft hierfür ist der Braunschweiger Autonome Jörg ULRICH. Er wurde im Dezember von Truppen der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) im Nord-Irak schwerverletzt gefangengenommen. ULRICH, der bereits in Deutschland Kontakte zur PKK geknüpft hatte, kämpfte auf der PKK-Seite gegen die mit dieser verfeindeten KDP. Die Betreuung durch offizielle deutsche Stellen lehnte ULRICH ab.

Das „Antifaschistische Plenum / Jugend Antifa Aktion (JAA)“ Braunschweig kritisierte in Anfang 1998 verteilten Flugblättern die Presseberichterstattung zu diesem Fall und Bündnis 90/Die Grünen:

„Jetzt hat die sogenannte 'Grüne-KDP-Connection' dafür gesorgt, daß der Fall über 'Focus' an die Öffentlichkeit kommt, bevor eine Übergabe oder ein Austausch unseres gefange-



**Hoch die internationale Solidarität!
Solidarität mit der PKK, ERNK, ARGK!
Offene Grenzen und Bleiberecht für alle!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Krieg dem imperialistischen Krieg!**

Kampagne Philipp Müller

Antifaschistisches Plenum &
Jugend Antifa Aktion (JAA)

organisiert in der



V.i.S.d.P.: August Merges, 38104 Braunschweig

nen Genossen erfolgen konnte. Maßgeblich beteiligt daran (...) ist der Bauminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Michael Vesper. (...) Mit ihrer Unterstützung für das Folterregime der KDP haben die Grünen gezeigt, daß sie bereit sind, alle vor sich her getragenen Prinzipien bedenkenlos über Bord zu schmeißen ..."

Am 17. Februar 1998 besetzten etwa 30 Personen das Gebäude der Bundesgeschäftsstelle der Partei Bündnis 90/Die Grünen in Bonn für ca. zwei Stunden. Während dieser Besetzung zeigten sechs Personen vor dem Gebäude ein Plakat mit der Aufschrift „Keine Unterstützung für das KDP Folterregime“. Darüber hinaus wurden Flugblätter und eine Pressemitteilung des Antifaschistischen Plenum aus Braunschweig verteilt.

PKK und KDP befinden sich als rivalisierende Kurdenorganisationen seit 1997

in einem kriegsähnlichen Zustand. Die Türkei betrachtet die KDP unter Führung von BARZANI als Bündnispartner im Kampf gegen die türkisch-kurdische PKK. Die KDP beherrscht das an die Türkei angrenzende kurdisch besiedelte Gebiet im Norden des Irak und hat somit ein gesteigertes Interesse, die PKK aus diesen Gebieten zurückzudrängen.

Im Zusammenhang mit der Besetzung der japanischen Botschaft in Lima/Peru durch ein Kommando der peruanischen Guerillaorganisation MRTA vom 17. Dezember 1996 bis zum 22. April, mit der inhaftierte MRTA-Angehörige freigeprüßt werden sollten, kam es insbesondere nach der Erstürmung der japanischen Botschaft zu zahlreichen Solidaritätsaktionen deutscher Linksextremisten. Autonome Gruppen/Hannover schrieben in der „RAZZ“ (Nr. 90, Mai 1997):

„Die Freiheit aller linken politischen Gefangenen weltweit bleibt unser

Ziel! Staatsterroristen wie Fujimori, Kohl, Kanther und wie sie alle heißen, lassen sich nicht mit guten Worten, Appellen oder Sitzblockaden aus dem Amt jagen. Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die mit der Waffe in der Hand für eine freie Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen.“

In derselben Ausgabe der „RAZZ“ findet sich eine Taterklärung „autonomer InternationalistInnen“, die sich zu der Zerstörung von Fensterscheiben an zwei Bankgebäuden in Hannover in der Nacht zum 25. April bekennen.

Das Internationalistische Bündnis Braunschweig propagierte in einem Flugblatt anlässlich einer Veranstaltung am 13. Oktober Solidarität mit der FAC-MLN (Breite Front für den Aufbau der Bewegung der nationalen Befreiung) – Mexiko -, einem mexikanischen Zusammenschluß von „EZLN (‘Zapatisten‘), der Guerilla EPR und anderen bewaffneten kämpfenden Gruppierungen“. Die Zustände in Mexiko werden von dem Braunschweiger Bündnis gleichgesetzt mit den Verhältnissen in Deutschland. In dem Flugblatt heißt es u.a.:

„In Mexiko wie in der BRD wurde bzw. wird die Gesellschaft einer tiefgreifenden Veränderung unterworfen. Durch graduell unterschiedliche Anwendung der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten wollen die Herrschenden die Spaltung der Menschen auf internationaler Ebene verfestigen. (...) Der Internationalisierung des Großkapitals müssen wir internationalen Widerstand entgegensetzen ...“

Der Kampf um soziale und politische Gerechtigkeit dürfe nicht mehr allein im jeweiligen Land geführt werden. Die Gleichsetzung der Verhältnisse von Mexiko und Deutschland bedeutet nach diesem Verständnis die Forderung nach Widerstand auch in Deutschland. In dem Flugblatt heißt es u.a.:

„Der Internationalisierung des Großkapitals müssen wir internationalen Widerstand entgegensetzen ...“

In diesem Sinne definiert sich das Internationalistische Bündnis Braunschweig wie folgt:

*„Wir sind verschiedene Gruppen aus Braunschweig,
– die gemeinsam das kapitalistische Weltsystem und insbesondere die Rolle der BRD untersuchen (...)
– und die dazu beitragen wollen, einen gemeinsamen Widerstand gegen Armut und jede Form der Unterdrückung zu entwickeln“*

Aktionsfeld Kampagne gegen Kernenergie und Atommülltransporte

Die Kernenergiepolitik ist seit Mitte der siebziger Jahre ein zentrales Thema der deutschen Innenpolitik. Zahlreiche Demonstrationen und Protestaktionen zeigen seither, daß ein gesellschaftlicher Konsens über die friedliche Nutzung der Atomenergie bis heute nicht besteht. Teile der Bevölkerung lehnen den Einsatz der Atomenergie ab, weil ihnen die mit der Nutzung verbundenen Risiken als nicht beherrschbar erscheinen. Dieses gespaltene Verhältnis der Bevölkerung zur Atompolitik spiegelt sich in den unterschiedlichen Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien wider.

Die Kernenergiepolitik ist zu einem Kristallisationspunkt einer nach ethischen und moralischen Kategorien geführten Debatte über die Grenzen des Fortschritts geworden. Geleitet von der Frage nach der Verantwortung des Menschen für die Schöpfung, werden

in diesem öffentlichen Diskurs Sinn und Zweck des Wirtschaftens und der westlichen Lebensweise thematisiert. Nicht in Zweifel gezogen wird dabei die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, die Debatte wird wesentlich sogar unter Berufung auf die im Grundgesetz konkretisierten Werte geführt. Es handelt sich um einen Grundsatzstreit über die künftigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zielgrößen im Rahmen der politischen Ordnung.

Von diesem gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu unterscheiden sind die Aktivitäten linksextremistischer Zusammenschlüsse, deren Positionen zur Atomenergiepolitik von einer grundsätzlichen Gegnerschaft zum politischen System bestimmt sind. Für autonome und anarchistische Gruppierungen symbolisieren Atomkraftwerke ein staatliches System, das auf die Beherrschung und Ausbeutung von Menschen ausgerichtet ist.

Im Widerstand gegen die CASTOR-Transporte kommt zum Ausdruck, daß die Autonomen sich mit ihren Aktionen bereits bestehenden Protestbewegungen anschließen. In diesem Sinne wird in einem von der „RAZZ“ (Nr. 95, November 1997) veröffentlichten Diskussionspapier zum Thema „Nix mehr – Kampagne gegen Atomtransporte“ ausgeführt:

„... (ist) die Anti-Castor-Bewegung in ihrer Gesamtheit keine linke, gar linksradikale Bewegung. Und doch trägt sie emanzipatorische Elemente in sich! (...) Aber selbst mit der Abschaffung aller Atomanlagen wäre (...) kein Frieden mit diesem Staat, dieser Gesellschaftsordnung gewonnen (...). Darum stellt sich für uns in erster Linie die Systemfrage und ist der Kampf um die Stilllegung aller Atomanlagen 'nur der Ansatz', mit dem wir Schritt für Schritt auf eine bessere, menschenwürdige,

herrschaftsfreie Gesellschaft zusteuern wollen.“

Für die unbekanntenen „VerfasserInnen“ geht es darum,

„... jede Menge Bruchstellen herauszuarbeiten, an denen wir die häßliche, menschenverachtende Fratze des entfesselten Kapitals freilegen können, die sich hinter der schönen, demokratischen Gutmenschenmaske des Systems verbirgt.“

In einem ähnlich argumentierenden, „Strategien des Anti-AKW-Widerstands“ überschriebenen Beitrag in der Berliner Schrift „INTERIM“ (Nr. 429, November 1997) werden die Bürgerinitiativen als spontane Zusammenschlüsse charakterisiert, die die Verhinderung eines bestimmten Projekts zum Ziel hätten. Sie entstünden aus direkter persönlicher Betroffenheit, nicht aus der Analyse der politischen Verhältnisse. Die Autonomen verstehen sich demgegenüber

„...als der militante Arm einer auf Ausstieg aus der Atomkraft gerichteten Bewegung. Auch die überspringende Militanz auf Teile der ansässigen Bevölkerung ist daher nicht mehr als eine symptom-bekämpfende Haltung. (...) Die andere Strategie, die wir für die einzig mögliche halten, lehnt diese Staatsform in ihrer Gesamtheit ab, da sie sie als unreformierbar ausbeuterisch erkannt hat. Sie will versuchen, die Kämpfe gegen Ausbeutung aus allen verschiedenen Bereichen zusammenzuführen.“

Äußerungen autonomer antifaschistischer Gruppierungen sind ein weiterer Beleg dafür, daß mit den Aktionen gegen die Atomindustrie systemübergreifende Ziele verbunden werden. In

der Schrift „WORT & TAT – Antifa Jugend Info Weser/Ems“ (März/April 1997) heißt es:

„Gorleben hat sich zum Kristallisationspunkt der Anti-AKW-Bewegung entwickelt, wo durchaus einzelne Siege über die Atomkonzerne zu erringen sind. Um allerdings die gesamte Atomindustrie zu bezwingen, muß die herrschende kapitalistische Ordnung in ihrer Gesamtheit überwunden werden.“

Taktik und Strategie des linksextremistischen AKW-Widerstandes

Aktionen linksextremistischer Atomkraftgegner richteten sich lange Zeit fast ausschließlich gegen Transporte von Castoren in das Zwischenlager Gorleben. Seit einiger Zeit werden die räumliche Ausweitung und die Intensivierung der Aktionen betrieben. Die Zeitschrift „RAZZ“ (Nr. 95/November 1997) begründete dies wie folgt:

„Doch reicht der jährliche Aufbruch von Protest und Widerstand ins Wendland keineswegs aus, um grundlegende Veränderungen herbeizuführen (...). Es wird in Lüchow-Dannenberg keine Entscheidungs-schlacht oder dgl. um das Atomprogramm geben. Aber das Wendland kann Ausgangspunkt für eine neue Runde im Kampf gegen die Atommafia werden. Dafür muß die Fixierung auf Gorleben überwunden werden.“

Folgerichtig sind militante Atomkraftgegner über das Wendland hinaus bundesweit gegen eine Vielzahl unterschiedlicher Zielobjekte vorgegangen. Dabei handelt es sich um Standorte

von Kernkraftwerken, Verkehrswege zwischen Kernkraftwerken und Zwischenlagern sowie Verkehrsverbindungen zwischen Kernkraftwerken und den Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague (Frankreich) und Sellafield (England). Als Zielobjekte von militanten Aktionen in Frage kommen darüber hinaus Firmen bzw. Institutionen, die sich in den Bereichen Atomforschung und Atomtechnologie betätigen, wie z.B. die Siemens AG.

Taktisches Ziel ist es, den finanziellen Aufwand für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen bei der Durchführung von CASTOR-Transporten durch militante Aktionen in eine wirtschaftlich nicht mehr vertretbare Höhe zu treiben. Insbesondere die Anlagen und Züge der Deutschen Bahn AG sollen angegriffen werden. In einer zweiseitigen Sonderausgabe von „INTERIM“ vom Juni heißt es zum „Widerstand in und um das Wendland“:

„Dazu gehört eben auch die Sabotage von Bahnanlagen: sei es das Demonstrieren und Zersägen von Schienensträngen entlang der Castor-Transportstrecke, als auch das Durcheinanderbringen des Fahrplans der Bahn durch das Einsetzen von Wurfankern auf Oberleitungen.“

Zur Strategie der linksextremistischen Kernkraftgegner gehört es ferner, Polizeikräfte durch bundesweite Aktionen vor Ort zu binden. In einem u.a. vom Anti-Atom-Plenum Göttingen unterzeichneten Beitrag aus einer im Januar in Göttingen festgestellten Informationsschrift unter der Überschrift „Noch teurer, noch querer – Ökologische Standortsicherung in Dannenberg“ hieß es:

SCHAFFT ZWEI, DREI, VIELE GORLEBEN !

Es gilt, den Castor im Vorfeld zu verhindern! Darum ist es notwendig, den erforderlichen Aktivitäten der nächsten Wochen und Monate eine gemeinsame Richtung zu geben. Denn die Vielfalt und Breite der Bewegung kann sich nicht allein auf Aktionen gründen, die lediglich von einzelnen Strömungen oder Kleingruppen getragen werden. Es bedarf eines gemeinsamen Zieles: Dies sehen wir in der Bahnstrecke Uelzen-Dahnenberg. Diese Strecke, über die ja die beiden ersten Transporte ins Wendland gelangten, ist zwischenzeitlich für jedweden Zugverkehr stillgelegt. Damit ist eine Situation gegeben, wie sie auch auf den letzten Metern vor dem Verladekran gegeben ist: Die Gleise dienen nur noch zum möglichen Transport von Atommüll. Folglich ist es nur konsequent, den Aktionsradius auf die gesamte Strecke auszudehnen. Das Ziel dieser gemeinsamen Aktivitäten besteht in einer Aneignung der Strecke. Diese kann auf sehr unterschiedliche Art und Weise erfolgen. Von regelmäßigen Bahnspaziergängen über die Umnutzung des Gleiskörpers bis hin zu dessen völliger Demontage kann die Palette reichen. Öffentliches Zersägen der Gleise kann hier genauso erfolgen wie das teilweise schon erfolgte nächtliche. Keine Bahn zum Castor-Kran heißt an dieser Stelle, daß die Strecke für den nächsten Transport nicht zur Verfügung steht und kurzfristig dafür auch nicht wieder hergerichtet werden kann. Hier kann also praktisch demonstriert werden, daß die Bewegung sich nicht spalten läßt und nach wie vor zum gemeinsamen, zielgerichteten Handeln bereit und in der Lage ist.

Doch es gilt auch, daß sich die Anti-AKW-Bewegung im Abwehrkampf gegen den Castor nicht erschöpft. Es wird zunehmend dringender darüber hinausgehende Impulse zu setzen, ohne die bisherigen Orientierungen aufzugeben. Angriffe auf die Bahn oder andere vom Atomgeschäft profitierenden Firmen können auch im Zusammenhang mit anderen Transporten erfolgen. Überdies sollten alle anderen Atomtransporte unsere verstärkte Aufmerksamkeit finden. Denn sie stellen den Lebensnerv dieser menschenverachtenden Technologie dar. Ohne sie wäre keine einzige Atomanlage in Betrieb. Darum rufen wir dazu auf, wo immer es möglich ist, diese ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren und mit den bewährten Mitteln, in dem von uns anerkannten Rahmen, keine Menschen zu gefährden, anzugreifen. Wir halten es dabei für unerheblich, ob es sich dabei um Transporte von Uranerz, -hexafluorid, unbestrahlten Brennelementen oder um sog. Castor-Transporte handelt. Genausowenig spielt dabei eine Rolle ob es sich um nationale oder internationale, um Transporte von oder zu einer bestimmten Atomanlage handelt. Wenn Staat und Atomwirtschaft nicht mehr wissen, ob es besser ist diesen oder jenen Transport zu schützen, dann wird dies auch konkrete Auswirkungen auf den Standort Gorleben haben. Hier ist ein Kristallisationspunkt, diesen sollten wir nutzen, nicht um hier die unmögliche Entscheidungsschlacht gegen die Nutzung der Atomenergie zu schlagen, sondern um uns von hier aus auf den Weg zu machen. „Schritt für Schritt ins Paradies“...



„Blockaden und Gleisbesetzungen in allen Städten an der Strecke verdeutlichen einmal mehr den breiten Willen, keinen weiteren Castor zuzulassen. Deshalb erscheint es sinnvoll, daß Göttinger AtomkraftgegnerInnen nach dem Wochenende im Wendland wieder nach Göttingen fahren, um sich nach einer kurzen Zeit der Regeneration hier vor Ort querzustellen. Zum einen werden damit die Polizeikräfte auch hier gebunden und können nicht alle im Wendland eingesetzt werden.“

Unter dem Motto „Mehrgleisig gegen den Strom“ fand in der Zeit vom 24. bis 26. Oktober die „Anti-Atom-Herbstkonferenz“ in Göttingen statt, zu der u.a. das „Anti-Atom-Plenum“ Göttingen eingeladen hatte. Neben zahlreichen Vertretern demokratischer Organisationen waren auch gewaltbejahende Autonome anwesend. Die Einladung war in der „INTERIM“ Nr. 432 vom 18. September veröffentlicht worden. Es hieß:

„Gegen den Strom kämpfen wir in zweierlei Hinsicht: gegen den Strom an sich und gegen die herrschende gesellschaftliche Struktur, die diese Energieform weiter fördert.“

Die Vielfalt des Widerstands reiche vom Beten am Bauzaun von Atomanlagen bis zur „offensiven Behinderung“ von Atommülltransporten. Die unterschiedliche Ausrichtung des Widerstands mache es immer wieder notwendig,

„...über gemeinsame Strategien zu diskutieren, Perspektiven zu finden, über Interessengegensätze zu streiten und Wege des gemeinsamen Handelns (...) zu finden.“

Das Anti-Atom-Plenum Göttingen ist der gewaltbejahenden autonomen Strömung innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zuzurechnen. Unter der Parole „Ob gewaltfrei oder militant – wichtig ist der Widerstand!“ rechtfertigt es unterschiedliche „Widerstands-

formen“ bis hin zu Hakenkrallenschlägen gegen Strecken der Deutschen Bahn AG („Göttinger Drucksache“, Nr. 247 vom 25. Oktober 1996).

Gewaltaktionen militanter Kernkraftgegner³⁶

Am 15. Februar protestierten 1.500 Kernkraftgegner anlässlich eines „Schieneaktionstages“ im Raum Zernien/Hitzacker (Wendland) gegen den für Anfang März geplanten 3. CASTOR-Transport nach Gorleben. Einige hundert militante – teilweise verummte – Kernkraftgegner verübten unter dem Motto „Entwidmung jetzt“ zahlreiche Gewaltakte an der für den Personenverkehr stillgelegten Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg; u.a. wurden Schienen angesägt, Betonschwellen entfernt, Telegrafmasten gefällt, Schotter abgetragen und Barrikaden errichtet, Polizeibeamte mit Zwillen beschossen und mit Schottersteinen beworfen. Zu dem Aktionstag war bundesweit mobilisiert worden; u.a. hatte ein Personenzusammenschluß unter der Bezeichnung Republik Freies Wendland zur Teilnahme an entsprechenden Aktionen aufgerufen. Ziel des Aktionstages war es, die Bahnstrecke für den geplanten CASTOR-Transport durch als „Ziviler Ungehorsam“ verharmloste Gewaltakte unbenutzbar zu machen.

Die verschiedenen Tatbekennungen sind Ausdruck der von den militanten

³⁶ Ausführlich sind linksextremistische Aktivitäten gegen den CASTOR-Transport im letzten niedersächsischen Verfassungsschutzbericht auf den Seiten 81 ff dargestellt.

Atomkraftgegnern verfolgten Strategie, auf den Ausstieg aus der „Atomindustrie“ hinzuwirken, indem durch Aktionen die Kosten in für den Staat unakzeptable Höhen getrieben werden:

„Solange in diesem Land die Atomkraft weiter gefördert wird, sei es zu Profitmaximierung oder zum möglichen Atomwaffenbau und solange die Deutsche Bahn Teil des Systems ist, das dazu beiträgt, werden wir auch in Zukunft an von uns bestimmten Orten und Zeiten Aktionen gegen die Bahn führen (...).“

„Unser Angriff gegen die Infrastruktur der Atommafia ist nicht nur ein Angriff gegen CASTOR-Transporte, sondern ein Zeichen, mit dem vorherrschenden profitorientierten Denken in unserer Gesellschaft zu brechen.(...)“

„Im Vorfeld eines neuen geplanten Castor-Transportes werden dadurch die Schäden wieder in Millionenhöhe gehen! (...) DB und Atommafia angreifen! Auf nach Ahaus!“

Graswurzelbewegung

Für die in der anarchistischen Graswurzelbewegung zusammengeschlossenen Gruppen und Personen ist der „massenhafte zivile Ungehorsam“ die „spezifische Waffe“ gegen den demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland. Zu diesem zivilen Ungehorsam gehören nach ihrer Ansicht „Boykottaktionen, massenhafter Bruch von Gesetzen, Sabotage, Massenstreiks bis zum Generalstreik, Kriegsdienstverweigerung mit dem Ziel der Zerset-

zung der Machtzentren, insbesondere der bewaffneten Streitkräfte“. Statt des „Zwangsapparates Staat“, dem vorgeworfen wird, „sämtliche Lebensbereiche zum Gegenstand seiner Eingriffe“ zu machen und der „zu bürokratisch-industriellen Formen der Massenvernichtung fähig“ sei, wollen die Anhänger der Graswurzelrevolution „Eigentumsmonopole und Nationalstaaten durch die Selbstorganisation der Gesellschaft und föderalistische Organisationen ersetzen“.

Die Zeitschrift „graswurzelrevolution – für eine gewaltfreie, herrschaftsfreie Gesellschaft“ mit Redaktionssitz in Oldenburg versteht sich als Diskussionsforum unterschiedlichster anarchistischer Strömungen. Mit der in jeder Ausgabe dokumentierten Eigendefinition des Begriffes „Graswurzelrevolution“ verdeutlicht die Redaktion die Ziele der „Graswurzelbewegung“:

„Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. (...) Wir streben an, daß Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden. (...) Unsere Ziele sollen – soweit es geht – in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden. Um Herrschafts- und Gewaltstrukturen zurückzudrängen und zu zerstören, setzen wir gewaltfreie Aktionsformen ein. In diesem Sinne bemüht sich die anarchistische Zeitung Graswurzelrevolution, seit 1972, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreiten und weiterzuentwickeln.“

Die von der Graswurzelbewegung propagierte Gesellschaftsordnung bein-

haltet vor allem die Ablehnung des Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland:

„Die politische Organisationsformen der Herrschenden (Bürokratie, Parlament, Partei) sind keine Formen der Freiheit und widersprechen den Inhalten, für die wir uns einsetzen. (...) Heute ist für die Regeneration einer abgestorbenen Gesellschaft (...) eine Aktivität notwendig, die erst die Grundlage für erfolgreiche Kämpfe schafft: Entwicklung von Selbstbewußtsein und Solidarität, von sozialer Phantasie, Klarheit der Ziele. (...) Die große Hoffnung und der eigentliche Sinn der AnarchistInnen ist es, mit der sozialen Revolution alle autoritären Konzeptionen zum Scheitern zu bringen.“

Als demokratische Alternative zum Wahlsystem wird die „Demarchie“ angeboten.³⁷ Dabei handelt es sich um Entscheidungsgremien, „die nach dem Zufallsprinzip aus der Menge derer, die sich bereit erklären, in diesem Bereich mitzuarbeiten“, zusammengesetzt sind. Die Entsendung in diese Gremien würde per Losentscheid vorgenommen werden.³⁸

Während über die Form einer neu zu schaffenden Gesellschaftsordnung durchaus Differenzen bestehen, herrscht weitgehend Konsens über die Ablehnung „unmenschlicher Herr-

schaftsformen“, als deren Symbole neben der Atomenergie das Militär und die Gentechnik betrachtet werden. Diese Themenfelder sind zugleich Kristallisationspunkte für den von den Gruppen der „Graswurzelrevolution“ propagierten „gewaltfreien Widerstand“. Unter „gewaltfreiem Widerstand“ wird allerdings nur die Ablehnung menschenverletzender Gewalt verstanden. Gewalt gegen Sachen und Formen der Sabotage werden als politisches Mittel befürwortet. Dabei achten allerdings die Anhänger der Graswurzelidee darauf, daß Gewalt gegen Sachen vermittelbar bleibt:

„Aktionen, die nicht öffentlich stattfinden, sind jedoch immer mit wesentlichen Nachteilen verbunden: Zum einen führt die Konspirativität zur ‚Gefahr der Selbstisolierung‘ von der sozialen Bewegung, in die die Gruppe eigentlich eingebunden sein sollte. Konspirativität steht im Widerspruch zur notwendigen Offenheit gegenüber neuen AktivistInnen, da es sich ja bei jede/m um ein/e Spitzel/in handeln könnte. Je nach Art der Aktion stellt sich auch die Frage der Vermittelbarkeit.“

„Schienendemontagen“, an denen sich hunderte von Demonstranten beteiligen, werden aktiv unterstützt:

„Für die Polizei ist es in solchen Situationen erfahrungsgemäß selbst mit einem Großaufgebot nicht möglich, die Demontagen vollständig zu verhindern. Denn die TeilnehmerInnen der Aktion sind zwar freundlich gegenüber der Polizei, ignorieren aber einfach deren Anordnungen. Und auch die Drohung mit Festnahmen wirkt nicht, wenn genügend

³⁷ Offenbar ein Kunstwort gebildet aus *demos* (Volk) und *-archie* (Herrschaft).

³⁸ „Wer wählt, hat die eigene Stimme bereits abgegeben!“, Sonderheft zur Kritik der parlamentarischen Demokratie, herausgegeben von der „Graswurzelrevolution“, S. 82.

Menschen den Entschluß gefaßt haben, diese in Kauf zu nehmen.“
(graswurzelrevolution Nr. 221, September 1997)

Neben Aktionen gegen die Kernenergie wird Widerstand gegen die Bundeswehr propagiert. So wurde in der März-Ausgabe (Nr. 227, 1998) der „graswurzelrevolution“ gegen die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr agitiert. Kernstück der out-of-area-Kräfte, so heißt es in einem Beitrag, sei das „Kommando Spezialkräfte“ in Calw. Diese Elitetruppe werde darauf vorbereitet, jederzeit kurzfristig eingreifen zu können. Die Erfahrungen des letzten Golfkrieges zeigten, daß aber auch andere Truppenteile schnell betroffen sein könnten. Damals habe die Türkei den „NATO-Fall“ ausgerufen, deutsche Flugzeuge seien in die Türkei verlegt worden. Unter der Überschrift „Sozialer Angriff auf die Bundeswehr“ werden mehr als 80 Verbände/Einheiten der Krisenreaktionskräfte mit Angaben zu den jeweiligen Stationierungsorten aufgeführt. Die Aufstellung, so heißt es, biete „Ansatzpunkte für direkte gewaltfreie Aktionen“.

Der Begriff „direkte gewaltfreie Aktionen“ wird wie folgt erläutert:
„Die Diskussion um legitime ‘Gewalt gegen Sachen’ ist innerhalb der gewaltfreien Bewegung schon alt. (...) ‘Gewalt’ ist etwas, das Menschen angetan werden kann. (...) Sachen dagegen können keine Gewalt erleiden. (...) Sabotage war von Beginn an ein Bestandteil gewaltfreier Aktionen. (...) Es geht also bei der Diskussion um Sabotage innerhalb der gewaltfreien Aktionstheorie nicht um das ob, sondern um das

wann und wie.“

(graswurzelrevolution, Nr. 224, Dezember 1997)

Die Liste der Stationierungsorte wurde – der Zeitschrift zufolge – dem Buch „Die neue Bundeswehr – Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg?“ entnommen, das im Jahr 1997 in dem trotzkistisch orientierten Neuen ISP Verlag in Köln erschienen ist.

Unter der Zwischenüberschrift „Das Kommando der Streitkräfte als Symbol für die neue Bundeswehr angreifen“ betont der Autor:

„Politisch müssen wir versuchen, diese Elitetruppe zu verhindern und zu behindern. Durch eine Konzentration auf dieses Spezialkommando könnte es möglich sein, die tatsächliche Einsatzbereitschaft der Bundeswehr direkt zu treffen.“

Seit geraumer Zeit schon engagiert sich die Graswurzelbewegung gegen die Gentechnik. So rief ihre Zeitschrift „graswurzelrevolution“ (Nr. 218) im April unter den Überschriften „Rauf auf den Acker – Ran an die Konzerne“ und „Tatort: Acker“ erneut zu Aktionen gegen durch das Gentechnikgesetz geregelte Freilandversuche auf. Unter Hinweis auf den im vergangenen Jahr „vielerorts erfolgreich gewaltfrei geleiteten Widerstand“ warb das Blatt für „Konkrete Aktionen“ gegen die im Frühjahr geplanten Freisetzungversuche. Gleichzeitig wurde eine Karte des Bundesgebietes mit eingezeichneten Versuchsflächen veröffentlicht.

Rote Hilfe (RH)

| | | |
|--------------|---|-------|
| Sitz | | |
| Bund: | Kiel | |
| Mitglieder | | |
| | 1996 | 1997 |
| Bund: | 2.300 | 3.000 |
| Land: | | 250 |
| Publikation: | Die Rote Hilfe (Auflage 3.000 Exemplare vierteljährlich) | |

Die „Rote Hilfe“ e.V. (bis 1986 „Rote Hilfe Deutschland“ – RHD) versteht sich als Rechts- und Hafthilfeorganisation in der Tradition einer gleichnamigen, kommunistisch dominierten Gruppierung der Weimarer Republik. Eigenen Angaben zufolge hatte die RH 1997 bundesweit etwa 3.000 Mitglieder, die in ca. 30 Orts- und Regionalgruppen bzw. über Kontaktadressen organisiert sind. Im Berichtszeitraum war ein deutlicher Mitgliederzuwachs insbesondere durch Linksextremisten aus dem militanten autonomen Spektrum zu registrieren. Zur RH gehören u.a. sogenannte Knast-Gruppen sowie autonome Gruppen. Bis Mitte der achtziger Jahre war die RH stark von der ehemaligen KPD/ML beeinflusst.

Der Bundesvorstand der RH hat seinen Sitz in Kiel. In Niedersachsen bestehen u.a. Ortsgruppen in Braunschweig und Göttingen. Von besonderer Bedeutung ist die Ortsgruppe Göttingen, der ca. 200 Mitglieder vor allem aus dem autonomen Umfeld angehören. Die Braunschweiger Ortsgruppe umfaßt ca. 50 Mitglieder. Auch hier bestehen Verbindungen zur autonomen Szene.

Die RH gibt Flugblätter und diverse Informationsbroschüren zu bestimmten Anlässen und Fragestellungen heraus. Eine Sonderpublikation zum Thema „20 Jahre Stammheim“ widmet sich aus linksextremistischer Sicht der Auf-

arbeitung der „Geschichte von Widerstand und Repression in der BRD“. Organ der RH ist die Mitgliederzeitung „Rote Hilfe“, die vierteljährlich in einer Auflage von 3.000 Exemplaren herausgegeben wird.

Die RH ist nach eigenem Verständnis „eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“. In ihrer Satzung heißt es:

„Die Rote Hilfe wird auch in Zukunft (...) denjenigen unsere Solidarität entgegenbringen und sie nach Kräften unterstützen, die für ihre politische Arbeit und Überzeugung von Repression betroffen sind. Dies sind Grundsätze, die auch in Zukunft unsere Politik prägen werden. Die Rote Hilfe ist dabei nicht unpolitisch, sondern leistet auf ihre Weise politische Arbeit im Kampf gegen staatliche Repression. (...) So ist wohl die wichtigste Aufgabe der Roten Hilfe die konkrete finanzielle Unterstützung bei Anklagen und Prozessen. Unsere Mitgliedsbeiträge verwenden wir zum allergrößten Teil für die Übernahme von Prozeß- und Anwaltskosten.“



**DIE
ROTE
HILFE**

Vorwärts und nicht vergessen,
worin unsere Stärke besteht,
beim Hungern und beim Essen,
vorwärts, nie vergessen,
die Solidarität

Aus dem Kampf gegen die „staatliche Repression“ abgeleitete Aktionsfelder der RH sind Antifaschismus, Antirassismus, Antimilitarismus, Antikapitalismus und Antiimperialismus. Im Mit-

telpunkt der „antiimperialistischen“ Aktivitäten der RH steht die Unterstützung der PKK. Prozeßkostenhilfe wurde 1997 in erster Linie autonomen Gruppen und im Widerstand gegen die Kernenergie aktiven Linksextremisten zuteil. Selbsteinschätzung und Aktionsfelder bringen die Ablehnung des als repressiv bewerteten politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck.

Marxisten-Leninisten

Kommunistische Plattform der PDS (KPF)

| | | |
|-----------------|--|-------|
| Sitz | | |
| Bund: | Berlin | |
| Niedersachsen: | Braunschweig | |
| Bundessprecher: | Erika BAUM, Ellen BROMBACHER, Thomas HECKER, Heinz MAROHN, Friedrich RABE | |
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | 5.000 | 2.500 |
| Niedersachsen: | 25 | 25 |
| Publikationen: | Mitteilungen der KPF der PDS (erscheinen monatlich) | |

Die KPF wurde am 30. Dezember 1989 von Kommunisten innerhalb der damaligen SED-PDS (seit 16./17. Dezember 1989) und späteren Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) (seit 24./25. Februar 1990) als eigenständiger Zusammenschluß gegründet. Die Konstituierung erfolgte unter Beachtung des Parteistatuts, nach dem innerhalb der PDS Zusammenschlüsse gebildet werden können, die die programmatische Arbeit der Partei und ihre Strukturen unterstützen.

Die KPF verfügt entsprechend ihrer Satzung über einen Bundeskoordinierungsrat und einen Sprecherrat sowie Gliederungen auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene mit eigenen Organen. Die Zahl ihrer Mitglieder wird auf 2.500 geschätzt. Eigenangaben vom April 1996, wonach der KPF ca. 5.000 Mitglieder angehören sollen, dürften weit überhöht sein. In den alten Bundesländern unterhält die KPF bislang in Bremen, Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg eigene Strukturen. Sie ist somit in 12 Bundesländern vertreten.

Organisatorischer Schwerpunkt des seit November 1995 bestehenden, 25 Mitglieder starken niedersächsischen

Landesverbandes der KPF ist Hannover. In Göttingen ist ein Funktionär der KPF sowohl im Stadtrat als auch im Kreistag vertreten. Der Einfluß der KPF auf den PDS-Landesverband (ca. 300 Mitglieder) dokumentiert sich in der Präsenz ihrer Mitglieder auf verschiedenen Organisationsebenen: die KPF stellt zwei Funktionäre, Carsten MATTHIAS und Monika WINDHORN im neunköpfigen Landesvorstand, vier Mitglieder des 12 Personen zählenden Landeswahlausschusses und ist im Bundesparteirat mit einem Funktionär, Frank FLEGEL, vertreten. Die Monatsschrift „offensiv“ firmiert zwar als „Sozialistisches Monatsblatt der PDS Göttingen und Hannover“, für die Redaktion und Geschäftsführung aber sind drei KPF-Funktionäre aus Hannover verantwortlich.

Innerhalb der PDS, die sich als linke Strömungspartei für unterschiedliche sozialistische Kräfte versteht, reklamiert die KPF für sich die Rolle eines kommunistischen Korrektivs. Äußerungen des Vorsitzenden der PDS, Lothar BISKY, in einem Gespräch mit dem Organ der DKP „Unsere Zeit“ (vom 5. September) machen deutlich, daß sie sich hiermit nicht außerhalb des Grundkonsenses der Gesamtpartei bewegt:

„Die Kommunistische Plattform in unseren Reihen ist ein wichtiger Bestandteil der PDS. Und kein Mensch (...) denkt daran, diese Plattform zu verteufeln oder gar aus der Partei entfernen zu wollen. Es ist aber doch normal, wenn es um den Weg zu einer gerechten Gesellschaft, in der Einschätzung der bestehenden Gesellschaft und in der Analyse unterschiedliche Ansätze gibt. Der eine setzt eben da mehr auf Klassen-

kampf, teilweise noch auf Weltrevolution, und ein Großteil der PDS und ihrer Mitglieder will auf diese Gesellschaft nicht vom Rande aus einwirken, sondern sich mitten in sie hinein begeben und sozialistisch und demokratisch wirken.“

Revolutionäres Handeln setzt nach dem Verständnis der KPF revolutionäre Situationen voraus. Da eine revolutionäre Situation derzeit jedoch nicht gegeben sei, müsse sich „sozialistische Politik (...) darauf konzentrieren, Abwehrkämpfe gegen den modernen Manchesterkapitalismus zu führen“, ohne die systemüberwindende Perspektive aufzugeben:

„Auf Evolutionäres in der Gegenwart zu setzen, heißt für uns allerdings nicht, unseren Frieden mit dem System zu machen. (...) Es geht darum, Ansprüche an dieses System zu artikulieren, die die Potenz in sich bergen, Menschen für deren Realisierung zu mobilisieren und – solange das nur in sehr begrenztem Umfang gelingt – doch zumindest vielen zunächst die Grenzen des Systems aufzuzeigen.“

(Referat des Sprecherrats der KPF, abgedruckt in den „Mitteilungen der KPF der PDS“, Heft 12/97)

In taktisch-strategischer Hinsicht hat die Zusammenarbeit mit der außerparlamentarischen Opposition für die KPF entscheidende Bedeutung:

„Wenn jedoch außerparlamentarische Bewegung und parlamentarische Rolle einer linken Partei in einem zunehmenden Mißverhältnis zuungunsten der außerparlamentarischen Opposition stehen, sind die parlamentarischen Bewegungsspiel-

räume mehr als gering und die Möglichkeiten gar, in einer Regierung etwas zu bewirken, so begrenzt, daß der Verschleiß die produktiven Möglichkeiten bei weitem überflügeln würde. Grundvoraussetzung für linke Regierungsbeteiligung sind Massenbewegungen.“
(Heft 12/97, a.a.O.)

Eng verknüpft mit dieser außerparlamentarischen Perspektive sind Bestrebungen der KPF, die „Zersplitterung der Linken“ zu überwinden. In diesem Sinne faßten Vertreter der KPF, der DKP, der KPD, des Marxistischen Forums der PDS, des Forums West (Berlin) und des Offenen Kommunistischen Forums (Hamburg) auf einer Tagung am 28. Juni den Beschluß, über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr Inhaltskonferenzen anzubieten. Eine von den genannten Organisationen getragene erste Veranstaltung dieser Art fand am 9. November in Magdeburg statt.

Die DKP wird von der KPF als natürlicher Bündnispartner betrachtet. Kontakte bestehen auf allen Organisationsebenen. So nahm beispielsweise das Mitglied des DKP-Bundesvorstandes, Nina HAGER, an der 1. Tagung der 8. Bundeskonferenz der KPF am 8. März in Berlin teil. Auf der anderen Seite wohnten Vertreter der KPF der Mitgliederversammlung der DKP-Bezirksorganisation Niedersachsen bei.

Einige Funktionäre der KPF Hannover gehören zu den Initiatoren und Erstunterzeichnern eines „Aufrufs zur Gründung eines Anti-Imperialistischen Forums (AIF) in Deutschland“. Am Gründungskongreß, der am 7. und 8. Juni in Hannover stattfand, nahmen

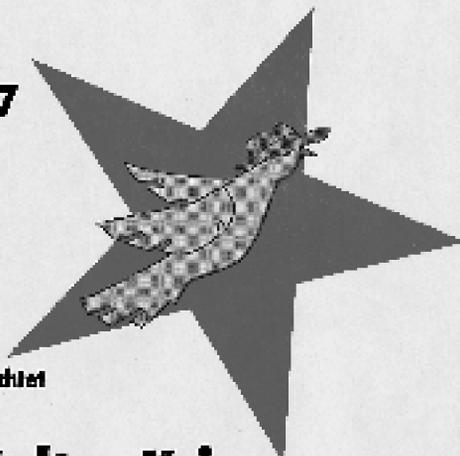
überwiegend Funktionäre der DKP und der KPF teil. Dem zehnköpfigen Vorstand gehört als Verantwortlicher für politische Bildung ein KPF-Mitglied aus Hannover an. Das Dokument „Grundlagen des Anti-Imperialistischen Forums und Thesen zum deutschen Imperialismus“ vom Juni 1997 bringt das Selbstverständnis dieses Forums zum Ausdruck:

„Wirksamer Widerstand gegen die Weltmacht-Strategien des deutschen Imperialismus muß zuerst auf die wirtschaftliche, strategische und ideologische Kriegsvorbereitung durch die eigene Regierung aufmerksam machen und ihr den antimilitaristischen Kampf entgegensetzen.“

(...) Somit ist die Aufgabe der Stunde, jetzt und heute eine mächtige antiimperialistische Volksbewegung überall auf der Welt aufzubauen, um den imperialistischen Intrigen, der Einmischung, der Intervention und den Kriegsplänen Einhalt zu gebieten. Dies wird zur Geburt einer militanten Friedensbewegung führen, die nötig ist für die Emanzipation der arbeitenden Menschen der Welt.“

Samstag, 13. 12. 1997
14 Uhr
FZH Linden
Windheimstraße 3
Raum 9

Dietrich W. Feuerstein, München
Einem, der vom Selbstverständnis
Kandschafter des Friedens war, berichtet



Rüstung und Kalter Krieg - Friedensarbeit oder "Spionage"

Die DDR-Auslandsaufklärung
im Spannungsverhältnis zwischen "Kaltm Krieg",
Nachrüstung und internationaler Friedensbewegung

Das sind biographische Erzählungen von
Dietrich W. Feuerstein:
1972 wurde er als 17-jähriger Mitarbeiter
für BVA des MfS und der NVA der DDR.
Als wichtigste Aufgabe der Jungmänner
Bund beginnt er seine "Kandschaf-
kandidat".

Über sechs Jahre arbeitete er als Ingeieur
für Luft- und Raumfahrtstechnik bei BVA in
Helmstedt, wo er an der Entwicklung des
Fernsprechs, des bis zum "Wiedervereinigung".
Joch Verort als "Überläufer" wird er im
Oktober 1990 enttarnt und inhaftiert.
Das Material, das er der DDR zur Verfügung
stellen konnte, unterliegt auch heute der
Zensurkontrolle.

Das Prozed. machte der Staatsschutz deutlich,
daß der Kandidat der NVA W. Feuerstein
mit seinen Informationen das "Mittelglied" der
effizienten Verteidigung "gubrochert" hatte.
Der überaus junge Kandidat, der sich ein für seinen
Aktivismus nicht und zu keinem Zeitpunkt
Kandidat war, wurde zu acht Jahren Gefängnis
verurteilt.

Feuerstein, der spannend, faszinierend und deshalb
credibel kam, wird aus dem Alltag eines Kan-
dschafter über die Strukturen der bundesdeutschen
Dienstgeheimhaltung berichtet und fragt aus dem
Publikum - so weit möglich - beantwortet.
Wer nachher über - das auch für einen Kandidat -
ungewöhnlichen Lebensweg erfahren möchte,
ist herzlich eingeladen.

Türveranstalter
DKP SDAJ

AG Antimilitarismus
und KPF

PDS
Hannover

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

| | | |
|----------------------|---|-------|
| Sitz | | |
| Bund: | Essen | |
| Niedersachsen: | Hannover | |
| Vorsitzende | | |
| Bund: | Heinz STEHR | |
| Niedersachsen: | Peter DÜRRBECK | |
| Mitglieder | | |
| | 1996 | 1997 |
| Bund: | 6.250 | 6.200 |
| Niedersachsen: | 420 | 420 |
| Publikationen | | |
| Bund: | Unsere Zeit (UZ) (erscheint wöchentlich, Auflage ca. 9.000) | |
| Niedersachsen: | verschiedene lokale Blätter wie Hannoversches Volksblatt oder Die Rote Spindel | |

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 von früheren Funktionären der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gegründet. Programmatisch und ideologisch ordnete sich die mit hohen Millionenbeträgen von der DDR unterstützte Partei den Vorgaben der KPdSU bzw. der SED unter. Das Ende der DDR markierte für die DKP eine Zäsur. Äußeres Zeichen dafür war ein drastischer Mitgliederverlust – Mitte der achtziger Jahre hatte die DKP nach Eigenangaben noch 50.000 Mitglieder – und eine organisatorische Krise. Trotz ihrer früheren Mitgliederstärke ist die DKP bei Wahlen nur selten erfolgreich gewesen, ausgenommen einige regionale Schwerpunkte wie das niedersächsische Nordhorn.

In der DKP sind mehr als 6 200 Mitglieder organisiert, davon etwa 420 in Niedersachsen. Nach Gründung der Bezirksorganisation Brandenburg im November ist die Partei in 14 Bezirksorganisationen gegliedert, davon 12 in den alten Bundesländern, eine weitere in Berlin. Im April wurde das Berliner

Büro der DKP, das zugleich den Parteivorstand und die Redaktion des Parteiorgans Unsere Zeit (UZ) beherbergt, eröffnet.

Finanzielle Schwierigkeiten veranlaßten die DKP zu äußerster Sparsamkeit und Spendenaufrufen, um ein Minimum an hauptamtlicher Tätigkeit zu realisieren und die weitere Herausgabe ihres Parteiorgans UZ zu sichern. Trotz einer Kampagne zur Werbung neuer Abonnenten sank die Auflage der UZ von 9.305 Exemplaren im Januar 1997 auf 8.824 Exemplare im Januar 1998.

Programmatisch versteht sich die DKP weiterhin als eine „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“. Sie bekennt sich zum Marxismus-Leninismus und strebt eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an. Ähnlich wie die KPF dogmatisiert die DKP die Analysen der Klassiker des Kommunismus Marx, Engels und Lenin, ohne auf die veränderten historischen Rahmenbedingungen

gen theoretisch zu reagieren. Deutlich zum Ausdruck kommt dieser kommunistische Traditionalismus in einem Referat des Parteivorsitzenden Heinz STEHR auf der Parteikonferenz zum „Entwurf der Sozialismusvorstellungen“ am 12. April in Hannover. STEHR führte zur Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus durch die Arbeiterklasse u.a. aus:

„Die Verantwortung für nächste revolutionäre Ausbrüche aus dem kapitalistischen System trägt vor allem die heutige Arbeiterklasse aus den hochentwickelten imperialistischen Staaten. Sie hat ein objektives gemeinsames Klasseninteresse nach einer ausbeutungsfreien Gesellschaft. Sie kann sich die notwendigen Organisationen und Machtinstrumente schaffen, um das System zu sprengen. Wenn sie sich die wissenschaftliche Weltanschauung, den Marxismus, aneignet, ist sie in der Lage, Zukunftsherausforderungen durch eine Politik zu beantworten, die bisher noch nicht gekannte Lösungen für viele Probleme ermöglicht. Bewahren und Erneuern bleibt entscheidende Grundlage für strategische und taktische Vorstellungen.“

Kennzeichnend für die orthodox-kommunistische Ausrichtung der DKP ist die Orientierung am von ihr als vorbildlich gewürdigten Gesellschaftssystem der DDR. Diesbezüglich erklärte Manfred SOHN, Mitglied des Sekretariats des DKP-Parteivorstands im Rahmen einer Festveranstaltung der DKP in Berlin am 7. November in Anwesenheit des ebenfalls als Referenten auftretenden letzten Staatsratsvorsitzenden der DDR, Egon KRENZ:

„Solange es diese DKP gibt, wird es eine Partei in der Bundesrepublik geben, die ohne Wenn und Aber – mindestens bis es einen neuen sozialistischen Staat auf deutschem Boden gibt – sagt: Diese DDR war

das beste Deutschland, das es bisher gab!“

Die Nähe der DKP zum DDR-System zeigt sich auch in ihren Kampagnen zur Einstellung aller politischen Ermittlungs- und Strafverfahren gegen ehemalige Funktionsträger der DDR.

Einen zentralen Stellenwert für die Ideologie der DKP haben nach wie vor die Begriffe Internationalismus und Imperialismus. Das internationalistische Selbstverständnis kommt z.B. in den Solidaritätsaktionen für Kuba zum Ausdruck, die trotz der finanziell angespannten Lage der Partei fortgesetzt werden. Die marxistisch-leninistische Imperialismustheorie ist von grundlegender Bedeutung für die Kritik der DKP am politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland. Den Herrschenden und Regierenden in Deutschland wird vorgeworfen, „die veränderte weltpolitische Situation (...) zu einem dritten Anlauf zu einer Weltmachttrolle Deutschlands zu nutzen“:

„Mittels ihrer ökonomischen und finanziellen Stärke, durch politischen Druck, aber auch durch das Gewicht ihrer militärischen Macht sind die herrschenden Kreise Deutschlands bestrebt, ihren Anspruch auf die Vorherrschaft in Deutschland zur Geltung zu bringen und am Kampf um die imperialistische Neuaufteilung der Welt teilzunehmen. (...) Über die 'EU' strebt die deutsche Militärführung nach der entscheidenden Führungsposition im europäischen NATO-Bereich und nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen.“

(Gemeinsame Erklärung in Deutsch-

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT

Zeitung der DKP Hannover, Juli 1997



WER BIETET MEHR ?

IG BAU: -5% Urlaubsgeld
IG Chemie: -10% Lohn
DGB-Schulte: -6% Renten-Niveau

VARTA
Spanische
Verhältnisse

Die Massenerbeitslosigkeit wird von den Unternehmen skrupellos ausgenutzt. Innerer Meer von neuen, Gewerkschaften, Forderungen an den Arbeitnehmern stellen. Jetzt hat es die Gewerkschaften und die Bauarbeiter erreicht.

Die IG Bau hat sich für eine 5%ige Kürzung des Urlaubsgeldes bei der IG Chemie um 10% Lohn und bei der DGB-Schulte um 6% Renten-Niveau ausgesprochen.

Schlechte Ausgangslage

Immer mehr Arbeiter und Angestellte werden in die Krise gezwungen. Die Gewerkschaften sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen.

Die IG Bau hat sich für eine 5%ige Kürzung des Urlaubsgeldes bei der IG Chemie um 10% Lohn und bei der DGB-Schulte um 6% Renten-Niveau ausgesprochen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die IG Bau hat sich für eine 5%ige Kürzung des Urlaubsgeldes bei der IG Chemie um 10% Lohn und bei der DGB-Schulte um 6% Renten-Niveau ausgesprochen.

In Spanien gibt es nur vier Stunden Wochenlohn und dort gibt es auch noch die 40 Stunden Woche.

Die IG Bau hat sich für eine 5%ige Kürzung des Urlaubsgeldes bei der IG Chemie um 10% Lohn und bei der DGB-Schulte um 6% Renten-Niveau ausgesprochen.

Druckungsammenhang

Die IG Bau hat sich für eine 5%ige Kürzung des Urlaubsgeldes bei der IG Chemie um 10% Lohn und bei der DGB-Schulte um 6% Renten-Niveau ausgesprochen.

Wir sind für Arbeitszeitverlängerung von 0 auf 32 Stunden !

- | | |
|-------------|---------------------|
| Margret B. | 1 Jahre arbeitslos |
| Wolfgang H. | 1 Jahre arbeitslos |
| Bernd B. | 10 Jahre arbeitslos |
| Karl K. | 1 Jahre arbeitslos |
| Detl. S. | 1 Jahr arbeitslos |
| Monika L. | 3 Jahre arbeitslos |

land wirkender Kommunistischer Parteien: „Rechtsentwicklung und Sozialabbau stoppen! Gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“, herausgegeben vom Parteivorstand der DKP im Januar 1997)

Die ideologische Ausrichtung der DKP entspricht in großen Teilen der Programmatik der Kommunistischen Plattform in der PDS (KPF). Die KPF wird daher als natürlicher Bündnispartner betrachtet. Die Funktionäre der KPF Rolf KÖHNE (MdB PDS), Sahra WAGENKNECHT und Ellen BROMBACHER beteiligten sich am 10. Pressefest der UZ vom 29. bis 31. August in Dortmund.

Das Verhältnis zur PDS ist belastet, nachdem diese auf ihrem Parteitag im Januar den Beschluß gefaßt hatte, „zur Wahrung ihres Profils keine direkten oder indirekten Parteienbündnisse“ zuzulassen. Die DKP, die Mitglieder auf offenen Listen der PDS für die Bundestagswahl 1998 kandidieren lassen wollte, warf der PDS daraufhin vor, sie werde den heutigen politischen Anforderungen an die Linke nicht gerecht und ignoriere damit auch die positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit mit DKP-Kandidaten auf offenen Listen bei der Europawahl und der Bundestagswahl 1994.

Bei den niedersächsischen Landtagswahlen am 1. März 1998 erreichte die DKP mit 8.681 Zweitstimmen einen Anteil von 0,2 %. Die Landesliste umfaßte 13 Kandidaten. Die Direktkandidaten der DKP erreichten in Delmenhorst 0,7 %, in Osnabrück-Ost 0,9 %, in Osnabrück-West 0,8 % sowie in Bersenbrück 0,7 % der Stimmen. In keinem Wahlkreis erzielte die DKP bei den Zweitstimmen ein höheres Ergebnis als 1 %, am besten schnitt sie ab in

Göttingen (0,7 %) und Hannover-Linden (0,8 %). Bei der Wahl des Osnabrücker Oberbürgermeisters am 1. Juni erreichte der dortige DKP-Vorsitzende 1,2 % der Stimmen.

Das Bemühen der DKP, wie zur Landtagswahl 1994 gemeinsam mit PDS-Mitgliedern und Parteilosen als „Linke Liste Niedersachsen“ zu kandidieren – sie erzielte seinerzeit mit 8.176 Stimmen lediglich 0,2 % –, war an der ablehnenden Haltung der PDS gescheitert. Der statt dessen vom PDS-Landesverband Niedersachsen auf seiner Delegiertenkonferenz Ende September mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit gefaßte Beschluß, mit einer auch für Mitglieder anderer Parteien offenen Landesliste zur Landtagswahl 1998 zu kandidieren, womit eine Öffnung für DKP-Mitglieder beabsichtigt war, war im November nach einer Entscheidung der vom PDS-Bundesvorstand angerufenen Bundesschiedskommission wieder aufgehoben worden. Die PDS stellte zur Landtagswahl am 1. März 1998 nur 11 Direktkandidaten auf.

Linksextremistischer Terrorismus

Antimperialistischer Widerstand

Mit „Antimperialistischer Widerstand“ bezeichnen sich Strömungen, Gruppen und Einzelpersonen, die den terroristischen Kampf gegen die Bundesrepublik Deutschland führen wollen und die sich an Inhalten und militanten Formen der früheren Roten Armee Fraktion (RAF) orientieren. Die 1992 von der Kommandoebene der RAF veröf-

fentlichte Deeskalationserklärung – Verzicht auf Mord als Mittel revolutionärer Politik – wird entschieden abgelehnt, der Verzicht wird als reformistisch bezeichnet. Statt dessen wird der Kontakt zu den „hardlinern“ unter den einsitzenden Gefangenen der RAF gesucht, die ebenfalls nicht bereit sind, dieser Deeskalation zuzustimmen. Gruppen des Antiimperialistischen Widerstandes aus Gütersloh, Mainz und Marburg erklärten dazu im „Angehörigen Info“ (August 1996) „herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD“:

„Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, (...) revolutionäre Politik wieder aufzubauen. Der Aufbau von verbindlichen und handlungsfähigen Organisationsstrukturen ist eine unserer Orientierungen in diesem Aufbauprozeß. (...) Wir sind davon überzeugt, daß man gerade an den Erfahrungen, die im Zusammenhang mit dem Aufbruch der RAF gemacht wurden, (...) nicht vorbeigehen darf. Wir fühlen uns den politischen Gefangenen aus der RAF, die zu dieser Geschichte stehen, eng verbunden.“

Die staatliche, ökonomische und soziale Ordnung der Bundesrepublik wird als kapitalistisch und imperialistisch abgelehnt. Das System sei nicht durch Reformen änderbar, sondern könne nur im Rahmen eines weltweiten revolutionären Prozesses abgelöst werden. In der Broschüre „Wacht auf, Verdammte!“ (April 1996) heißt es:

„Unser Ziel ist die Zerschlagung der Besitz- und Machtstrukturen des Imperialismus und der Aufbau einer

sozialistischen Gesellschaft. (...) Unsere Aufgabe ist es, die Grundlage für eine revolutionäre Politik zu schaffen, die nicht nur die Entwicklung aufzuhalten versucht, sondern in der Lage ist, sie zurückzudrängen, um den Boden für eine grundlegende Umwälzung des Systems zu schaffen.“

Führendes Theorieorgan des Antiimperialistischen Widerstandes ist die unregelmäßig erscheinende Schrift „clockwork – zusammen für befreiung kämpfen“, die in einer – nach eigenen Angaben – Auflage von 9.000 Exemplaren in Mainz erscheint. Verantwortlich zeichnet Matthias MEYERS, Ehemann der einsitzenden RAF-Gefangenen Adelheid SCHULZ.

In Niedersachsen arbeiten einzelne Gruppierungen des Autonomen-Spektrums themenabhängig mit „AIW“-Gruppen in anderen Bundesländern zusammen.

Rote Armee Fraktion (RAF)

In einem achtseitigen Schreiben, das am 20. April 1998 der Nachrichtenagentur Reuters zugeht, erklärte sich die RAF für aufgelöst. Angesichts des langen Schweigens der RAF in der Öffentlichkeit – letzte Äußerungen datierten von Ende 1996 – und ihres Verzichts, Einfluß auf den Diskurs innerhalb des linksextremistischen Spektrums zu nehmen, war die Auflösung der RAF von den Sicherheitsbehörden schon seit längerer Zeit erwartet worden.

Als ursächlich für das Scheitern des „Projekts RAF“ führen die Autoren die Konzentration auf den bewaffneten Kampf an:

„In keiner Phase unserer Geschichte ist eine über den politisch-militärischen Kampf hinausgehende politische Organisation verwirklicht worden. Das Konzept der RAF kannte letztlich nur den bewaffneten Kampf ...“.

Die weiterhin notwendige „Befreiungs-idee der Zukunft“ müsse außerhalb der Konzeption der RAF weiterentwickelt werden. Unter ausdrücklichem Verzicht auf das Avantgarde-Prinzip der RAF beziehen sich die Autoren in den von ihnen propagierten Neuanfang mit ein:

„Wir wollen Teil der gemeinsamen Befreiung sein. Wir wollen an unseren eigenen Prozessen etwas wiedererkennbar machen und von anderen lernen.“

Worte des Bedauerns über die Opfer der terroristischen Aktionen – die RAF wird für die Ermordung von mindestens 30 Menschen verantwortlich gemacht – fehlen in dem Auflösungsschreiben. Dies ist ein Indiz dafür, daß sich die Mitglieder der Organisation, deren Bekennerschreiben Zeugnisse permanenter Anmaßung waren, bis zuletzt als Kämpfer für einen „gerechten Befreiungskampf“ verstanden.

Den Umgang der linksextremistischen Szene mit der RAF kennzeichnenden historisierende Betrachtungen und die Forderung nach Freilassung der noch inhaftierten Mitglieder. Äußerer Anlaß hierfür war das Thema „20 Jahre Deutscher Herbst“, also die Erinnerung an die Ereignisse im Zusammenhang mit der Entführung und Ermordung von Hanns Martin Schleyer, an die Selbstmorde der Mitglieder der RAF-Gründergeneration Andreas BAADER, Gudrun ENSSLIN und Jan-Carl RASPE.

Veranstaltungen aus diesem Anlaß fanden u.a. in Celle, Braunschweig und Göttingen statt. Die Rote Hilfe veröffentlichte in einer Sonderausgabe unter dem Titel „20 Jahre Stammheim“ einen Abriss der RAF-Geschichte, der im Sinne einer Verschwörungstheorie erneut suggerierte, daß BAADER, ENSSLIN und RASPE von den Staatsschutzbehörden hingerichtet worden sind.

Während Personen wie das ehemalige RAF-Mitglied Karl-Heinz DELLWO den bewaffneten Kampf der RAF mit den historischen Bedingungen rechtfertigen (*„Das Konzept Stadtguerilla war keine Erfindung von isolierten einzelnen. Es lag in der Logik der Zeit.“*), bringt ein Artikel in der von der Autonomen Antifa (M), Göttingen, maßgeblich beeinflussten Publikation „EinSatz!“ (Nr. 25, November 1997) die Auffassung einer linksextremistischen Strömung zum Ausdruck, die ihre Vorstellungen von „bewaffnetem Kampf“ in der Kontinuität mit den terroristischen Aktionen der RAF entwickeln:

„Wenn die Linke wieder in der Lage ist, auf die Verfälschung der eigenen Geschichte angemessen zu reagieren und sie zu verteidigen, dann ist es auch Zeit für die längst überfällige perspektivische Analyse des bewaffneten Kampfes in der BRD, seine Fehler und Erfolge zu erkennen und daraus Schlüsse für die zukünftigen Formen der Politik, ob nun legal oder illegal, zu ziehen. Die Frage sollte dann nicht sein, ob der bewaffnete Kampf als berechtigt zu verteidigen ist, sondern wann und wie bewaffneter Kampf möglich war, ist oder sein wird.“

Revolutionäre Zellen (RZ) / Rote Zora

Mit solchen die Aktionen der RAF bejahenden Betrachtungen ideologisch eng verknüpft ist die Art und Weise, wie Linksextremisten die von ihnen initiierten Kampagnen zur Freilassung der noch inhaftierten RAF-Mitglieder begründen. Begriffe wie „Isolationsfolter“ und „politische Gefangene“ diffamieren den demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland als einen sich angeblich mit revolutionären Freiheitskämpfern in Konfrontation befindenden Willkürstaat. So heißt es im Text einer an den Bundesminister der Justiz voradressierten Postkarte, die im Rahmen der „Freilassungskampagne“ über die Hamburger „gruppe lotta“ zu beziehen war:

„Der Gesundheitszustand aller Gefangenen aus der RAF ist schwer angegriffen. Wir wissen, daß die Zuspitzung der jetzigen Situation das Ergebnis jahrelanger Isolationsfolter und der systematischen Verweigerung einer ausreichenden medizinischen Versorgung ist. Das gleicht einer Todesstrafe auf Raten.“

Unter dem Motto „Glaubt den Lügen der Mörder nicht! Die Freiheit der politischen Gefangenen erkämpfen“ riefen die AA(M) und die Rote Hilfe im Oktober zu einer „Veranstaltung zur Situation der Gefangenen“ auf. In einem Ankündigungsflugblatt wird behauptet, das „Ausmerzverhältnis des Staates“ gegenüber den Gefangenen, die zu ihrer Geschichte stehen, sei auch heute noch nicht beendet.

Neben den linksterroristischen Gruppierungen Rote Armee Fraktion (RAF) und der Bewegung 2. Juni bildeten sich Anfang der siebziger Jahre die Revolutionären Zellen (RZ) als dritte terroristische Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegensatz zur RAF, für die ein Avantgarde-Denken charakteristisch war, bemühten sich die RZ um Vermittelbarkeit und Akzeptanz ihrer Aktionen. Ihr Konzept eines „sozialrevolutionären Kampfes“ gegen den „imperialistischen Staat“ wollten die RZ so lange wie möglich aus der Legalität heraus umsetzen, („Feierabend-Terroristen“). Für diesen Zweck organisierten sie sich nach dem Zellenprinzip mit Handlungsspielraum für die einzelnen Gruppierungen.

Im Berichtszeitraum wurden weder von den RZ noch von der Roten Zora, einer autonomen Frauengruppe der RZ, Anschläge verübt bzw. Erklärungen abgegeben. Bereits seit Beginn der neunziger Jahre ist ein Rückgang an Aktivitäten zu registrieren, der letzte Anschlag ereignete sich am 24.07.1995 in Lemwerder.

Die Vorgehensweise der RZ, aus der Legalität heraus militant zu agieren und autonome Zellen aufzubauen, ist aber weiterhin aktuell und wird insbesondere von Linksextremisten aus dem autonomen Bereich praktiziert.

Antiiperialistische Zelle (AIZ)

Seit der Festnahme der mutmaßlichen AIZ-Mitglieder Bernhard FALK und Michael STEINAU am 25. Februar 1996 in Witzhave/Schleswig-Holstein ist diese Gruppierung mit Anschlägen und Positionspapieren nicht mehr in Erscheinung getreten. Mit der Festnahme endeten die Aktivitäten der AIZ. Eine weitere Gefährdung ist auszuschließen.

Am 14. November begann vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf die Hauptverhandlung gegen FALK und STEINAU, denen zur Last gelegt wird, zwischen 1992 und 1995 an insgesamt neun Anschlägen maßgeblich beteiligt gewesen zu sein, u.a. am 22. Januar

1995 auf das Wohnhaus des ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Volkmar Köhler in Wolfsburg und zuletzt am 23. Dezember 1995 auf das Gebäude des peruanischen Honorarkonsulats in Düsseldorf. Zum Verhandlungsauftritt verlas FALK, der wie STEINAU während der Untersuchungshaft zum Islam übergetreten ist, eine 100seitige Prozeßerklärung, in der er den Islam als politische Alternative zum westlichen Kapitalismus pries.

Der Prozeß gegen FALK und STEINAU findet bei anderen Linksextremisten keine Resonanz, nachdem bereits die früheren Positionspapiere der AIZ und die Hinwendung der beiden Angeklagten zum Islam kritische, distanzierende Kommentare ausgelöst hatten.

Ausländer- extremismus

Überblick

In der Bundesrepublik Deutschland leben ca. 7,2 Mio. ausländische Bürger. Von ihnen stellen die türkischen Staatsbürger mit ca. 2 Mio. Personen die größte Gruppe. Die Bandbreite ihrer politischen Überzeugungen ist wie bei der deutschen Bevölkerung groß und schließt am Rand auch extremistische Positionen ein.

Bezogen auf die Herkunft dominieren Organisationen aus der Türkei und islamischen Staaten. Hierin kommt zum Ausdruck, daß sich die politisch autoritär geführten Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens in einer tiefgreifenden politischen, ökonomischen und sozialen Krise befinden. Die dortigen politischen und ethnischen Auseinandersetzungen verlagern sich in die Bundesrepublik Deutschland, die für die Aktivisten verschiedener Organisationen in unterschiedlicher Gewichtung Rückzugsgebiet, logistisches Hinterland und propagandistisches Agitationszentrum zugleich darstellt. Angesichts dieser Konstellation ist es nicht verwunderlich, daß politische Konflikte in den betroffenen Staaten eine direkte Rückwirkung auf die hiesige Sicherheitslage haben. Beispiele hierfür in der Vergangenheit waren die Anschläge linksextremistischer türkischer Organisationen im Zusammenhang mit Hungerstreiks inhaftierter Mitglieder in türkischen Gefängnissen oder die militanten Aktionen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als Reaktion auf militärische Operationen der türkischen Armee in der Osttürkei.

Zu den neben der verbotenen PKK auch in Deutschland militant agieren-

den Organisationen gehören die links-extremistischen türkischen Parteien Türkische Kommunistische Partei (Marxisten/Leninisten) (TKP/ML), Devrimci Sol (Dev Sol) und die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP). Die PKK hat im Berichtsjahr im Gegensatz zu den Vorjahren auf öffentliche Gewaltaktionen weitgehend verzichtet, wendet organisationsintern aber nach wie vor Gewalt an. Andere Organisationen betrachten Deutschland in erster Linie als logistisches Hinterland und treten hier mit Gewaltaktionen kaum in Erscheinung, während sie in ihren Heimatländern z.T. äußerst brutal operieren. Anzuführen sind islamistische Zusammenschlüsse wie die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) und die Hizb Allah oder Organisationen wie die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), die für mehrere Bombenanschläge und einen blutigen Bürgerkrieg in Sri Lanka Verantwortung tragen, und der vom Irak aus operierende Nationale Widerstandsrat Iran (NWRI). Die in Deutschland militant auftretenden extremistischen Organisationen stellen eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik dar. Durch die Aktivitäten solcher Gruppen mit ihrem zumindest latenten Gewaltbezug werden im übrigen auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährdet. Dies begründet den Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden.

Innergesellschaftliche Rückwirkungen haben die Bestrebungen der Islamischen Gemeinschaft – Milli Görüs (IGMG) und der Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF). Die Aktivitäten dieser mitgliederstarken Gruppie-

rungen sind darauf gerichtet, die in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger ideologisch zu beeinflussen und zu organisieren, um auf diese Weise die Ziele der ihnen nahestehenden Organisationen in der Türkei zu fördern. Da die Ideologie der ADÜTDF und der IGMG sich im Widerspruch zu den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung befinden, besteht die Gefahr, daß türkische Bürger, deren Lebensschwerpunkt vermutlich auf Dauer in der Bundesrepublik sein wird, sich der deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung entfremden.

Die IGMG gehört ebenso wie der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln zu den islamistischen Organisationen, die Ideologie der ADÜTDF enthält inzwischen ansatzweise islamistische Elemente. Der Islamismus wird in der westlichen Öffentlichkeit nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme im Osten Europas auf internationaler Ebene als zentrale Herausforderung für die westlichen Demokratien wahrgenommen. Autoren wie der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington meinen, daß in einem künftigen Krieg der Zivilisationen eine Hauptkonfliktlinie zwischen den westlichen Demokratien und der islamischen Welt verlaufen wird.

Islamisten lehnen aus einer strikt antiwestlichen Position heraus die Werte der europäischen Aufklärung ab. Für die Islamisten stellen die westlichen Gesellschaften einen Hort des Bösen und der Verderbtheit dar: Der Westen ist in ihren Augen dekadent, seine Menschen zügellos, dem Alkohol, Rauschgift und dem Sex verfallen, Gewalt und Mordtaten sind an der

Tagesordnung, alle Macht liegt bei den Wirtschaftskonzernen. Ihre Ideologie betrachten die Islamisten deshalb als eine Revolte gegen den Westen, als eine Reaktion auf eine westliche Verschwörung. Abgelehnt werden die Grundlagen der westlichen Demokratie, die Volkssouveränität und die Existenz eines autonom definierten Individuums.

Der Islamismus, vielfach als politische Ideologie des Islams bezeichnet, ist die spezifisch islamische Reaktion auf eine durch eine Umbruchsituation hervorgerufene Modernisierungs- und kulturelle Orientierungskrise. In ideologischer Hinsicht geben die Islamisten eine Antwort, die als rückwärtsgewandte Utopie bezeichnet werden kann. Bezugspunkt ihres Denkens ist ein Urislam zur Zeit des Wirkens Mohammads und seiner Gefährten. Diesen „Urislam“ interpretieren die Islamisten als einen Gottesstaat, den es wiederherzustellen gilt. Dabei wird die islamische Frühgemeinde verklärt und in z.T. willkürlicher Interpretation zum Idealbild für die Gegenwart erhoben. Fundamental sind neben dem Koran die Tradition (sunna), die Lebensbeschreibung und die überlieferten Aussagen des Propheten (hadith). Den Islamisten kommt dabei eine Besonderheit ihrer Religion entgegen, die frühzeitige Identifikation von Staat und Religion (din wa daula). Es ist auf den großen Erfolg des Islam in seiner Anfangsphase (Expansionsphase) zurückzuführen, daß das Religionsgesetz (scharia) zum Zentrum des Islams geworden ist. Vereinfacht gesagt, fordern die Islamisten das „Zurück zur Scharia“, dem islamischen Religionsge-

setz, d.h. zum Koran und seinen späteren Auslegungen.

Von besonderer Bedeutung für die Akzeptanz des Islamismus ist das soziale Engagement seiner Protagonisten. Islamistische Gruppen konzentrieren ihre Aktivitäten in ihren Heimatländern auf ärmere Stadtviertel und versuchen dort, durch soziale Arbeit Anhänger zu gewinnen. Nicht zuletzt hieraus erklärt sich der Erfolg der Refah-Partei in der Türkei und der Hamas in den palästinensischen Autonomiegebieten. In Ägypten hat die Muslimbruderschaft zahlreiche Netzwerke und Projekte der Klein- und Kleinstproduktion (z.B. Bäckereien) aufgebaut und gewährt zinslose Kredite.

Islamistische Gruppierungen sind überall dort am erfolgreichsten, wo jugendliche Moslems sozial marginalisiert sind und keinerlei realistische Zukunftsperspektive haben. In den von hohen Bevölkerungswachstumsraten gekennzeichneten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ist dies bei einem großen Teil der Jugendlichen der Fall. Der Anteil von Jugendlichen unter 15 Jahren in diesen Staaten beträgt bis zu 50 %. Aussicht auf einen Arbeitsplatz haben die meisten von ihnen nicht. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in der Bundesrepublik zwar nicht ab; islamistische Organisationen wie die IGMG, aber auch primär nationalistisch orientierte wie der ADÜTDF, nutzen jedoch die von vielen türkischen Jugendlichen empfundene Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen und ökonomischen Leben zum Ausbau ihres Einflusses, wie in der Studie „Türkische Jugendliche und islamischer Fundamentalismus“ der Interdisziplinären

Forschungsgruppe für multiethnische Konflikte an der Universität Bielefeld aufgezeigt wird.

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam“ als Religion, noch den Islamismus als religiöse Bewegung zur „Rückbesinnung“ auf islamische Werte und Inhalte (Fundamentalismus). Ihr Arbeitsfeld ist vielmehr eine militante Sonderströmung, die islamistische Inhalte zu einer politischen Ideologie instrumentalisiert. Diese Spielart des Islamismus unterfällt dem Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden, wenn und soweit von ihr politisch bestimmte Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen und/oder sie durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Die Träger dieser Bestrebungen werden zur Abgrenzung von anderen islamistischen Varianten als islamistische Extremisten bezeichnet.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

| | | |
|---|--|--------|
| Sitz: | Damaskus | |
| Generalvorsitzender: | Abdullah ÖCALAN | |
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | 10.000 | 11.000 |
| Niedersachsen: | 1.600 | 1.600 |
| Publikationen | | |
| Monatlich: | „Serxwebun“ (=„Unabhängigkeit“) | |
| Zweimonatlich: | „Kurdistan-Report“ | |
| Weitere Publikationen der Teil- und Nebenorganisationen der PKK, wie z.B.: | „Jina Serbilind“ (=„Die stolze Frau“) „Roja Kurdistane“ (=„Sonne Kurdistans“) „Sterka Ciwan“ (=„Stern der Jugend“) „Zilan“ (deutschspr. Publikation der YAJK) | |

Die PKK wurde am 27. November 1978 in der Türkei von Abdullah ÖCALAN, seinerzeit Student der Politikwissenschaften an der Universität Ankara, gegründet. ÖCALAN, 1949 als Sohn eines Landarbeiters in Anatolien geboren und von seinen Anhängern APO genannt, ist seitdem der unumstrittene Führer der PKK, zunächst als ihr Generalsekretär, später als ihr Generalvorsitzender. Die Ideologie der straff organisierten Kaderpartei ist eine Synthese aus nationalistischem und kommunistischem Gedankengut. Ursprüngliches, von ÖCALAN inzwischen mehrfach modifiziertes Ziel war die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“, einschließlich kurdisch besiedelter Gebiete in Syrien, Iran, Irak und Armenien. Zur Realisierung des „revolutionären Kampfes“ führt die PKK seit dem 15. August 1984 mit Hilfe ihres militärischen Armes, der Volksbefrei-

ungsarmee Kurdistans (ARGK), einen Guerillakrieg im Südosten der Türkei.

Betätigungsverbot

Der PKK und ihrer Teilorganisation, der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), ist durch seit dem 26. März 1994 bestandskräftige Verfügung des Bundesministers des Innern vom 26. November 1993 verboten, sich im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes zu betätigen.

In der Verfügung heißt es:

„Die Tätigkeit der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) einschließlich ihrer Teilorganisationen (...) verstößt gegen Strafgesetze, richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, gefährdet die öffentliche Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland.“

Gemäß einer Verfügung des Bundesministeriums des Innern vom 22. Januar 1996 erfaßt das Betätigungsverbot neben den in der Ursprungsverfügung

Struktureller Aufbau der PKK

konkret aufgeführten Organisationen alle Teilorganisationen der PKK/ERNK, da die Verbotsverfügung insoweit keinerlei Beschränkungen enthält. Die ausdrückliche Erwähnung der PKK/ERNK-Teilorganisation Berxwedan Verlags GmbH geht allein darauf zurück, daß § 3 Abs. 3 Satz 2 des Vereinsgesetzes bei einem Verbot von eigenständigen Teilorganisationen die ausdrückliche Nennung verlangt. Nicht eigenständige Organisationen sind demgegenüber automatisch von der Verbotsverfügung erfaßt. Danach unterliegen z.B. sämtliche Y-Gruppen³⁹ dem Betätigungsverbot der PKK/ERNK.

Nach einer Klarstellung des Bundesministeriums des Innern vom 15. September, die wegen der seinerzeit umstrittenen Erlaubnis eines Kulturfestivals in Köln herausgegeben wurde, erstreckt sich das seinerzeit erlassene Betätigungsverbot

„(...) auf jedwedem Tätigwerden des betroffenen Vereins im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes. Ist die Maßnahme erlassen, kann es beim Verbotsvollzug keine Unterscheidung zwischen 'gesetzeskonformen' Verhaltensweisen und 'anderen' – offen oder verdeckt praktizierten – Betätigungen der Organisation geben. (...) Eine Differenzierung zwischen 'verbotenen Gewalttätigkeiten' und erlaubten 'gewaltfreien Tätigkeiten' sieht das am 26. November 1993 verhängte Betätigungsverbot nicht vor.“

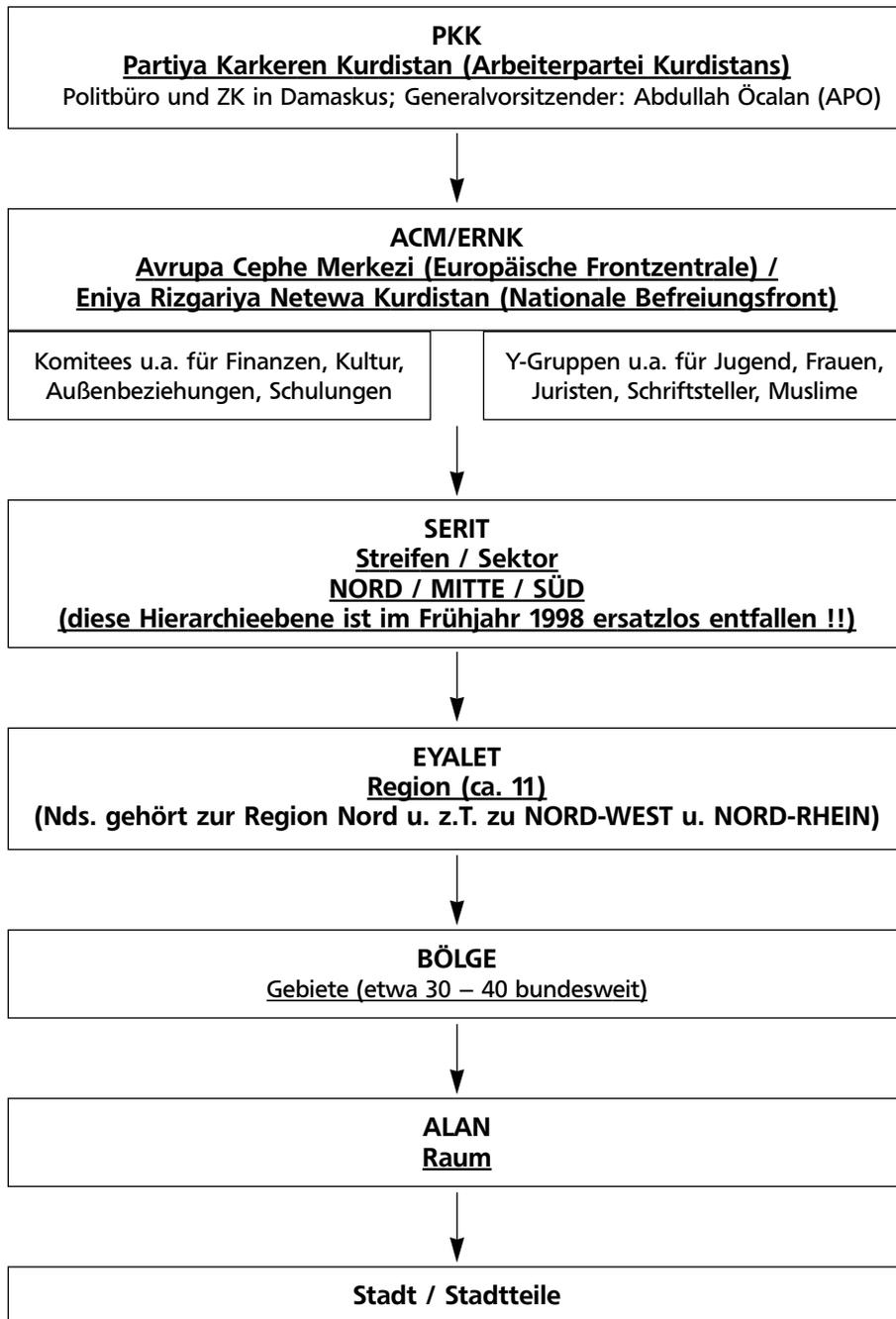
³⁹ Hinweis: Der Begriff „Y-Gruppen“ resultiert aus der mit einem Y (für Yekitiya = Union oder Vereinigung) beginnenden Abkürzung des jeweiligen Organisationsnamens. Wegen der Umbenennung einzelner Organisationen trifft dies heute nicht mehr für alle „Y-Gruppen“ zu.

Die oberste Führungsebene der PKK in Europa ist die Europäische Frontzentrale (Avrupa Cephe Merkezi – ACM). Die gesamte öffentliche Parteilarbeit in Westeuropa erfolgt unter der Bezeichnung Nationale Befreiungsfront Kurdistans (Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan – ERNK).

Die Bundesrepublik Deutschland wird organisatorisch in drei sogenannte Sektoren unterteilt, NORD, MITTE und SÜD. Der Sektor NORD umfaßt die Regionen NORD (mit den Gebieten Hannover, Kassel und Salzgitter), NORDWEST (mit den Gebieten Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein), NORDRHEIN (mit den Gebieten Osnaabrück, Oldenburg und Bielefeld) und BERLIN (Stadtgebiet und Umland Berlin sowie neue Bundesländer).

Zum Erreichen Ihrer Ziele bedient sich die PKK europaweit einer Vielzahl von Teil- und Nebenorganisationen. Bereits 1986 wurde beschlossen, unter dem Dach der ERNK diverse Massenorganisationen, die sog. „Y-Gruppen“, zu gründen. Ziel dieser vom Betätigungsverbot der PKK erfaßten Einzelorganisationen ist es, den Einfluß der PKK auf möglichst viele Lebensbereiche der im europäischen Ausland lebenden Kurden auszudehnen, sie im Sinne der PKK zu organisieren und ihnen weitere Mitglieder zuzuführen, ohne daß aus dem Organisationsnamen unmittelbar die Verbindung zur PKK hergestellt werden kann.

Generelle Struktur der PKK



Mit Aktivitäten traten 1997 insbesondere folgende Y-Gruppen hervor: Freier Frauenverband Kurdistans (YAJK); Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK); Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK); Union der Journalisten aus Kurdistan (YRK); Union der Lehrer aus Kurdistan (YMK).

Die am 27.03.1994 in Bochum als Nachfolgeorganisation der verbotenen Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine in der Bundesrepublik Deutschland (FEYKA-Kurdistan) gegründete Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) ist eingebunden in die Öffentlichkeitsarbeit der PKK. Ihr sind Vereine in mittlerweile über 30 Städten in Deutschland angeschlossen, in Niedersachsen z.B. in Hannover, Celle, Braunschweig und Salzgitter. In den Vorständen dieser Vereine wirken deutsche Linksextremisten mit.

Exilparlament

Dem am 12. April 1995 in Den Haag/Niederlande gegründeten Kurdischen Exilparlament gehören 65 Abgeordnete an, überwiegend Anhänger der PKK bzw. ihrer Teil- und Nebenorganisationen. Das Parlament soll den „nationalen Befreiungskampf“ unterstützen und für die Akzeptanz eines unabhängigen Kurdistans unter Führung der PKK werben. Einem Bericht im „Kurdistan Rundbrief“ (Nr. 8 vom 22. April) zufolge faßte das Exilparlament auf seiner 7.Sitzung in Brüssel den Beschluß, aus dem Exil „ins Land zurückzukehren“. Ferner wurde entschieden, innerhalb eines Jahres die Vorbereitung von Neuwahlen abzuschließen.

MED-TV und andere Medien

Der kurdische Fernsehsender MED-TV, der seit Mitte 1995 über Satellit in kurdischer Sprache sendet und vornehmlich dem PKK-Generalvorsitzenden ÖCALAN für die Verbreitung seiner Propaganda dient, sendet nach Mitteilungen der ÖZGÜR POLITIKA⁴⁰ vom 2. und 18. August wieder über EUTELSAT. Sowohl MED-TV als auch der – unter diesem Namen bislang unbekannt – Rundfunksender MED-Radio strahlen ihr Programm 16 Stunden täglich aus. MED-TV soll Zuschauer aus allen Völkern des Mittleren Ostens ansprechen und bietet neben Sendungen in den kurdischen Dialekten auch Programme in den Sprachen Assyrisch, Surijanisch und Arabisch an. Da MED-TV über eine Lizenzurkunde der Independent Television Commission (ITC) in Großbritannien verfügt, kann die Weiterverbreitung von Sendungen nach EU-Recht nur unter sehr restriktiven Bedingungen ausgesetzt werden.

Der Freie Frauenverband Kurdistans (YAJK)⁴¹ verbreitete im September die erste Ausgabe seiner neuen deutschsprachigen Zeitschrift ZILAN (Eigennamen einer Selbstmordattäterin), die vierteljährlich erscheinen soll und vom Freien Frauenbüro Kurdistan (FFK) in Köln herausgegeben wird. Unter dem Leitthema „Drei Frauen! – Drei Aktionen! – Alle hatten das gleiche Ziel!“

⁴⁰ ÖZGÜR POLITIKA (Freie Politik), eine der PKK nahestehende Tageszeitung, erscheint in einer Auflage von 30.000 Exemplaren und veröffentlicht häufig Interviews mit PKK-Führer ÖCALAN.

⁴¹ Der YAJK wurde 1987 von der PKK zur Mobilisierung der kurdischen Frauen gegründet. Beim FFK dürfte es sich um die Zentrale der YAJK in Deutschland handeln.

befaßt sich die Zeitschrift mit „Selbstmordattentaten“ von PKK-Kämpferinnen und verherrlicht die Beteiligung von Frauen am bewaffneten Kampf der ARGK.

Zu den Kommunikationsmitteln, derer sich die PKK bei der Übermittlung von Nachrichten ohne vertraulichen Charakter bedient, gehört das Internet. Einzelne PKK-nahe Zeitschriften wie z.B. der „Kurdistan Report“ sind auch über Internet erhältlich.

Das im März 1995 eingerichtete Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) in Köln hat die Aufgabe, die Selbstbestimmung des kurdischen Volkes zu fördern und die Öffentlichkeit über die Lage in „Kurdistan“ anhand der Verbreitung von Presseerklärungen und sonstigen Publikationen zu informieren. Vorgängerorganisation des KIZ war das Kurdistan Informations-Büro (KIB), das im November 1993 an die Stelle des verbotenen Kurdistan Komitees e.V. getreten war.

Schulung

Die PKK führt regelmäßig Ausbildungen und Schulungen für Jugendliche, Halbkader und Vollkader durch. Theoretische Schulungen finden im Bundesgebiet und im angrenzenden Ausland wie z.B. in den Niederlanden oder Belgien statt. Im Anschluß daran erfolgt der praktische Teil der Ausbildung. Ein wesentliches Ziel solcher Ausbildungslehrgänge besteht in der Rekrutierung von Guerillakämpfern.

Gebiete und Regionen haben Schulungskandidaten zu benennen. Jugendliche werden auf PKK-Großveranstaltungen oftmals ohne das Wissen und Einverständnis ihrer Eltern und teilweise gegen ihren eigenen Willen für eine Ausbildung bei der PKK geworben. Die betroffenen Eltern erhalten zumeist erst auf hartnäckige

Intervention von örtlichen Gliederungen der PKK Informationen über den Verbleib ihrer Kinder. Die Einschaltung der Polizei scheuen sie in der Regel aus Angst vor Repressalien.

Finanzierung

Zur Finanzierung ihres Funktionärsapparates, ihrer Propagandatätigkeit und des bewaffneten Kampfes gegen die türkische Armee benötigt die PKK umfangreiche Finanzmittel. Zu diesem Zweck führt sie -neben der monatlichen Beitragserhebung- jedes Jahr eine Spendenkampagne durch. Im Gegensatz zu den Vorjahren sollte im Berichtszeitraum weisungsgemäß auf die Anwendung physischer Gewalt gegen zahlungsunwillige Kurden verzichtet werden. Mit wiederholten Besuchen und ständigen Hinweisen auf die „patriotische Pflicht“ wird jedoch massiver psychischer Druck ausgeübt. In Einzelfällen ist es dennoch zu körperlicher Gewaltanwendung gekommen.

Die Staatsschutzkammer des Landgerichts Braunschweig hat im November einen Studenten wegen räuberischer Erpressung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt, weil er mit massiven Drohungen („ansonsten erschießen wir Dich und Deine Frau“) Spenden für die PKK eintreiben wollte.

Die auf Europaebene beschlossenen Spendenvorgaben für die einzelnen Sektoren, Regionen, Gebiete und Räume der Partei wurden auf örtlichen Funktionärsversammlungen bekannt-

gegeben. Die Zielvorgabe für die Spendenkampagne dürfte wie in den Vorjahren 30 Mio. DM betragen haben. In den vergangenen Jahren wurde diese Vorgabe tatsächlich jedoch nur zu zwei Dritteln erfüllt.

Eine Sonderspendenkampagne zur Anschaffung neuer Luftabwehrraketen fand Mitte des Jahres statt. Vorgegeben waren 50 bis 100 DM für jedes PKK-Mitglied und bis zu 500 DM für Familien.

Neben solchen Spendenaktionen werden von kurdischen Familien monatliche Beiträge kassiert, die sich, je nach Finanzkraft, auf eine Summe von 10 bis 20 DM belaufen. Der übertriebene Verkauf von Zeitschriften und Publikationen trägt zum gesamten Finanzvolumen nur zu einem geringen Teil bei.

Aktivitäten der PKK und ihrer Teil- und Nebenorganisationen

Kennzeichnend für die öffentlichen Aktivitäten der PKK ist seit Mai 1996 ein weitgehender Verzicht auf Gewalt, nachdem sich der Versuch, die Bundesregierung durch Gewaltaktionen zur Intervention bei der türkischen Regierung zu nötigen, als erfolglos erwiesen hatte. Derzeit zeigt sich die PKK bemüht, das Image einer Terrororganisation abzustreifen, um ihre Ziele durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu fördern. Bei kurdischen Großveranstaltungen wie im April in Düsseldorf und im September in Köln wurden ungeachtet des Betäti-

gungsverbots für die PKK Fahnen, Symbole der PKK sowie Bilder des Vorsitzenden ÖCALAN gezeigt.

Besonders deutlich kam die veränderte Strategie bei den Aktivitäten aus Anlaß des kurdischen Neujahrsfestes Newroz am 21. März zum Ausdruck, bei dem durch „Strohleute“ oder Vertreter befreundeter Organisationen Veranstaltungen angemeldet wurden. War das Newroz-Fest 1996 noch ein Kristallisationspunkt militanter Ausschreitungen, so beschränkte sich die PKK 1997 auf die Durchführung von Propagandaaktionen. Das KIZ z.B. rief zur Teilnahme an Menschenrechtsdelegationen auf, um „die Türkei wegen des Völkermordes an der kurdischen Bevölkerung zu ächten und zur Beendigung des Krieges zu zwingen“. Fackelaufzüge in Oldenburg, Osnabrück und Braunschweig am 20. März verliefen ohne Gewalttätigkeiten und unter weitgehender Beachtung der Auflagen der Versammlungsbehörden.

Abschluß und Höhepunkt der Aktivitäten zum kurdischen Neujahrsfest war eine Großkundgebung unter dem Motto „Zeit für Frieden in Kurdistan“ am 26. April in Düsseldorf, an der 45.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem westeuropäischen Ausland teilnahmen. In einer vom Tonband abgespielten Rede betonte ÖCALAN seine Friedens- und Dialogbereitschaft. Die militärische Offensive der türkischen Armee gegen Stellungen der PKK im Norden Iraks hatte im Mai eine Reihe von Protestaktionen der PKK zur Folge, u.a. in Hannover, Oldenburg und Osnabrück. Die Demonstrationen verliefen sämtlich gewaltfrei. Die YAJK nutzte den EU-Gipfel am 16. Juni in Amsterdam zur öffentlichkeitswirksamen Propaganda gegen die Operationen der türkischen Armee im Nord-Irak. Einem Demonstrationsaufruf folgten 7.000 Personen, überwiegend Frauen und Kinder.

Busfahrt durch die Bundesrepublik

Es ist an der Zeit, den Knebel
aus dem Mund zu nehmen!

Dialog statt Verbot

Das "PKK-Verbot" muß aufgehoben werden!

Weitere auf die propagandistische Beeinflussung der Öffentlichkeit zielende Aktionen waren die geplante, aber gescheiterte Durchführung eines „europäischen Friedenszuges“ von Brüssel ins kurdische Diyarbakir Ende August und eine von der YEK-KOM im November organisierte Busfahrt unter dem Motto „Dialog statt Verbot“, die auch mehrere niedersächsische Städte berührte, aber kaum öffentliche Resonanz erzielte. In Hannover wurden Propagandaaktionen für die PKK durch polizeiliches Einschreiten unterbunden.

In erster Linie auf den inneren Zusammenhalt der PKK ausgerichtet war das „Kurdische Kultur- und Friedensfestival“ am 6. September im Müngersdorfer Stadion in Köln, das von 70.000 Personen aus Deutschland und dem westeuropäischen Ausland besucht wurde. In einer live eingespielten Rede forderte ÖCALAN die in Europa lebenden Kurden auf, unter Beachtung der geltenden Gesetze gegen den Krieg in Kurdistan zu protestieren. Wie bereits in Düsseldorf wurden auch in Köln immer wieder Fahnen und Embleme der PKK gezeigt.

Die der PKK in Niedersachsen zuzurechnenden Aktionen bestätigen den bundesweiten Trend einer Abkehr von militantem Auftreten in der Öffentlichkeit. Anzuführen sind eine sogenannte Volksversammlung der Region NORD am 1. Juni in Celle, ein von ca. 1.300 Personen besuchtes Jugendkonzert der YCK in Hannover am 15. Juni, eine von MED-TV übertragene yezidische Kulturveranstaltung mit 1.200 Besuchern in Fallingbostal am 12. Juli, vor allem aber das „Kurdische Kulturfest“ am 15. November in der Stadionsporthalle in

Hannover. An der Veranstaltung unter dem Motto „Dialog statt Verbot“ beteiligten sich ca. 4.000 Personen aus dem nordwestdeutschen Raum, darunter eine große Zahl von PKK-Anhängern. Im Verlauf der Veranstaltung wurden nur ganz vereinzelt Symbole der PKK und ihrer Nebenorganisationen gezeigt. Ein eigener Ordnungsdienst schritt in diesen Fällen konsequent ein. Im Verlaufe der von MED-TV per Satellit weltweit übertragenen Veranstaltung trat ein Sprecher der europäischen Führungsebene der PKK auf.

Tourismusboykott-Kampagne

Die YEK-KOM rief Anfang des Jahres dazu auf, die Türkei als Urlaubsland zu meiden. In Flugschriften hieß es sinngemäß, der türkische Staat führe seit dreizehn Jahren mit großem technischen und finanziellen Aufwand einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen das kurdische Volk. Eine der Haupteinnahmequellen zur Finanzierung dieses Krieges sei der Tourismus. Jede nicht gebuchte Reise trage daher zur Austrocknung dieser Finanzquelle bei und fördere eine demokratische und gerechte Lösung der Kurdenfrage.

Ein Verzicht auf Reisen in die Türkei empfehle sich aber auch um der eigenen Sicherheit willen, da sich der Kampf zunehmend in die Städte und Urlaubsgebiete der Türkei verlagere. Die ERNK bekräftigte diesen Aufruf im Juni in einer Warnung an die Deutsche Botschaft in Athen.

In einem Interview mit dem ZDF am 19. August relativierte ÖCALAN die Aussagen über einen Tourismusboykott. Deutsche Touristen müßten sich in der Türkei nicht vor kurdischen Angriffen fürchten. Dies gelte auch für den Fall der Aufrechterhaltung des PKK-Verbots. Eine Gewähr, daß Touri-

FAHREN SIE AUCH DIESES JAHR IN DIE TÜRKEI?



Wir sagen, es gibt viele Gründe Nein zu sagen:

**FAHREN SIE NICHT IN DIE
TÜRKEI!**

MIT REISEN IN DIE TÜRKEI FINANZIEREN UND UNTERSTÜTZEN
AUCH SIE DEN VÖLKERMORD AN DEN KURDEN !

sten bei Anschlägen von Selbstmordattentätern nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, wollte ÖCALAN jedoch nicht geben.

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppierungen

Die PKK und die türkische Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP) streben den Aufbau einer „revolutionären Front“ in der Türkei an. Als ersten Schritt unterzeichneten sie bereits am 22. Dezember 1996 ein „gemeinsames Protokoll“. Beide Organisationen halten es für notwendig, im Rahmen einer revolutionären Front den gemeinsamen Kampf gegen das türkische „Ausbeutungs- und Unterdrückungsregime“ zu führen und dessen Sturz vorzubereiten. Da der Krieg in der Türkei mit Unterstützung des Imperialismus geführt werde, sei auch dieser zu bekämpfen. Die Militärbasen imperialistischer Länder auf dem Territorium der beiden Völker müßten beseitigt werden.

In Ihrer Ausgabe vom 14. Januar berichtete ÖZGÜR POLITIKA über eine Podiumsdiskussion ÖCALANS in MED-TV mit Vertretern verschiedener türkischer und kurdischer Organisationen, u.a. der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP). ÖCALAN habe die Entwicklung in der Türkei und in Kurdistan als an der „Schwelle zur Revolution“ bewertet und alle „oppositionellen Fronten und Volksvertreter“ zur „Einheit unter einem Dach“ aufgerufen. Es gebe genügend Möglichkeiten für ein „Bündnis der Linken, der sozialistischen oder der demokratischen Organisationen“. Darüber hinaus habe ÖCALAN an

die Absicht erinnert, mit den übrigen Organisationen „Nordkurdistans“ einen dauerhaften Block zu bilden. Die PKK werde das Ihre zur Geschlossenheit der „Kurdischen Front“ beitragen.

Inwieweit es für die PKK und die verschiedenen linksextremistischen türkischen und kurdischen Organisationen möglich sein wird, ihre ideologischen Differenzen zu überbrücken und die getroffenen Vereinbarungen umzusetzen, bleibt abzuwarten. Während sich die PKK auf die Forderung nach einem kurdischen Nationalstaat konzentriert, sind ihre möglichen Kooperationspartner eher internationalistisch orientiert.

Einem Bericht von ÖZGÜR POLITIKA zufolge beschloss am 13. und 14. Dezember etwa 100 Vertreter kurdischer Einrichtungen und Organisationen sowie bekannte kurdische Persönlichkeiten die Einberufung eines „Nationalen Kongresses“. Es sei ein 27köpfiges Vorbereitungskomitee geschaffen worden, dem 13 Mitglieder kurdischer Parteien, u.a. der PKK, sowie 14 sonstige kurdische Persönlichkeiten angehörten. Vertreter der Demokratischen Partei Kurdistans-Irak (DPK-I) hätten nicht teilgenommen; die DPK-I sei im Verlauf der Konferenz scharf angegriffen worden, da sie mit den herrschenden Staaten in der Region zusammenarbeite.

Unterstützung der PKK durch deutsche Linksextremisten

Bei der Vorbereitung, Anmeldung und Durchführung von PKK-Veranstaltungen bediente sich die PKK seit dem Betätigungsverbot häufig deutscher Staatsangehöriger, die sich mit der Politik der PKK solidarisieren. Innerhalb der die PKK unterstützenden linksextremistischen Gruppierungen zeichnete sich 1997 zunehmende Kritik an der Politik der PKK ab.

In Teilen der deutschen linksextremistischen „Kurdistan-Solidarität“ wird insbesondere die ausschließliche Orientierung der PKK am Befreiungskampf in „Kurdistan“ kritisiert. So zielen die Arbeit der PKK in der Bundesrepublik lediglich darauf ab, materiell und personell den Befreiungskampf in „Kurdistan“ zu unterstützen. Eine Auseinandersetzung mit den „Mißständen“ in Deutschland erfolge nicht. Im Zusammenhang mit den Gewaltverzichtsäußerungen ÖCALANS werfen Linksextremisten der PKK eine „Stillhaltepolitik“ vor. Anhänger der PKK würden dazu aufgerufen, die deutschen Gesetze einzuhalten. ÖCALAN verhandele sogar mit Verfassungsschützern und „rechten Politikern“. Die „kurdische Sache“ als solche trete immer mehr in den Hintergrund.

Die Querelen innerhalb der „Kurdistan-Solidarität“ machen deutlich, daß die PKK Angehörige des linksextremistischen Spektrums für ihre Zwecke zwar durchaus nutzt, aber nicht an einer gleichberechtigten Kooperation interessiert ist. Daher ist das Verhältnis zwischen PKK und Teilen der die PKK unterstützenden deutschen linksextremistischen Gruppierungen derzeit sehr gespannt.

Ermittlungsverfahren und Prozesse

Im Mai verurteilte das Oberlandesgericht (OLG) Celle zwei Funktionäre der PKK zu zweieinhalb und dreieinhalb Jahren Haft u.a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. In diesem Prozeß zeichnete sich bereits eine Trendwende in der Behandlung derartiger PKK-Prozesse ab. Den Ange-

klagten wurde zugute gehalten, daß sie uneigennützig für die kurdische Unabhängigkeit eintraten. Für die folgenden PKK-Verfahren hatte diese Entscheidung mit ihrer inhaltlichen Bewertung der PKK-Aktivitäten Signalwirkung.

Murat EKINCI, einer der hochrangigsten PKK-Funktionäre in Europa, wurde am 12. November nach nur zweimonatiger Verhandlungsdauer vom OLG Celle wegen mehrfacher schwerer Brandstiftung gegen türkische Einrichtungen zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. EKINCI war nach Ausführungen der Anklage 1995 von ÖCALAN persönlich nach Europa entsandt worden, um finanzielle Unregelmäßigkeiten in der europäischen Frontzentrale (ACM) zu bereinigen und diese seitdem verantwortlich zu leiten. Die Bundesanwälte ließen den ursprünglichen Vorwurf fallen, EKINCI sei Rädelsführer, bzw. Mitglied einer terroristischen Vereinigung (§129 a Strafgesetzbuch – StGB). Im Gegenzug erklärten sich die Anwälte des Angeklagten bereit, zur Prozeßbeschleunigung beizutragen.

Der frühere Leiter des PKK-Gebiets Hannover, Nasir COSKUN, wurde am 10. Dezember vom OLG Celle wegen Sachbeschädigung und schwerer Brandstiftung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Ebenso wie beim Verfahren „EKINCI“ waren Staatsanwaltschaft und Verteidigung übereingekommen, den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung fallen zu lassen.

Am 11. Februar 1998 wurde der ehemalige Europaspreecher der ERNK, Faysal DUNLAYICI alias Kani YILMAZ, ebenfalls vom OLG Celle wegen schwerer Brandstiftung im Zusammenhang mit den von ihm gesteuerten Gewaltaktionen im Jahre 1993 zu einer Freiheitsstrafe von siebeneinhalb Jahren

verurteilt. Der darüber hinausgehende Vorwurf der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung wurde – wie bei den vorangegangenen Prozessen – zugunsten eines beschleunigten Verfahrens fallengelassen.

Ausblick

Die PKK gehört nach wie vor zu den aktivsten extremistischen ausländischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl ihrer Mitglieder hat bundesweit zugenommen. In Niedersachsen blieb der Mitgliederstand konstant. Trotz der von ÖCALAN verfolgten friedlichen Linie hat die PKK den Charakter einer zentralistisch geführten Kaderpartei nicht verloren. Symptomatisch ist der Umgang mit parteiinternen Kritikern. Im Juli und im August z.B. wurden zwei innerparteiliche Opponenten bei Überfällen durch mutmaßliche PKK-Kader in Lingen und Bremen verletzt.

Auch prominenten Kritikern des PKK-Regimes droht Verfolgung und Bestrafung durch die PKK. Der PKK-Dissident Selim ÇÜRÜKKAYA⁴² stellte am 26. Februar in Köln gemeinsam mit dem deutschen Schriftsteller Günter Wallraff sein Buch „PKK – Die Diktatur des Abdullah ÖCALAN“ vor. Darin kritisiert ÇÜRÜKKAYA den Führungsstil ÖCALANs. Dieser denke und verführe „stalinistisch“. Im Vorwort zu seinem Buch schreibt ÇÜRÜKKAYA u.a.:

„Als ich (nach 15 Jahren Gefangenschaft) endlich wieder bei meinen Freunden von der kurdischen Arbeiterpartei PKK war, versuchte 'unser

großer Führer Abdullah ÖCALAN' (APO), mir die Persönlichkeit zu nehmen, die ich im Widerstand gegen die türkischen Haftbedingungen erworben hatte. Er ließ mich in Beugehaft nehmen, weil ich für demokratische Strukturen eintrat.“

Zum Umgang ÖCALANs mit Abweichlern schreibt Wallraff in einleitenden Worten zu diesem Buch:

„Immer wieder bekomme ich von kurdischen Intellektuellen (aus Angst vor Repressalien oder/und auch aus politisch-taktischen Erwägungen meist hinter vorgehaltener Hand) zu hören: Lieber kein freies Kurdistan als eines unter der Alleinherrschaft dieser PKK. Dies würde politische Morde und Säuberungsaktionen gegen Abweichler und politische Gegner zur Regel machen.“

Vor dem Hintergrund fortbestehender innerorganisatorischer Gewaltanwendung ist es zweifelhaft, ob der Verzicht auf militante Aktionen gegen die Bundesrepublik Deutschland dauerhaft oder nur taktisch begründet ist. Dies gilt auch für die von ÖCALAN in einem Interview mit MED-TV Ende Januar 1998 bekundete Bereitschaft, sich den türkischen Behörden zu stellen, wenn entsprechende Sicherheitsgarantien abgegeben würden. In diesem Interview forderte ÖCALAN zugleich die Zulassung der PKK als legale Partei in der Türkei und eine Neustrukturierung des Staates innerhalb der bestehenden Grenzen. In der Vergangenheit hat sich ÖCALAN bereits mehrfach in ähnlich politisch moderater Form geäußert, ohne daß sich die Politik der PKK grundlegend und dauerhaft gewandelt hat. Gegenwärtig befindet sich die PKK in den kurdisch besiedelten Gebieten

⁴² ÇÜRÜKKAYA, einer der Gründer der PKK, war von 1980 bis 1991 in der Türkei inhaftiert. Nach seiner Freilassung ging er nach Syrien ins Exil, um anschließend in Norddeutschland für die PKK die Position eines Regionsverantwortlichen zu übernehmen. 1993 kam es zum Zerwürfnis mit PKK-Führer ÖCALAN. Seither lebt ÇÜRÜKKAYA versteckt in Europa.

der Türkei in der Defensive. Aus diesem Grunde könnte ÖCALAN versucht sein, in der westlichen Öffentlichkeit eine Auffangposition für den Fall eines endgültigen Scheiterns der PKK in der Türkei aufzubauen. Unter den Parteien, die in der Türkei die Regierungskoalition stellen, ist ebensowenig der Wille zu erkennen, mit der PKK in einen Dialog zu treten, wie unter den die türkische Innenpolitik dominierenden Militärs. Je weniger Perspektiven der PKK eröffnet werden und je stär-

ker sie in der Türkei unter Druck gerät, desto weniger ist ein Wiederaufleben militanter Aktionen auszuschließen. Maßgeblich für die Beibehaltung der „friedlichen“ Linie der PKK in der Bundesrepublik Deutschland ist die Möglichkeit, Veranstaltungen durchzuführen.

Das Betätigungsverbot hatte keine Auswirkungen auf die PKK-Struktur in Niedersachsen, die Struktur hat sich seitdem eher noch verfestigt.

Devrimci Sol (Dev Sol)

| | | |
|-----------------|--|-----------|
| Sitz | | |
| Europazentrale: | Köln | |
| Zentralkomitee: | Istanbul | |
| Vorsitzender: | Dursun KARATAS | |
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | ca. 1.200 | ca. 1.300 |
| Niedersachsen: | ca. 100 | ca. 110 |
| Zeitungen: | „Devrimci Sol – Haber Buelteni“ – Dev Sol – Nachrichtenbulletin – | |
| - | „Devrimci Cözüm“ – Zeitung des Yagan-Flügels – | |
| - | „Kurtulus“ – Zeitung des Karatas-Flügels – | |

Zu den wichtigsten Organisationen im türkischen linksextremistischen Spektrum zählt die 1978 gegründete Devrimci Sol (Revolutionäre Linke). Die Devrimci Sol strebt auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die Errichtung eines sozialistischen Gesellschafts-systems in der Türkei mit Hilfe einer bewaffneten Revolution an. Bereits am 12. September 1980 wurde sie nach zahlreichen Terroranschlägen in der Türkei verboten. Wegen zahlreicher Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen sowie Verstößen gegen das Vereinsgesetz wurde sie am 27. Januar 1983 ebenfalls in Deutschland verboten. In der Folgezeit setzte die Devrimci Sol ihre Aktivitäten konspirativ fort.

Jahrelange interne Flügelkämpfe führten 1993 zur Spaltung der Organisation in zwei Lager. Der Karatas-Flügel, benannt nach dem langjährigen Leiter der Devrimci Sol, Dursun KARATAS, gab sich die Bezeichnung Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C, Devrimci Halk Kurtulus Partisi – Cephesi)) und beanspruchte die legitime Nachfolge der Devrimci Sol. Deren Tradition verpflichtet, verfolgt die DHKP-C den Umsturz des türkischen Staates mit dem Endziel der

Errichtung einer kommunistischen Ordnung nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen sowie den Kampf gegen „Imperialismus“ und „Oligarchie“. Die Organisation versteht sich als „internationalistische Bewegung, die weltweit revolutionäre Bewegungen unterstützt“, sowie als „Avantgarde des türkischen und kurdischen Volkes“. Zu den Aktivitäten der DHKP-C in der Türkei gehören Terroranschläge gegen Personen des öffentlichen Lebens sowie gegen militärische und staatliche Einrichtungen.⁴³

Der in Deutschland weniger bedeutende, nach dem 1993 getöteten Anführer Bedri YAGAN benannte Yagan-Flügel, Türkische Volksbefreiungspartei / -front – Revolutionäre Linke (THKP/-C – Devrimci Sol), weist nur in Nuancen ideologische Unterschiede zum Karatas-Flügel auf und beansprucht ebenso die legitime Nachfolge der Devrimci Sol. Zwischen den beiden Flügeln besteht eine erbitterte Feindschaft, die bis zu gegenseitigen Mordanschlägen führte. Beide Flügel der Devrimci Sol betrachten Gewalt sowohl in der Türkei als auch in

⁴³ Am 21. Januar 1998 verurteilte ein türkisches Gericht zwei Mitglieder der DHKP-C wegen Beteiligung an Terroranschlägen zum Tode.

IRKÇI-FAŞİST HAREKETLERE KARŞI MÜCADELEYİ YÜKSELTELİM



**Laßt uns den Kampf gegen rassistische und
faschistische Bewegungen vorantreiben !**

**Elevons la lutte contre les
mouvements racistes-fascistes**

DEVİRİMCİ SOL GÜÇLER

Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Die DHKP-C unterteilt sich in der Türkei in einen politischen Flügel – Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP) – und in einen militärischen Arm unter der Bezeichnung Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC).

Beide Flügel der Devrimci Sol finanzieren ihre Aktivitäten über Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Publikationen und insbesondere durch Spendengeldsammlungen bei türkischen Landsleuten. Bei der im November gestarteten üblichen europaweiten Spendenkampagne, bei der vereinzelt auch mit Spendengelderpressungen vorgegangen wurde, konnte die DHKP-C wie auch in den Vorjahren ihr Spendenziel nicht erreichen.

Die Aktivitäten beider Flügel der Devrimci Sol sind bestimmt von Themen der türkischen Innenpolitik. Insbesondere der kurdische Befreiungskampf findet Unterstützung. Die DHKP-C sieht sich mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in einem „gemeinsamen Kampf gegen das türkische Ausbeutungs- und Unterdrückungsregime“. Bereits im Dezember 1996 hatten die PKK und die DHKP, der politische Arm der DHKP-C, zum „Aufbau einer revolutionären Front aller linksorientierten Parteien“ ein Bündnis geschlossen.

In ihrem zweiten, im Herbst durch Anhänger in Deutschland verbreiteten Verfassungsentwurf, der sogenannten „Volksverfassung“, beschreibt die DHKP-C die Ausrichtung des von ihr für die Türkei angestrebten politischen Systems. Ziel sei die Errichtung einer „Demokratischen Republik“ im Sinne eines unabhängigen, auf das Volk gestützten multiethnischen Staates, der „türkische, kurdische und andere Völker“ einbeziehe.

Als Reaktion auf Gefängnisrevolten und Hungerstreikaktionen türkischer Strafgefangener in der Türkei 1995 und 1996 machte die DHKP-C 1996 zusammen mit anderen türkischen linksextremistischen Organisationen in Deutschland mit Solidaritätsaktionen – Hungerstreiks, Mahnwachen, Brandanschlägen und Gewaltaktionen gegen türkische Einrichtungen, Hausbesetzungen und Demonstrationen – auf sich aufmerksam. Initiator dieser Solidaritätsaktionen war ein „Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen in der Türkei“, das strikt nach den zentralen Weisungen der Parteizentrale in der Türkei handelte.

Im Berichtsjahr nahm die DHKP-C anlässlich eines Trauermarsches für einen im Streit mit einem Landsmann erschossenen Türken mit anderen links-extremistischen türkischen Organisationen (TKP/ML, MLKP, DIDF und PKK) an einer Demonstration teil, um gegen politische Gegner, als „faschistisch“ bezeichnete türkische Kräfte („Graue Wölfe“), zu demonstrieren. Die auf einem Alleinvertretungsanspruch beider Flügel der Devrimci Sol basierende Rivalität zwischen DHKP-C und THKP/-C führte im Berichtsjahr zu wiederholten gewaltsamen Auseinandersetzungen. Im Verlaufe des Jahres ereigneten sich mehrere gegenseitige Schußwaffenanschläge in Frankfurt/Main sowie in Hamburg. Im Zusammenhang mit einer versuchten Spendensammelungsaktion von DHKP-C-Anhängern in Hamburg wurde der türkische Inhaber eines Imbisses erschossen.

Schwerpunkte der DHKP-C sind die Städte Hannover und Braunschweig. Politische Einflußmöglichkeiten der THKP/-C (Yagan-Flügel) in Niedersachsen sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund stagnierender Mitgliederzahlen rückläufig.

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

| | | |
|----------------------|------------------------|---|
| Leitung: | Zentralkomitee | |
| Leitung Deutschland: | Auslandsbüro | |
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | 2.000 | 2.000 |
| Niedersachsen: | 150 | 170 |
| Publikationen: | „Özgür Gelecek“ | (Freie Zukunft) |
| | „Denge Partizan“ | (Stimme des Partisanen) |
| | „Öncü Partizan“ | (Avantgarde Partizan/DABK) |
| | „Partizan Sesi“ | (Stimme des Partisanen/DABK) – seit 9/97 eingestellt |
| | „Halkin Günlügü“ | (Tagebuch des Volkes – seit 9/97 für Partizan Sesi) |
| | „Partizan“ | (Der Partisan/Partizan-Flügel) |
| | „İsci Köylü Kurtuluşu“ | (Internationale Rote Bewe- gung/Tikko) |
| | „Tohum“ | (Das Samenkorn) |

Die in der Türkei verbotene Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) wurde im Februar 1972 von dem 1973 in einem türkischen Gefängnis gestorbenen Ibrahim KAYPAKKAYA gegründet. Auf der ideologischen Basis des Marxismus-Leninismus, ergänzt von Ideen Mao TSE-TUNGS⁴⁴, strebt die TKP/ML den Umsturz des gegenwärtigen politischen Systems und damit die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung

⁴⁴ Nach den Lehren des Führers der KP der Volksrepublik China Mao TSE-TUNG (1893-1976) muß die Revolution in erster Linie gewaltsam als Volks- oder Guerillakrieg „vom Land in die Städte hinein“ durchgeführt werden. Träger der Revolution muß nicht das Industrieproletariat, sondern kann – vor allem in wenig industrialisierten Ländern – auch die von der KP geführte Bauernschaft sein. Der Revolutionär müsse sich in der Gesellschaft wie „ein Fisch im Wasser“ bewegen. Der Maoismus gilt im Hinblick auf sein Konzept des von der Bauernschaft getragenen Volkskrieges als Theorie des spezifisch chinesischen Weges zum Sozialismus. In den 70er Jahren spielte der Maoismus als kämpferische Theorie einer gewaltsamen, „auf die Massen gestützten Revolution“ im deutschen Linksextremismus eine bedeutende Rolle.

maoistischer Prägung auf dem Wege einer „demokratischen Volksrevolution“ in der Türkei an. Zur revolutionären Durchsetzung dieses Ziels hat sich die in der Türkei verbotene Organisation einen militärischen Arm, die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO), geschaffen. Die TIKKO führt in der Türkei einen bewaffneten Guerillakrieg, der in eine „demokratische Volksrevolution“ münden soll.

Geleitet wird die TKP/ML in Europa durch ein Auslandsbüro, das auch auf öffentlichen Flugschriften genannt wird. Als öffentlich arbeitende Basisorganisationen sind in Deutschland die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ADHP / ehemals ATIF) und auf europäischer Ebene der Dachverband Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ADHK /

ehemals ATIK) aktiv. Deutschland ist aufgeteilt in die Regionen Nord, Süd, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Aktivitätsschwerpunkte sind das Ruhrgebiet, das Rhein-Main-Gebiet sowie der Stuttgarter Raum. Niedersächsische Stützpunkte der überwiegend konspirativ auftretenden TKP/ML befinden sich u.a. in Hannover, Gifhorn, Göttingen und Salzgitter.

Charakteristisch für die TPK/ML sind ständige Abspaltungen. Seit April 1994 ist die TKP/ML in den sogenannten Partizan-Flügel und in das Ostanatolische Gebietskomitee (DABK) gespalten. Beide Flügel bedienen sich streng hierarchisch gegliederter, konspirativ agierender Kaderstrukturen.

Darüber hinaus vollzogen ehemalige TKP/ML-Mitglieder 1995 die Gründung der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP), der in Deutschland ca. 700 Mitglieder angehören. Die MLKP ist in der Türkei, in Deutschland und auch im übrigen europäischen Ausland mit Gewaltaktionen aktiv. In ihrem Presseorgan ÖZGÜR ATILIM bekennt sich die MLKP offen zur Gewalt. In einem Flugblatt heißt es:

„Der türkische Staat, ein Helfershelfer des US-Imperialismus, führt einen schmutzigen Krieg gegen die Kurden. Das gemeinsame Interesse der kurdischen und türkischen Arbeiter und Werktätigen besteht darin, die faschistische Diktatur durch die Revolution zu Fall zu bringen“.

Bundesweit manifestiert sich eine zunehmende Gewaltbereitschaft der MLKP in über 60 Straftaten wie Verstößen gegen das Versammlungs- und Waffengesetz, Hausbesetzungen, Körperverletzungen, Nötigungen, Freiheitsberaubungen und Brandstiftun-

gen. Inzwischen hat sich von der MLKP die Kommunistische Partei/Aufbau (KP/IO) abgespalten. Die Flügelkämpfe zwischen der MLKP und der KP/IO fanden ihren Höhepunkt in einem Mordanschlag auf zwei Angehörige der KP/IO im August 1996 in Duisburg durch ein MLKP-Mitglied. Die MLKP wird in Europa von einem Auslandskomitee (YDK) geleitet, dem über sogenannte Länderverantwortliche die Ortsgruppen verantwortlich sind. Der Finanzbedarf der MLKP, in Deutschland ca. 1,2 Millionen DM, wird vorrangig durch Spenden gedeckt. Die weitere Tätigkeit konzentriert sich auf Propagandaaktivitäten sowie die Rekrutierung von Jugendlichen mittels der Kommunistischen Jugendorganisation (KGÖ). Die Jugendlichen sind auch für spätere Kampfeinsätze in der Türkei vorgesehen.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen, die sich lähmend auf die politischen Aktivitäten der TKP/ML auswirkten, erreichten ihren Höhepunkt mit der Ermordung des DABK-Vorsitzenden, der sich vehement gegen eine Vereinigung beider Fraktionen unter einem Dach ausgesprochen hatte. Politische Aktivitäten und die bessere Finanzsituation haben den Partizan-Flügel der TKP/ML als führende politische Kraft herauskristallisiert und letztlich das DABK an den Rand gedrängt.

In Deutschland traten TKP/ML-Aktivistinnen vor allem durch Spendengelderpressungen bei Landsleuten, durch bewaffnete Raubüberfälle auf türkische Gaststätten, durch zahlreiche Brandanschläge auf türkische Einrichtungen sowie durch gewaltsame Protestaktionen gegen die Verfolgung von Gesinnungsgenossen in der Türkei in Erscheinung. Beide Richtungen der TKP/ML führen zur Finanzierung ihrer Parteiarbeit regelmäßige Spendengeldkampagnen durch. Im Mai fand eine

„Sonderspendenkampagne“ zugunsten in der Türkei inhaftierter Partizan-Anhänger statt. Ab Oktober eröffnete der Partizan-Flügel europaweit die jährlich stattfindende Kampagne, die bis Januar 1998 etwa 1 Million Mark erbringen sollte. Erfahrungsgemäß sind die Zielvorstellungen nicht zu realisieren, zumal fast zeitgleich der DABK-Flügel, beide Flügel der Devrimci Sol sowie die PKK ihre Spendenkampagnen durchführen.

Die Gewaltbereitschaft der Mitglieder der TKP/ML manifestierte sich bereits in Gewaltanschlägen, die gemeinsam mit der PKK und der DHKP-C insbesondere gegen türkische Einrichtungen in den vergangenen Jahren verübt wurden. Befürchtete Gewalttätigkeiten im Bundesgebiet blieben allerdings nach dem Tod des DABK-Generalsekretärs Güneyt KAHRAMANN, der bei einem Feuergefecht mit der türkischen Armee mit sie-

ben weiteren DABK-Guerillakämpfern erschossen wurde, aus.

Beide Flügel der TKP/ML versuchen bei größeren Veranstaltungen möglichst viele Anhänger zu mobilisieren. So fanden auch 1997 getrennte Jahresversammlungen zum Gedenken an den verstorbenen TKP/ML-Gründer KAYPAKKAYA statt. Während im Mai der DABK-Flügel 7000 Anhänger mobilisieren konnte, nahmen an der Veranstaltung des Partizan-Flügels nur 1500 Personen teil. Von den niedersächsischen Standorten der TKP/ML gingen keine öffentlichen Aktivitäten aus. Seit September bedient sich die TKP/ML des Mediums Internet mit regelmäßigen Veröffentlichungen.

Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)

(Deutsche Türkföderation (ATF) / Konföderation der idealistischen Türken in Europa (AÜTDK))⁴⁵

| -Basisdaten für Deutschland- | | |
|------------------------------|---------------------------------|-------|
| Sitz: | Griesheim bei Frankfurt/Main | |
| Vorsitzender: | Mehmet ERDOGAN | |
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | 6.900 | 7.000 |
| Niedersachsen: | 430 | 450 |
| Publikationen: | „Ortadogu“ „Türk Federasyon“ | |

Am 5. Oktober 1996 hat sich die 1978 gegründete Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) auf ihrem 19. Jahreskongreß in Essen in die Deutsche Türkföderation (Almanya Türk Federasyon – ATF –) umbenannt. Zum gleichen Zeitpunkt haben die Delegierten die Gründung eines neuen europäischen Dachverbandes Konföderation der idealistischen Türken in Europa (Avrupa Ülkücü Türk Demekleri – AÜTDK -) beschlossen. Diesem Gremium obliegt die Koordinierung der Arbeit der einzelnen nationalen Türkföderationen in Europa, u.a. auch in Holland, Österreich, Frankreich und Belgien.

Die ADÜTDF, deren Anhänger auch als „Graue Wölfe“⁴⁶ bezeichnet werden, stellt nach wie vor die bedeutendste extrem-nationalistische türkische Organisation in Deutschland dar. Sie vertritt in Deutschland die Interessen der türkischen Partei der nationalistischen Bewegung (MHP). Die vom 1997 verstorbenen Alparslan TÜRKES gegründete MHP verfolgt die Bildung eines islamistischen Nationalstaates in der Türkei. Zu den zentralen Ideologiemerkmalen der MHP gehören Pantürkismus, übersteigter Nationalismus,

Antikommunismus sowie Führerprinzip. Demokratie gilt als „Erfindung der Juden“, als „Nährboden für das Eindringen des Kommunismus“.

Die Verbindung nationalistischer mit islamistischer Ausrichtung im Sinne einer politischen Ideologie brachte TÜRKES bereits in seinen „Fundamentalen Anschauungen“ (1975) durch die Forderung nach Rückkehr zu türkisch-islamischen Werten zum Ausdruck. Die Verwestlichung habe die Türkei nach Auffassung TÜRKES' in eine nationale Katastrophe geführt. Der Islam gilt als

⁴⁵ Die von der extrem-nationalistischen „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF) auf ihrem letzten Jahreskongreß am 5. Oktober 1996 in Essen beschlossene Umbenennung in „Deutsche Türkföderation“ (ATF) wurde bislang noch nicht ins Vereinsregister eingetragen. In ihrem monatlich erscheinenden Presseorgan und anderen schriftlichen Verlautbarungen benutzt die Organisation noch vereinzelt den Begriff ADÜTDF sowie ferner die Bezeichnung „Türk Federasyon“. Die weiterhin von den Delegierten in Essen beschlossene Gründung eines neuen europäischen Dachverbandes, „Konföderation der idealistischen Türken in Europa“ (AÜTDK) wurde ebenfalls noch nicht umgesetzt.

⁴⁶ Der „Graue Wolf“ hat für die ADÜTDF symbolhafte Bedeutung. Um das Totemtier der Türken in ihrer zentralasiatischen Ursprungsregion (Altai-Gebirge) aus vorislamischer Zeit existiert eine mythologische Sage zur Herkunft der Türken.

Kraftquelle für die Türkei, die Nation müsse zu ihrem traditionellen vom Islam geprägten Wertesystem zurückkehren. Nationalstaatliche Legitimität wurde von den Gruppierungen des rechten Spektrums in der Türkei aus der Mobilisierung während des nationalen Unabhängigkeitskampfes hergeleitet.

TÜRKES (geboren 1917) wurde bereits 1944 wegen pantürkischer Aktivitäten und seiner Sympathieerklärung für Adolf Hitler verhaftet. Am Militärputsch in der Türkei 1960 war TÜRKES führend beteiligt, in den Jahren 1975–1978 fungierte er in zwei Kabinetten von Ministerpräsident DEMIREL als Vizepremier. Vor dem Hintergrund seiner maßgeblichen Beteiligung an Terroraktionen gegen Linksoppositionelle in den 70er Jahren wurde TÜRKES 1980 wegen Aufstachelung zum Bürgerkrieg sowie Anstiftung zum Mord in über 600 Fällen angeklagt. Aus Gesundheitsgründen erfolgte 1985 die Freilassung aus der Untersuchungshaft, ein letztinstanzlicher Freispruch erging erst 1995. Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe für TÜRKES gefordert. Seit 1991 war TÜRKES wieder – wie bereits von 1969 bis 1980 – Abgeordneter des türkischen Parlaments. 1995 erreichte die MHP nicht die für den Einzug ins Parlament erforderlichen 10 % der abgegebenen Stimmen.⁴⁷

⁴⁷ Nach dem Tod TÜRKES' im April 1997 würdigten alle führenden türkischen Politiker den Verstorbenen und nahmen – bis auf Staatspräsident Demirel – an der Beisetzungszeremonie, die unter großer Anteilnahme der Bevölkerung stattfand, teil. Die ADÜTDF hatte ihre Mitgliedsvereine aufgefordert, an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilzunehmen. Die MHP-Führung hatte für die Partei für zwei Monate „Staatstrauer“ angeordnet. Die Aufgaben des Parteivorsitzenden übernahm zunächst Turgut TÜRKES, bis dahin 2. Vorsitzender, den sein Vater Alparslan offenbar als seinen Nachfolger ausersehen hatte. Als Parteivorsitzender wurde er jedoch nicht bestätigt.

Die ADÜTDF vertritt wie die MHP den pantürkischen Gedanken der Errichtung eines „Großtürkischen Reiches“, in dem alle Turkvölker vereinigt sind, unter starker Betonung der vorislamischen Geschichte und Kultur der Türkei. Parallel zur zunehmenden islamistischen Ausrichtung der MHP in der Türkei kam es auch in Deutschland zu Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen MHP-Flügeln. 1987 spaltete sich von der Türk-Föderation die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine, kurz Türkisch-Islamische Union – TIKDB, später ATIB, ab. Die ATIB betont seitdem den Islam als konstitutives Element des Türkentums. Während die ADÜTDF in der ersten Phase ihrer Existenz den Pantürkismus in den Mittelpunkt ihrer politischen Aussagen stellte, haben in den letzten Jahren islamische Positionen ein größeres Gewicht erhalten, so daß ihr ideologischer Standort als politisch-kulturelle Synthese aus Türkentum und Islam bezeichnet werden kann.

Mit der nationalistischen Grundposition der ADÜTDF korrespondiert eine feindselige Haltung gegenüber kurdischen separatistischen Strömungen, insbesondere gegenüber der PKK sowie anderen linksstehenden Gruppierungen. Die ADÜTDF versucht sich als eine gemäßigte, demokratische Organisation darzustellen, die Gewalt als Mittel ihrer Politik ablehnt. Vor allem unter den jüngeren Mitgliedern ist jedoch eine latente Gewaltbereitschaft festzustellen.

Im Bundesgebiet ist die ADÜTDF nach eigenen Angaben in über 180 Vereinen organisiert, in Niedersachsen u.a. in Hannover, Goslar, Braunschweig

und Salzgitter. Ziel der Vereine ist die Ausdehnung des Einflusses auf die in Deutschland lebenden Türken im Sinne der politischen Ziele der MHP. Einer der Arbeitsschwerpunkte ist die Gewinnung von jugendlichen Mitgliedern. Angesichts zunehmender Chancenlosigkeit insbesondere türkischer Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt sowie der zunehmenden Konfrontation mit Ausländerfeindlichkeit fällt die von der ADÜTDF propagierte Rückbesinnung auf türkisch-islamische Werte auf fruchtbaren Boden. Auch wenn sich diese Entwicklung noch nicht in steigenden Mitgliederzahlen niederschlägt, so sind die sozialen Alltagsprobleme wie gesellschaftliche Desintegration, Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt und Konfrontation mit Ausländerfeindlichkeit mittelfristig eine Voraussetzung für stärkeren Zulauf zu Organisationen wie der ADÜTDF.

Die Situation der Vereine der Deutschen Türk-Föderation ist nach dem Tod TÜRKES' geprägt von den noch nicht abgeschlossenen Machtkämpfen um die Führung der MHP in der Türkei. Dort stehen sich Turgut TÜRKES

und BAHCELLI gegenüber. BAHCELLI, ein überzeugter Nationalist, ist nach einer Phase als Interimsvorsitzender in seinem Amt bestätigt worden. Turgut TÜRKES versucht u.a. auch über die Türk-Föderation Deutschland, weitere Anhänger für sich zu gewinnen. Die weitere Entwicklung hinsichtlich islamistischer Einflüsse, Vergrößerung des Verbandes durch Zusammenführen früherer Abspaltungen sowie bezüglich der Gewaltfrage ist abhängig von der politischen Entwicklung in der Türkei.

Die bislang in ihrer Öffentlichkeitsarbeit eher zurückhaltende ADÜTDF ist mit einer eigenen Homepage in deutscher und türkischer Sprache im Internet vertreten. Die ADÜTDF bekennt sich dort zur Einheit der in den westeuropäischen Staaten lebenden Türken und lehnt Kommunismus, Faschismus und totalitäre Regime als „spaltende, zerstörende und schädigende Bewegungen“ ab. Zusätzlich werden in türkischer Sprache Nachrichten aus den Mitgliedsvereinen der ADÜTDF und dem Umfeld der MHP angeboten. Zu den von der ADÜTDF verbreiteten Publikationen gehörte u.a. eine auszugsweise türkische Übersetzung von Adolf Hitlers „Mein Kampf“.

Die Aktivitäten der niedersächsischen Ortsvereine beschränkten sich im Berichtsjahr auf wenige Veranstaltungen mit bis zu 1000 Teilnehmern.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

-Basisdaten für Deutschland-

| | | |
|----------------|---|--------|
| Sitz: | Köln | |
| Vorsitzender: | Ali YÜKSEL | |
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | 26.500 | 26.500 |
| Niedersachsen: | 2.100 | 2.300 |
| Publikationen: | „Milli Görüs und Perspektive“ (Neue Weltsicht und Perspektive) | |

Die Vorgängerorganisation der IGMG, die Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT)⁴⁸, wurde 1985 in Köln gegründet. Im Frühjahr 1995 erfolgte die Aufteilung der AMGT in die IGMG und in die Europäische Moscheebau- und Unterstützungs-gemeinschaft e.V. (EMUG). Während die IGMG die soziale und religiös-politische Arbeit der AMGT fortsetzt, verwaltet die EMUG den Immobilienbesitz der Organisation, dessen Wert ca. 80 Millionen DM beträgt.

Die IGMG ist in Europa, aber auch in Kanada, Australien und Mittelasien vertreten. Ca. 480 Moscheen in mehr als 30 europäischen Organisationsgebieten und 26.500 Mitglieder in 270 deutschen Gemeinden sind Ausdruck ihrer Organisationsstärke. In Deutschland ist die IGMG vereinsrechtlich in Bonn gemeldet, ihre Vorstands- und

Verwaltungsarbeit wird jedoch von Köln aus dirigiert. Die Organisationsstruktur ist von der Orts- über die Regional- bis zur Bundesebene hierarchisch aufgebaut. Eine Jugendorganisation sowie ein Frauen-, ein Akademiker- und ein Studentenverband erlauben eine zielgruppenspezifische Bildungsarbeit. Für diesen Zweck unterhält die IGMG inzwischen zahlreiche eigene Schulungseinrichtungen und Bildungszentren.

In Niedersachsen verfügt die IGMG über Ortsvereine in allen größeren Städten und Gemeinden; am mitgliederstärksten sind die Vereine in Hannover, Braunschweig, Peine, Hameln und Garbsen. Der Sitz des IGMG-Landesverbandes befindet sich in Hannover.

Der Verbreitung ihrer Propaganda über die Medien mißt die IGMG eine wachsende Bedeutung zu. Sie publiziert das Presseorgan „Milli Görüs und Perspektive“ und betreibt den türkischen Fernsehsender „Kanal 7“. Im Internet ist die IGMG offiziell nicht vertreten, tatsächlich aber nutzt sie dieses Medium über die Zeitung Milli Gazete, die als Sprachrohr der Organisation

⁴⁸ Vorläuferorganisation der AMGT war die Türkische Union Europa e.V. Der erste „Milli Görüs“-Verein wurde 1972 in Braunschweig unter dem Namen Türkische Union Deutschland e.V. gegründet. Nach Auseinandersetzungen der Führungskader spaltete sich die Organisation 1983 in einen iran-orientierten Flügel, aus dem 1984 der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB) unter Cemaleddin KAPLAN hervorging, und in einen Flügel, der der türkischen Nationalen Heilspartei (MSP) nahestand. Die MSP wurde 1980 verboten und von der Wohlfahrtspartei (RP) ersetzt. Die MSP-orientierte Gruppe gründete 1985 die Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT = Avrupa Milli Görüs Teskatlari).

gelten kann. Ein „Medienkoordinierungsrat“ dient dazu, die Öffentlichkeitsarbeit aufeinander abzustimmen.

Die IGMG finanziert sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und den Erträgen organisationseigener Wirtschaftsbetriebe. Nach eigenen Angaben belaufen sich die Einnahmen für Deutschland auf 10 Millionen DM. Die tatsächliche Summe dürfte jedoch um ein Mehrfaches höher sein. Die Finanzmittel werden zu einem großen Teil für den Kauf von Immobilien verwendet. So erwarb die IGMG im Juli in Gleidingen/Landkreis Hannover für 1,6 Millionen DM ein mehrgeschossiges Gebäude mit 25-30 Räumen auf einem 8.000 qm großen Grundstück. Das Objekt soll zu einem Jugendbildungszentrum ausgebaut werden, wobei derzeit jedoch nur eine Nutzung als Unterkunftstätte möglich ist. Allein dies stellt schon einen finanziellen Vorteil dar, weil die IGMG bislang z.T. für Jugendseminare Jugendherbergen angemietet hat. Darüber hinaus könnte ein Teil des Kaufpreises durch die Vermietung von Räumen refinanziert werden.

Die IGMG plant die Einrichtung von etwa 300 Koranschulen, die aus Mitgliedsbeiträgen finanziert werden sollen. Der für 30 Millionen DM beabsichtigte Kauf des ehemaligen „Nokia“-Gebäudes in Köln wurde von der Stadt Köln durch Wahrnehmung ihres Vorkaufsrechts verhindert.

Die IGMG lehnt den türkischen Laizismus ab und strebt einen islamischen türkischen Staat an, in dem der Koran und die Scharia, das islamische Rechtssystem, Quellen einer „gerechten Ordnung“ sein sollen. Fernziel der panislamistisch ausgerichteten Organisation ist die weltweite Islamisierung. Die gleiche

ideologische Ausrichtung korrespondiert mit dem politisch-organisatorischen Zusammenhang der IGMG mit der inzwischen verbotenen Refah-Partisi (RP) des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin ERBAKAN. Obwohl die IGMG organisatorische Verbindungen offiziell bestreitet, unterstützt sie die RP personell und finanziell⁴⁹. Bei den letzten türkischen Parlamentswahlen am 24.12.1995 wurden der ehemalige Vorsitzende der Vorgängerorganisation AMGT, Osman YUMAKOGULLARI und der AMGT-Funktionär Sevki YILMAZ zu Abgeordneten der RP gewählt. Generalsekretär der IGMG ist Mehmet ERBAKAN, ein Neffe des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten.

Während die IGMG ihre islamistischen Zielsetzungen und antisemitischen Positionen vor einigen Jahren in ihr zuzurechnenden Publikationen offen zum Ausdruck brachte, hat sie in letzter Zeit, wahrscheinlich als Reaktion auf negative Entscheide in von ihr angestregten Klageverfahren u. a. gegen Verfassungsschutzbehörden, auf solche Aussagen verzichtet. Stellungnahmen zu Gunsten der RP in Versammlungen oder bei Predigten in IGMG-Moscheen wurden von der Leitung des Dachverbandes ebenfalls untersagt.

Die Verwirklichung Ihrer Ziele strebt die IGMG nicht durch Gewaltanwendung, sondern durch aktive politische und gesellschaftliche Betätigung ihrer Mitglieder an. Eine wichtige Funktion haben dabei die auf Majorisierung zielenden Kontakte zu anderen islamistischen Gruppierungen und die Mitglied-

⁴⁹ Nach dem türkischen Parteienrecht dürfen sich türkische Parteien im Ausland weder politisch betätigen noch Spenden von Vereinen, Gruppen etc. aus dem Ausland annehmen. Die IGMG bzw. ihre Vorgängerorganisation AMGT mußten deshalb, zur Vermeidung strafrechtlicher Sanktionen für die RP, organisatorische Zusammenhänge und jede finanzielle Unterstützung in Abrede stellen.

schaft in islamischen Dachverbänden⁵⁰, wie dem Zentralrat der Muslime und dem Islamischen Konzil in Deutschland. Die IGMG dominiert den Islamrat eindeutig, da sie in ihm nicht nur als Gesamtverband, sondern auch noch durch einzelne Mitgliedsvereine vertreten ist. Im Rechenschaftsbericht 1996 heißt es dazu:

„Insbesondere mit dem Islamrat, mit dem Zentralrat der Muslime und mit dem islamischen Konzil sind wir ein wichtiges und bedeutendes Mitglied und versuchen dort, die Koordination unter den muslimischen Organisationen zu verbessern.“

Über den Islamrat versucht die IGMG, für sich die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts bzw. als Religionsgemeinschaft zu erwirken. Ein positiver Entscheid würde die Stellung der Organisation gegenüber staatlichen Stellen stärken und den Führungsanspruch unter den Muslimen in Deutschland stützen. Der von der IGMG erhobene Anspruch, die Interessen der in Deutschland lebenden Muslime gegenüber den Behörden zu vertreten, steht im Widerspruch zum Religionsverständnis des Islam, der Amtskirchen nicht kennt. Faktisch repräsentiert die IGMG lediglich eine Minderheit unter den türkischen Muslimen⁵¹. Ein anerkannter Alleinvertretungsanspruch würde zu Polarisierungen innerhalb der moslemischen Bevölkerung in Deutschland führen. Unakzeptabel ist ein solcher Alleinvertretungsanspruch insbesondere für die

schiitischen Aleviten, deren Anteil an der türkischen Gesamtbevölkerung nach Schätzungen 25 % beträgt. Bei pogromartigen Ausschreitungen von türkischen Islamisten waren 1993 in einem Hotel in Sivas, Türkei, 37 Aleviten ums Leben gekommen.

Größte Veranstaltung der IGMG war die am 14. Juni im Dortmunder „Westfalenstadion“ durchgeführte Jahreshauptversammlung. Neben dem IGMG-Vorsitzenden Ali YÜKSEL, der den 45 000 Teilnehmern die Ziele der Organisation verdeutlichte, sprachen u.a. der Bürgermeister von Istanbul ERDOGAN (RP) und der frühere AMGT-Vorsitzende Osman YUMAKOGULLARI, der auf der Liste der RP ins türkische Parlament gewählt worden ist. Die Teilnahme dieser beiden Politiker dokumentierte ein weiteres Mal die enge Verknüpfung von RP und IGMG.

Dem jugendlichen Nachwuchs widmet die IGMG, der ca. 23.500 jugendliche Sympathisanten zugerechnet werden, besonderes Augenmerk. Höhepunkt diesbezüglicher Veranstaltungen war der „2. europäische Jugend-Kultur-Tag“ am 26. April in Emsdetten. In der dortigen Emshalle wurden ca. 2.000 jugendliche Teilnehmer durch Musikdarbietungen unterhalten und durch religiöse Beiträge im Sinne der IGMG unterrichtet.

Die Aktivitäten der IGMG auf Landesebene in Niedersachsen konzentrierten sich ebenfalls auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen sowie auf Frauen. Im Sommer wurden in größeren Städten, die über eine Moschee verfügen, Erziehungsseminare jeweils für Mädchen und Jungen durchgeführt. Die IGMG-Landesfrauen-

⁵⁰ In den verschiedenen Dachverbänden sind neben islamistisch-extremistischen auch islamische Organisationen und Vereine vertreten.

⁵¹ Die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) und ihre Ortsvereine als offizielle Auslandsorganisation der staatlichen türkischen Religionsbehörde DIB (Diyanet İleri Başkanlığı) kommen der Funktion einer Vertretung türkischer Muslime in Deutschland am nächsten. Nicht übersehen werden darf jedoch, daß die RP ihren Einfluß auf die DIB unter der Ministerpräsidentenschaft ERBAKANs ausgeweitet hat.

Millî Görüş ^{6 Perspektifine}

Yıl/Jahrgang: 5, Sayı/No.: 27, MART /MÄRZ '97

Bayramlarda, Çocuk Şenliği yapılacak



- ✓ Kurban Kampanyamız Hızla Devam ediyor
- ✓ İEMG Hac Organizasyonu hazırlıkları tamam
- ✓ Cami ve örtü çerçevesinde Vahşi Laiklik sevdası

versammlung fand am 9. November in Braunschweig statt, anschließend folgte im Harz ein Bildungsseminar für Frauen. Seminare und Veranstaltungen dieser Art haben nicht den Zweck, die Kluft zwischen Deutschen und Türken zu überbrücken, sondern sollen eine Integration türkischer Jugendlicher an die hiesige Gesellschaft verhindern. Milli Gazete vom 22. Dezember zufolge führte der Vorsitzende der IGMG YÜKSEL anlässlich eines Besuches des „Ibn-i-Sina“-Internats für muslimische Schüler in Belgien aus, daß muslimische Kinder in einem Umfeld mit anderer Religion und Kultur vor den Fallen der fremden Kultur und des unmoralischen Lebenswandels geschützt werden müßten.

„Wir müssen unsere Kinder vor den Einflüssen fremder Kulturen bewahren.“

(Milli Gazete, 22.12.1997, S. 3)

Von der IGMG verbreitete Publikationen sind ebenfalls Ausdruck dieser Politik einer innergesellschaftlichen Abkapselung. Das Buch „Wenn muslimische Mädchen weinen“ z.B. fordert die strikte Trennung zwischen muslimischen Kindern, die als Elite bezeichnet werden, und nichtmuslimischen Kindern.

Im Gegensatz zu ihren öffentlichen Erklärungen, auf eine Verständigung zwischen der deutschen und der türkischen Bevölkerung hinzuwirken, wirkt die IGMG eher desintegrativ auf Teile der türkischen Bevölkerungsgruppe ein. Wie bei anderen islamistischen Organisationen auch resultiert ihr Erfolg aus existierenden Desintegrationserscheinungen. Ansatzpunkte bieten ihr die hohe Arbeitslosigkeit unter türkischen Jugendlichen und der von

diesen empfundene Außenseiterstatus innerhalb der deutschen Gesellschaft. Die von der „Interdisziplinären Forschungsgruppe für multi-ethnische Konflikte“ an der Universität Bielefeld erstellte Studie „Türkische Jugendliche und islamischer Fundamentalismus“ konstatiert bereits eine wachsende Zuwendung türkischer Jugendlicher zum Islam in der Lesart der extremistischen Islamisten.

Vor dem Hintergrund der engen Verbindungen der IGMG zur RP hat die politische Entwicklung in der Türkei Rückwirkungen auf die Strategie und Politik der IGMG in Deutschland. Um den Einfluß der islamistischen RP zurückzudrängen, beschloß die türkische Regierung unter Ministerpräsident Yılmaz im August eine Verlängerung der Schulpflicht auf acht Jahre und die Schließung zahlreicher Koranschulen. Die IGMG reagierte hierauf in Europa mit der Ausrufung eines Jahres der Schulung und mit dem beschleunigten Ausbau eigener Schulungszentren. Durch das vom türkischen Verfassungsgericht im Januar 1998 ausgesprochene Verbot der RP erhält die Arbeit der IGMG bezüglich der Schulung von Funktionären für eine mögliche Nachfolgeorganisation zusätzliche Bedeutung.

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln (ICCB) Föderativer Islamstaat Anatolien (A.F.I.D.)

| | | |
|------------------------------|--|-------|
| -Basisdaten für Deutschland- | | |
| Sitz: | Köln | |
| Leitung: | Metin KAPLAN | |
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | 1.500 | 1.300 |
| Niedersachsen: | 400 | 300 |
| Publikationen: | „Ümmet-i-Muhammed“ (Die Gemeinde Mohammeds) | |

Der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln (ICCB), wurde 1984 von Cemalettin KAPLAN, einem früheren Vorsitzenden der Nationalen Heilspartei (MSP), Necmettin ERBAKLAN, nahestehenden ehemaligen Beamten des „Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten“⁵² der Republik Türkei, als Abspaltung einer Vorläuferorganisation der heutigen IGMG gegründet.

Das Ziel der Organisation unter Führung von Metin KAPLAN ist wie schon unter dessen im Mai 1995 verstorbenen Vater und Vorgänger Cemalettin KAPLAN die Beseitigung des laizistischen Staates (Laizismus: radikale Trennung von Kirche und Staat) in der Türkei und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Vorbild auf dem Wege einer islamischen Revolution. Als einzig legitime

Grundlage für eine Rechts- und Gesellschaftsordnung gilt die „Scharia“, ein aus Koran, Hadith (Aussprüche Mohammeds) und Sunna (Gewohnheiten Mohammeds) hergeleitetes islamisches Rechtssystem. In diesem Sinne verkündete Metin KAPLAN in einer Grundsatzrede auf der Jahreshauptversammlung 1996, der Koran sei das Grundgesetz und das Strafgesetzbuch des Islam. Weltliche Gesetze stünden hierzu im Widerspruch. Ausdrücklich bekannte er sich zur Gewaltanwendung im Namen des Islam.

Zu den Feindbildern des ICCB gehören neben dem Laizismus insbesondere Kapitalismus, Demokratie sowie vor allem der israelische Staat und das Judentum. Unter dem Titel „Grundparolen des Muslims“ verdeutlichte das Verbandsorgan „Ümmet-i-Muhammed“ (Die Gemeinde Mohammeds) in der Ausgabe vom 1. Februar 1996 diese Gegnerschaft, indem erklärt wird, daß „Kommunismus, Kapitalismus, Liberalismus, Sozialismus, Kemalismus“⁵³, Laizismus und Demokratie, alle derartigen Ordnungen, die dem Islam nicht entsprechen (...), schlecht sind.“ Die antidemokratische Ausrichtung des ICCB wird deutlich in einer auf Flugblättern in deutsch und türkisch zitierten Aussage des Gründers Cemalettin KAPLAN: „Es ist Sünde, Mitglied der

⁵² Identisch mit dem DIB (Diyamet Isleri Baskanligi), im Türkischen auch kurz als Diyanet bezeichnet.

⁵³ Auf dem Parteitag der „Republikanischen Volkspartei“ (CHP) wurden 1931 sechs auf den Begründer der modernen Türkei, Kemal Atatürk, zurückgehende Prinzipien verabschiedet, die 1937 Verfassungsrang erhielten und als Kemalismus bezeichnet werden: türkischer Nationalismus, antiislamischer Säkularismus, antiosmanischer Republikanismus, klassenloser Populismus (als Ausdruck der Volksverbundenheit der nationalen Bewegung), parteibezogener Revolutionismus, wirtschaftslenkungsorientierter Etatismus.

Vgl. Matthes Buhbe: *Türkei. Politik und Zeitgeschichte*. Opladen 1996, S. 44 ff.

Parlamente des Zeitalters zu sein, in dem wir uns befinden.“

Der ICCB strebt einen „Kalifenstaat“ als weltweiten Zusammenschluß aller Muslime an. Bereits 1992 hatte Cemaleddin KAPLAN in Koblenz einen Föderativen Islamstaat Anatolien (A.F.I.D.), einen „heiligen Koranstaat“, proklamiert und sich 1993 zum Kalifen, zum „Befehlshaber der Gläubigen“ ernannt⁵⁴. Cemaleddin KAPLAN wurde in der Türkei wegen seiner antilaizistischen und antidemokratischen Betätigung polizeilich gesucht.

Der stark hierarchisch und zentralistisch geführte ICCB ist in Deutschland und der Türkei aktiv. Der ICCB finanziert sich zum überwiegenden Teil aus Spendengeldern und Mitgliedsbeiträgen. Als weitere Einnahmequellen dienen die verbandseigene Zeitung „Ümmet-i-Muhammed“ sowie der Verkauf von Büchern und Predigten des Gründers Cemaleddin KAPLAN.

Wie sein Vater hat sich Metin KAPLAN zwar ebenfalls zum Kalifen ausrufen lassen, verfügt jedoch wegen seines zu weit gefaßten Führungsanspruchs sowie einer ihm von seinen Gegnern vorgeworfenen mangelnden Kompetenz nicht über ausreichende Akzeptanz innerhalb der Bewegung. Diese mangelnde Akzeptanz äußerte sich nicht zuletzt in einer negativen Mitgliederentwicklung. Während Mitte der 80er Jahre noch 10.000 bis 12.000 Mitglieder dem Verband angehörten, sind es heute nur noch etwa 1.300 im Bundesgebiet bzw. 2.000 bis 2.400 europaweit. Die Gegner Metin KAPLANs finden sich teilweise in der 1994 abgespaltenen Organisation Union der Muslimischen Bewegung (MCB), die aber wenig Außenwirkung zeigt und nahezu bedeutungslos geworden ist. Hauptkonkurrent jedoch war der am 8. Mai in seiner Berliner Wohnung von bisher unbekanntem Tätern ermordete Dr. Yusuf Ibrahim

SOFU, der sich Anfang 1996 zum „Gegenkalifen“ hatte ausrufen lassen.⁵⁵ Um SOFU hatte sich eine Gruppe enttäuschter ICCB-Mitglieder gebildet. Hierdurch wurde die Autorität Metin KAPLANs in besonderer Weise in Frage gestellt, denn SOFU genoß als Bundesvorsitzender der Jugendorganisation und loyaler Anhänger Cemaleddin KAPLANs zu dessen Lebzeiten hohes Ansehen innerhalb des ICCB. Infolge der Auseinandersetzungen wechselten viele Mitglieder des ICCB zu SOFU und zur IGMG. Einige Mitgliedsvereine, die der ICCB noch für sich reklamiert, existieren nur noch dem Namen nach oder haben sich inzwischen von der Organisation abgewandt.

SOFU verstand sich als Nachfolger Cemaleddin KAPLANs und dessen islamistischer Ausrichtung. In seiner Anfang 1997 verbreiteten Schrift „Das System von ‘Decal’: Die Demokratie“

⁵⁴ Die Bezeichnungen ICCB und A.F.I.D. werden von den Anhängern KAPLANs synonym verwendet, wobei die Abkürzung ICCB immer mehr an Bedeutung abgenommen hat, da verbandintern aktuell fast nur noch vom „Kalifenstaat“ gesprochen wird.

⁵⁵ Der Kalif ist der mit absoluter Autorität im weltlichen, wie im religiösen Bereich, ausgestattete Nachfolger bzw. Stellvertreter des im Jahr 632 n. Chr. verstorbenen Propheten Mohammed. Unter Berufung auf den Koran gilt das Grundprinzip, daß es jeweils nur einen einzigen Kalifen geben darf. Eine vom Propheten Mohammed nach den Traditionen erlassene Vorschrift in bezug auf den Kalifen besagt:

„Wenn es zwei Kalifen gleichzeitig gibt, dann tötet den zweiten und bewahrt den ersten, denn der zweite ist ein Rebell.“

Das geistliche Amt des Kalifen war im Verlaufe der Jahrhunderte immer auch verbunden mit politischer Herrschaft. Das letzte Kalifat der Kalifendynastie der Osmanen wurde 1924 durch Kemal Atatürk und die Errichtung des modernen türkischen Staates beendet. Seitdem hat es immer wieder Versuche gegeben, führende Persönlichkeiten der islamischen Welt als Kalifen auszurufen

bezeichnete SOFU Demokratie als „Gewaltherrschaft“, als Herrschaft des „Deccal“ (d.h. Betrug, Schwindel), Menschenrechte gelten als „Täuschungsmittel“.

Im ICCB-Verbandsorgan „Ümmet-i-Muhammed“ hatte Kaplan bereits im Juli 1996 die Gegenkandidatur SOFUs kommentieren lassen:

„Was passiert mit einer Person, die sich (...) als einen zweiten Kalifen verkünden läßt? Dieser Mann wird zur Reuebekundung gebeten. Wenn er nicht Reue bekundet, dann wird er getötet.“

Es liegt daher die Vermutung nahe, daß die Ermordung ein Racheakt gegen den „Abtrünnigen“ SOFU war. Als Nachfolger SOFUs wählten dessen Anhänger Salih YÜNEK zum neuen Kalifen. Die ideologische Ausrichtung der Anhänger YÜNEKs läßt sich noch nicht genau definieren. In ihrem eigenen Organ „Ümmet-i-Muhammed in sesi“ ist seit dem Tod SOFUs kaum noch aggressive Propaganda zu lesen.

Auf der von etwa 3.500 Personen – darunter 400 Teilnehmer aus Niedersachsen – besuchten Jahreshauptversammlung des ICCB am 11. Mai anläßlich des Jahreswechsels (islamischer Kalender) in Köln wurde die Ermordung SOFUs nur beiläufig erwähnt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine Rede KAPLANS, dessen Autorität und Führungsanspruch herausgestellt werden sollten. Ein Funktionär führte aus, der Kalif Metin KAPLAN sei der Kommandant und seine Anhänger seine Soldaten; alle müßten bereit sein, wenn es sein müßte, für KAPLAN zu sterben. KAPLAN verhöhnte in seiner Rede die von Menschen geschaffe-

nen Gesetze und Dogmen – Demokratie, Kapitalismus und Kommunismus –, die er als auf dem Weg in den Konkurs befindlich kennzeichnete. Diesen Irrwegen stellte er den Islam als die wahre Religion auf der Welt gegenüber. Sämtliche islamischen Gruppen in der Türkei rief er auf, sich unter der islamischen Flagge in Einigkeit zu sammeln. Wörtlich fügte er an:

„Ihr müßt zu uns kommen, wie der Prophet sagte. Wenn ihr nicht kommt, dann werden wir euch mit dem Schwert holen!“

Die Durchsuchung von Räumlichkeiten des ICCB in Köln, Düsseldorf, Berlin und Augsburg vom 9. September als Teil eines Ermittlungsverfahrens gegen einen örtlichen Funktionär des ICCB, der im Mai 1996 in einem Freitagsgebet die Tötung des „Gegenkalifen“ religiös legitimierte, kommentierte „Ümmet-i-Muhammed“ in ihrer Ausgabe vom 11. September:

„Was haben wir schon gemacht? Da der Kalifenstaat zur Zeit nicht die Macht hat, wurde die Verhängung der Todesstrafe verschoben und die Verbannung verhängt. (...) Nach dem Islam werden nur drei Sorten von Menschen getötet: 1. diejenigen, die mit Absicht töten, 2. die Ehebrecher und 3. die Glaubensabtrünnigen.“

Insbesondere die Forderung nach Einführung der Todesstrafe für Glaubensabtrünnige verstößt gegen das im Grundgesetz konkretisierte Menschenrecht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Unmittelbar nach den Ereignissen um die Ermordung SOFUs setzte der ICCB seine vornehmlich gegen Israel und die westlichen Regierungen gerichteten polemischen Angriffe fort. Nachdem Metin KAPLAN im August 1996 durch eine Ordnungsverfügung der Stadt Köln die politische Betätigung untersagt worden war und sich auch „Ümmet-i-Muhammed“ in der Folge

maßvoller geäußert hatte, wurde diese Zurückhaltung nunmehr aufgegeben. In der Ausgabe vom 22. Mai veröffentlichte „Ümmet-i-Muhammed“ einen Artikel mit der Überschrift „Das zionistische Israel bekommt nicht genug von Folterungen, Blut und Massaker!“. Darin heißt es u.a.:

„Wenn wir Juden sagen, dann werden alle Muslime von einem Schauer erfaßt und sie müssen sich zunächst einmal schütteln. Diese Gesellschaft von nicht einmal einigen Millionen Menschen läßt eine Milliarde Muslime Blut spucken. (...) Eine Gesellschaft, die sogar Hitler benutzte, um den Muslimen den Staat Palästina wegzunehmen und ihre eigenen Rassengenossen der Folter überlassen konnte. Hitler sollte die Juden foltern und auch einige von ihnen töten, damit die reichen und wohlhabenden Juden ihren Wohnsitz in Europa aufgeben und in das auch in ihrer Religion heilige Land Palästina fliehen mußten. Hitler, der treueste Freund der Juden, hat dies verwirklicht und ihnen damit den größten Gefallen getan. Für diesen Plan hatte man nur einige wenige mittellose Juden geopfert.“

Seit April betreibt der ICCB einen eigenen Propagandasender „HAKK TV“. In den einmal wöchentlich aus der Kölner Moschee über Eutelsat 2 bis in die Türkei ausgestrahlten Sendungen ruft KAPLAN zum Sturz des laizistischen Systems und zur Errichtung des Gottesstaates in der Türkei auf. In einer am 17. August ausgestrahlten Fernsehsendung bezeichnete Metin KAPLAN die Mitglieder der türkischen und deutschen Regierung als „Tyranen und Ungläubige“. Er forderte seine Anhän-

ger auf, sich zum Islam und zur Scharia zu bekennen und ihm als Kalifen Gehorsam zu leisten. Der „Kalifenstaat“ arbeite zur Zeit noch in Köln, weil die „wahre Hauptstadt“ (Istanbul) noch besetzt sei. Das Volk in Anatolien solle endlich wach werden und den türkischen Staatspräsidenten vertreten.

Nach dem Tod SOFUs als seinem Hauptkonkurrenten trat Metin KAPLAN mit zunehmend aggressiveren Äußerungen an die Öffentlichkeit, insbesondere hinsichtlich seiner Haltung zur Bundesrepublik Deutschland und anderen westlichen Staaten. „Ümmet-i-Muhammed“ benennt in ihrer Ausgabe vom 6. November als „Feinde des Islam“, die nur zu dessen Sturz gebildet worden seien, neben Mafia und Medien, vor allem Freimaurer, Zionisten, Glaubensabtrünnige, Atheisten und falsche Gelehrte, Kapitalisten, Bürokraten sowie Parlamentarier. Aufgabe der Muslime sei angesichts des Endes der weltlichen Systeme, für die Vorherrschaft der Religion Allahs in der Welt zu sorgen.

In Niedersachsen sind die ICCB-Vereine unter der Bezeichnung Islamische Gemeinde Niedersachsen mit Sitz in Salzgitter zusammengeschlossen. Vereine gibt es u.a. noch in Salzgitter, Wunstorf, Braunschweig und Göttingen sowie diverse Mitglieder ohne Verein in einigen größeren niedersächsischen Gemeinden. Ob die bisherigen Mitgliedsvereine Goslar, Hannover, Garbsen und Hildesheim noch dem ICCB angehören oder bereits zur IGMG übertraten, ist unklar. Wie viele Mitglieder bzw. Vereine derzeit tatsächlich noch Metin KAPLAN folgen oder sich

möglicherweise schon der Linie SOFUS bzw. seinem Nachfolger angeschlossen haben, ist nicht bekannt.

In mehreren Städten unterhält der ICCB eigene Moscheen, z.B. in Braunschweig, Salzgitter und Wunstorf. Bei den Versammlungen der Islamischen Gemeinde Niedersachsens und ihrer Mitgliedsvereine wurde regelmäßig die desolante finanzielle Situation des ICCB thematisiert. Insbesondere zur Finanzierung des eigenen Fernsehsenders „HAKK TV“ wurden die Mitglieder zu Spendenleistungen aufgerufen. So sollten die Vereine in Niedersachsen monatlich mehrere tausend Mark für „HAKK TV“ aufbringen. Der Gedanke Cemaleddin KAPLANs, von den Mitgliedern seiner Organisation neben stetigen Geldspenden auch eine „Pflichtsteuer“ einzutreiben, ist von seinem Sohn Metin KAPLAN wieder aufgegriffen worden. Aufgrund der Spaltungen des ICCB und dem damit verbundenen anhaltenden Mitgliederschwund kann der Finanzbedarf ohne zusätzliche Geldschöpfungsmöglichkeiten nicht mehr gedeckt werden. In einer Vorankündigung in „Ümmet-i-Muhammed“ vom 31. Juli wurden die Mitglieder auf die Zahlung der Steuern in folgender Form hingewiesen:

„Jahresalmosen im Islam!

Was macht der Staatsführer? Er veranlaßt seine Beamten, das Almosen einzusammeln, damit sie es weitergeben an die Bedürftigen!

Die Steuern!

Der Staat hat gegenüber seinem Volk Verpflichtungen. Um diese zu bewerkstelligen, muß der Staat Steuern erheben.“

Aus Anlaß der Einweihung einer neuen Moschee am 2. November in Göttingen ist jedes niedersächsische Gemeindeglied zur Teilnahme an den Feierlichkeiten aufgefordert worden, um dabei seine „Steuer“ zur Unterhaltung eines „Anatolischen Islamstaates“ zu begleichen. Spenden und Steuern müßten unter Zurückstellung aller irdischen Belange entrichtet werden. An der Bezirksmitgliederversammlung der „Islamischen Gemeinde Niedersachsen“ am 2. November in den Räumlichkeiten der neuen Moschee beteiligten sich etwa 200 Personen.

Der Führungsanspruch Metin KAPLANs war innerhalb der Bewegung von Anfang an umstritten – nicht zuletzt wegen eines Mangels an Charisma im Vergleich zu Cemaleddin KAPLAN. Die Ermordung seines Hauptkonkurrenten SOFU am 8. Mai in Berlin, deren Hintergründe bis heute ungeklärt sind, hat Metin KAPLANs Position offenkundig nicht festigen können. Im Vergleich zur ebenfalls islamistischen IGMG ist der Einfluß des ICCB auf die in Deutschland lebenden türkischen Bürger als gering zu veranschlagen. Dennoch darf ihre Bedeutung wegen ihres militanteren Charakters nicht unterschätzt werden.

Muslimbruderschaft (MB)

-Basisdaten für Deutschland-

| | | |
|--------------------------|---|------|
| Sitz: | München / Aachen | |
| Leitung: | Dr. Ahmed AL-KHALIFA/Dr. Issam EL-ATTAR | |
| Mitglieder ⁵⁶ | 1996 | 1997 |
| Bund: | 1000 | 1000 |
| Niedersachsen: | 50 | 55 |
| Publikationen: | Al Ra'id (Der Kundschafter) „Sawt Almanyā“ (Stimme Deutschlands) | |

Die 1928 in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft (MB, arab. Al-Ikhwan al-Muslimum) ist die älteste islamistische Organisation. Sayyid QUTB (1906–1966), der maßgebliche Ideologe innerhalb der MB, brachte das für diese Organisation charakteristische gegen die europäische Aufklärung gerichtete islamzentrierte Überlegenheitsgefühl zum Ausdruck:

„Der Islam kämpfte ganz auf sich allein gestellt, denn das Element der Stärke ist latent in ihm vorhanden (...) Es ist darin verborgen, daß der Islam für die Menschheit paßt und ihren wirklichen Bedürfnissen entgegenkommt; verborgen in der Tatsache, daß er sich über die Knechtung der Menschen über den Menschen erhebt und diesen allein Gott, dem Herrn, unterwirft; daß der Islam von niemandem als von Gott Belehrung annimmt; verborgen auch darin, daß er seine Anhänger von üblen Begleiterscheinungen

(d.h. des autonomen menschlichen Geistes) wie der Unterwerfung unter die Herrschaft eigenmächtiger Ursuptoren bewahrt (...) denn solche Herr-

schaft bleibt stets außerhalb des Wirkungsbereiches des Gewissens, wie stark ihr Druck auch werden mag.

Daher gibt es

(trotz der zeitweiligen Vormachtstellung westlicher Kultur und Politik) keine geistige Niederlage, solange der Islam Herz und Gewissen beherrscht, mag sich bisweilen auch eine äußere Niederlage zutragen!“

(Kienzler, Klaus, „Der religiöse Fundamentalismus. Christentum – Judentum – Islam“, München 1996, S. 88)

Auf Veranstaltungen der MB wird die Ablehnung der westlichen Gesellschaftsordnung immer wieder zum Ausdruck gebracht. Deutlich wurde dies z.B. in einem Referat, das der libanesishe Sunnit Scheich Moharam AL ARIFI am 1. August im „Islamischen Zentrum Berlin“ hielt. AL ARIFI wandte sich gegen die Integration der Muslime in Europa. Die Anpassung an europäische Sitten und Gebräuche führe zur Entfremdung der Muslime gegenüber ihren Heimatländern. Das Leben in der europäischen Gesellschaft verleite zum Drogenhandel und zu anderen kriminellen Handlungen. Jeder in Europa lebende Muslim sei ein Botschafter des Islam und dazu verpflichtet, die

⁵⁶ Mitgliederzahlen der MB einschließlich der Islamischen Gemeinde in Deutschland e.V. (IGD) und Islamische Avantgardisten.

europäischen Gesetze zu achten, allerdings nur soweit, wie sie nicht im Gegensatz zur Scharia stünden.

In der Bundesrepublik Deutschland übt die MB Einfluß auf verschiedene sunnitisch-extremistische Vereinigungen aus. Vorrangiges Ziel ist es, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen, um auf diese Weise Anhänger für die MB zu rekrutieren. Die Anhänger der Muslimbruderschaft operieren konspirativ und treten öffentlich nur durch Publikationen in Erscheinung. Die von der MB betriebenen Islamischen Zentren dienen zum einen als Veranstaltungsorte für politische Agitation, zum anderen haben sie als Begegnungsstätten die Funktion einer Klammer für islamistische Organisationen diverser Länder.

Die Muslimbruderschaft, die sich in Ägypten vor allem im sozialen Bereich engagiert, vermeidet das offene Bekenntnis zur Gewalt und verurteilt inzwischen – vermutlich um Konflikte mit der ägyptischen Regierung zu vermeiden – militante Aktionen anderer Organisationen, wie z.B. der Ende der 60er Jahre in Ägypten entstandenen Jama'at Islamiyya, die das Attentat auf westeuropäische Touristen in Luxor/Ägypten Mitte September zu verantworten hat. Die Jama'at Islamiyya war ursprünglich eine Studentenorganisation mit engen Verbindungen zur MB.

Die folgenden, personell vielfach miteinander verflochtenen Organisationen gelten als regionale Vertretungen der MB:

Die 1960 gegründete Islamische Gemeinde in Deutschland e.V. (IGD) mit bundesweit etwa 500 Anhängern gehört zu den größeren Gruppen der MB. Ihr Hauptstützpunkt ist das von ihrem Generalsekretär, dem Ägypter Dr. Ahmed KHALIFA geleitete Islamische Zentrum München (IZM). Darüber hinaus verfügt die IGD über 10 Zweig-

stellen in der Bundesrepublik Deutschland.

Als weitere Gruppe sind die Islamischen Avantgarden anzuführen, die Anfang der 80er Jahre vom Leiter des Islamischen Zentrums Aachen (IZA), Dr. Issam EL-ATTAR, gegründet wurden. Die Ziele der 500 Mitglieder starken Organisation entsprechen den Bestrebungen der IGD. Die Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) und die Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM) sind Untergruppierungen der Islamischen Avantgarden.

Ein weiterer regionaler Zweig der MB ist die Islamische Heilsfront (FIS), die im März 1989 in einer Phase innerstaatlicher Liberalisierung in Algerien gegründet wurde. Ihr Ziel ist die Errichtung eines islamischen Staatswesens in Algerien. Die algerische Regierung nahm Unruhen im März 1992 zum Anlaß, die aus den Parlamentswahlen 1991/92 als Sieger hervorgegangene FIS zu verbieten. Die FIS verfügt über einen militärischen Arm, die Islamische Heilsarmee (AIS). Von der FIS abgespalten hat sich im April 1992 die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA). Die GIA, die eine Reihe kleinerer, größtenteils autonom handelnder, Gruppen in sich vereinigt, ist für Massaker an der algerischen Zivilbevölkerung und die Ermordung ausländischer Bürger in Algerien verantwortlich. Wegen dieser Greuelthaten ist die FIS inzwischen auf Distanz zur GIA gegangen.

In Deutschland gibt es außer einem losen Zusammenschluß von Aktivisten im Raum Köln/Aachen keine offenen vereinsähnlichen Strukturen oder legalen Vertretungen der FIS/AIS bzw. der GIA. Die bundesweit ca. 300 Aktivisten leisten sowohl auf politischer als auch auf logistischer Ebene Unterstützung für den islamistischen Widerstand im Heimatland.

Der Islamische Bund Palästina (IBP) wurde im Mai 1981 im IZM gegründet. Er vertritt seit Beginn der Intifada (Aufstand der palästinensischen Jugend) im Dezember 1987 die Interessen der bislang ausschließlich in Israel und den teilautonomen palästinensischen Gebieten terroristisch aktiven Islamischen Widerstandsbewegung (HAMAS). Die HAMAS repräsentiert den palästinensischen Zweig der Muslimbruderschaft; ihr Ziel ist die Errichtung eines islamischen palästinensischen Staates auf dem gesamten Gebiet Palästinas.

Bisher waren HAMAS und IBP, die über feste Strukturen und eigene Räumlichkeiten verfügen, im Bundesgebiet lediglich propagandistisch tätig. Auf europäischer Ebene knüpft die HAMAS Verbindungen zu anderen islamistischen Organisationen, z.B. durch die Teilnahme an Konferenzen unter

Beteiligung der GIA, der libanesischen Hizb Allah und dem Palästinensischen Islamischen Jihad (PIJ). Von den ca. 200 Anhängern im Bundesgebiet sind nur Einzelmitglieder und Funktionäre in Niedersachsen ansässig.

Die EnNahda, der tunesische Zweig der Muslimbruderschaft, wird seit 1991 aus dem britischen Exil und von Frankreich aus geleitet. In Deutschland sind bislang keine organisatorischen Strukturen bekanntgeworden. Es gibt jedoch Einzelmitglieder, die vorwiegend bei Veranstaltungen der unter dem Einfluß der MB stehenden Islamischen Zentren in Aachen und München auftreten.

Hizb Allah (Partei Gottes)

| -Basisdaten für Deutschland- | | |
|------------------------------|------------------------------|------|
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | 680 | 700 |
| Niedersachsen: | 70 | 85 |
| Publikation: | „Al Ahd“ (Die Verpflichtung) | |

Die extremistische libanesische Schiitenorganisation Hizb Allah (Partei Gottes) wurde im Jahre 1982 auf Betreiben des Iran gegründet. Dank iranischer Unterstützung entwickelte sich die Organisation rasch zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten. Fernziel der Organisation ist die Errichtung einer islamischen Republik im Libanon nach iranischem Vorbild. Den palästinensisch-israelischen Friedensprozeß lehnt die Organisation strikt ab. Vertreter der Hizb Allah bezeichnen den Tag, an dem das Gaza-Jericho-Abkommen unterzeichnet wurde, in verschiedenen Presseerklärungen als „den schwärzesten Tag in der Geschichte der islamischen Nation“ und kündigten an, den „Kampf gegen die Zionisten“ unvermindert fortzusetzen.

Die Hizb Allah hat in den zurückliegenden Jahren immer wieder Anschläge auf israelische Einrichtungen im Südlibanon, aber auch im Ausland – u.a. in Istanbul, Ankara und Buenos Aires – begangen. Die Anschläge im Südlibanon werden unter der Bezeichnung „Islamischer Widerstand“ durchgeführt.

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Hizb Allah-Anhänger agieren ebenfalls unter der Bezeichnung Islamischer Widerstand. Sie sind weiterhin um die Verfestigung ihrer Strukturen bemüht, um ihren politischen Aktivitäten einen organisatorischen Rahmen zu geben. Künftig sollen die Mitgliedsvereine die Bezeichnung Jamiyat Ahl ul Bait (Verein der

Angehörigen des Propheten Mohammed) führen. Aus dem Libanon anreisende Funktionäre instruieren die hiesigen Zweigorganisationen und schwören die Anhänger auf die jeweils aktuelle politische Linie ein. Verbindungen bestehen zu den Anhängern der sunnitischen AMAL (Gruppen des libanesischen Widerstands) sowie zu iranischen Islamisten, was besonders deutlich wird durch die zahlenmäßig starke Teilnahme von Hizb-Allah-Anhängern am alljährlich stattfindenden Quds-Tag (Jerusalemtag).⁵⁷

In Niedersachsen haben sich Anhänger der Hizb Allah in mehreren – konspirativ abgeschotteten – Ortsgruppen bzw. Stützpunkten, u.a. in Hannover und Osnabrück, organisiert. Treffpunkte der Hizb Allah-Anhänger sind insbesondere Moscheen wie in Münster, Hannover und Braunschweig.⁵⁸

⁵⁷ Jerusalem ist im Islam die drittheiligste Stadt nach Mekka und Medina. Der arabische Name der im Koran und in den Überlieferungen nicht namentlich erwähnten Stadt al Quds bedeutet „Die Heilige“. Den Quds-Tag hat der iranische Revolutionsführer Ajatollah KHOMEINI 1979 im Bestreben initiiert, den Export der iranischen Revolution zu fördern. Als Symbol für die Gesamtheit der Moslems bot Jerusalem einen Ansatzpunkt, propagandistisch auf die Anhänger der sunnitischen Glaubensrichtung einzuwirken und die schiitische Isolation zu durchbrechen.

⁵⁸ Die ICCB-Moschee in Braunschweig war Anlaufpunkt für einen jungen, zum Islam konvertierten Deutschen, der Kontakt zu islamistischen Gruppen suchte, um am „Heiligen Krieg“ teilzunehmen. Er wurde Ende November bei seiner Ankunft in Tel Aviv von israelischen Sicherheitskräften unter dem Verdacht, im Auftrage der Hizb Allah einen Terroranschlag in Israel geplant zu haben, festgenommen.

Obwohl derzeit keine Hinweise auf Gewaltaktionen in Deutschland vorliegen, darf die Gewaltbereitschaft vieler

im Libanon militärisch geschulter Anhänger der Hizb Allah nicht außer Betracht gelassen werden.

Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)

-Basisdaten für Deutschland-

| | | |
|----------------|--------------------|------|
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | 300 | 200 |
| Niedersachsen: | 40 | 35 |
| Publikation: | „Quds“ (Jerusalem) | |

Die außerhalb Irans lebenden Anhänger des Regimes der Islamischen Republik Iran sind vor allem in der Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) organisiert. Die U.I.S.A. verfügt als Dachverband der islamisch-iranischen Studentenvereine über zahlreiche Zweigstellen in mehreren europäischen Ländern, so auch in Deutschland. Sie wird vom Iran aus bzw. von iranischen diplomatischen Vertretungen und dem iranischen Nachrichtendienst im Ausland gesteuert.

Zu den Hauptaufgaben der U.I.S.A. gehört die Propagierung der Revolutionsideen Ayatollah KHOMEINIs, die Ausspähung und gegebenenfalls Bestrafung aktiver iranischer Oppositioneller. So fordert sie auch eine Bestrafung des Autors des Buches „Satani-sche Verse“, Salman RUSHDIE, und billigt das gegen den Schriftsteller ausgesprochene Todesurteil KHOMEINIs.

Die U.I.S.A. sucht Kontakte zu islamistischen Organisationen anderer Länder, die islamische Republiken nach iranischem Vorbild anstreben. Auch 1997 war die U.I.S.A. an der Vorbereitung und Durchführung der alljährlich im Bundesgebiet stattfindenden Großdemonstration im Februar in Berlin zum Quds-Tag beteiligt, an der ca. 2.000 Muslime aus verschiedenen moslemischen Ländern teilnahmen, darun-

ter einige hundert Anhänger der libanesischen Hizb Allah (Partei Gottes). Insbesondere unter Hinweis auf die Unterstützung Israels wurde in den Ansprachen gegen die USA und deren westliche Verbündete polemisiert. Die Schlußansprache hielt der Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), ANSARI. Das IZH, das aus Teheran gesteuert wird – z.B. über die Einsetzung des jeweiligen Leiters -, ist Hauptveranstaltungsort der U.I.S.A..

Anlaufpunkt für die Vereine aus Niedersachsen (u.a. Braunschweig, Göttingen, Delmenhorst) ist eine Moschee in Langenhagen, die dem IZH organisatorisch unterstellt ist. Die Moschee wird auch von schiitischen Türken, Pakistannern, Afghanen und vor allem von libanesischen Hizb Allah-Anhängern frequentiert.

Obwohl die Anzahl der Anhänger der U.I.S.A. in Deutschland rückläufig ist und sich ihre Aktivitäten vermehrt ins Ausland verlagert haben, sind die U.I.S.A.-Mitglieder auch in Deutschland nach wie vor Träger nachrichtendienstlicher und propagandistischer Aktivitäten Irans.

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

| | | |
|-----------------------|---|------|
| Internationaler Sitz: | Paris | |
| Sitz in Deutschland: | Köln | |
| Vorsitzender: | Juvad DABIRAN | |
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | 850 | 900 |
| Niedersachsen: | 50 | 50 |
| Publikationen: | „Iran Liberation“ (in Englisch) „Löwe und Sonne“ (u.a. in Farsi, Deutsch und Englisch) | |

Der Nationale Widerstandsrat Iran (NWRI) ist ein Zusammenschluß oppositioneller iranischer Gruppierungen, der von der Organisation Volksmodjahedin Iran (MEK) dominiert wird. Als Guerillaorganisation hatten die Volksmodjahedin („Glaubenskämpfer des Volkes“) an der Seite des iranischen Revolutionsführers KHOMEINI einen wesentlichen Anteil am Sturz des Schah-Regimes. Bei ihnen handelt es sich um eine Gruppe, die eine aus dem Islam abgeleitete sozialrevolutionäre Ideologie vertritt. Zwar sind in dieser Ausrichtung linke westliche Ideen enthalten, eine direkte Bezugnahme auf den Marxismus läßt sich allerdings nicht belegen.

Bereits kurze Zeit nach der Revolution gerieten die Volksmodjahedin in Opposition zu KHOMEINI, dessen Regime sie mit Terroranschlägen bekämpften. Die neuen Teheraner Machthaber ihrerseits verfolgten die Volksmodjahedin mit äußerster Brutalität. Der Vorsitzende der Volksmodjahedin, Massoud RADJAVI, floh 1981 nach Paris, wo er gemeinsam mit anderen linken oppositionellen Organisationen und Einzelpersonen den NWRI gründete.

Die Volksmodjahedin beherrschten den NWRI von Anfang an. Nachdem Massoud RADJAVI 1986 von Frankreich des Landes verwiesen worden war, ging er in den Irak, der sich damals mit Iran im Krieg befand. 1987 schließlich erfolgte die Gründung des militärischen Arms der Volksmodjahedin, der National Liberation Army (NLA), die eng mit der irakischen Armee kooperiert.

Auf das Jahr 1987 ist auch der Beginn einer Doppelstrategie aus militärischen Aktionen und Propagandaaktivitäten zu datieren. Die bis heute andauernden Propagandaaktivitäten des NWRI sind darauf gerichtet, die antiwestliche und antidemokratische Vergangenheit des NWRI zu verschleiern. In einem Bericht des US-State Departments vom Dezember 1994 werden die Volksmodjahedin als eine sektenähnliche, überwiegend konspirativ operierende militante Gruppierung bezeichnet, deren Geschichte geprägt ist von Terrorismus, Personenkult und totalitärer Beherrschung ihrer Anhänger. Die Volksmodjahedin haben die Ermordung mehrerer US-amerikanischer Staatsbürger im Iran zu verantworten, waren an der Besetzung der US-Botschaft in Teheran beteiligt und haben Bombenanschläge im Iran verübt, denen zahlreiche Menschen, darunter auch Zivilisten, zum Opfer gefal-

len sind. Wegen der Belastungen aus der Vergangenheit treten die Volksmodjahedin seit 1994 nicht mehr als eigenständige Organisation, sondern nur noch unter Bezeichnung des von ihnen dominierten NWRI oder über verschiedene Tarnorganisationen wie Flüchtlingshilfe Iran e.V. oder Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA) in Erscheinung.

Die Aktivitäten des NWRI in Deutschland beschränken sich auf logistische Funktionen, Spendensammlungen und Propagandaaktionen. So wurde im April in Berlin die Urteilsverkündung im Mykonos-Prozeß, zu der 700 Anhänger aus dem ganzen Bundesgebiet anreisten, genutzt, um gegen das „terroristische Mullah-Regime“ zu demonstrieren. Tarnorganisationen des NWRI, deren Aufgabe es ist, Spendengelder zu sammeln, sind auch in verschiedenen niedersächsischen Städten aktiv. Im Mai wurde in Peine eine Geldsammlung durchgeführt, bei der Überweisungsträger nachträglich zugunsten des NWRI durch Eintragung eines höheren Geldbetrages gefälscht worden sind. Auch

der NWRI nutzt die neuen Medien zur weltweiten Verbreitung seiner Propaganda. In besonderer Weise bemüht sich der NWRI um die Unterstützung von Repräsentanten aus der Politik, wobei er sich den Anschein einer demokratischen Alternative zum Teheraner Regime geben und sich zu den Werten der westlichen Demokratien bekennen. Für das Fortbestehen einer militanten Grundausrichtung des NWRI spricht, daß Massoud RADJAVIs Ehefrau Maryam, die 1993 vom NWRI zur Präsidentin eines künftigen Iran ausgerufen worden war, 1996 ins Hauptquartier der Volksmodjahedin nach Bagdad umgezogen ist. Maryam RADJAVI ist zugleich stellvertretende Kommandantin der NLA, die Aktionen nur in Abstimmung und in Kooperation mit der Armee des irakischen Diktators Saddam HUSSEIN durchführen kann.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

| | | |
|----------------------|---------------------|------|
| Sitz in Deutschland: | Gummersbach | |
| Vorsitzender: | Rasiah SIVANESWARAN | |
| Mitglieder | 1996 | 1997 |
| Bund: | 650 | 700 |
| Niedersachsen: | 60 | 60 |
| Publikation: | „TAMIL-LAND“ | |

Dem Kampf der LTTE für einen eigenen Tamilen-Staat auf Sri Lanka, Tamil Eelam, liegen die Auseinandersetzungen zwischen der dominierenden singhalesischen Mehrheitsbevölkerung buddhistischen Glaubens (über 70% der Bevölkerung) und der während der britischen Kolonialherrschaft privilegierten hinduistischen Minderheit der Tamilen (18 % der Bevölkerung) zugrunde. Bis 1815 hatten tamilische und singhalesische Teilkönigreiche existiert, die von der britischen Kolonialmacht aufgelöst wurden. Der durch die Unterdrückung der tamilischen Minderheit seit der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 herbeigeführte ethnische Konflikt eskalierte erstmals in den fünfziger Jahren, als Ausschreitungen über 500 Tote forderten.

Im Jahre 1972 gründete Vellupilai PRABHAKARAN (geb. 1954) die revolutionär-marxistische Organisation Tamil New Tigers, die sich seit 1976 Liberation Tigers of Tamil Eelam nennt. Anti-tamilische Ausschreitungen im Jahre 1983, die über 2000 Todesopfer forderten, waren der Ausgangspunkt des bewaffneten Kampfes der wegen ihrer Brutalität gefürchteten LTTE für einen eigenen Staat. Ihre Kämpfer zeichnet blinder Gehorsam bis hin zur Bereitschaft zu Selbstmordanschlägen aus. Die Fachzeitschrift „Far Eastern Economic Review“ bescheinigt der LTTE eine „Grausamkeit, die nur von den Khmer Rouge übertroffen wird“.

Die Aktivitäten der LTTE in der Bundesrepublik Deutschland sind darauf gerichtet, den Kampf auf Sri Lanka durch monatliche Spendensammlungen finanziell zu unterstützen. In der Bundesrepublik leben etwa 46.000 Bürger aus Sri Lanka, davon etwa 4.500 in Niedersachsen, bei denen es sich mehrheitlich um Tamilen handelt. Tätigkeits-schwerpunkte der LTTE in Niedersachsen sind Hannover sowie der Harz und sein Umland. Die LTTE verfügt über von der Zentrale eingesetzte Repräsentanten (Stadtführer), denen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Daneben gibt es keine ordentlichen Mitglieder. Ein Netz von Repräsentanten erstreckt sich über alle größeren niedersächsischen Städte, so daß bei Sammelaktionen alle tamilischen Familien erfaßt werden. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern sind in Niedersachsen bislang keine Fälle von körperlicher Gewaltnwendung bei Sammelaktionen bekanntgeworden. Oft reicht jedoch bereits psychischer Druck, z.B. der einschüchternde Hinweis auf Verwandte in der Heimat, um die Spendenbereitschaft zu erhöhen. Anfang Oktober initiierte die LTTE eine weltweite „Notgeldsammlung“. Vorausgegangen war eine

Hilfsaufforderung des LTTE-Führers PRABHAKARAN wegen ausgebliebener Steuern in den nördlichen Tamilengebieten Sri Lankas und des dadurch entstandenen Geldmangels. Da die Spendenkampagne mindestens 5 Millionen aus mehreren europäischen Ländern erbringen sollte, wurde von berufstätigen LTTE-Angehörigen mindestens ein Monatsgehalt erwartet, Sozialhilfeempfänger sollten mindestens 200 DM entrichten. Die in Niedersachsen lebenden Tamilen spendeten mindestens 300 DM pro Familie.

Die LTTE führt über Tarnorganisationen, wie die World Tamil Movement, Kulturveranstaltungen durch, deren eigentlicher Zweck aber ebenfalls in der Sammlung von Spenden zu sehen ist. Politisches Engagement in der Öffentlichkeit bildet eher die Ausnahme. Eine Darstellung der politischen Zielsetzung der LTTE in der Öffentlichkeit, wie bei einer Demonstration von ca. 200 Personen im Mai 1996 in Hannover, gegen die beabsichtigte

Abschiebung von Tamilen aus Niedersachsen und gegen das Vorgehen der singhalesischen Armee in Sri Lanka erfolgt eher selten. Ansonsten überläßt die LTTE ihrer Tarnorganisation World Rehabilitation Organisation die Betreuung von Flüchtlingen.

Beachtliche Einnahmen werden auch bei den häufig durchgeführten Kulturveranstaltungen und „Heldengedenktagen“ erzielt, die in der Regel von den Hilfs- und Tarnorganisationen der LTTE veranstaltet werden. So dienen die anlässlich einer Kulturveranstaltung am 11. Oktober in Einbeck mit etwa 250 Personen, u.a. hochrangigen LTTE-Repräsentanten aus Niedersachsen, erzielten Einnahmen ebenfalls in erster Linie Waffenkäufen zur Unterstützung des Guerilla-Kampfes.

Scientology-Organisation (SO)

| | |
|---------------------------------------|---|
| „Church of Scientology International“ | |
| Sitz: | Los Angeles, Kalifornien/USA |
| „Chairman“: | David MISCAVIGE (Leiter der obersten Scientology-Verwaltungsbehörde/Religious Technology Center/RTC) |
| Präsident: | Heber JENTZSCH |
| Gründung: | Februar 1954 durch L.R. HUBBARD in Kalifornien |
| Mitglieder | |
| Bund: | deutlich unter 10.000 (Eigenangabe der SO: 30.000) |
| Niedersachsen: | ca. 150 |
| Publikationen: | „Freiheit“ (erscheint mehrfach im Jahr) und diverse weitere Publikationen. Von der „Kirche“ Hannover wird unregelmäßig die Broschüre „DIMENSIONEN“ verbreitet. |
| Kirchen/ Gemeinden: | Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover (als Teil der Hamburger „Kirche“), München, Stuttgart |

Die Aktivitäten der Scientology-Organisation in Deutschland stoßen seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit auf Skepsis und Besorgnis. Die Antworten auf zahlreiche Anfragen in Bundestag und Länderparlamenten und die Befassung der Ministerpräsidentenkonferenz mit dieser Thematik belegen, daß die Regierungen den von dieser internationalen Organisation ausgehenden vielschichtigen Gefahren mit der gebotenen rechtsstaatlichen Aufmerksamkeit begegnen. Die Innenministerkonferenz hat am 6. Juni 1997 entschieden, daß auch die Zuständigkeit der Verfassungsschutzbehörden gegeben ist. Auf der Grundlage eingehender Tatsachenerhebungen und deren analytischer Bewertung stellte sie fest, daß bei der SO tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen.

Auf der Grundlage dieses Beschlusses hat das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz nach Genehmigung durch den Innenminister im Juli 1997 mit der Beobachtung der Scientology-Organisation (SO) begonnen. Schwerpunktmäßig konzentriert sich die Arbeit auf die Sammlung und Auswertung solcher Informationen, die

- einen zielgerichteten Einfluß der SO, insbesondere auf Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zeigen,
- politisch bestimmte verfassungsfeindliche Bestrebungen der SO verifizieren oder ausschließen.

Ansatz für die Beobachtung boten die scientologischen Schriften sowie die Bewertung der Aussagen von Aussteigern, die im wesentlichen folgendes Bild skizzieren:

- Die SO will eine scientologische Gesellschaft etablieren, in der die nicht im SO-Sinne geklärten „Durchschnittsmenschen“ von den SO-„Führern von morgen“ mit einer

„überlegenen Technologie“ „gema-
nagt“ werden.

- Die SO will eigene „Verwaltungs-,
Technologie- und Gerechtigkeitsver-
fahren“ auf die sie umgebende
Gesellschaft anwenden, also ein
eigenes, für alle verbindliches
Rechtssystem mit SO-eigenen Nor-
men etablieren, ohne Rechtsweggar-
antie, ohne Gewährleistung des
rechtlichen Gehörs, ohne Anspruch
auf einen gesetzlichen und unab-
hängigen Richter und ohne eine
gesetzmäßige Verwaltung.
- Die SO propagiert die Notwendig-
keit der Lenkung der Regierungen
durch SO und arbeitet gezielt darauf
hin.
- Die SO mißachtet Artikel 3 Grundge-
setz, da nur „geklärten“ „nicht-aber-
rierten“⁵⁹ Scientologen elementare
Bürgerrechte zugestanden werden.
- Die SO mißachtet Artikel 5 Grundge-
setz, da Kritik an SO mit allen, auch
gewaltsamen Mitteln zu unter-
drücken ist.
- Die SO organisiert sich in einer tota-
litären Form, die Gewalt und Will-
kürherrschaft bewußt einschließt.

Derartige Positionen und Aktivitäten
mögen zwar weitgehend auf finanziel-
le Gewinnmaximierung ausgerichtet
sein; sie stellen zugleich aber auch
tatsächliche Anhaltspunkte für Bestre-
bungen dar, die sich gegen Prinzipien
der freiheitlichen demokratischen
Grundordnung, wie Menschenrechte,
Volkssouveränität, Gewaltenteilung
u.a. richten.

Die SO gründet sich inhaltlich auf
die Werke des amerikanischen Schrift-
stellers Lafayette Ron HUBBARD⁶⁰.

Nach eigenen Angaben will dieser in
seinem Buch „Dianetik – Die moderne
Wissenschaft der geistigen Gesundheit“
eine Methode entwickelt haben, mit
der sich Menschen von psychischen
und physischen Belastungen befreien
können.

Ziel ist der perfekte Mensch, der
„Clear“, d.h. „jemand, der als Ergebnis
der dianetischen Therapie weder aktiv
noch potentiell psychosomatische
Krankheiten“ oder „Aberrationen“⁶¹
hat. Diese Abweichungen von der
Rationalität gehen nach HUBBARD auf
„Engramme“, d.h. schmerzhaftes Ein-
drücke und Verletzungen, zurück, die
mit Hilfe des „Auditing“ bewußt
gemacht und „gelöscht“ werden. Dabei
hilft der „Autor“ (dianetischer Thera-
peut) dem „Preclear“ (einem, der noch
nicht „clear“ ist) durch Fragen in die
Vergangenheit zurückzugehen und die
dort entstandenen „Engramme“ zu
entdecken und aufzuarbeiten. Als Hilfs-
mittel wird dabei ein sog. E-Meter
benutzt, ein einem Lügendetektor ver-
gleichbares Gerät, um innere Wider-
stände bzw. Vorbehalte festzustellen.

HUBBARD entwickelte den Über-
menschen „Thetan“, ein Geistwesen,
das im Idealzustand unbegrenzte
Fähigkeiten besitzt und nicht an
„Materie, Energie, Raum und Zeit“
gebunden ist⁶². Angestrebt wird der
sogenannte „Operierende Thetan“,
d.h. ein „Clear“, der nicht mehr an den
Körper gebunden ist. Durch Anwen-
dung von Dianetik und Scientology soll
nicht nur der einzelne Mensch, son-
dern auch der gesamte Planet („Clear
Planet“) „gecleart“ (befreit) werden⁶³.

⁵⁹ nicht von scientologischen Grundsätzen abwei-
chend

⁶⁰ Lafayette Ronald HUBBARD (1911–1986);
Science-Fiction-Autor; begründete 1954 die SO
in den USA

⁶¹ Denkweisen und Handlungen, die von der Lehre
der SO abweichen.

⁶² HUBBARD, *Scientology, Die Grundlage des Den-
kens*, 2. Auflage, Kopenhagen, 1973, S. 37.

⁶³ Vgl. HUBBARD-Communication Office Policy Let-
ter vom 21. Oktober 1971, S. 3.

Organisation

Die Scientology-Organisation wird international, ausgehend vom sog. Religious Technology Center (RTC, Vorsitzender David MISCAVIGE), über kontinentale Verbindungsbüros gesteuert. Die SO-Einrichtungen in Deutschland sind dem Büro in Kopenhagen/DK nachgeordnet.

Im „kirchlichen“ Bereich agiert die SO in Deutschland zur Zeit u.a. aus sieben „Kirchen“, ca. 10 „Missionen“ und drei „Celebrity-Centren“⁶⁴. Nach eigenen Angaben zählt die Organisation ca. 30.000 Mitglieder, tatsächlich dürfte diese Zahl bei deutlich unter 10.000 liegen.

Die „Scientology-Kirche Hamburg e.V.“ bezifferte ihren Mitgliederstand 1995 in Norddeutschland auf 5.500, davon 4.000 in Hamburg.

Regional zeigt sich die Anbindung des nördlichen Landesteils an die Scientology-Organisationen in Bremen und Hamburg, während sich der Einzugsbereich der Organisation Hannover bis in das nordöstliche NRW erstreckt.

Offene Aktivitäten außerhalb Hannovers sind nur vereinzelt bekannt geworden; zumeist beschränkten sie sich auf Werbemaßnahmen mittels Hauswurfsendungen.

Innerhalb Niedersachsens wurden bisher folgende Einrichtungen/Firmen als der SO zugehörig festgestellt:

- Gemeinde Hannover der Scientology Kirche Hamburg e.V.,
- New Era Publications Deutschland GmbH, (Bücher-, Video-, Bildmaterialvertrieb)

– Scientology Mission Wilhelmshaven e.V.

Nach bisherigen Feststellungen wird die Gemeinde Hannover von mehr als 100 Personen als Anlaufpunkt genutzt. Als sog. Leitender Direktor der „Scientology Kirche Hannover“ tritt eine Frau aus Hannover auf.

Die New Era Publications Deutschland GmbH wurde 1984 in München im Auftrag der Kopenhagener Muttergesellschaft gegründet, der Sitz 1986 nach Dreieich bei Frankfurt/M. und 1992 nach Neu Wulmstorf verlegt. Zum 1. Oktober erfolgte die Ummeldung innerhalb Niedersachsens nach Seevetal-Maschen. Geschäftsführer ist ein in Kopenhagen lebender Mann.

Die vereinsrechtliche Überprüfung der „Mission Wilhelmshaven“ und der für sie handelnden Personen ergab, daß die „Mission“ 1988 von Personen aus der Region Wilhelmshaven gegründet wurde und 1992 einen neuen Vorstand wählte, dem die derzeitige Leitende Direktorin der Gemeinde Hannover angehört. Die „Übernahme“ der Mission Wilhelmshaven durch SO-Angehörige aus Hannover erfolgte offensichtlich mit dem Ziel, die Gemeinde Hannover formell zu stärken, denn nahezu zeitgleich wurde per Satzungsänderung die Namensänderung in Scientology Kirche Niedersachsen e.V., alternativ Scientology Kirche Hannover e.V. angestrebt, der jedoch aufgrund von Eintragungshindernissen nicht entsprochen wurde. Derzeit gibt es keinerlei Hinweise für fortdauernde Aktivitäten der Mission Wilhelmshaven.

Aktionen von Angehörigen der SO Hannover

Im Zeitraum vom 17. Juni bis 21. August wurden insgesamt 7 Versammlungen/ Aufzüge vom Dianetik-Zentrum

⁶⁴ SO-„Betreuungsstelle“ für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Schauspieler, Musiker usw.).

bzw. von der Scientology-Kirche Hannover bei der Polizeidirektion Hannover angemeldet.

Jeweils drei bis fünf Personen (überwiegend Angehörige der Organisation Hannover) demonstrierten beim ersten Mal vor dem Innenministerium, die weiteren Male im Bereich des Kröpcke gegen die Überwachung durch den Verfassungsschutz.

Verteilte Handzettel und Transparente (z.B. „Sagen Sie Nein zur Glaubenskontrolle“) stießen nur auf geringe Resonanz bei den Passanten. Die Veranstaltungen verliefen jeweils störungsfrei.

Des weiteren führten bis zu fünf Angehörige der SO Hannover im Innenstadtbereich kontinuierlich Werbeaktionen in Form von Publikations- und Handzettelverteilung, Buch- und Videoverkauf sowie Demonstration des E-Meters durch, wobei das Interesse der Passanten vielfach durch die Ansprache „Wußten Sie, daß man Gedanken sichtbar machen kann?“ geweckt wurde. Gelegentlich wurden Passanten in die SO-Räume gebeten, um die Werbemaßnahmen dort fortzuführen.

Darüber hinaus wurden in verschiedenen Stadtteilen Zeitschriften der SO und Einladungskarten zur Vorführung eines Films im „Dianetik-Zentrum“ verteilt.

Demonstrationen in Frankfurt/M. und Berlin

Am 21. Juli fand in Frankfurt/M. die erste SO-Großdemonstration in Deutschland statt. Anmelder der Veranstaltung war die SO-nahe Organisa-

tion Freedom For Religions In Germany (FRG). Unter den rund 1.500 Teilnehmern waren SO-Anhänger aus den Niederlanden, Spanien, Südafrika und Australien. Als Gäste traten ausländische Künstler wie z.B. Chick Corea auf.

Am 27. Oktober führte die SO in Berlin eine weitere Demonstration gegen die angebliche Diskriminierung ihrer Mitglieder in Deutschland durch. Nach Angaben der Polizei beteiligten sich ca. 3.000 Personen an der Veranstaltung. Dabei dürfte es sich – wie aus den mitgeführten Fahnen und Transparenten zu schließen war – überwiegend um SO-Mitglieder aus dem Ausland gehandelt haben. Von den im Vorfeld angekündigten prominenten amerikanischen Scientologen nahmen nur die Schauspielerinnen Anne Archer und der Musiker Isak Hayes teil. Die Demonstranten zeigten Transparente mit Aufschriften wie „Zündet die Inquisition die Scheiterhaufen wieder an?“ oder „Reichen sechs Millionen Deportierte nicht aus, um den Faschismus auszutreiben?“. Auf der mehrstündigen Kundgebung sprachen u.a. US-amerikanische Scientologen, wie z.B. der Leiter des organisationseigenen Nachrichten-/Sicherheitsdienstes Office of Special Affairs⁶⁵ (OSA), Michael RINDER. Die Veranstaltung endete mit einem „Interreligiösen Gottesdienst“.

Die Veranstaltung war für die SO entgegen ihrer Selbstdarstellung ein Mißerfolg. Es gelang ihr nicht, die angekündigten 10.000 Demonstranten zu mobilisieren; insbesondere deutsche Mitglieder beteiligten sich nur in verhältnismäßig geringer Zahl. Darüber

⁶⁵ „Büro für Spezielle Angelegenheiten“

hinaus konnte die SO mit der Veranstaltung weder ein positives Medien-echo noch eine entsprechende Resonanz bei der Berliner Bevölkerung erreichen.

Bundesweite Kampagnen

Seit Juni hat die SO im Rahmen einer „Disseminationskampagne“⁶⁶ Bücher, Prospekte, Informationsblätter und Anschreiben insbesondere an Polizeidienststellen, andere staatliche Behörden, Schulen sowie Redaktionen von Schülerzeitungen verschickt. Als Absender traten u.a. auf: Die Bundesleitung der Scientology Church (SC), die Church of Scientology in Dänemark und die Scientology Kirche Hamburg e.V., Gemeinde Hannover. Sowohl die SO als auch ihre Tarnorganisationen (z.B. die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. – KVPM, 1972 von Mitgliedern der SO in München gegründet) unterbreiteten zahlreiche Angebote.

Für den Schulunterricht wurden Informationsveranstaltungen zu den Themen Drogenkonsum, Jugendkriminalität, Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere usw. vorgeschlagen. Dabei wurde insbesondere auf die „Studiertechnologie“ des SO-Gründers HUBBARD hingewiesen.

Weiterhin machte die SO mit einem Informationsblatt der KVPM auf angebliche Menschenrechtsverletzungen in Deutschland aufmerksam und warb für das Buch „Die Männer hinter Hitler“. In diesem Buch beschäftigen

sich die Herausgeber (beide bei der KVPM München tätig) mit der Rolle der Psychiater, welche die Schrecken Nazi-Deutschlands dirigiert hätten. Namentlich benannte Personen dieses Kreises seien immer noch auf freiem Fuß. Sie seien der Justiz entkommen und ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit seien bis heute unge-sühnt. Mit den Nazi-Psychiatern im Amt bleibe Deutschland heutzutage noch immer in demselben Haß und derselben Unterdrückung verstrickt, weil diese Psychiater seit einem halben Jahrhundert ihr Unwesen trieben.

Anfang Januar 1998 wurden in einer europaweiten Werbeaktion auch in 13 deutschen Städten unterschiedliche Großplakate der SO mit dem Motto „Denke selbst“ geklebt. In Niedersachsen waren davon Braunschweig, Goslar und Hannover betroffen. Die Kosten dieser Kampagne beliefen sich auf mehrere Millionen DM.

Publikationen der SO

DIMENSIONEN

DIMENSIONEN bezeichnet sich als „Magazin der Scientology Kirche Hannover“. Ein Impressum unter Nennung eines verantwortlichen Redakteurs ist in den letzten Ausgaben (z.B. Nr. 62) nicht mehr abgedruckt. Die Zeitschrift wird von der „Gemeinde Hannover“ seit 1990 in bisher ca. 60 Ausgaben herausgegeben.

DIMENSIONEN enthält überwiegend Werbung und Informationen über das Kursystem der SO, angereichert mit Aussagen zur Organisation Hannover. In jeder Auflage wird HUBBARD zitiert.

⁶⁶ *Ausbreitungs-/Verbreitungskampagne*



**WAS SIE IN
DIESER
ZEITSCHRIFT
FINDEN**

EIN ARTIKEL VON
LUDWIG HUBER

ENTWICKELUNG
HILFT IHNEN
INFORMATIONS

BRIDGE MIT
STÄNDIGER
ARBEIT

NEUKONZEPT
VON LEHR
ORGANISATION



Ausgabe
62

Das Magazin der Scientology Kirche Hannover

DIMENSIONEN



„Kinder kuscheln
sind stark Spaß.“

„Drogen machen
kreativ.“

„Jeder ist sich
selbst der
Nächste.“

„Arbeit kann
keinen Spaß
machen.“

„Du musst
keine Grenzen
akzeptieren.“

Bombardiert man Sie mit

LÜGEN?

Entdecken Sie hier die Wahrheit.

FREIHEIT

FREIHEIT ist die für die Öffentlichkeit bestimmte Zeitschrift der SO. Laut Impressum der FREIHEIT wird diese im Selbstverlag der Church of Scientology International mehrmals jährlich z.T. in Sonderausgaben herausgegeben. In den letzten Ausgaben der FREIHEIT werden die Bundesrepublik Deutschland sowie Bundes- und Landespolitiker wegen ihres Engagements gegen die SO bis hin zur Verunglimpfung angegriffen. Dabei scheuen sich die Verfasser der Artikel nicht, immer wieder Vergleiche zwischen der angeblichen Verfolgung der SO in der Bundesrepublik und der Judenverfolgung während der Nazizeit zu ziehen. Sie befolgen damit Vorgaben HUBBARDs, der ausgeführt hatte:

„Die Maxime lautet ‘Wenn angegriffen wird (...) angreifen’. Der Punkt ist (...) auch wenn dir nicht genügend Tatsachen vorliegen, in einer Angelegenheit zu gewinnen, greife dennoch an (...).Der Grund ist, daß uns nur solche Leute angreifen, die kriminell sind, und diese werden aus Furcht darüber, daß es herausgefunden wurde, bald zurückweichen, wenn zurückgeschlagen wurde.“
(Übersetzung/Auszug aus „HCOPL⁶⁷ 25 Apr 68, Intell Actions⁶⁸“).

In einem Artikel HUBBARDs in der 97er Ausgabe der FREIHEIT mit dem Titel „Zeit zu entscheiden“ wird unter der Überschrift „Ehrliche Menschen haben auch Rechte“ der Zusammenhang zwischen Freiheitsrechten und ehrlichen Menschen dahingehend definiert, daß Freiheitsrechte nur von Ehrlichen (i.S. des scientologischen Verständnisses) in Anspruch genommen werden können, denn es sei ein Fehler, „individuelle Rechte“ und „Freiheit“ als Argumente

zu verwenden, um diejenigen zu schützen, „die nur zerstören ...“.

IMPACT

IMPACT ist das zweimonatlich erscheinende Magazin der International Association of Scientologists (IAS)⁶⁹. Die Schrift befaßt sich in der Hauptsache mit den IAS-Mitgliedern und veröffentlicht deren Namen im Zusammenhang mit abgestuften Spenden (5.000 bis 1.000.000 \$ und darüber). Auch der Mitgliederwerbung für die IAS wird viel Platz eingeräumt.

In der Ausgabe 73/97 wird über eine für Kinder, auch von deutschen Scientologen, in Dänemark errichtete und heute noch existente Schule berichtet, die – wegen ihrer angeblichen Beliebtheit – von „unterdrückerischen behördlichen Quellen in Deutschland“ unter Druck gesetzt worden sei:

„Vor einigen Jahren wurde im südlichen Dänemark von deutschen und dänischen Scientologen die Sonderjyllands International School gegründet, die von Applied Scholastics International lizenziert ist und auf der LRH⁷⁰-Studiertechnologie aufbaut. Die Schule wurde gegründet, um möglichst problemlos den Wunsch nach einer guten Schule für die Kinder deutscher Scientologen erfüllen zu können. Sie liegt nahe an der deutschen Grenze.

Ursprünglich war die Schule in der dänischen Gemeinde willkommen und konnte ungehindert gedeihen. Doch als sie aufblühte und sich als äußerst beliebt erwies, machten sich unterdrückerische behördliche Quellen in Deutschland an den Versuch, lokale Beamte und Politiker aufzu-

⁶⁹ Die IAS wurde 1986 als weltweite Mitgliederorganisation der Scientologen gegründet und ist mit der Führung der „Kriegskasse“ betraut.

⁷⁰ Lafayette Ronald HUBBARD

⁶⁷ Hubbard Communications Office/Policy Letter

⁶⁸ nachrichtendienstliche Aktionen

hetzen und das dänische Parlament unter Druck zu setzen, um die Schule nach Möglichkeit daran zu hindern, in ihrer bewundernswerten Mission erfolgreich zu sein.

All diese Versuche sind gescheitert, und die Schule arbeitet mit unvermindertem Erfolg weiter. Der Belästigung mußte jedoch ein Ende gesetzt werden, so daß die Schule ihre Dienste störungsfrei fortsetzen konnte.

Um dies sicherzustellen, trat die IAS mit einer Bewilligung auf den Plan, um ein Programm zu finanzieren, das ein Gutachten über die pädagogische Qualität der Schule und eine Publikation zur Abwehr der von den deutschen SPs⁷¹ fabrizierten schwarzen Propaganda⁷² umfaßt. Anhand dieser Unterlagen war die dänische Regierung in Kopenhagen nicht geneigt, der verdrießlichen Nörgelei von der anderen Seite der Grenze Gehör zu schenken, und konnte somit den wahren Wert der Schule klar und unabhängig einschätzen.“

SCIENTOLOGY TODAY

Diese Schrift wird vom „Büro für Spezielle Angelegenheiten“ in Los Angeles/USA herausgegeben. In der deutschen Frühjahrsausgabe 1995 erklärte ein „Commanding Officer OSA International“:

„Unsere Orgs⁷³ sind Inseln der Vernunft inmitten der Turbulenzen der Welt, stabile Punkte, die immer weitere Bereiche von Ruhe und Wohlstand hervorbringen.

Durch die Vielfalt von Aktivitäten in Public Relations und juristischen Arenen stellt OSA sicher, daß Scientology-Kirchen, -Missionen und -Gruppen sich überall in eine sichere Umgebung hineinentwickeln können und daß die

Anwendung von Scientology-Technologie in allen Bereichen international möglich ist.

Das Büro für Spezielle Angelegenheiten erweitert seinen Einfluß auf der Vierten Dynamik⁷⁴, um großangelegte gesellschaftliche Reformkampagnen zu leiten, welche Unterdrückung aufdecken und beseitigen.

Unser Einfluß heutzutage ist gewaltig und kann in Tausenden von Zeitungsartikeln und Dutzenden von Gesetzesregelungen gemessen werden“.

WINNING

Die Publikation WINNING wird in deutscher Sprache herausgegeben und liegt bisher in einer Ausgabe aus dem Jahr 1997 vor. In einem Artikel mit der Überschrift „Endgültiger Sieg in Reichweite“ heißt es:

„Wir befinden uns in einem massiven Kampf gegen diese Unterdrückung. Es handelt sich dabei um eine äußerst intensive Auseinandersetzung, die sicher anhalten wird, da wir nicht damit aufhören werden, bis wir die SPs bezwungen und die Verwirklichung ethischer Prinzipien sichergestellt haben (...)

⁷¹ *Suppressive Persons (Unterdrückerische Personen)*

⁷² *schlechte, abschätzige Propaganda*

⁷³ *Org. steht bei der SO für Organisation*

⁷⁴ *Laut Scientology-Handbuch S. 61 handelt es sich bei der „Vierten Dynamik“ um das Überleben von Menschen aller Rassen.*

Hinweistelefon

Seit dem 8. Juli ist im Niedersächsischen Verfassungsschutz ein Hinweistelefon einschließlich Faxanschluß installiert mit der Rufnummer

05 11/67 09-3 93.

Bis zum 31. Januar 1998 gingen ca. 200 Anrufe mit Anfragen und Hinweisen ein.

Von weiterführender Qualität waren etwa 40 Anrufe. Sie boten Anlaß für Ermittlungen und Befragungen, die zu ersten unmittelbaren Einblicken hinsichtlich der SO führten. Unter den Anrufern waren einige langjährige, mittlerweile ausgestiegene Mitglieder der SO, die über die Hintergründe ihres Einstiegs, des Kursaufbaus, ihrer Mitgliedschaft und die daraus resultierenden Erfahrungen berichteten.

Ja, wir befinden uns in einem siegreichen Team, und unsere Gegner müssen beginnen, das sichere Ende zu konfrontieren, das ihnen bevorsteht. Das verdanken wir jedoch nicht nur der an vorderster Front durch das Büro für Spezielle Angelegenheiten, sondern der stets wachsenden Scientologen-Gemeinde, die, bewaffnet mit LRH-Tech, Schulter an Schulter zusammenarbeitet und auf diese Weise immer gewinnt..."
(Fehler im Original)

SPIONAGEABWEHR

Ungeachtet der Bemühungen in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, mit den westlichen Ländern auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Polizei und Militär eng zusammenzuarbeiten, wird von osteuropäischen Staaten Spionage weiterhin betrieben. Dabei greift insbesondere die Russische Föderation auf Material zurück, das das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR bis Ende der 80er Jahre angesammelt hatte. Beispielhaft für die fortdauernden Spionageaktivitäten ist folgender Fall:

Aufgrund von Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts (GBA) wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit waren am 19. und am 26. November der in Niedersachsen wohnhafte Bernhard N. und der in Mecklenburg-Vorpommern wohnhafte Wolf L. vorläufig festgenommen worden. Die erlassenen Haftbefehle wurden gegen Sicherheitsleistung außer Vollzug gesetzt.

Die Ermittlungen des GBA hatten bis dahin folgenden Sachverhalt ergeben:

Der Beschuldigte N., der seit 1980 bei einem führenden Luftfahrtunternehmen in Norddeutschland arbeitet, verpflichtete sich 1983 zu einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Er verriet u.a. Teile der Installations- und Fertigungspläne für ein Verkehrsflugzeug, an dessen Bau er mitwirkte. Da die DDR, die keine Flugzeuge fertigte, das Verratsmaterial nicht selbst nutzen konnte, übergab das MfS ihren Agenten N., ohne dessen Wissen 1984, an den befreundeten sowjetischen Geheimdienst KGB.

Der Beschuldigte L. – bis 1983 hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS – wurde nach seinem Ausscheiden für das KGB tätig, das ihn 1984 mit der Führung des Beschuldigten N. beauftragte. Als er den Mitbeschuldigten N. nach der Wende 1989/90 über die wahre Führungsstelle aufklärte, war Bernhard N. ohne weiteres bereit, seine geheimdienstliche Tätigkeit für das KGB und ab 1991 für dessen Nachfolgeorganisation SWR (ziviler Auslandsaufklärungsdienst der Russischen Föderation) fortzusetzen. Er lieferte mindestens bis zum Frühjahr 1994 Unterlagen aus seinem Arbeitsbereich.

Die Beschuldigten trafen sich ab 1984 mindestens zweimal im Jahr an verschiedenen Orten, darunter auch in der ehemaligen DDR und ab 1993 in Stettin/Polen. Der Beschuldigte N. erhielt pro Treff Agentenlohn in Höhe von ca. 5.000,— DM.

Nachrichten- und Sicherheitsdienste Rußlands

Der russische Präsident Jelzin und der Leiter des zivilen russischen Auslandsaufklärungsdienstes SWR, TRUBNIKOW, äußerten sich im Dezember 1997 aus Anlaß des 80. Jahrestages der Gründung des früheren sowjetischen Geheimdienstes TSCHEKA⁷⁵ zur histori-

⁷⁵ Der sowjetische Geheimdienst bestand unter dieser Bezeichnung bis 1922. Nach mehreren organisatorischen Umstrukturierungen und Umbenennungen (GPU, NKWD, NKGB, MGB) ist aus dem Geheimdienst schließlich 1954 das KGB entstanden, das bis Ende 1991 – dem Zerfall der Sowjetunion – bestand.

schen Bedeutung und aktuellen Lage der russischen Nachrichtendienste. Dabei wurde klar, daß die russischen Nachrichtendienste weiterhin in der Tradition des ehemaligen KGB der Sowjetunion stehen, auch von der heutigen politischen Führung des Landes als dessen Nachfolger angesehen werden und zum festen Bestandteil der russischen Sicherheitsstrategie gehören.

TRUBNIKOW, seit Januar 1996 Leiter mit der russischen Nachrichtenagentur ITAR-TASS zur Notwendigkeit und zum Fortbestand der russischen Auslandsaufklärung:

„Kein Land mit Selbstrespekt kann ohne Nachrichtendienst existieren, und es besteht keine Notwendigkeit, diesen allgemein anerkannten Grundsatz zu dramatisieren.“

TRUBNIKOW unterstrich im Laufe des Interviews die Leistungsfähigkeit und die Beibehaltung der Eigenständigkeit des SWR. Er bestätigte die von der deutschen Spionageabwehr vertretene Einschätzung, daß die Arbeitsmethoden, Aufklärungsziele und Bearbeitungsprioritäten der russischen Aufklärung im Bedarfsfall bestimmten Entwicklungen angepaßt werden, die Rußland besonders interessieren.

Zur Zeit sind in der russischen Föderation sechs Organisationen bekannt, die nachrichtendienstliche und sicherheitsmäßige Aufgaben zu erledigen haben. Sie operieren alle sowohl im In- als auch im Ausland (siehe Übersicht auf der nächsten Seite).

Russische Nachrichten- und Sicherheitsdienste

| NAME | Aufgaben | Zahl der hauptamtl. Mitarb. | Derzeitiger Leiter |
|------------------------|---|---------------------------------|-----------------------------|
| SWR | Ziviler Auslandsnachrichtendienst, insbes. Wirtschafts- u. Technologie-Spionage | ca. 13 000 | TRUBNIKOW |
| GRU | Militärischer Auslandsnachrichtendienst; auch Informationssammlung aus Wissenschaft u. Technik | ca. 12 000 | KORABELNIKOW |
| FSB | Zivile u. militärische Abwehr, Aufklärung u. Gegen-spionage, Aktivitäten auch im Wirtschaftsbereich | ca. 100 000 | KOWALJOW |
| FAPSI | Abwehr- u. Aufklärungsaufgaben insbes. i. Bereich der elektronischen Kommunikationsmittel schlechthin | ca. 80 – 120 000 | STAROWOIJTOW |
| FSO | Sicherheitsdienst für Funktionsträger und Einrichtungen des Staates | ca. 40 000 | KRAPIVIN |
| Verwaltung Aufklärung | Abwehr im Grenzbereich, Aufklärungsaufgaben i. d. jeweiligen in- u. ausländischen Grenzregion | ca. 4 000 | BESPALOW |
| Der Grenztruppen (FPS) | | über 120 000 Grenztruppen (FPS) | NIKOLAJEW, heute: BORDJUSHA |

Deutschland ist nach wie vor aufgrund seiner politischen Bedeutung, seiner Wirtschaftskraft und seines wissenschaftlich-technischen Niveaus vorrangiges Aufklärungsziel der russischen Nachrichtendienste.

Die Aktivitäten der russischen Nachrichtendienste gehen in der Bundesrepublik Deutschland vielfach von den sogenannten Legalen Residenturen⁷⁶ aus. Die Bundesregierung drängt die Russische Föderation schon seit langem, den Anteil des nachrichtendienstlichen Personals an den offiziellen Vertretungen zu reduzieren. Allerdings ist nach den Feststellungen der Spionage-

abwehr gegenwärtig noch von einem zweistelligen Prozentsatz des gesamten Personals auszugehen, das nachrichtendienstlich tätig sind. Durch den Wegfall der Operationsbasis DDR ist die geographische Entfernung zwi-

⁷⁶ Legale Residenturen sind getarnte Stützpunkte fremder Nachrichtendienste in den offiziellen Vertretungen ihrer Länder im Gastland. Dabei handelt es sich insbesondere um die Botschaften, Konsulate und Handelsvertretungen, aber beispielsweise auch um staatliche Wirtschaftsunternehmen. Die Mitarbeiter der Legalen Residenturen sind zwar mit offiziellen Aufgaben betraut, ihr Hauptbetätigungsfeld besteht jedoch darin, den nachrichtendienstlichen Auftrag zu erfüllen.

schen dem Operationsgebiet Deutschland und den Führungsstellen der russischen Nachrichtendienste größer geworden. Die Tätigkeit der Offiziere in den Legalen Residenturen hat deshalb größere Bedeutung gewonnen. Sie gewährleisten eine Steuerung der Agenten durch kurze und sichere Verbindungswege.

Die russischen Nachrichtendienste haben die Phase der Neuorientierung, die mit den Veränderungen und Umstrukturierungen nach dem Zerfall der Sowjetunion zusammenhing, überwunden. Die anfängliche Zurückhaltung bei den konspirativen Aktivitäten aus den Legalresidenturen ist abgelegt. Die Offiziere sammeln offen zugängliche Informationen, „schöpfen“ gutgläubige Gesprächspartner ab, setzen aber auch – unerlaubt – nachrichtendienstliche Mittel und Methoden ein.

Die Beschaffungsschwerpunkte der Legalresidentur-Angehörigen liegen nach wie vor auf dem Gebiet der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik. Zunehmende Bedeutung gewinnen Informationen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Messen, Ausstellungen, Vortrags- oder Seminarveranstaltungen, Parteiversammlungen, aber auch Partys und Empfänge bieten den Angehörigen Legalen Residenturen Gelegenheiten, erste Kontakte zu „interessanten“ Personen aufzunehmen. Um der Gefahr einer Provokation durch die Spionageabwehr zu begegnen, geht die Initiative zu einem Gespräch immer vom Nachrichtendienstoffizier aus. Er versucht, den „Informationsaustausch“ auf privater Ebene fortzusetzen, wobei er die Zielperson bittet, nicht in der Botschaft anzurufen und auch keine Post dorthin zu schicken. Im weiteren Verlauf der Verbindung werden der persönliche Werdegang und die beruflichen Aussichten der Zielperson ausgeforscht, bevor dann erste Informationen abge-

fordert werden. Nimmt die Zielperson für diese Leistung ein Geld- bzw. Sachgeschenk oder eine sonstige Vergütung entgegen, hat der Residenturangehörige ein Abhängigkeitsverhältnis geschaffen.

Die Aktivitäten der Nachrichtendienstoffiziere konzentrieren sich dabei nicht nur auf Personen, die bereits aufgrund ihrer beruflichen Position über wichtige Informationen verfügen, sondern auch auf solche, die wegen ihrer zukünftigen beruflichen Perspektiven in solche Positionen gelangen könnten.

Neben dieser gezielten Vorgehensweise nutzen die Nachrichtendienste aber auch sich zufällig bietende Gelegenheiten. Die große Offenheit mancher Geheimnisträger macht es den Nachrichtendienstoffizieren leicht, Informationen und Einschätzungen zu erhalten.

Große Aktivitäten entwickeln die russischen Nachrichtendienste auch im Bereich der Wirtschaftsspionage, die einen gezielten Beitrag zur Stärkung der russischen Wirtschaft leisten soll. Neben der Informationsbeschaffung über allgemeine Wirtschaftsabläufe besteht auch Interesse an Entwicklungs- und Fertigungsverfahren, da auf diese Weise hoher Kostenaufwand im Forschungsbereich eingespart werden kann.

Unter Mitwirkung russischer Nachrichtendienstangehöriger wurden gemischte Gesellschaften (joint venture) im Ausland gegründet. Damit verfügen die russischen Nachrichtendienste über weitere Tarnpositionen in Firmen, neben denen in den Legalresidenturen. Es ist bekannt, daß in Rußland schon seit längerem jüngere Nachrichtendienstoffiziere im Hinblick auf

ihre künftige Verwendung auf diesen Tarnpositionen im Bereich Handel und Consulting ausgebildet und vorbereitet werden. Ihr Einsatz in den gemischten Unternehmungen dient der Beschaffung von Informationen über ausländische Konkurrenzunternehmen, Preisstrategien, Forschungs- und Entwicklungsdaten, um russischen Unternehmen Wettbewerbsvorteile zu sichern.

Die russischen Nachrichtendienste nutzen vielfach die intensiven Geschäftsbeziehungen aus, die sich zwischen Deutschland und Rußland entwickelt haben und weiter ausgebaut werden. Besonders bei Reisen nach Rußland werden deutsche Geschäftsleute intensiv ausgeforscht und schließlich mit dem Ziel angesprochen, sie für eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zu gewinnen. Telefonüberwachung und Abhörmaßnahmen in Hotels, Teilnahme von ND-Offizieren bei geschäftlichen Verhandlungen, Einsatz von Druckmitteln im Zusammenhang mit Devisen- und Verkehrsverstößen sind nur ein Teil der Modi operandi der russischen Nachrichtendienste.

Die niedersächsische Spionageabwehr hat diese Problematik aufgegriffen und im Rahmen eines bundesweiten Präventivprogramms zu Firmen in Niedersachsen Kontakt aufgenommen, die geschäftliche Beziehungen nach Rußland oder in das sonstige Osteuropa unterhalten. Dabei handelt es sich um knapp 300 Firmen, von denen bislang fast die Hälfte aufgesucht und im Hinblick auf die Aktivitäten russischer oder anderer Nachrichtendienste sensibilisiert wurde. Etwa 20 % der Gesprächspartner gaben Hinweise auf sicherheitsrelevante bzw. nachrichtendienstlich interessante Sachverhalte.

Nachrichtendienste der Krisenländer

Neben den Nachrichtendiensten aus Staaten des ehemaligen Ostblocks entfalten seit Jahren auch die Dienste einiger nah- und mittelöstlicher sowie nordafrikanischer Staaten Aktivitäten in Deutschland. Dazu gehören z.B. Irak, Iran, Libyen, Syrien, Nordkorea.

Insbesondere für die syrischen Nachrichtendienste stellt die Bundesrepublik Deutschland unverändert ein bedeutendes Operationsgebiet dar. Ihre Aktivitäten planen und steuern sie vorwiegend aus Legalresidenturen an den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Fall eines deutschen Staatsangehörigen palästinensischer Abstammung, der im Juli 1996 festgenommen und im März vom Oberlandesgericht Koblenz wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit in Tateinheit mit Nötigung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt wurde, macht das deutlich:

Mohamad H., 41 Jahre alt, gehörte im Libanon einer schiitischen Miliz an, die für Israel kämpfte. Er geriet in Gefangenschaft der AMAL, einer Widerstandsgruppe unter syrischem Einfluß. Nach einer ca. 3-monatigen Gefangenschaft kam er 1986 in die Bundesrepublik Deutschland und wurde 1987 als asylberechtigt anerkannt. 1994 erwarben er und seine Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit. Mindestens seit 1993 unterhielt H. Kontakte zu syrischen Nachrichtendienstoffizieren. Im Auftrag jener Führungsoffiziere, im wesentlichen Umfang aber auch aus eigener Initiati-

ve, beschaffte und lieferte er auf konspirative Weise Berichte über die persönlichen Verhältnisse und Aktivitäten von in Deutschland lebenden Oppositionellen. Ziele waren insbesondere der Verein Freiheitlich Libanesischer Freundeskreis (FLF) der deutschen Sektion der Gruppe des im französischen Exil lebenden Generals AOON sowie die islamistische Muslimbruderschaft, die in Opposition zur syrischen Regierung steht und deren Mitgliedschaft in Syrien mit der Todesstrafe bedroht ist.

H. bemühte sich auch allgemein um eine möglichst umfassende Abklärung von in Deutschland lebenden Personen libanesischer, palästinensischer oder syrischer Herkunft und etwaigen deutschen Kontaktpersonen, von denen Äußerungen oder ein Tätigwerden gegen die Interessen des syrischen Staates erwartet wurden. Die von ihm u.a. durchgeführte nachrichtendienstliche Abklärung eines in Deutschland lebenden Libanesen führte zu dessen Festnahme und Inhaftierung in Damaskus.

Unter in Deutschland lebenden Libanesen und Syrern warb und führte H. eigene Quellen und Informanten, die er durch Drohungen und Erpressungen zur Mitarbeit verpflichtete.

Zur Durchführung des Planes, Informationsquellen an Hochschulen zu gewinnen, kam es wegen seiner Festnahme nicht mehr.

Die Ergebnisse seiner Tätigkeit gab H. regelmäßig an die syrische Botschaft in Bonn weiter. Ebenso wie bei der Informationsbeschaffung legte er auch bei der Weitergabe Wert auf Geheimhaltung und konspiratives Vorgehen. Die Verbindung zu seinen geheim-

dienstlichen Ansprechpartnern in der Botschaft hielt er telefonisch sowie auch durch als persönliche Einladungen getarnte Treffen in seiner Wohnung oder in der Botschaft aufrecht.

Das Motiv seiner Spionagetätigkeit war der Schutz durch den syrischen Staat bei seinen Reisen in den Libanon sowie Erfolg bei seinen eigenen Geschäften. Hinzu kam ein übersteigertes Geltungsbedürfnis. H. wollte der raffinierte Drahtzieher, der wichtige Verbindungsmann zu syrischen Regierungsstellen und mächtigen Geheimdienstrepräsentanten sein.

Aus Sicht der Spionageabwehr kommt dem Urteil besondere Bedeutung zu, weil erstmals auch die nachrichtendienstlich gesteuerte Ausforschung von Oppositionellen sowie die Verfolgung von Regimegegnern bzw. Kritikern als Spionagetatbestand im Sinne des § 99 des Strafgesetzbuches gewertet wurde.

Sensitive Exporte in Krisenländer⁷⁷

Dieser Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes und hier der Spionageabwehr ist nach dem Golfkrieg verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. In enger Kooperation mit anderen Behörden wie Zollkriminalamt, Bundesamt für Außenwirtschaft, Bundesnachrichtendienst, Bundeskriminalamt und Länderpolizeien ist die

⁷⁷ Sensitive Exporte: Geschäfte, die gegen die Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) oder des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG) verstoßen, die den Export bestimmter Güter – darunter Produkte, die zivile wie militärische Verwendung finden – in Krisengebiete untersagen.

Spionageabwehr des Verfassungsschutzes deswegen auf diesem Gebiet tätig, weil

- die auf den Außenwirtschaftsverkehr gerichteten Rechtsgeschäfte und Handlungen deutscher oder ausländischer Personen, Firmen oder Institutionen etc. in der Bundesrepublik gegen das Außenwirtschaftsrecht oder das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen,
- die beteiligte Beschaffungsorganisation hierbei verdeckte (geheimdienstähnliche) Methoden anwendet,
- die Tätigkeit im Sinne einer fremden Macht liegt,
- die betreffende Macht sich bereits früher z.B. mit Tarnfirmen betätigt hat,
- oder Erfahrungen vorliegen, daß die fremde Macht für einschlägige Geschäfte regelmäßig einen Geheimdienst nutzt.

Proliferation

Ursprünglich stammte der Begriff Proliferation (Weitergabe) aus der Debatte über die Gefahren einer Weiterverbreitung von Atomwaffen über den Kreis der fünf „klassischen“ Atommächte hinaus. Heute umfaßt er die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen (ABC-Waffen) sowie deren Trägersystemen (Raketentechnologie).

Charakteristisch ist, daß sich Proliferation nicht nur auf die direkte Beschaffung von Waffensystemen richtet, sondern auch auf den Erwerb von Know-how und Materialien, mit denen die jeweiligen Massenvernichtungsmittel erforscht, entwickelt und produziert

werden können. Oftmals handelt es sich dabei um Materialien, die auch in zivilen Bereichen Anwendung finden.

Derzeit sind nach wie vor Aufrüstungsbemühungen von Staaten der Dritten Welt, den sogenannten Krisen- und Schwellenländern, im Bereich der ABC-Waffen als Massenvernichtungsmittel mit allen daraus resultierenden Gefahren für den Weltfrieden zu beobachten. Dabei werden chemische und biologische Waffen bevorzugt, da Entwicklung und Produktion im Vergleich zu Atomwaffen kostengünstiger sind und deshalb gerade diesen Ländern attraktiv erscheinen. Daneben sind auch sogenannte Dual-use-Güter, die neben ihrer zivilen Verwendbarkeit auch für militärische Zwecke genutzt werden können, von besonderer Bedeutung. Der militärische Charakter dieser Dual-use-Güter ist auch für Fachleute nicht immer sofort erkennbar.

Zu den Ländern, die im Bereich der Proliferation Beschaffungsaktivitäten entfalten, gehörten u.a. Irak, Iran, Syrien, Libyen und Nordkorea.

„Rundumblick“

Die Diskussion in den Medien über Wirtschaftsspionage auch durch Nachrichtendienste westlicher Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland wurde 1997 fortgesetzt. Daß dies auch ein Thema für die Spionageabwehr in Bund und Ländern ist, ergibt sich aus dem gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes, der u.a. die Sammlung und Auswertung von Informationen über geheimdienstliche Tätigkeiten für eine, d.h. jede fremde Macht enthält.

Entgegen der verstärkten öffentlichen Diskussion liegen zumindest der niedersächsischen Spionageabwehr keine konkreten Fakten für derartige Aktivitäten vor. Dies bedeutet allerdings nicht, daß diese Länder gar keine nachrichtendienstlichen Aktivitäten in und gegen Deutschland entfalten. So gibt es auf Bundesebene Einzelfälle, in denen ein solches Vorgehen nachweisbar ist.

Aus der Sicht des Bundesnachrichtendienstes (BND) hat dessen Präsident, Dr. Geiger, zur neuen Perspektive des „Rundumblicks“ der deutschen Spionageabwehr in einem Interview vom 9. Februar 1998 Stellung genommen:

(GEIGER:)

„Der Wegfall des Ost-West-Konfliktes hat das Spiel der wirtschaftlichen Kräfte völlig neu eröffnet. Rücksichtnahmen auf Partner, die im gleichen Bündnis stehen, weil man ja eine Gemeinschaft ist, braucht man heute nicht mehr in der Weise zu nehmen, wie das bis 1989 doch noch notwendig war. Man wollte den Partner nicht zu sehr vergrämen. Heute steht jedes Land auf dem Weltmarkt als Konkurrent da, und jedes Land muß versuchen, seinen Exporterfolg allein zu erwirtschaften, auch vielleicht zu erkämpfen, gegenüber allen anderen Ländern. Das heißt, jeder gegen jeden. Jeder kämpft für sich und da werden eben manchmal auch Methoden eingesetzt, von manchen Staaten, die wir ablehnen. Aber es geht letzten Endes nicht nur darum, daß muß man ganz deutlich sagen, um Geld zu verdienen, sondern es geht auch da um Arbeitsplätze. Wer vom Exportmarkt verdrängt wird, der kann zu Hause seine Leute nicht mehr beschäftigen und der hat im Land Instabilität. Das heißt, es geht tatsächlich für die einzelnen Länder um ganz entscheidende

de und nicht nur um marginale Interessen.“

(Frage:)

„Aber das ist doch ein Plädoyer dafür, daß der BND Wirtschaftsspionage betreiben muß, um hier Arbeitsplätze zu sichern.“

(GEIGER:)

„Man wird sicher beobachten müssen, wie die Welt sich insgesamt bewegt. Ich bin eigentlich dafür, daß wir es erreichen sollten, international, daß Wirtschaftsspionage, von Nachrichtendiensten geführte Wirtschaftsspionage geächtet wird. Wenn das nicht gelingt, wird man sicher neu nachdenken müssen, wie Deutschland auf die Frage reagiert.“

(Berichtstext der Fernsehsendung:)

„Jeder gegen jeden gilt auch in der Europäischen Union. Nicht umsonst spricht niemand von einem gemeinsamen europäischen Geheimdienst. Britische Geheimdienste spionierten, wie erst jetzt bekannt wurde, seit Jahren vor Verhandlungen ihre EU-Partnerregierungen aus. Für nationale Interessen sind Geheimdienste zu vielem bereit. Etwa die Franzosen, sie schnapten der deutschen Industrie einen Milliardenauftrag für den Hochgeschwindigkeitszug in Südkorea weg, angeblich durch Abhören und Unterbieten des deutschen Bewerbers. Der Verdrängungswettbewerb wird härter im Westen wie im Osten.

JELZINs Geheimdienst hat immer noch 20mal so viel Personal wie der BND.

Vermutlich durch Abhören deutscher Anbieter hat die CIA den Auftrag für das Telefonnetz Kasachstan in die USA gezogen.“

(Fortsetzung des Interview's

- **GEIGER:**)

„Wenn beispielsweise ein anderer Nachrichtendienst in einer Ausschreibung einer Firma aus einem anderen Land dadurch einen Vorteil verschafft, daß er die aktuellen Angebote des deutschen Konsortiums der Konkurrenzfirma übergibt, weil er möglicherweise technische Möglichkeiten hat, solche Informationen abzufangen, solche Angebote zu lesen ...“

(Frage:)

„So wie bei dem Telefonnetz in Kasachstan?“

(**GEIGER:**)

„... um damit möglicherweise dem anderen Land in der letzten Sekunde die Chance zu geben, mit seinem Angebot finanziell ein klein wenig kostengünstiger zu sein und damit den Zuschlag zu bekommen, wenn wir so was feststellen würden, daß so etwas ist, dann teilen wir das selbstverständlich mit ...“

(WDR-Fernsehbericht „Agent des Kanzlers“ vom 09. Februar 1998)

fener „tätige Reue“ übt. Von einem Anwerbungsversuch fremder Geheimdienste betroffenen Personen – auch denen, die für das frühere MfS tätig waren – wird deshalb geraten, sich vertrauensvoll an die Spionageabwehr im Niedersächsischen Verfassungsschutz zu wenden:

Niedersächsisches Landesamt für
Verfassungsschutz
Postfach 44 20
30044 Hannover
Tel.: 05 11/67 09-0

Hilfe für Betroffene

Das Strafgesetzbuch enthält Regelungen, die dem von einer nachrichtendienstlichen Verstrickung durch einen fremden Geheimdienst betroffenen Bürger eine Hilfe sein können. Schon „geworbene“ Personen haben nach wie vor die Möglichkeit, sich aus der nachrichtendienstlichen Verstrickung zu lösen, indem sie sich einer Behörde offenbaren. Die Gerichte können dann die Strafe mildern oder von einer Bestrafung absehen, wenn ein Betrof-

GEHEIMSCHUTZ

Vorbeugende Spionageabwehr leisten im Verfassungsschutz die Mitarbeiter des Geheimschutzes. Dabei befaßt sich der *materielle* Geheimschutz mit technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von staatlichen Geheimnissen, sog. Verschlusssachen, deren Kenntnisnahme nur für Befugte gedacht ist. Zur Gewährleistung eines einheitlichen Geheimschutzes im Lande Niedersachsen, aber auch im Verhältnis zum Bund und zu den anderen Bundesländern, werden Beratungen bei den Behörden des Landes Niedersachsen, die mit Verschlusssachen zu tun haben, durchgeführt.

Ob jemand befugt ist, eine Verschlusssache zur Kenntnis zu nehmen, wird im Rahmen des personellen Geheimschutzes festgestellt. Dabei dürfen nur solche Personen zum Zugang zu Verschlusssachen zugelassen werden, die zuverlässig sind und bei denen Sicherheitsrisiken ausgeschlossen werden können. Die Feststellung der erforderlichen Zuverlässigkeit erfolgt durch eine Sicherheitsüberprüfung. Das zuvor in Verwaltungsvorschriften geregelte Verfahren der Sicherheitsüberprü-

fung ist durch das Niedersächsische Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 128) auf eine gesetzliche Grundlage gestellt worden. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes, z. B. die zulässigen Überprüfungsmaßnahmen und die Datenübermittlungstatbestände, die Rechte der zu überprüfenden Personen, z. B. die Freiwilligkeit der Überprüfung, die umfassende Unterrichtung über das Verfahren sowie Auskunftsanspruch und Akteneinsichtsrecht, sind transparent und normenklar geregelt.

Darüber hinaus werden im sog. Geheimschutzverfahren für die Wirtschaft Unternehmen betreut, die geheimhaltungsbedürftige Aufträge des Staates erledigen und im Schwerpunkt in der Rüstungs- und Energieversorgungsindustrie angesiedelt sind. Ca. 140 Firmen in Niedersachsen sollen auf diese Weise vor Ausspähungsversuchen fremder Nachrichtendienste geschützt werden. Im Rahmen dieser Betreuung, die federführend vom Bundesminister für Wirtschaft bzw. Niedersächsischen Umweltministerium geleistet wird, werden die Sicherheitsbevollmächtigten der Unternehmen regelmäßig durch den niedersächsischen Verfassungsschutz über nachrichtendienstlich relevante und aktuelle Themen informiert.

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete

Im Haushaltsplan 1997 waren für den Verfassungsschutz 240 Stellen ausgewiesen. Diese Zahl reduzierte sich bis Ende 1997 infolge der allgemeinen Maßnahmen der Landesregierung zum Stellenabbau einschließlich der Inanspruchnahme der sogenannten „Vorruhestandsregelung“ auf 228 Stellen. Darin sind auch die Stellen für Bedienstete enthalten, die nicht mit verfassungsschutzspezifischen Aufgaben betraut sind – sogenanntes Indendanturpersonal. Nach Abzug dieser Funktionen liegt die Zahl der Stellen für originäre Aufgaben des Verfassungsschutzes bei 167.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes betrug 1997 im Endergebnis 21.274.500 DM. Davon entfielen 4.521.800 DM auf Sachausgaben und 16.752.700 DM auf Personalausgaben.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten; sie müssen hierzu auch gemeinsame, automatisierte Dateien unterhalten (§ 6 BVerfSchG). Zu diesem Zweck wurde Anfang der siebziger Jahre das

Nachrichtendienstliche Informationssystem – NADIS – als EDV-gestütztes Verbundsystem eingerichtet.

NADIS ist ein elektronisches Aktenregister, das darüber Auskunft gibt, ob dem Verfassungsschutz eine Organisation oder Person bekannt ist und ggf. wo und unter welchem Aktenzeichen die dazu angelegte Akte geführt wird. Das Informationssystem besteht also aus einer Objekt- und einer Personendatei. Letztere enthält neben dem Namen mehrere zur Identifizierung einer Person erforderliche Angaben (z.B. Wohnanschrift, Kfz). Jede Speicherung enthält das Aktenzeichen, aus dem sich ergibt, welche Verfassungsschutzbehörde für die Speicherung der Information verantwortlich ist und zu welchem Sachgebiet die Speicherung erfolgte.

Inhaltliche Angaben über die betreffenden Akten sind im NADIS nicht enthalten. Diese müssen bei der aktenführenden Verfassungsschutzbehörde abgefragt und von dort schriftlich mitgeteilt werden. Vor ihrer Übermittlung erfolgt insoweit eine nochmalige Relevanzprüfung.

In den Akten der Verfassungsschutzbehörden, deren Aktenzeichen im NADIS gespeichert sind, werden viele Informationen gespeichert, die nichts mit einer „Observation“ oder „Belastung“ zu tun haben. Beispielsweise werden auch Personen oder Institutionen, die durch Terroristen gefährdet sind, sowie Zielpersonen fremder Nachrichtendienste erfaßt. Auch die Aktenzeichen aller Sicherheitsüberprüfungen, die im übrigen ganz überwiegend mit dem Ergebnis „kein Sicherheitsrisiko“ enden, sind im NADIS gespeichert.

Zur Verhinderung von unbefugter Nutzung und sonstigen Mißbräuchen des NADIS sind sowohl das System selbst als auch der Zugriff zu den Daten technisch besonders gesichert. Alle Datenverarbeitungsschritte werden aus Sicherheits- und Datenschutzgründen automatisch protokolliert.

Die Speicherungen im NADIS werden zeitlich begrenzt und regelmäßig auf ihre weitere Notwendigkeit überprüft. Das gesamte Verfahren unterliegt in Niedersachsen der Kontrolle durch den behördlichen Datenschutzbeauftragten, das Innenministerium und den Landesbeauftragten für den Datenschutz. Das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz legt den Schwerpunkt auf die objekt- und organisationsbezogene Erfassung von Auswertungsergebnissen im Extremismusbereich. Im NADIS sollen in der Regel nur noch Organisationsdaten und die erforderlichen Personendaten (z.B. Funktionäre, Aktivisten, bedeutende Geldgeber) erfaßt werden.

Die Zahl der vom Niedersächsischen Verfassungsschutz vorgenommenen personenbezogenen Speicherungen im NADIS (Vorjahreszahlen in Klammern) belief sich am 31.12.1997 auf insgesamt 13.328 (13.599); 9.866 (9.874) Speicherungen bezogen sich auf Sicherheitsüberprüfungen; 2.771 (3.148) betrafen die originären Aufgabenbereiche (Rechts- und Linksextremismus, Terrorismus, Ausländerextremismus sowie Spionageabwehr).

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Nach § 3 Abs. 2 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes ist die Öffentlichkeit auch über die Anwendung der nachrichtendienstlichen Mittel durch das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz zu unterrichten.

Die nachrichtendienstlichen Mittel, die das Landesamt für Verfassungsschutz einsetzen darf, sind in § 6 Abs. 1 des Gesetzes abschließend geregelt. Es sind:

1. Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen
2. Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten
3. Observationen
4. Bildaufzeichnungen (Fotografieren, Filmen, Videografieren) außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 des GG
5. Verdeckte Ermittlungen und Befragungen
6. Heimliches Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel
7. Heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 des GG
8. Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen
9. Verwendung fingierter biographischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden)

10. Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen
11. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG.

Wegen des abschließenden Charakters dieses gesetzlichen Kataloges mußten auch solche nachrichtendienstlichen Mittel aufgeführt werden, die nach der erklärten Absicht der Landesregierung derzeit nicht angewendet werden sollen, sondern für besondere Situationen vorbehalten sind. Dazu gehören beispielsweise der Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamten und Beamten, das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereiches des Art. 13 GG und die Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen. Demgemäß wurden im Berichtszeitraum diese nachrichtendienstlichen Mittel nicht angewendet.

Den Vorrang hat grundsätzlich die Informationsbeschaffung mit offenen Mitteln, da eine Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln nach § 6 Abs. 4 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes nur unter bestimmten Bedingungen zulässig ist, die aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz folgen. Demgemäß wurden auch 1997 die notwendigen Informationen – soweit wie möglich – ohne Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel beschafft. Wo sich extremistische Organisationen allerdings konspirativ verhalten, so daß ihre wahren Zielsetzungen und ihre Strukturen nach außen hin nicht oder nicht zureichend bekannt sind, müssen nachrichten-

dienstliche Mittel eingesetzt werden. Gleiches gilt für terroristische und Spionage-Aktivitäten.

Das am häufigsten eingesetzte nachrichtendienstliche Mittel war auch im Berichtszeitraum, ebenso wie bei allen anderen Verfassungsschutzbehörden, die Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen.

Die nachrichtendienstlichen Mittel wurden im Bereich des politischen Extremismus (Rechts- und Linksextremismus sowie Ausländerextremismus) in jeweils abgestufter, auf die Wichtigkeit und Gefährlichkeit der betreffenden Organisation abgestellter Weise eingesetzt.

Legenden, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen mußten, wie bisher, zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere der mit nachrichtendienstlichen Mitteln operierenden, ständig benutzt werden.

Überwachungen des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG wurden, der Schwere des Eingriffes angemessen, wie auch schon in den vergangenen Jahren mit Zurückhaltung eingesetzt. Über Anträge der Verfassungsschutzbehörde entscheidet der Innenminister, im Falle der Verhinderung sein Vertreter. Zusätzlich ist die sogenannte „G 10-Kommission“, die vom Landtag eingesetzt wird und die in ihrer Entscheidung unabhängig ist, über jede Maßnahme zu unterrichten. Sie entscheidet abschließend über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen in jedem Einzelfall.

Im Bereich der Spionageabwehr wurden nachrichtendienstliche Mittel nur in geringem Umfang eingesetzt, da im wesentlichen offene Ermittlungen geführt werden konnten. Soweit geboten, wurden geheime Informantinnen und Informanten eingesetzt, Observationen durchgeführt sowie die bereits erwähnten Tarnmittel verwendet.

Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

1997 wurden acht Auskunftsersuchen an das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz oder das Niedersächsische Innenministerium gerichtet. In sechs Fällen waren beim Landesamt für Verfassungsschutz keine personenbezogenen Erkenntnisse gespeichert, in einem Fall wurden personenbezogene Erkenntnisse dem Auskunftsersuchenden mitgeteilt. In einem Fall erging eine Entscheidung nach § 13 Abs. 3 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes: Die Auskunft mußte teilweise verweigert werden. Der Betroffene wurde darauf hingewiesen, daß er sich an den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes genoß auch 1997 hohe Priorität. Neben Themen zum Rechtsextremismus (u.a. Aufmärsche zum Gedenken an Rudolf Heß, Hetendorfer Tagungswoche, Skinhead-Musik) und zum Linksextre-

mismus (u.a. Anschläge von militanten Linksextremisten auf Bahnanlagen) standen Darstellungen der Tätigkeit extremistischer Ausländerorganisationen im Mittelpunkt dieser Öffentlichkeitsarbeit. Dabei ging es vor allem um die Aktivitäten islamistischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Zahlreiche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen wurden von Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörde in Schulen, vor politischen Parteien und staatlichen Stellen gehalten. Im Dienstgebäude des Verfassungsschutzes wurden – wie in den Vorjahren – Besuchergruppen empfangen, um sie über Rechtsgrundlagen, Arbeitsweise und Kontrolle des Nachrichtendienstes zu informieren. Dieses Angebot nahmen vor allem Rechtsreferendar-Arbeitsgemeinschaften der Bezirksregierungen in Anspruch.

Im Rahmen der Pressearbeit wurden mehr als 300 Auskünfte an lokale, regionale und überregionale Medien gegeben. Rund 100 Hörfunk- und Fernsehinterviews mit Angehörigen des niedersächsischen Verfassungsschutzes wurden gesendet.

Stichwortverzeichnis

A

- AA/BO (Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation) • 95 f, 99
- Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland • 20, 22, 70, 85 ff, 87
- Aktion Freies Deutschland (AFD) • 42, 53, 57, 59
- Aktionen anlässlich des 1. Mai • 37, 44, 69, 70
- AL ARIFI, Moharam • 166
- AL-KHALIFA, Ahmed • 166
- alhambra • 97
- AMGT • 156, 158
- Anarchismus • 90, 91, 93 f, 115 f
- Anti-Atom-Plenum Göttingen • 114
- Anti-EXPO-AG • 101, 105, 106
- Anti-Imperialistisches Forum (AIF) • 121
- Anti-Siemens-Kampagne • 99, 101, 104 ff, 112
- Antifa-Jugend Goslar • 100
- Antifaschismus • 89, 91, 92, 94, 97, 99 ff, 119
- Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) • s. AA/BO
- Antifaschistisches Plenum / Jugend Antifa Aktion (JAA) Braunschweig • 95, 107
- Antiimperialismus • 91, 92, 94, 97, 101, 119
- Antiimperialistische Zelle (AIZ) • 92, 130
- Antiimperialistischer Widerstand (AIW) 89, 126
- Antirassismus • 94, 97, 99, 101, 119
- Antisemitismus • 17, 21, 30 f, 33, 35, 55 ff, 59 f, 72, 75 ff
- APFEL, Holger • 36ff, 41, 69
- Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) • 16, 107 f, 119, 131, 134 ff, 149 f, 152, 154
- Artgemeinschaft Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V. • 51, 53f
- Auditing • 176
- Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung – Der Völkermord am deutschen Volk • 54 ff
- Auskunftsersuchen • 197
- Autonome • 10, 89, 91 f, 93–115, 118 f, 127 f
- Autonome Antifa (M) (AA(M)), Göttingen • 95, 99 f, 129
- Autonome Antifa Weser/Ems • 95, 99

B

- BAUM, Erika • 119
- BENOIST, Alain de • 25
- Beverstedter Skinhead-Szene • 23, 34
- Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) • 131, 168 f
- Blood & Honour-Skinheads • 30
- BÖRM, Manfred • 44
- BOSSE, Georg-Albert • 59 f
- BRAST • 93, 97
- BROMBACHER, Ellen • 119, 126
- Bund für Gesamtdeutschland (BGD) • 85 ff
- Bundesweites Antifa Treffen (BAT) • 95, 99

Bündnis Rechte, Stade • 81, 85
BUSSE, Friedhelm • 42

C

Castor-/Atommülltransporte • 109 ff
CHRISTOPHERSEN, Thies • 57, 61
Church of Scientology International • 175, 181
Clear • 176
Clear Planet • 176
clockwork • 127
COSKUN, Nasir • 144
CÜRÜKKAYA, Selim • 145

D

DECKERT, Günter • 66
DELLWO, Karl-Heinz • 128
Demokratische Partei Kurdistans-Irak (DKP-I) • 143
Der Aktivist – Nationalistisches Infoblatt • 36 f, 39 f
Der Republikaner (Zeitschrift) • 78, 81
Der Stahlhelm e. V. – Bund der Frontsoldaten • 63f
Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG) • 24
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) • 90 f, 93, 121, 123–126
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) • 22, 54 f, 70, 85, 87 f
Deutsche Nationalzeitung (DNZ) • 72, 75–77
Deutsche Stimme • 64 f, 68, 70 f, 79
Deutsche Volksunion (DVU) • 22 f, 64, 69 ff, 72–77, 84, 87
Deutsche Wochenzeitung / Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) • 72, 74 ff
Deutschland Report • 54, 58
Devrimci Sol (Dev Sol) • 131, 147–149
DIANETHIK • 176
Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) • 22, 56, 59 f
Die Freunde im Ausland (DFia) • 54, 58
Die Nationalen e.V. • 37, 65
Die Republikaner (REP) • 22 f, 46, 70 f, 77, 78–84, 85, 87
DIMENSIONEN, Magazin der Scientology Kirche Hannover • 175, 179 f
DRÜCKHAMMER, Günter • 63
DÜRRBECK, Peter • 123

E

E-Meter • 176, 178
EIGENFELD, Ulrich • 64, 66
Einheit und Kampf – Das revolutionäre Magazin für Nationalisten (EUK) • 36–40,
43, 54
EinSatz! Zeitung für autonome Politik in Göttingen • 93, 95–97, 100, 104, 128
EKINCI, Murat • 144
EL-ATTAR, Isaam • 166 f
EnNahda • 168
ERBAKAN, Mehmet • 157 f
ERDOGAN, Mehmet • 153

Ethnopluralismus • 26, 53 f
Europa Vorn • 27
Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) • 156
EXPO-Widerstand • 89, 92, 97, 101–105
Exporte in Krisenländer • 189 f

F

FACHMANN, Wolfgang • 52 f
FALK, Bernhard • 130
Fanzines • 34
FAURISSON, Robert • 57 f
FIGHT-BACK! Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig • 97
FLECK, Dr. Helmut • 85
FLEGEL, Frank • 120
Flüchtlingshilfe Iran e.V. • 172
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine (ADÜTDF) • 131, 133,
153–155
Freiater Islamstaat Anatolien (A.F.I.D.) • 161–165
Freier Frauenverband Kurdistans (YAJK) • 137, 139
FREIHEIT • 175, 181
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) • 34 f, 41 f, 44, 69
Fremdenfeindlichkeit • 14, 18, 21, 23, 29 f, 40, 52 ff, 59 f, 72, 79 f
FREY, Dr. Gerhard • 72–77
Front National (FN) • 81

G

Geheimschutz • 193
GERLACH, Heinrich • 77
Germania-Rundbrief • 61, 63
Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.
(GfbAEV) • 49–52
Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) • 24, 56, 85, 87
GOERTZ, André • 37
Grabert-Verlag • 56 f
GRAMSCI, Antonio • 27 f
Graswurzelbewegung • 89, 91 f, 115–117
graswurzelrevolution • s. Graswurzelbewegung
G.R.E.C.E. (Groupement de recherche et étude pour la civilisation européenne) • 25,
28

H

Hammerskins • 29, 47
HECKER, Thomas • 119
HEID, Bernd Louis • 87
Heide-Heim e.V. • 20, 48 ff, 55
Heideheim e.V. • 20, 48 ff
HEISE, Thorsten • 31, 34, 42, 44, 69
HENNIG, Rigolf • 55
HERR, Gertrud • 53

HESSLER, Jens • 31
Hetendorfer Tagungswochen • 20, 22, 48, 51–54, 55, 56, 101
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
(HNG) • 33, 41 f, 70
Historische Tatsachen • 58
Hizb Allah • 131, 169 f
HOFFMANN, Konrad • 59
Holocaust • 56–59, 61, 72, 75 f
HOPFNER, Wielant • 53
HUBBARD, Lafayette Ron • 175 f, 179, 181

I

IGMG • s. Islamische Gemeinschaft – Milli Görüs
IMPACT • 181 f
INTERIM • 93, 97, 101, 105, 111 f, 114
International Association of Scientologists (IAS) • 181
Internationalismus • 89, 97, 107, 124
Internationalistisches Bündnis Braunschweig • 109
Internet • 24, 35, 43, 45–47, 63, 95
IRVING, David • 58
Islamische Avantgarden • 167
Islamische Gemeinde in Deutschland (IGD) • 167
Islamische Gemeinschaft – Milli Görüs (IGMG) • 131, 133, 156–160, 161 f, 164 ff
Islamische Heilsarmee (AIS) • 167
Islamische Heilsfront (FIS) • 167
Islamischer Bund Palästina (IBP) • 168
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS) • 168
Islamisches Konzil • 158
Islamisches Zentrum Aachen (IZA) • 167
Islamisches Zentrum Hamburg e.V. (IZH) • 170
Islamrat • 158

J

Jama'at Islamiyya • 167
Jamiyat Ahl ul Bait (Verein der Angehörigen des Propheten Mohammed) • 169
JENTZSCH, Heber • 175
JUCHEM, Wolfgang • 42, 52 f, 57, 59, 69
Jugend Antifa Aurich • 99
JUNG, Edgar Julius • 24–26
Junge Freiheit (JF) • 24, 27–29, 53
Junge Nationaldemokraten (JN) • 23, 35, 36–41, 43 f, 46, 65, 68 ff

K

KAHRAMANN, Güneyt • 152
Kameradschaften • 9, 20, 22 f, 35–36, 45, 47
KAPLAN, Cemaleddin • 156, 161 f, 165
KAPLAN, Metin • 161–165
KARATAS, Dursun • 147
KAYPAKKAYA, Ibrahim • 150, 152

KOCH, Hartmut • 81
KÖHNE, Rolf • 126
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM) • 179
Kommunistische Partei/Aufbau (KP/Ö) • 151
Kommunistische Plattform der PDS (KPF) • 90 f, 93, **119–122**, 123, 126
Konservative Revolution • 24 f
KREBS, Pierre • 53
Kurdische Demokratische Partei (KDP) • 107
Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) • 138 f
Kurdistan Report • 138
Kurdistan Solidarität Braunschweig • 107

L

LAUCK, Gary Rex • 60 f
LAUER, Peter • 78 f, 81, 83
Le PEN, Jean-Marie • 81
LEUCHTER, Fred A. • 57
Liberations Tigers of Tamil Eelam (LTTE) • 131, **173 f**

M

Mailboxen • 35, 43, 45, 47, 54, 95
MAROHN, Heinz • 119
Marxismus/Leninismus • **90 f**, 93 f, 123, 147, 150
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) • 131, 143, 149, **151**
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) • 90
MECHTERSHEIMER, Alfred • 28, 69, 83
MED-TV • **137 f**, 141, 143, 145
MEYERS, Mathias • 127
Militarismus • 21
Milli Gazete • **156**, 160
Milli Görüs • s. Islamische Gemeinschaft – Milli Görüs
MISCAVIGE, David • 175, 177
Mitteilungen der KPF der PDS • 119 f
MOELLER van den Bruck, Arthur • 24 f
MÜLLER, Ursula • 41
Muslimbruderschaft (MB) • 133, **166–168**, 189

N

Nachrichten der HNG • 41 f
Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens • 188 f
Nachrichtendienstliche Mittel • 195
Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS) • 194 f
Nation & Europa – Deutsche Monatshefte • 27
National Journal • 46, 54, **58**
National Liberation Army (NLA) • 171 f
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) • 23, 36 ff, 40 f, 44 ff, **64–71**, 77,
81, 83, 85, 87
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) • 134 ff, 141, 144
Nationale Info-Telefone (NIT) • 45 f

Nationale Liste (NL) • 54, 70
Nationaler Block • 37, 70
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) • 131, 171 f
Nationalismus • 21 f, 23, 25, 30, 39 f, 75
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation
(NSDAP/AO) • 46, 60 f
Neofaschismus • 22
Neonazis/Neonazismus • 9, 20, 23 f, 29 ff, 37, 39, 40 ff, 54, 60, 68 f
Neue Rechte • 21, 24–29
New Era Publications Deutschland GmbH • 177
NEY, Johannes Peter • 52, 55 f
NO RESPECT • 97
Norddeutsche Bewegung (NDB) • 37
Nordische Zukunft • 52, 54
Nordischer Ring e.V. (NR) • 52, 54
Nordland-Netz • 46, 47
Northern League • 51
Nouvelle Droite • s. Neue Rechte
NS 88/NS Records • 32 f
NS-Kampftruf • 60

O

ÖCALAN, Abdullah • 16, 134, 137, 139, 141, 143–146
offen-siv – Sozialistisches Monatsblatt der PDS Göttingen und Hannover • 120
Öffentlichkeitsarbeit • 197
Office of Special Affairs (OSA) • 178, 182
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK) • 150 ff
ÖZGÜR POLITIKA • 137, 143

P

Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ) • 168
PASTÖRS, Udo • 55
PRABHAKARAN, Vellupilai • 173 f
PRIVENAU, Markus • 37, 54
Proliferation • 190
PÜHSE, Jens • 37

Q

Quds-Tag (Jerusalem-Tag) • 169, 170

R

RABE, Friedrich • 119
radikal • 93, 97
RADJAVI, Maryam • 172
RADJAVI, Massoud • 171
Rassismus • 21, 23, 30, 39, 52, 56, 67
RAZZ – Zeitung für ein radikales Hannover • 93, 97, 101 ff, 106, 108 f, 111 f
Recht und Wahrheit • 59 f
Religions Technology Center (RTC) • 175, 177
REMER, Otto Ernst • 54, 57–60

Remer-Depesche • 54, 59
RENNICKE, Frank • 51
REP • s. Die Republikaner
Revisionismus • 40, **56–58**, 59, 61, 66, 75
Revolution Inside • 93, 97
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) • 147, 149, 152
Revolutionäre Zellen (RZ) • 106, **129**
RIEGER, Jürgen • 49, 51 f, 54, 61, 69
RINDER, Michael • 178
ROEDER, Manfred • 69
ROßMÜLLER, Sascha • 37
Rote Armee Fraktion (RAF) • 89, 91 f, 126 f, **127–129**
Rote Hilfe (RH) • **118 f**, 128
Rote Spindel • 123
Rote Zora • 89, 129
ROUHS, Manfred • 69
Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen • **42–44**, 99 f
Russische Nachrichten- und Sicherheitsdienste • **184–188**

S

Sauerländer Aktionsfront (SAF) • 70
SCHEERER, Germar • 57 f
SCHILF, Marcel • 31 f
SCHLIERER, Dr. Rolf • 23, 70, 77–81, 84
SCHMITT, Carl • 24 ff
SCHÖNHUBER, Franz • 77 f
SCHRÖCKE, Prof. em. Dr. Helmut • 53, 55 f
SCHULZ, Adelheid • 127
SCHÜTZINGER, Jürgen • 87 f
SCHWERDT, Frank • 37, 65
SCIENTOLOGY-TODAY • 182
Scientology Mission Wilhelmshaven e.V. • 177
Scientology-Kirche Hamburg e.V. • 177
Scientology-Kirche Hamburg e.V., Gemeinde Hannover • 177–179
Scientology-Organisation (SO) • 175–183
SEIFERT, Gerhard • 52, 55
Skinhead-Bands und CD-Handel • 23, **30–33**, 35
Skinheads • 20, 22 f, **29–35**, 35, 46 f, 65, 69
Sleipnir – Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik • 27, 40, 56
SOFU, Dr. Yusuf Ibrahim • 162–165
SOHN, Manfred • 124
Spionageabwehr • **184–192**
Sprengel AntiFa • 100
Staatsbriefe • 27, 40
STAWITZ, Ingo • 87
STEHR, Heinz • 123 f
STEINAU, Michael • 130
STORR, Andreas • 37
SUDMANN, Wilhelm • 36, 39

T

Thule-Netz • 46, 47, 63

Thule-Seminar • 28, 53

TÜRKEKES, Alparslan • 153–155

TÜRKEKES, Turgut • 154 f

Türkisch-Islamische Union (ATIB) • 154

Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) • 150

Türkische Kommunistische Partei (Marxisten-Leninisten) (TKP/ML) • 131, 149,
150–152

Türkische Volksbefreiungspartei / -front – Revolutionäre Linke (THKP/-C – Devrimci
Sol) • 147, 149

U

ULRICH, Jörg • 107

Ümmet-i-Muhammed • 161–165

Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) • 170

Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) • 167

Unsere Zeit (UZ) • 120, 123, 126

V

Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln (ICCB) • 161–165

Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA) • 172

Vereinigte Länder des Deutschen Ostens (VLDO – Gruppe Hoffmann) • 59

Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT) • s. AMGT

Verfassungsschutz in Niedersachsen • 194–197

Verlag Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.) • 57

Vlaams Blok • 81

VOIGT, Udo • 37, 41, 64 ff, 68, 70 f

Völkischer Kollektivismus • 21, 39 f, 44, 60, 66

Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) • 134, 138

Volksmodjahedin Iran (MEK) • 171 f

W

WAGENKNECHT, Sahra • 126

WALENDY, Udo • 52, 58

WALLNER, Otmar • 41, 79

Wehrmachtsausstellung (Aktionen gegen) • 24, 37, 52, 69, 76 f

WEINSCHENK, Prof. Dr. Klaus • 53, 55, 85

Widerstand-BBS • 47

Wiking-Jugend (WJ) • 20, 44, 48

WINNING • 182

Wirtschaftsspionage • 187 f, 190 ff

WOHLFELD, Hans-Joachim • 85

WORCH, Christian • 69

World Rehabilitation Organisation (WRO) • 174

WORT & TAT – Antifa Jugend Info Weser/Ems • 97, 112

WULFF, Thomas • 54, 69

Y

Y-Gruppen • 135 ff

YAGAN, Bedri • 147

YEK-KOM • 137, 141

YILMAZ, Kani (= Faisal DUNLAYICI) • 144

YILMAZ, Sevki • 157

YÜKSEL, Ali • 156, 158, 160

YUMAKOGULLARI, Osman • 157 f

Z

ZABOROWSKI, Horst • 85 f

Zentralrat der Muslime • 158

ZOBEL, Jan • 37

ZÜNDEL, Ernst • 46, 56 f, **61, 63**

